



universität
wien

DISSERTATION / DOCTORAL THESIS

Titel der Dissertation /Title of the Doctoral Thesis

„„Who Cares?“ Ein staatstheoretischer Zugang zur
Reproduktion intersektioneller Ungleichheiten
in der Care-Arbeit in Brasilien“

verfasst von / submitted by

Manuela Stein da Silva Barbosa

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Doktorin der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2024 / Vienna 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on the student
record sheet:

UA 796 310 300

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt /
field of study as it appears on the student record sheet:

Sozialwissenschaften/Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. i.R. Dr. Birgit Sauer

Danksagung

Das Verfassen einer Dissertation ist immer auch ein kollektiver Arbeitsprozess.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle meinen zwei Betreuerinnen Birgit Sauer und Ayse Dursun, die mich geduldig begleitet und an das wissenschaftliche Arbeiten und Schreiben herangeführt haben.

Meine besondere Danksagung geht an die Vienna Doctoral School of Social Sciences, die mich mit dem Stipendium „ViDSS Completion Scholarship“ am Ende meines Schreibprozesses finanziell unterstützt hat.

Herzlichen Dank an die brasilianischen Care Arbeiter*innen, die mit dem Teilen ihrer Lebensgeschichten und Erfahrungen diese Studie überhaupt ermöglicht haben.

Meine Danksagung gilt auch meinem Care Netzwerk und denjenigen Menschen, die sich um mich gesorgt haben: Kinder betreut, Arbeiten gelesen und kommentiert, mich motiviert haben, diese Arbeit zu schreiben.

Inhaltsverzeichnis

<u>PROBLEMAUFRISS</u>	1
 <u>KAPITEL 1 – UNTERSUCHUNGSKONTEXT</u>	5
1.1 <u>Die vom Staat geförderte Privatisierung von Care-Arbeit</u>	5
1.2 <u>Autoritäre und ultra-neoliberale Wende Brasiliens (2016-2021)</u>	6
1.3 <u>Care-Arbeit und intersektionelle Ungleichheiten</u>	8
1.3.1 <u>Gender Care Gap zwischen Frauen und Männern</u>	8
1.3.2 <u>(In)Formalität der Haus- und Pflegearbeiter*innen</u>	8
1.3.3 <u>Ungleichheiten und rassifizierte Segregation in São Paulo</u>	9
 <u>KAPITEL 2 – FORSCHUNGSSTAND UND FORSCHUNGSLÜCKE IM FOR-</u> <u>SCHUNGSFELD CARE-ARBEIT UND INTERSEKTIONALITÄT IN BRASILien</u> .	12
2.1 <u>Aktuelle Debatten um Care und intersektionelle Ungleichheit</u>	12
2.2 <u>Forschungsarbeiten zu Care-Arbeit und Intersektionalität in Brasilien</u>	15
2.3 <u>Sorge- und Reproduktionsarbeit an der Schnittstelle von Sexismus und</u> <u>Rassismus</u>	19
2.4 <u>Care-Arbeit und intersektionelle Ungleichheiten als Folge staatlicher</u> <u>Privatisierung und Privatisierung des Haushaltes</u>	23
2.5 <u>Forschungslücke</u>	25
 <u>KAPITEL 3 – THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN: FEMINISTISCHE STAATS-</u> <u>THEORIE, INTERSEKTIONALITÄT UND SUBJEKTIVIERUNG</u> <u>VON CARE-ARBEIT</u>	29
3.1 <u>Feministisch-materialistische Staatstheorie</u>	29
3.2 <u>Feministische Staatstheorie intersektionell denken</u>	34
3.3 <u>Symbolische Gewalt in Staat und Gesellschaft</u>	38
3.4 <u>Implikationen feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektioneller Theoretisierungen</u> <u>des Staates für die Debatte um Care</u>	41
3.4.1 <u>Soziale Reproduktion und Care-Arbeit (Definition)</u>	41

3.4.2	Staatliche Institutionalisierung in subjektiven Care-Praxen	44
3.4.3	Subjektivierung von Care-Arbeit im Neoliberalismus	47
3.5	Theoriemodell: Strukturelle Herrschaftsverhältnisse, symbolische Repräsentation und Subjekte	50
3.5.1	Strukturelle Herrschaftsverhältnisse	51
3.5.2	Symbolische Repräsentationen	53
3.5.3	Subjekt und Identitätskonstruktionen	54
3.6	Zusammenfassung	55
 KAPITEL 4 – METHODOLOGIE UND METHODEN		56
4.1	Methodologie: Intersektionelle Mehrebenenanalyse als praxeologischer Forschungsansatz	56
4.2	Methoden	59
4.2.1	Sample	60
4.2.2	Narrative Interviews	61
4.2.3	Gruppendiskussionen	66
4.2.4	Situiertheit als Forschungspraxis	70
4.3	Schlussreflexion	72
 KAPITEL 5 – STAATLICHE ZUWEISUNG VON CARE-ARBEIT UND DIE MATE- RIELLE UND SYMBOLISCHE REPRODUKTION INTERSEKTIONELLER UN- GLEICHHEITEN: ERGEBNISSE		74
5.1	Die familiarisierende Organisation und geschlechtliche Zuweisung von Care-Arbeit	74
5.1.1	Subjektive Verinnerlichung familiarisierender und geschlechtlicher Verantwortungszuschrei- bung von Care-Arbeit	75
5.1.2	Repräsentationen von Mutterschaft und Generativität	87
5.1.3	Diskussion um die „Brasilianische Care-Kultur“	90
5.1.4	Die staatliche Materialisierung feminisierter Care-Arbeit in Mütter- und Väterkarenzen	97
5.1.5	Die Abwertung von Hausarbeit als naturalisierte Emotions- und Liebesarbeit	101
5.1.6	Schlussfolgerungen	108
5.2	Intersektionalität und Care-Arbeit: Schnittstellen von Ungleichheiten	109
5.2.1	Naturalisierung und Legitimierung feminisierter, rassifizierter und klassisierter Externalisie- rung von Care-Arbeit	110
5.2.2	Care in peripheren Räumen	118

5.2.3	Strukturelle und symbolische Diskriminierungen	122
5.2.4	Die Einsamkeit Schwarzer Frauen	125
5.2.5	Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit	128
5.2.6	Kommunale Sorge in der LGBTQ+ Community und der Straßenbevölkerung	131
5.2.7	Schlussfolgerungen	137
5.3	Care-Arbeiter*in ist ein Beruf	137
5.3.1	Care zwischen Informalität und Professionalisierung	139
5.3.2	Das Narrativ der liebenden Betreuerin	152
5.3.3	Neoliberale Subjektivierung im privatisierenden Pflegesystem	159
5.3.4	Schlussfolgerungen	163
5.4	Das Öffentliche und das Private als Klassenstatus	165
5.4.1	Universal zugängliches öffentliches Gesundheitssystem im Kontext des sozialen Abbaus	167
5.4.2	Subjektivierung der Care-Empfänger*innen sowie der Pflegekräfte im Kontext des Sozialabbaus im öffentlichen Gesundheitssystem	168
5.4.3	Die verbreitete Skepsis gegenüber öffentlichen Care-Institutionen	173
5.4.4	Das öffentliche Betreuungs- und Bildungssystem zwischen Ausbau und Abbau	174
5.4.5	Armutsbekämpfung und frühe Kindheit	188
5.4.6	Schlussfolgerungen	192

[KAPITEL 6 – SYMBOLISCHE UND MATERIELLE KÄMPFE IM STAAT UND IN DER GESELLSCHAFT IM HINBLICK AUF DIE CARE-ARBEIT](#)..... 195

6.1	Interpretation der Ergebnisse	195
6.1.1	Staatlich verdichtete Ungleichverhältnisse in der Care-Arbeit	195
6.1.2	Staatlich institutionalisierte feminisierte und rassifizierte Care-Arbeit	196
6.1.3	Privatisierung und Kommerzialisierung von Care	197
6.1.4	Neoliberale Subjektivierung und Individualisierung in der Gesellschaft	200
6.1.5	Neue Klassifizierungen im zunehmend professionalisierten Pflegesystem	200
6.1.6	Sexistische, rassistische und elitäre Rollenbilder	201
6.1.7	Symbolische Gewalt	203
6.1.8	Gegenhegemoniale Care-Praxen	204
6.1.9	Materielle und symbolische Kämpfe	204
6.1.10	Politische Forderungen der Care-Arbeit(er*innen)	208
6.2	Schlussreflexionen	209

<u>QUELLEN - UND LITERATURVERZEICHNIS</u>	214
---	-----

<u>ANHANG</u>	223
---------------------	-----

<u>Anhang 1:</u> <u>Struktureller Rassismus und die symbolische Verankerung und</u> <u>Tradiertheit in brasilianischen Privathaushalten</u>	223
--	-----

<u>Anhang 2:</u> <u>Das Narrativ der liebenden Betreuerin in den brasilianischen Medien</u>	225
---	-----

<u>Anhang 3:</u> <u>Care-Arbeiter*innen (Interviews und Gruppendiskussionen)</u>	226
--	-----

<u>Anhang 4:</u> <u>Zusammenfassung (Abstract)</u>	228
--	-----

Problemaufriss

Care-Arbeit an der Schnittstelle von Staat, Markt und Familie sichtbar zu machen, ist eine Konstante globaler (feministischer) Frauenbewegungen sowie der feministischen Sozialforschung. Dabei wird vor allem die ungerechte Verteilung von Reproduktions-, Sorge- bzw. Care-Arbeit kritisiert, die der sogenannten produktiven Erwerbsarbeit als untergeordnet betrachtet wird (Aulenbacher 2015); gleichzeitig wird eine gerechtere Verteilung eingeklagt.

Sowohl feministische Forscher*innen des Globalen Nordens als auch des Globalen Südens bezeichnen die strukturelle Care- und soziale Reproduktionskrise als kapitalistischen Gesellschaften systeminhärent (Fraser 2013; Federici 2020; Gago 2020) und betrachten diese als Folge der „strukturellen Sorglosigkeit des Kapitalismus“ (Aulenbacher 2015: 6). Aulenbacher betont, dass die gesellschaftliche Unterordnung von Pflege- und Fürsorgearbeit die Lebensgrundlagen kapitalistischer Gesellschaften sowohl in ökologischer als auch in sozialer Hinsicht gefährdet (ebd.: 6).

Wissenschaftler*innen des Globalen Nordens sprechen zusehends über die Folgen der globalen gesellschaftlichen Arbeitsteilung im Zuge des Sorgeextraktivismus¹ (Wichterich 2019) und der Sorgemigration (Aulenbacher 2015; Brand 2020; Lutz 2018). Kern der Kritik sind hierbei die entstehenden Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnisse zwischen den Ländern des Globalen Südens und des Globalen Nordens (vgl. Dowling 2020). Dabei entsteht eine Notwendigkeit, sowohl regionale als auch nationale Care-Verhältnisse im Globalen Süden als spezifische Fallbeispiele zu untersuchen, ohne dabei die globalen Verhältnisse aus den Augen zu verlieren.

Der Untersuchungsgegenstand der hier vorliegenden Forschungsarbeit sind die Arbeits- und Lebensbedingungen brasilianischer Care-Arbeiter*innen in Familien- und Privathaushalten mit dem Fokus auf die Großstadt São Paulo. Brasilien sowie die gewählte

¹ Christa Wichterich hat den Begriff Sorgeextraktivismus analog zum Ressourcenextraktivismus geprägt. Damit bezieht sie sich kritisch auf den Versuch der sozialen Reproduktionskrise entgegenzuwirken, zum einen durch unbezahlte Care-Arbeit von Familien und Ehrenamt, zum anderen durch die Transnationalisierung der sozialen Reproduktion in grenzüberschreitenden Sorgketten.

Stadt sind beispielhaft für die Entstehung von Ungleichheiten im Globalen Süden und (globaler) neoliberaler Austeritätspolitiken.

Seit Beginn des Jahres 2020 führte uns die Covid-19-Pandemie zusätzlich die Schwachstellen unserer Care-Systeme sowie die sozialen und globalen Folgen von Ungleichheiten weltweit vor Augen. So gehörten auch im von starken Ungleichheiten gekennzeichneten Brasilien Frauen², Mütter und Care-Arbeiter*innen zu den am meisten von Armut Betroffenen der Gesundheits- und Wirtschaftskrise: Ein Grund dafür war die steigende Arbeitslosigkeit von Frauen (17,9 Prozent: IBGE 2021), insbesondere derjenigen Frauen, die Sorge- und Pflegeverantwortung zu Hause übernehmen mussten. Außerdem waren Austritte von Mädchen aus öffentlichen Schulen zu verzeichnen, um zunehmende Sorgelücken im Zuge der Pandemie in ihren Familien unbezahlte Care- und Betreuungsarbeiten zu verrichten, die zuvor öffentlich oder privat organisiert waren. Der Hintergrund für das Entstehen zusätzlicher Sorgelücken war der fast anderthalbjährige Wegfall der öffentlichen Sorgeeinrichtungen (wie Kleinkindbetreuungen und Schulen) aufgrund der Covid-19-Pandemie, der die Sorgeerfordernisse in den Privathaushalten erhöhte und die Reproduktions- und Sorgefabrik Privathaushalt an die (Existenz-)Grenzen brachte.

Jahrzehntelange staatliche Privatisierung und Familiarisierung von Pflege- und Fürsorgearbeit hat die gesellschaftlichen und sozialen Langzeitfolgen, nämlich Ungleichheiten, die sich an den Achsen Geschlecht, *Race*, Klasse in der brasilianischen Gesellschaft überschneiden und verdichten, nochmals verschärft. Der ohnehin schon prekär organisierte Pflege- und Fürsorgebereich erfuhr während der Pandemie eine weitere Prekariisierung, die sich vor allem in feminisierter Arbeitslosigkeit, dem Wiederauftauchen Brasiliens auf der globalen „Karte des Hungers“ der UNO sowie einem extremen Anstieg (häuslicher) Gewalt äußerte (vgl. *Gênero e Número* und *Sempreviva* 2020).

Das Verständnis vom Staat als zentral für die Reproduktion von sozialer Ungleichheit, beruht auf meinem staatstheoretischen Zugang, der diesen gleichzeitig als ein gesellschaftliches Verhältnis konzipiert (Poulantzas 1978). Die vorliegende Arbeit handelt von Brasilien zum einen als eine nationalstaatliche Einheit und zum anderen unter Berück-

² Mit „Frau“ bezeichne ich alle Personen, die sich mit dieser Bezeichnung definieren oder definiert werden und sich sichtbar gemacht fühlen.

sichtigung seiner historischen Positionierung im Globalen Süden. Für das Letztere sind vor allem die (post-)koloniale Geschichte des Landes sowie der (Finanz-)Kapitalismus von großer Bedeutung.

Diese Forschungsarbeit geht von der Annahme aus, dass die gesellschaftliche Organisation von Care-Arbeit in Brasilien, wobei der Staat eine wesentliche Rolle spielt, intersektionelle Ungleichheiten an der Schnittstelle von Geschlecht, Ethnizität/*Race* und Klasse reproduziert. Brasilien und São Paulo als wirtschaftsstärkste Stadt des Landes sind hierbei beispielhaft für das Entstehen intersektioneller Ungleichheiten als Folge einer „neoliberalen Alternative zum Wohlfahrtsstaat“ und einer „Ökonomisierung von Staat und Gesellschaft“ (Novy 2001: 281). Vor dem Hintergrund dieser Annahme soll erstens untersucht werden, welche sozialen Ungleichheiten in die spezifische Organisation von Care-Arbeit in Brasilien eingeschrieben sind. Zweitens soll analysiert werden, inwiefern staatliches Agieren politisch, ökonomisch, aber auch symbolisch auf der Subjektebene in den Erfahrungen von Care-Arbeiter*innen wahrnehmbar ist.

Dementsprechend wird die Arbeit von zwei Forschungsfragen geleitet: 1. Welche staatlich produzierten intersektionellen Herrschaftsstrukturen kennzeichnen Care-Arbeit in Brasilien? 2. Wie subjektivieren Care-Arbeit leistende Menschen die ihnen zugeschriebene Zuweisung von und Verantwortung für Sorge und Pflege und wie äußert sich hierbei symbolische Gewalt?

Für die empirische Analyse habe ich sowohl Personen, welche unbezahlte Sorge- und Pflegearbeit in ihren eigenen Familien und Haushalten übernehmen als auch informell und formell arbeitende, bezahlte Care-Arbeiter*innen wie Kinder- und Altenbetreuerinnen sowie Haushaltshilfen im Privathaushalt ausgewählt. Die Erfahrungsberichte der insgesamt 27 Care-Arbeiter*innen wurden durch 21 Interviews und vier Gruppendiskussionen in dem Zeitraum von August 2021 bis Juni 2022 erhoben und ausgewertet. Neben narrativen Interviews und Gruppendiskussionen wurde auch die eigene Situiertheit als Forschungsmethode gewählt. Situiertes Wissen bedeutet, dass auch Wissenschaftler*innen nicht von ihrer sozialen Umgebung getrennt sind. Somit ist auch die Wissensproduktion nicht neutral, sondern geprägt durch historische und kulturelle Sozialisierung. Meine eigene Positionierung im Forschungsfeld der Care-Arbeit in Brasilien zu reflek-

tieren war dementsprechend ein wichtiger Bestandteil kritischen wissenschaftlichen Arbeitens.

Das Ziel der Arbeit ist die Untersuchung von Care-Arbeit in unterschiedlichen Lebens- und Arbeitszusammenhängen, um die im Zuge der Care-Arbeit entstehenden Ungleichheiten aus einer intersektionellen sowie feministischen und staatstheoretischen Perspektive zu analysieren.

Die Forschungsarbeit ist folgendermaßen aufgebaut: Im ersten Kapitel werde ich den Untersuchungskontext bezüglich der Organisation und Aufteilung von Care-Arbeit und intersektionellen Ungleichheiten in Brasilien einführen. Das zweite Kapitel beleuchtet zunächst den Forschungsstand und die aktuellen Debatten zum Thema Care-Arbeit und Intersektionalität in Brasilien. Im Anschluss daran werde ich die Forschungslücke und meinen eigenen Forschungsbeitrag darlegen. Im dritten Kapitel werde ich mich mit theoretischen Überlegungen zur feministisch-materialistischen Staatstheorie, Intersektionalität sowie Subjektivität einem Theoriemodell annähern, das es ermöglicht staatlich produzierte intersektionelle Ungleichheiten in der Care-Arbeit empirisch zu untersuchen. Das vierte Kapitel beschreibt die in der empirischen Forschung verwendete Methodologie und Methoden für die Umsetzung einer qualitativen intersektionellen Mehrebenenanalyse. Mit dem fünften Kapitel werde ich schließlich die Auswertungs- und Interpretationsergebnisse meiner empirischen Forschung darlegen und anhand meines Theoriemodells analysieren. Das sechste Kapitel fasst die Interpretationsergebnisse nochmals mit einer Schlussreflexion zu symbolischen und materiellen Kämpfen im Staat und in der Gesellschaft im Hinblick auf die Care-Arbeit in Brasilien zusammen.

Kapitel 1 – Untersuchungskontext

1.1 Die vom Staat geförderte Privatisierung von Care-Arbeit

Durch das Fehlen öffentlicher Sorgeleistungen und der staatlichen Zuweisung von Care-Arbeit in private und familiäre Verantwortung werden Kinderbetreuung, Alten- und Krankenpflege sowie die Pflege von psychisch Kranken in Brasilien hauptsächlich in Familien und darin traditionell von Frauen unbezahlt geleistet (Hirata 2016: 1). Zum anderen erkennt die Gesetzgebung Bürger*innen nicht in ihrer Doppelrolle als Arbeiter*innen und Sorgende an (Sorj 2013: 486): Neben der ausschließlich an formale Erwerbsarbeit gebundenen Mütterkarenz fehlt es an weiteren Karenzregelungen für die Vereinbarung von Beruf und Familienarbeit sowie an der Anerkennung von Betreuungszeiten in der Pension (ebd.: 486-487).

Das Fehlen öffentlicher Sorgeinfrastruktur zeigt sich auch in der Krippenpolitik und der Stagnation des Ausbaus öffentlicher Kleinkindbetreuungen: Diese ist in Brasilien in den meisten Einrichtungen immer noch unzureichend ausgebaut und erfüllt nicht die minimalen Voraussetzungen einer angemessenen Kleinkindförderung. So haben laut der Erhebung des nationalen Schulzensus Inep 2022 immer noch 55 % der öffentlichen Kindertagesstätten keine angepassten Sanitäreinrichtungen für Kleinkinder zwischen null und sechs Jahren. Es fehlt außerdem an geeignetem pädagogischem Material, Bibliotheken sowie Kinderspielplätzen. In sechs von zehn Schulen mit Kleinkindbetreuung mangelt es darüber hinaus an Sanitäreinrichtungen, Trinkwasserversorgung und Abfallentsorgung (Todos pela educação 2023).

Ähnlich fehlt es an öffentlichen Einrichtungen für die Betreuung von alten Personen. Der Senioren- und Pflegebereich liegt demnach fast ausschließlich in privater und familiärer Verantwortung oder wird von karitativen Einrichtungen und NGOs ohne staatliche Beteiligung übernommen. Zudem ist die Anzahl von privaten Home-Care-Unternehmen, die für die Pflege in Haushalten von zahlungskräftigen Klient*innen in Anspruch genommen werden, in den letzten zehn Jahren gestiegen.

Für die konkrete gesellschaftliche Organisation von Care in Brasilien ist der strukturelle Rassismus ausschlaggebend, der in den Arbeitsverhältnissen der Sorge- und Reproduktionsarbeit eingeschrieben ist. Als Folge rassifizierter und vergeschlechtlichter Arbeitsteilung im Privathaushalt, ein koloniales Erbe der brasilianischen Sklavenhaltergesellschaft bis 1888, wird bezahlte Care-Arbeit heute immer noch als „sozial nicht anerkannte Reproduktionsarbeit“ (vgl. Hirata/Guimarães 2012: 34) vor allem von Schwarzen Frauen und *women of color* ausgeübt. Für das Fallbeispiel São Paulo zeigen Studien, dass bezahlte Care-Arbeiterinnen zu 94 % mit niedriger Bildung aus den wirtschaftlich schwachen ländlichen Regionen und dem Nordosten Brasiliens kommen (ebd.: 72). Sie üben in der Wirtschaftsmetropole größtenteils informelle und schlecht bezahlte Care-Arbeit aus (ebd.: 157-158). Informell arbeitende Care-Arbeiter*innen verfügen über keinen Arbeitsvertrag, keine Versicherung und keine Rentenabsicherung. Die niedrig entlohnenden Care-Arbeiter*innen können sich selbst keine Care-Leistungen zukaufen und lösen ihre familiären Sorge- und Reproduktionsnachfragen durch unbezahlte Care-Arbeit innerhalb ihrer Familien und in Nachbarschaftsnetzwerken (vgl. Hirata 2016). Sie sind damit mehrfachen Care-Belastungen und sozialen Prekarisierungen ausgesetzt. Die Entwicklung von professionellen Care-Arbeiter*innen im Privathaushalt und in öffentlichen Institutionen als Folge des zunehmenden Alterungsprozesses der brasilianischen Gesellschaft seit 2002 sowie der steigenden Erwerbsarbeit von Frauen in Brasilien reproduziert demnach historisch vergeschlechtlichte, rassifizierte und klassenbezogene Ungleichheitsverhältnisse.

1.2 Autoritäre und ultra-neoliberale Wende Brasiliens (2016-2021)

Mit dem abrupten politischen Machtwechsel in Brasilien, der mit dem Impeachment gegen Dilma Rousseff der linksorientierten Partido dos Trabalhadores (Arbeiterpartei, PT) 2016 begann, setzte die rechte und neoliberale Regierung unter Jair Bolsonaro ein radikales Gegenprogramm zur wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung Brasiliens der vorherigen Jahrzehnte um (Novy/Winckler 2020: 228). Die „Reforma de Previdencia“ 2019 – die Renten- bzw. „Vorsorgereform“ –, die unter anderem das Rentenalter vor allem für Sorge- und Reproduktionsarbeit leistende Frauen, die ihre Erwerbsarbeit aufgrund von Sorgepflichten unterbrechen mussten erhöhte sowie sozialstaatliche Förderungen in den Bereichen Gesundheit und Bildung für 20 Jahre einfror, bedeutete einen herben Rückschlag

insbesondere für diejenigen sozialen Bewegungen, die an eine gerechtere Umverteilung gesellschaftlicher Ressourcen und einen entschlossenen Kampf gegen die bestehenden Ungleichheiten in Brasilien glaubten. Damit wurde eine Wirtschaftspolitik durchgesetzt, die soziale Ungleichheit und Armut von Frauen verschärfte (Marcolino 2019: 7). Der Angriff auf Gender- und Frauenrechte sowie eine offene Anti-Genderideologie mit der Propagierung eines heteronormativen traditionellen Familienbildes gehörten dabei zur neuen Staatspolitik (Corrêa 2020: 2; vgl. Brioli 2020: 162-163). Dieselbe wurde über Diskurse in sozialen Medien (Corrêa 2020: 3) sowie über Ministerien, darunter das Ministerium für Frauen-, Familien- und Menschenrechte, umgesetzt (Brioli 2020: 165). Während in den umliegenden südamerikanischen Ländern feministische soziale Bewegungen und Organisationen, die für gesellschaftliche Pluralität stehen, sich in den letzten 15 Jahren zunehmend mobilisierten, um ihre politischen Anforderungen durchzusetzen, wie beispielsweise die feministischen Bewegungen in Argentinien und Chile, die unter anderem die Aufhebungen nationaler Abtreibungsverbote forderten und auch umsetzten, bremsten in Brasilien mit dem Demokratieabbau seit 2016 autoritäre Politiken diesen Beteiligungs- und Umbruchsprozess.

Die politischen Möglichkeiten für eine höhere Frauenbeteiligung, die sich 2003 mit der Wahl der Arbeiterpartei PT (Partido dos trabalhadores) geöffnet hatten, und Fortschritte in Richtung Gleichstellungspolitik sowohl durch die Gründung des Ministeriums für Frauen- und Genderrechte als auch durch eine Erweiterung der politischen Frauenpräsenz in der Öffentlichkeit mit sich brachten (beispielsweise sichtbar in den regelmäßig stattfindenden Demonstrationen wie „Marcha das Margaritas“ oder „Marcha das Mulheres [Negras]“), schlossen sich damit vorerst in Brasilien. Entsprechend leitete der Impeachment-Prozess, der im Jahr 2016 gegen Präsidentin Dilma Rousseff verlief und von Feminist*innen als politischer Putsch bezeichnet wird, eine neue Ära des demokratischen Rückschritts im Hinblick auf die politische Beteiligung von Frauen und anderer Kollektiven sowie die Radikalisierung politischer Gewalt gegen Frauen, in Form von psychischen und physischen Einschüchterungen und Bedrohungen in der Öffentlichkeit sowie in politischen Institutionen in Brasilien ein (vgl. Brioli 2018: 202-204).

1.3 Care-Arbeit und intersektionelle Ungleichheiten

Direkte Bedrohungen gegen Frauen wie Gewalt sind begleitet durch strukturelle Formen von Gewalt und Benachteiligung, die vor allem im Zusammenhang mit sozialer Reproduktion und Sorgepflichten von Frauen in Brasilien berücksichtigt werden müssen. Dieser Kapitelabschnitt möchte die Entstehung von intersektionellen Ungleichheiten im Zuge von Pflege und Sorgearbeit näher schildern. Dafür werde ich exemplarisch Daten aus offiziellen Datenquellen aus Brasilien wie dem IBGE³ sowie Menschenrechtsbeobachtungsplattformen im Zeitraum 2018 bis 2021 berücksichtigen. Die intersektionelle Perspektive, die hier eingenommen wird, soll aktuelle Prozesse der Prekarisierung an der Schnittstelle von Geschlecht, *Race* und Klasse darlegen.

1.3.1 Gender Care Gap zwischen Frauen und Männern

Die ungleiche Aufteilung von Sorge- und Reproduktionsarbeiten in den brasilianischen Haushalten zeigt sich – ähnlich wie anderswo – im *Gender Care Gap* zwischen Männern und Frauen: Laut dem brasilianischen Institut für Geografie und Statistik leisten 92,1 % der brasilianischen Frauen ab 14 Jahren unbezahlte familiäre Haus- und Sorgearbeit in Haushalten. Im Gegensatz dazu übernehmen nur 80,8 % der brasilianischen Männer in dieser Altersgruppe ähnliche Care-Arbeiten zuhause. Frauen leisten damit 20,9 Wochenstunden unbezahlte Hausarbeit – eine beinahe doppelte Arbeitszeit gegenüber der von Männern, die 10,8 Stunden wöchentlich unbezahlte Haus- und Sorgearbeit verrichten (IBGE 2022). Der Frauenprozentanteil bei unbezahlter Haus- und Sorgearbeit liegt dabei stets höher als bei Männern, unabhängig davon, ob sie innerhalb einer Partnerschaft leben oder nicht und erwerbstätig oder nicht erwerbstätig sind.

1.3.2 (In)Formalität der Haus- und Pflegearbeiter*innen

Trotz des 2015 verabschiedeten Gesetzes zur Hausarbeit „PEC das domesticas“, das durch die Kämpfe organisierter Hausarbeiter*innen erreicht wurde, bleibt Informalität unter Hausarbeiter*innen in Brasilien weiterhin charakteristisch. Bis heute arbeitet nur ein Drittel der „empregadas domesticas“ (Hausarbeiterinnen) innerhalb eines Angestell-

³ IBGE – Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística.

tenverhältnisses. Zwei Drittel der Hausangestellten arbeiten unverändert informell und sind damit auch schwer als Care-Arbeiter*innen registrierbar (IBGE 2018/2022). Durch die Informalität sowie die abrupten Erwerbsausfälle während der Covid-19-Pandemie gehörten die Hausangestellten zu der am meisten von Armut als auch gesundheitlich von der Pandemie betroffenen Bevölkerungsgruppe in Brasilien (Camera dos deputados 2021).

1.3.3 Ungleichheiten und rassifizierte Segregation in São Paulo

Ungleiche Sorge- und Pflegebedingungen in São Paulo entstehen nicht unabhängig von bestehenden sozialen Ungleichheiten und rassifizierter Segregation, wie die folgenden Daten aufzeigen: Die zivilgesellschaftliche Beobachtungsplattform Observatorio do Cidadão (2018) misst soziale Ungleichheiten innerhalb der unterschiedlichen Stadtbezirke in der Großstadt São Paulo anhand des durchschnittlich zu erwartenden Lebensalters der Stadtteilbewohner*innen. Dieses liegt in São Paulo im Durchschnitt bei 68,7 Jahren. Doch während die durchschnittliche Lebenserwartung im Reichenviertel Moema bei 80,6 Jahren liegt, fällt diese im peripheren Armenviertel Tiradentes auf nur 57,3 Jahre. Die Länge der Lebenszeit unterscheidet sich weiter entlang der sozialen Kategorie *Race*: Nur 5,8 % der Bevölkerung im Reichenviertel Moema deklarieren sich als „nicht weiß“. Periphere Viertel in São Paulo mit einkommensschwacher Bevölkerung sind insbesondere durch das Fehlen öffentlicher Kinderbetreuung sowie schlechte Zugänge zu öffentlicher Gesundheitsversorgung, Bildung und Kultur gekennzeichnet.

Vor diesem Hintergrund haben sich die bereits bestehenden intersektionellen Ungleichheiten in Brasilien während der Covid-19-Pandemie sowie aufgrund fehlender sozialstaatlicher Politiken weiter verschärft. Das zeigt auch eine Studie des Instituto Geledés (2020), die die unterschiedlichen Bildungszugänge von Kindern und Jugendlichen in São Paulo während der Covid-19-Pandemie aus einer intersektionellen Perspektive untersucht: Der Studie zufolge gehörten während der sozialen Isolation im Zeitraum März 2020 bis August 2021 schwarze Mädchen zu den am meisten Betroffenen. Demnach hatten in der Großstadt São Paulo zum Beispiel nur 58,54 % der befragten schwarzen Mädchen Zugang zu Online-Unterricht oder Home-Schooling. Im Vergleich dazu hatten 76,39 % der schwarzen Jungen, 87,5 % der weißen Mädchen und 92,86 % der weißen

Jungen⁴ Zugang zu diesen Bildungsangeboten. Die Gründe, die von den Eltern für die Schulabsenzen angegeben wurden, waren erstens die fehlenden Zeitressourcen für die Betreuung der Kinder und zweitens die Unvereinbarkeit der (Online-)Schulzeiten mit den Arbeitszeiten der Eltern. Drittens gaben Eltern an, ihren Kindern aufgrund eigener Bildungsrückstände inhaltlich nicht unterstützen zu können. Viertens galt das Fehlen einer geeigneten Grundausrüstung wie Schreibtische, Stühle, Licht und Internet als Hindernis bei der Unterstützung von Kindern in ihren Schulaktivitäten.

Gravierende intersektionelle Ungleichheiten ergeben sich auch hinsichtlich der ungleichen Arbeitsverhältnisse zwischen den sich als „weiß“ und „schwarz“ deklarierenden brasilianischen Familien: Während insgesamt 48 % der befragten Familien die Möglichkeit hatten, ganz oder teilweise im Homeoffice zu arbeiten, ergibt die intersektionelle Analyse des Instituto Geledés (2020), die den Zusammenhang zwischen Geschlecht und *Race* untersucht, ein ungleiches Ergebnis: 84 % der weißen Familien, die für die Studie befragt wurden, hatten die Möglichkeit, ins Homeoffice zu gehen, was nur auf 39 % der schwarzen Familien zutraf.

Gesamtgesellschaftlich betrachtet vergrößerten sich die Sorgeerfordernisse der Brasilianer*innen in der Pandemie und bezogen sich auf das Nötigste: So lebte Schätzungen des größten gewerkschaftlichen Dachverbandes Brasiliens Central Única de Trabalhadores (CUT) zufolge ein Drittel der Brasilianer*innen (61,1 Millionen Menschen) 2021 in Armut oder extremer Armut und konnte Grundbedürfnissen wie Ernährung, Hygiene sowie Gesundheitsfürsorge nicht eigenständig und ohne sozialstaatliche Hilfe nachkommen. Damit stieg die Zahl der Armen in zwei Jahren um 14,9 Millionen Menschen an (CUT 2021).

Einer Studie der öffentlichen Universität São Paulo zufolge, die Gender und *Race* im Zusammenhang mit Armut untersucht, vergrößerte die Covid-19-Pandemie die sozialen Ungleichheiten zusätzlich aufgrund struktureller Bedingungen: Es sind die Armen mit niedrigem Bildungsniveau und Schwarze Frauen, die die Folgen der Pandemie am stärksten betreffen, weil sie im Zuge der Pandemie erwerbslos wurden und vergleichsweise

⁴ Die Registrierung der Kategorie *Race* erfolgt in Brasilien zugunsten der Datenerhebungen durch die SelbstdeklARATION der Bürger*innen.

häufiger von Hunger betroffen sind und an Covid sterben. Zudem können sie sich nicht ins Homeoffice zurückziehen, da ihre Arbeit vor Ort verrichtet werden muss und sie über keine würdigen geregelten Arbeitsverhältnisse verfügen. Sie sind häufiger in Gelegenheitsarbeiten auf der Straße tätig und müssen sich in überfüllten öffentlichen Transportsystemen in Großstädten wie São Paulo fortbewegen (vgl. Nassif-Pires/Cardoso/Oliveira 2021). Die Studie belegt außerdem den Rückgang des brasilianischen Mittelstandes um 4 % in einem Zeitraum von zwei Jahren. Damit ist der brasilianische Mittelstand mit 47 % ebenso groß wie der in Armut lebende Bevölkerungsanteil mit ebenfalls 47 %.

Deutlich wird bei diesen Studien Folgendes: Erstens betreffen bestehende strukturelle intersektionelle Ungleichheiten, unmittelbar sichtbar in fehlenden Bildungszugängen, fehlender Infrastruktur oder Arbeitsverhältnissen, direkt die Art und Weise, wie Sorge- und Reproduktionsarbeiten im Privathaushalt geleistet werden. Dementsprechend haben in Armutslagen lebende Familien größere Schwierigkeiten den Sorgeerfordernissen in den Haushalten allein gerecht zu werden, insbesondere wenn es an öffentlicher Unterstützung fehlt. Zweitens sind bestehende Ungleichheiten entscheidend darüber, wer Care-Arbeit in der Gesellschaft übernimmt und dafür verantwortlich gemacht wird. Folglich sind es vor allem rassifizierte Frauen in der brasilianischen Gesellschaft, die die Care-Arbeit in den eigenen Familien, aber auch bezahlte (Care-)Dienstleistungen für andere übernehmen.

Deutlich wird bei den Analysen auch, dass aufgrund des Fehlens sozialstaatlicher Maßnahmen die sozialen Folgen struktureller Ungleichheiten an den Achsen Geschlecht, *Race* und Klasse durch die Covid-19-Pandemie weiter verschärft wurden und lange Zeit spürbar sein werden.

Kapitel 2 – Forschungsstand und Forschungslücke im Forschungsfeld Care-Arbeit und Intersektionalität in Brasilien

Das folgende Kapitel hat zum Ziel, in den Stand der Care- und Intersektionalitätsforschung in Brasilien einzuführen. Im ersten Abschnitt (2.1) werde ich zunächst einen Überblick über die Care-Debatte im Zusammenhang mit intersektioneller Ungleichheit, die im Globalen Norden geführt werden, beginnen. Im zweiten Abschnitt (2.2) gehe ich explizit auf feministische Forschungsarbeiten zu Care-Arbeit und intersektioneller Ungleichheit in Brasilien ein. Der dritte Abschnitt (2.3) beleuchtet die Arbeiten zu Care-Arbeit an den Schnittstellen von Sexismus und Rassismus im Zuge kritischer Überlegungen afrobrasilianischer Theoretiker*innen. Im vierten Abschnitt (2.4) werde ich genauer wissenschaftliche Arbeiten zur Rolle und Wirkung des Staates auf die gesellschaftliche Organisation von Care-Arbeit in Brasilien in den Fokus nehmen. Schließlich werde ich im fünften Abschnitt (2.5) die Forschungslücke, die die vorliegende Arbeit in Angriff nimmt, darlegen.

2.1 Aktuelle Debatten um Care und intersektionelle Ungleichheit

In diesem Kapitel möchte ich zunächst einen Überblick über die Debatte um das Thema Care-Arbeit geben, wie sie insbesondere von Wissenschaftler*innen aus Ländern des Globalen Nordens geführt wird und Einfluss auf die Führung der Care-Debatte in Brasilien hat. Neuere wissenschaftliche Publikationen beschäftigen sich insbesondere mit den Sorge- und Pflegeerfordernissen im Zusammenhang mit Austeritätspolitik und dem Abbau sozialstaatlicher Leistungsbereitstellung in Ländern des Globalen Nordens. Dabei werden der staatliche Rückzug aus dem Sorgebereich und der Füllung entstehender Sorgelücken durch zunehmende Privatisierung und Vermarktwirtschaftlichung von Sorge- und Reproduktionsarbeit in den Blick genommen (Aulenbacher/Lutz/Schwiter 2021; Dowling 2021). Kritische feministische und globalisierungskritische Theorien gehen dabei von der Prämisse aus, dass die strukturelle Care- und Reproduktionskrise kapitalistischen Gesellschaften systeminhärent und Folge einer „strukturellen Sorglosigkeit des Kapitalismus“ ist (Aulenbacher 2015: 6). Demzufolge gefährdet der Kapitalismus die

ökologische und soziale Lebensgrundlage der Menschen, indem er sich Sorge- und Sorgearbeit gesellschaftlich der Marktökonomie und der Kapitalverwertung unterordnet (ebd.).

In der öffentlichen Debatte um eine mögliche neue gesellschaftliche Aufteilung von Sorge- und Reproduktionsarbeit wird die seit den 1970er-Jahren geführte feministische Debatte um das Thema Hausarbeit (vgl. Federici 1974) wieder aufgegriffen bzw. weitergeführt. Demzufolge wird weiterhin die ungerechte Verteilung von Care-Arbeit, die neben der Erwerbsarbeit als untergeordnet betrachtet wird, kritisiert und eine gerechtere Verteilung wird eingeklagt (Fraser 2013; Federici 2020). Feministische Theoretiker*innen sehen dabei im Prozess der Vergeschlechtlichung moderner Staaten (Ludwig 2016: 195) die historische Voraussetzung für die materielle sowie symbolische Abwertung von Sorge- und Reproduktionsarbeit (Aulenbacher 2015: 6; Fraser 2016; Klinger/Knapp 2002).

Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Care- und Reproduktionskrise – verstanden als Folge der Verdichtung von Sorgegefährdungen⁵ (Aulenbacher 2015: 7) – konzentriert sich die wissenschaftliche Debatte im Globalen Norden auf das Suchen einer Neuausrichtung und neuen Ausgestaltung der gesellschaftlichen Organisation von Sorge- und Reproduktionsarbeit. Im Zuge dessen werden auch die gesamtgesellschaftliche Inwertsetzung von Care-Arbeit und die Bereitstellung von Sorge- und Pflegeleistungen durch zunehmend rationalisierende und ökonomisierende sowie marktwirtschaftlich orientierte Logiken von feministischen Forscher*innen kritisch untersucht (Aulenbacher/Lutz/Schwiter 2021; Dowling 2021). Sie stellen fest, dass im Zeichen des Neoliberalismus Sorgeverantwortung zunehmend an Individuen als privates Anliegen zugeschrieben wird, während Fragen nach gesellschaftlicher Verantwortung dethematisiert werden (Tronto 2016; Brown 2015; Dowling 2021). Vor diesem Hintergrund formulieren feministische Wissenschaftler*innen (Tronto 2016; Brown 2015; Fraser 2013; Gago 2020) ihre demokratietheoretischen Überlegungen zu einer gesellschaftlichen Trans-

⁵ Sorgegefährdung bedeutet, dass alltägliche Sorgeerfordernisse nicht mehr ausreichend gesellschaftlich bearbeitet werden können.

formation, die Care in das Zentrum ihrer Wertigkeit setzt und damit auch Ungleichheiten den sozialen Kampf ansagt. Nancy Fraser betont:

„[to] build society that assumes every adult is a person with primary care responsibilities, community engagements and social commitments. That's not utopian. It's a vision based on what human life is really like.“ (Fraser 2016: 6-7)

Im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Formen, in denen Care in Ländern des Globalen Nordens zur Verfügung gestellt wird (etwa familiär, staatlich, gemeinnützig oder marktwirtschaftlich), werden auch die geschlechts- und klassenspezifische sowie ethnisierte und rassifizierte Arbeitsteilungen und die Rolle migrantischer Sorgearbeiter*innen untersucht. Demnach wird Care-Arbeit in neoliberalen Staaten verstärkt ethniert und rassifiziert (Aulenbacher 2015: 44; Fraser 2013: 64-65; Lutz 2017: 12 ff.). Diesen Autor*innen zufolge lässt sich auch in Ländern des Globalen Nordens zwischen „zahlungskräftigen (Sorge)Fähigen und zahlungsunfähigen Fürsorge (Bedürftigen)“ unterscheiden (Aulenbacher 2015: 9; Dowling 2021).

Wissenschaftler*innen des Globalen Nordens problematisieren zusehends die entstehenden globalen Ungleichheiten zwischen den Ländern des Globalen Nordens und Südens. Sie kritisieren diesbezüglich die globale ungleiche gesellschaftliche Arbeitsteilung und die ansteigende Sorgemigration (Aulenbacher 2015; Lutz 2018; Brand 2020) sowie den zunehmenden Sorgeextraktivismus in Ländern des Globalen Südens (Wichterich 2019). Kern der Kritik sind hierbei die entstehenden Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnisse in den Ländern des Globalen Südens (Dowling 2020). Transnationaler Sorgeextraktivismus wird in diesem Zusammenhang auch als Manifestation einer „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017), die auf neokolonialen Herrschaftsbeziehungen beruht, interpretiert. Dadurch sichern die globalen Mittelklassen ihre Produktions-, Konsum- und Reproduktionserfordernisse ab, indem sie Care-Leistungen aus einkommensschwachen Regionen heranziehen, die auf prekären Arbeitssituationen beruhen (Wichterich 2019: 15).

Vor diesem Hintergrund entsteht eine Notwendigkeit, auch die spezifischen regionalen und nationalen Care-Verhältnisse in den Ländern des Globalen Südens vor dem Hintergrund globaler Machtverhältnisse zu untersuchen.

2.2 Forschungsarbeiten zu Care-Arbeit und Intersektionalität in Brasilien

Care-Arbeit und intersektionelle Ungleichheit waren bis zur Covid-19-Pandemie ein nur wenigen Forscher*innen bearbeitetes Feld. Eine Erklärung dafür ist, dass der Beruf und Begriff „cuidadora“ (Betreuerin) erst 2008 in den Begriffskanon und juristischen Kanon in Brasilien aufgenommen und damit erst erfassbar wurde (vgl. Hirata/Guimarães 2012: 236). Zudem stellt die gängige Informalität der Sorgearbeit eine Schwierigkeit für die Erhebung von Daten zur gesellschaftlichen Aufteilung von Care-Arbeit in brasilianischen Haushalten dar. Nicht zuletzt spielt die „private“ und „intime“ Konnotation der Themen Sorge und Pflege dabei möglicherweise eine Rolle.

Ausgewählte Studien, die im Folgenden besprochen werden, handeln von der ungleichen gesellschaftlichen Arbeitsteilung im Hinblick auf Sorge und Reproduktion in Brasilien entlang der intersektionellen Ungleichheitskategorien Geschlecht, *Race* und Klasse. Diesen Studien ist die materialistisch-feministische Theorieperspektive gemeinsam. Die Arbeiten der Politikwissenschaftlerin Flávia Biroli (2018, 2020) integrieren dabei auch die Verantwortlichkeit des Staates und seiner Institutionen mit in eine geschlechterkritische Analyse der gesellschaftlichen Teilung von Reproduktions- und Sorgearbeit. Die vorliegende Dissertation möchte diese Arbeiten, die von der Makroebene des Staates und seiner Institutionen im Kontext vom Kapitalismus ausgehen, um die Subjektperspektive ergänzen, indem sie gelebte intersektionelle Ungleichheiten von Care-Arbeiter*innen im Zuge ihrer Leistungen untersucht.

Die Pionierstudie zu Care-Arbeit von Hirata und Guimarães (2012) bietet eine wichtige Quelle für die gesellschaftliche Teilung von Sorge- und Reproduktionsarbeit in Brasilien. Die vergleichende Studie, die neben Brasilien Länder wie Japan und Frankreich in die Untersuchung miteinbezieht, thematisiert erstmals Care-Arbeit in Brasilien. Geprägt von ihren Studienaufenthalten in Frankreich studiert Hirata zunächst vor allem Ungleichheit im Zusammenhang mit Geschlecht und Klassenverhältnissen. In ihren Anschlussstudien (Hirata 2014, 2020) steigt sie in die (globale) Debatte um Care-Arbeit und Intersektionalität ein und benennt die Ungleichheiten, die durch die ungleiche Teilung von (Care-)Arbeit in Brasilien entstehen: Neben der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung be-

stimmt Hirata konkret *Race* und Klasse als miteinander in Beziehung stehende und nicht voneinander loslösbare Kategorien bei der Analyse von Unterdrückungsmechanismen und Mehrfachdiskriminierungen von Care-Arbeiter*innen in Brasilien (Hirata 2014: 4). Anders ausgedrückt: So ist es „nicht nur das Geschlecht, sondern auch die Zugehörigkeit zu Klasse und *Race* in der brasilianischen Gesellschaft, die es zu identifizieren erlauben, wer ‚Care‘ praktiziert und auf welche Weise“ (ebd.: 4, eigene Übersetzung).

Die weiterführenden Studien von Helena Hirata und Nadja Guimarães (2012; 2020) liefern folgende Erkenntnis: Demnach wird Sorge- und Reproduktionsarbeit hauptsächlich im Privathaushalt verrichtet, wo sie als feminisierte und „sozial nicht anerkannte Produktionsarbeit“ von zahlungsfähigen Familien an sozial untergeordnete Frauen entlang der Ungleichheitskategorien *Race* und Klasse externalisiert wird.

Nadja Araujo Guimarães (2001) arbeitet mit dem Begriff der Symbolischen Gewalt (Bourdieu 1989), um Formen der Naturalisierung von Geschlechterkonstellationen sowie rassifizierten Verhältnissen und intersektionellen Diskriminierungen in der Erwerbsarbeit und im Zuge familiärer Sorgearbeit zu beschreiben. Sie untersucht dabei Einstellungen und Deutungsmuster, die intergenerationell übertragen werden, und beleuchtet gesellschaftliche Geschlechterrollen und -muster. In ihrer Analyse konzentriert sich Guimarães vor allem auf die Identitätsbildung von Subjekten durch familiäre Sozialisierung und schafft über den Begriff der Symbolischen Gewalt eine Brücke zur gesellschaftlichen Normierung und Naturalisierung von Ungleichheitsverhältnissen.

Zusammengefasst sind laut dieser Studien Sorgeerfordernisse in Brasilien für einen privilegierten, zahlungsfähigen Teil der Gesellschaft durch Externalisierung – das heißt durch die relativ günstige Verlagerung von Sorgearbeit an dritte Personen – lebbar. Parallel dazu dient eine selbst vielmals von Sorgeleistungen ausgeschlossene Bevölkerungsschicht, mehrheitlich nicht weiße Brasilianer*innen mit geringem Bildungszugang, als *per se* Sorgende sowohl bezahlt in privaten Haushalten als auch unbezahlt in ihren eigenen Familien und innerhalb nachbarschaftlicher Netzwerke. Die historisch konstruierten, geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in Brasilien, die gleichzeitig *Race*- und klassenbezogen sind, scheinen in diesem Care-System, das auf Privatisierung und Individualisierung von Sorge- und Reproduktionsarbeit beruht, eine funktionelle Rolle zu spielen. Die

Ausübung von Care-Arbeit geht dabei mit intersektionellen Diskriminierungen einher, die gesellschaftlich naturalisiert und legitimiert werden und über Symbolische Gewalt oft unbewusst bei den Betroffenen selbst zum Tragen kommen. Schlussfolgernd basiert die vorläufig hegemonial abgesicherte gesellschaftliche Teilung von Sorgearbeit weitgehend unverändert auf deren historisch bedingte Feminisierung und Rassifizierung.

Weitere jüngere feministische Studien problematisieren Sorge- und Reproduktionsarbeit in Brasilien im Haushalt und die damit verbundene geschlechtlich differenzierte Arbeitsteilung unter dem Aspekt der politischen Trennung des als weiblich konnotierten privaten und als männlich konnotierten öffentlichen Raumes. Den Autor*innen ist dabei die Klage über den unveränderten „privaten“ Raum gemeinsam. Dementsprechend konstatieren Trindade und Sussai: „Obwohl wir fortschrittliche Veränderungen (– auf eine steigende Frauenerwerbsarbeit bezogen –) hinsichtlich der Geschlechtergleichstellung in Brasilien wahrnehmen, bleiben die Verhältnisse im als ‚privat‘ markierten häuslichen Umfeld unverändert“ (Trindade/Sussai 2019: 44 ff., eigene Übersetzung; vgl. Itaboraí 2016: 20).

Itaboraí charakterisiert die politischen Institutionen Brasiliens als einen Raum „hegemonialer Männlichkeit“ (Itaboraí 2016: 214, eigene Übersetzung) und bezieht sich damit auf die maskuline Geschlechterzentriertheit der brasilianischen politischen Institutionen, die politische Unterrepräsentation von Frauen in politischen Ämtern sowie den politischen Widerstand gegenüber progressiven Politiken (ebd.: 215). Damit kritisiert die Autorin hegemoniale Herrschaftsverhältnisse innerhalb der politischen Institutionen, die Politiken mit gleichstellungspolitischem Transformationspotenzial schwer umsetzbar machen.

Politischen Widerstand beklagen in diesem Kontext auch Flávia Biroli (2020) und Tássia Rabelo de Pinho (2020) gegen massiv ansteigende Gewalt gegenüber Politiker*innen, die feministische Politiken sowie Politiken der Umverteilung anstreben, in Form von Bedrohungen und psychologischem Druck.

Eine Folge daraus, so die Autor*innen, ist das Fehlen staatlicher Politiken, die die gesellschaftliche Teilung von Sorge- und Reproduktionsarbeit in brasilianischen Haushalten betreffen. Sie fordern daher eine Politisierung des privaten Raumes, also eine bewusste öffentliche Adressierung und Enttabuisierung von Themen. Ungleichheiten entstehen,

hier sind sich die Autor*innen (Itaborai 2016; Biroli 2020) einig, durch die Privatisierung, also die Verlagerung von Care-Arbeit in die privaten Haushalte, welche direkt oder indirekt durch den Staat über öffentliche Politiken, Diskurse oder das Nicht-Bereitstellen von öffentlicher Care-Infrastruktur mitgetragen wird. Care-Arrangements unterscheiden sich dabei vor allem durch den Zugang zu Ressourcen, um entsprechend notwendige Care-Leistungen erwerben zu können. Care-Situationen differenzieren sich dementsprechend insbesondere durch Klassenunterschiede und individuelle Zahlungsmöglichkeiten. Geschlechtergleichstellung in Brasilien ist diesen Arbeiten zufolge nicht zuletzt eine Frage institutioneller Bedingungen und der Bereitstellung öffentlicher Leistungen (Biroli 2020: 221).

Auffällig an den hier verwendeten Arbeiten ist, dass sie stark von feministischen materialistischen Ansätzen geprägt sind, die vor allem Geschlechter- und Klassenungleichheiten im Hinblick auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung aus einer ökonomiekritischen Perspektive heraus erklären. Es fehlt hier noch eine integrierte Analyse, die die strukturellen und symbolischen Komponenten von Staatlichkeit und deren Wechselwirkungen mit der Konstitution von Care-Arbeit leistenden Subjekten und ihren Erfahrungen von intersektionaler Ungleichheit im Kontext von Care-Arbeit zusammendenkt.

Trindade und Sussai (2019) analysieren den Zusammenhang zwischen kultureller Vererbung und Bildungsniveau in der Aufteilung von unbezahlter Hausarbeit in brasilianischen Privathaushalten. Sie beschreiben dabei eine wachsende Diversifizierung und Pluralisierung brasilianischer Familienverhältnisse seit den 1990er-Jahren. Biroli zitierend, die sich auf die Erhebung des Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística (IBGE) stützt, sind brasilianische Familien zunehmend gekennzeichnet durch erstens einen Rückgang von Paaren mit Kindern sowie die Zunahme alleinerziehender Mütter und zweitens durch einen Anstieg von nicht heterosexuellen Familien. Drittens gehen Trindade und Sussai auf die historischen Folgen des Kolonialismus und der späten Abschaffung der Sklaverei (1888) mit direkten Folgen für die gesellschaftliche Reproduktionsstruktur, die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und die Familienstrukturen in Brasilien (Trindade/Sussai 2019: 48) ein. Die Autorinnen betonen, dass als historische Folge der Sklaverei und des sozialen Ausschlusses ehemaliger Sklaven*innen viele Familien vor allem

monoparental von Frauen unterhalten werden. Damit würden westlich geprägte feministische Forderungen nach einer „anti-patriarchalen Familie“ und einer zunehmenden Erwerbsarbeit von Frauen die historische Realität vieler (armer) brasilianischer Familien nicht repräsentieren. Grund dafür sei, dass deren Arbeitsteilung eben nicht durch eine (vergeschlechtlichte) Trennung von Sorge-, Reproduktions- und Erwerbsarbeit geprägt ist, sondern Care-Arbeit zum Beispiel durch alternative Sorgemodelle in Familien- und Nachbarschaftsnetzwerken privat organisiert wird, während Frauen für den Familienunterhalt erwerbstätig sein müssen.

Gemeinsam ist den Studien die Erkenntnis, dass das politische und moralische Idealbild der brasilianischen Kernfamilie (die aus einem Haushaltsvorstand von zwei Erwachsenen besteht und cis-heterosexuell gelebt wird) nicht per se der Lebensrealität und der realen Pluralität brasilianischer Familienverhältnisse entspricht. Dieses Bild der idealen Familie wird dennoch gesellschaftlich über symbolische Repräsentationen in Schulen, in der Bildung, in Medien und Familien hegemonial vertreten (vgl. Trindade 2019). Theoretisch und methodologisch kritisieren die Studien ein essentialistisches feministisches Theorie-Modell, das die Realität brasilianischer Frauen im lateinamerikanischen Kontext nicht ganzheitlich beschreibt. Dies ist eine Kritik, die vor allem von intersektionellen (vgl. Collins/Bilge 2020) sowie afrobrasilianischen Autor*innen (vgl. Gonzalez 2020) artikuliert wird, deren gegenhegemoniale Theoriezugänge einen Perspektivwechsel oder vielmehr Perspektivenergänzungen auf das Forschungsfeld anbieten.

2.3 Sorge- und Reproduktionsarbeit an der Schnittstelle von Sexismus und Rassismus

Im Anschluss erläutere ich Studien afrobrasilianischer Feminist*innen, die die Aufteilung von Sorge- und Reproduktionsarbeit in brasilianischen Haushalten kritisch beleuchten und dabei die gesellschaftlichen Verflechtungen von Sexismus und Rassismus in den Blick nehmen. In diesen Analysen wird besonders der strukturelle Rassismus in der brasilianischen Gesellschaft benannt und auf die damit einhergehende „symbolische“ Dimension historisch tradierter sexistischer und rassistischer Rollenbilder eingegangen.

Die Afrobrasilianerin Lélia Gonzalez verwies bereits in den 1970er-Jahren⁶ auf die doppelte Diskriminierung nicht-weißer Frauen in der lateinamerikanischen Region, die „aufgrund eines patriarchal-rassistischen Kapitalismus zu den am stärksten unterdrückten und ausgebeuteten Frauen des Kontinents gehören“ (Gonzalez 2020: 145, eigene Übersetzung). Die Publikationen von Gonzalez verdeutlichen epistemische Lücken westlich zentrierter feministischer Untersuchungen, die die gesellschaftliche Arbeitsteilung aus einer universalistischen und essentialistischen Perspektive heraus beschreiben, die auf der Realität weißer, europäischen geprägter Frauen beruht. Gonzalez untersucht im Zuge ihrer aktiven Teilhabe im *Movimento Negro Unificado* im Jahr 1979 den Zusammenhang zwischen Sexismus und Rassismus und der gesellschaftlichen Teilung von Sorge- und Reproduktionsarbeit in Brasilien anhand von alltäglichen Erfahrungen afrobrasilianischer Frauen. Dabei geht sie vor allem auf symbolische Repräsentationen ein, die sie beispielsweise mit dem historisch tradierten Bild der Schwarzen Frau als „mucama“ – der erotischen Mulattin – auf der einen Seite und der Schwarzen Mutter in ihrer Rolle als Kindermädchen, „Milchamme“ (portug. „*ama de leite*“) und Hausmädchen auf der anderen Seite verbindet (Gonzalez 2020: 76). In der Folge beschreibt Gonzalez, wie Symbolische Gewalt auf Schwarze Frauen ausgeübt wird, die im Karneval vergöttert und in ihrem Lebensalltag als Hausangestellte stereotypisiert werden (Gonzalez 2020: 70). In den bewusst in einfacher Sprache verfassten Schriften von Gonzalez werden der Alltag von Schwarzen Care-Arbeiter*innen und besonders die Konflikte, die bei bezahlter Care-Arbeit in den Privathaushalten sichtbar werden, vor allem zwischen den weißen (oberen) Mittelstandsfrauen und den Schwarzen Hausarbeiter*innen und Kindermädchen beschrieben. Gonzalez hebt die traditionelle Externalisierung von Sorge- und Reproduktionsarbeit als kulturstiftend und sozialisierend bezüglich vergeschlechtlichter und rassifizierter, also nach *Race* getrennter, Arbeitsteilung in Brasilien hervor. Auf eine schwer zugängliche, akademische Sprache, die auf Menschen mit niedrigem Bildungszugang ausschließend wirkt, verzichtend schreibt sie:

⁶ Die Studien von Gonzalez sind deswegen außergewöhnlich, weil sie zeitnah mit der westlichen zweiten Welle der Frauenbewegung entstanden sind und gleichzeitig die afrobrasilianischen Frauen- und Widerstandsbewegungen unter der brasilianischen Militärdiktatur 1964-1984 berücksichtigen.

„Sie ist schlicht und ergreifend die Mutter. Weil die Weiße ist in Wahrheit die andere. Wenn es nicht so ist, frage ich mich: Wer stillt, badet, wickelt, legt schlafen, steht in der Nacht auf, bringt das Sprechen bei, erzählt Geschichten und so weiter? Ist das nicht die Mutter? Also, sie ist eben die Mutter in dieser sinnentleerten brasilianischen Kultur. In ihrer Rolle als mucama ist sie eine Frau; als Kindermädchen ist sie die Mutter. Die Weiße, die sogenannte legitime Ehefrau, ist genau die andere, die, so unglaublich es erscheint, nur zum Gebären der Kinder des Hausherrn taugt.“ (Gonzalez 2020: 87-88, eigene Übersetzung)

Die Reflektionen von Gonzalez erweitern das Forschungsfeld in epistemischer Hinsicht und kritisieren zugleich die Hierarchisierung von Wissensproduktion, die nicht-hegemoniale Sichtweisen und Wissensproduktionen unsichtbar werden lässt (Ribeiro 2017: 24). Die Kritik beruht darauf, dass die in den Wissenskanons verbreiteten feministischen Theorien nicht-weißer Frauen und aus nicht westlichen Gesellschaften bisher vergleichsweise wenig zitiert wurden. Konsequenzen daraus sind das Fehlen von Theorien, die aus den Lebenswelten afrobrasilianischer und indigener Frauen hervorgehen, sowie die Wissens- und Erfahrungslücke, die daraus entsteht, dass die Perspektiven von Frauen aus kolonialisierten Ländern nicht in die Wissensproduktion aufgenommen werden (ebd.: 24). Mit dieser Kritik ebnet Gonzalez zusammen mit anderen afrobrasilianischen Autor*innen wie Carneiro und Nascimento (vgl. Nascimento/Gonzalez/Carneiro 2019) in Brasilien das Feld für die Formulierung eines afrobrasilianischen und lateinamerikanischen Feminismus. An sie schließen sich Aktivist*innen und Akademiker*innen wie Djamila Ribeiro (2017, 2021) an, die den öffentlichen und gesellschaftlichen Diskurs zunehmend prägen und die Debatte um Intersektionalität in Brasilien im weiten Sinne aber auch spezifisch im Zusammenhang mit Sorge- und Reproduktionsarbeit erweitern.

Aufmerksam machen diese Autor*innen vor allem auf den auch in akademischen Kreisen tradierten brasilianischen Mythos der „democracia racial“ (wortwörtlich übersetzt der „Rassendemokratie“). Dieser beruhe auf einer vermeintlichen Nichtexistenz eines offenen Rassismus in der brasilianischen Gesellschaft (Gonzalez 2020: 144; Ribeiro 2021: 17; Collins/Bilge 2020: 42-43). Verwoben ist diese Idee der natürlichen Harmonie der Ethnien mit dem meritokratischen Gedankengut, das die Zuordnung zu sozialen Klassen mit Verdienst und Fleiß begründet und eine hierarchische Gesellschaftsordnung naturalisiert und legitimiert (vgl. Gonzalez 2020: 191-192). Djamila Ribeiro spricht sich bewusst für ein Sichtbarmachen des institutionellen und strukturellen Rassismus sowie

für ein gleichzeitiges Sichtbarmachen pluralistischer Sichtweisen und Erfahrungen aus. Die Forderung nach Agency – dem Recht, für sich selbst zu sprechen (Ribeiro 2017; portug. „*lugar de fala*“) – liegt in der Kritik gegen institutionelles Schweigen gegenüber Ungleichheiten und Unterrepräsentation nicht hegemonialer Sicht- und Lebensweisen (ebd. 2017).

Die Anerkennung eines institutionell verankerten und sowohl materiell als auch symbolisch tradierten strukturellen Rassismus verändert die Perspektive auf Care-Arbeit und intersektionelle Ungleichheiten sowie den theoretischen und methodologischen Umgang mit den Ungleichheitskategorien Geschlecht, *Race* und Klasse. Denn dadurch, dass sowohl (politische) Institutionen als auch Individuen in einen strukturellen Rassismus als Folge des Kolonialismus historisch eingebettet sind (Almeida 2020: 52), ist „*Race*“ in diesem Kontext auch eine strukturierende Variable für die kolonial institutionalisierten Geschlechter- sowie Klassenverhältnisse.

Für den Kontext dieser Arbeit relevant ist vor allem die symbolische Dimension des gesellschaftlichen und institutionell tradierten Rassismus innerhalb brasilianischer Privathaushalte, den ich in dieser Arbeit über den Begriff der Symbolischen Gewalt (Bourdieu 1989) konzeptualisieren werde. Die Frage stellt sich hier hinsichtlich der stetigen Reproduktion von Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnissen, oder genauer gesagt nach der vermeintlichen Unveränderbarkeit und einer vermuteten Legitimierung und Naturalisierung von Machtverhältnissen in brasilianischen Haushalten, der Öffentlichkeit und den politischen Institutionen. Die Überschneidungen und die Tradierung von strukturellem Rassismus, ungleichen Geschlechterverhältnissen, hierarchischen sozialen Positionierung sowie der Schwierigkeit der Transformation dieser Verhältnisse werden vor allem medial im Zuge zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung debattiert (siehe dazu Anhang 1).

Die steigende Forderung nach pluralistischen feministischen Perspektiven spiegelt sich auch in den regelmäßigen Veröffentlichungen der Sammelreihe „Feminismus Plurais“ (Hrsg. Ribeiro/Carneiro) wider, in denen vor allem Afrobrasilianer*innen und indigene Feminist*innen zu den Themen Intersektionalität (Akotirene 2019), struktureller Rassismus (Almeida 2020) sowie Transfeminismo (Nascimento 2021) in der brasilianischen

Gesellschaft veröffentlichen. Das Projekt des Transfeminismo macht insbesondere auf die Pluralität von Feminismen aufmerksam, indem es auf die Realitäten, Widerstände und Interventionen von transsexuellen Frauen und Travesties⁷ eingeht.

Mit diesen Theoriearbeiten wird zudem die Forschungslücke artikuliert, auch *Sexualität* als Kategorie und eine nicht binäre Geschlechterauffassung in intersektionelle Analysen aufzunehmen und dabei die spezifische gesellschaftliche Organisation von Care-Arbeit mitzudenken. Damit stellen sich die Autor*innen gegen die Nichtbeachtung eines Feminismus, der neue Epistemologien schafft, soziale Orte im Sinne unterschiedlicher Sicht- und Lebensweisen diskutiert und mit der Idee einer einzigen Vision bricht (Ribeiro 2017: 18).

Aus methodologischer Perspektive ermutigen pluralistische feministische Sichtweisen nicht nur dazu, die Kategorienbildung zu erweitern, sondern auch die spezifischen Geschichten der Länder des Globalen Südens und im Kontext Brasiliens insbesondere die Erfahrungen der Sklaverei, des Kolonialismus, der späten demokratischen Transformation und Institutionenbildung im Anschluss an das Ende der Militärdiktatur 1980 zusammenzudenken. Dementsprechend formt der spezifische brasilianische Kontext „Macht- und Herrschaftsverhältnisse und feministische Identitäten an der Kreuzung zwischen Rassismus, Sexismus, Klassenausbeutung, nationaler Geschichte und Sexualität“ (Collins/Bilge 2020: 42).

2.4 Care-Arbeit und intersektionelle Ungleichheiten als Folge staatlicher Privatisierung und Privatisierung des Haushaltes

Vor dem Hintergrund der Transformationspolitiken in Brasilien seit dem Impeachment gegen Dilma Rousseff im Jahr 2016 betrachte ich für diese Forschungsarbeit die jüngsten Publikationen der brasilianischen Politikwissenschaftlerin Flávia Biroli (2018, 2020) als besonders relevant. In ihren demokratiethoretisch orientierten Überlegungen arbeitet Biroli aktuelle Verschiebungen in der zunehmend rechts-autoritären brasilianischen Politik im Kontext neoliberaler Politiken aus einer politikwissenschaftlichen Geschlech-

⁷ engl. „cross-dressing“; bezeichnet das bewusste Tragen von stereotypischer Kleidung und Accessoires des anderen Geschlechts innerhalb einer binären Geschlechterordnung Mann/Frau

terperspektive aus. Biroli (2018) geht dabei explizit auf das Thema Care-Arbeit und Ungleichheiten sowie die Verantwortung der politischen Institutionen ein. Ihr Ausgangspunkt sind die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen und die daraus entstehenden subjektiven Möglichkeiten der Aufteilung von Reproduktions- und Sorgearbeit aufgrund unterschiedlicher sozialer Positionierungen. Biroli geht davon aus, dass Frauen in Brasilien in ihren Lebenswegen dadurch beeinflusst werden, dass sie *per se* als Sorgende positioniert werden. Dabei sorgen und pflegen sie in unterschiedlichen Bedingungen, abhängig von ihrer Position, Klasse und den Beziehungen, die durch den strukturellen und institutionellen Rassismus vorgegeben werden (Biroli 2018: 56). Der Autorin zufolge sind Geschlechterhierarchien ein gemeinsames Produkt aus Patriarchat, Kapitalismus und Rassismus – Dimensionen, die sich im Wechselspiel mit strukturellen Privilegien zusammenfügen (ebd.: 57). Sie hebt auch die Rolle neoliberaler meritokratischer Werte- und Denkweisen hervor, die den individuellen Verdienst unterstreichen sowie Ungleichheiten rechtfertigen und damit sozialen kollektiven Lösungsansätzen zur Bekämpfung von Benachteiligungen und Armut entgegenstehen. Angelehnt an die demokratietheoretischen Überlegungen von Nancy Fraser (2013, 2016) über die (globale) Sorge- und Reproduktionskrise bewertet Biroli ebenfalls die Folgen neoliberaler Agenden und des gleichzeitigen Rückzugs staatlicher Verantwortung (ebd.: 60) auf Subjektivierungsprozesse: Infolgedessen entstehe ein institutionelles Gefüge, das über Ressourcenverteilung und über Steuerpolitik Privilegien zunehmend erweitere und institutionalisiere (ebd.: 62 ff.). Aufgrund des Fehlens öffentlicher Verantwortung vergrößere sich die vertikale Hierarchisierung der Arbeits- und Ausbeutungsbeziehungen zwischen Gruppen mit ungleichen Zugängen zu materiellen Ressourcen und Arbeitsplätzen oder zwischen Gruppen, die eine ähnliche soziale Position besetzen und die Schwierigkeiten in ihrem Zugang zu Arbeit und Sorge teilen (ebd.: 66-67). Eine gesellschaftliche Folge daraus ist eine Emanzipation auf „Kosten anderer“ (ebd.: 69, eigene Übersetzung), die Hierarchien und Marginalisierungen entlang der Achsen *Race* und Klasse konditionieren. Biroli gibt vor allem Einsicht in die Besonderheit des Privatisierungsprozesses des Haushaltes in Lateinamerika als eine Folge des Kolonialismus, der männliche Herrschaft politisch wie gesellschaftlich institutionalisiere und Frauen in den „heiligen Privathaushalt“ abdränge (ebd.: 74). Gerade die staatliche Privatisierung von Sorge sei demnach ein entscheidend-

der Teil der Mechanismen, die zur Reproduktion von Armut und Ungleichheiten führen (ebd.: 78). Die binäre Institutionalisierung maskuliner Herrschaft, eines männlichen Justizsystems und Fortschrittsdenkens sowie die eines dem gegenüberstehenden maternalistischen Stereotyps werden als Folgen kolonialer und neoliberaler Herrschaftsstrukturen und der Institutionalisierung westlicher Geschlechterhierarchien genannt. Birolis (politische) Forderung liegt darin, Care-Arbeit im Privathaushalt, die Diversität familiärer Verhältnisse sowie die Ungleichheiten zwischen den Frauen politisch anzuerkennen (ebd.: 80), das heißt, effektive Politiken unter Beachtung pluraler Lebensweisen und -verhältnisse und der bestehenden intersektionellen Ungleichheiten zu formulieren. Auch die Verbindung autoritärer Ideologien im Kontext verhärteter Prekarisierungstendenzen stehen im Zentrum von Birolis Analyse: Dementsprechend ist die Orientierung familiärer Sozial- und Sorgemodelle nicht ausschließlich auf die autoritäre Ideologisierung zurückzuführen, sondern eine individuelle Antwort, um der kollektiven Alternativlosigkeit der Sorge- und Reproduktionskrise anderweitig begegnen zu können und um gesellschaftliche Sorgeleistungen weiterhin zu gewährleisten (Birolis 2020: 151). Die moralisch-konservative, heteronormative Ideologisierung sowie die ideologische Erweiterung der „geschützten privaten Sphäre“ spielen dabei im Anschluss eine funktionelle Rolle vor dem Hintergrund der Deregulierung (ebd.: 148) sowie der globalen Veränderungen des Finanzkapitalismus und der sozialen Geschlechterordnung.

2.5 Forschungslücke

Nach der Revision der oben aufgeführten Literatur ergeben sich zwei Überlegungen, denen ich in dieser Forschungsarbeit nachgehen möchte:

Erstens konzeptualisieren die obigen bisherigen Untersuchungen nicht konkret ein Modell, das es erlaubt, staatliches Agieren, also staatliche Strukturen sowie die symbolischen Komponenten von Staatlichkeit mit der subjektiven Positionierung von Care-Arbeiter*innen zusammenzudenken. Staatlichkeit in kapitalistischen Staaten, davon gehe ich in dieser Forschungsarbeit aus, ist in gesellschaftlichen Verhältnissen zu verorten (Poulantzas 1989). Staat und Politik entstehen demnach aus Geschlechter- und Ungleichheitsverhältnissen und konfigurieren diese im Wechselspiel. Staaten sind entsprechend ein Produkt gesellschaftlicher Herrschaftsprozesse und wirken auf gesellschaftliche Ver-

hältnisse zurück (Löffler 2008: 197). Staatlichkeit – dies möchte ich zugrunde legen – ist also ein gesellschaftliches Verhältnis (Poulantzas 1989) und in den Erfahrungen von Subjekten wahrnehmbar.

Bisher wurde wenig beschrieben und erklärt, wie staatliche Arrangements Care-Arbeit flexibel und produktiv organisieren und damit Ungleichheiten reproduzieren und verschärfen. Ein hegemoniekritischer staatstheoretischer Zugang zu Care- und Reproduktionsarbeit sollte deswegen staatliches Handeln und die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die gesellschaftliche Position von Care-Arbeiter*innen zusammendenken, weil moderne Staaten als zentrale Akteure sowohl bei der Bildung von Subjekten als auch bei der gesellschaftlichen Teilung von Arbeit zu verstehen sind. Ein staatstheoretischer Zugang kann auch erklären, wie Staatlichkeit nicht nur materielle, sondern auch symbolische Kämpfe (Löffler 2017: 148) um die gesellschaftliche Teilung von Reproduktions- und Sorgearbeit mitprägt. Kapitalistische neoliberale Staaten können als Träger Symbolischer Gewalt wahrgenommen werden und beeinflussen die Verschärfung von Ungleichheiten bei Care-Arbeit, wovon auch die bisher zitierten Arbeiten ausgehen: durch Institutionalisierung und Normierung, indem sie Care-Arbeit an Frauen in den Familien auslagern und einen einfachen Zugang zu kostengünstigen privaten Care-Leistungen absichern. Die Frage bleibt in den bisherigen Studien offen, wie hierbei neben der materiellen strukturellen Institutionalisierung und den Normierungen eine scheinbare gesellschaftliche als auch eine subjektive Legitimation von (intersektionellen) Ungleichheitsverhältnissen zusammenfließen (vgl. Löffler 2017: 146). Die Funktionalität von Ungleichheiten für die Bereitstellung von Sorge- und Care-Erfordernissen durch staatliche Institutionalisierung, durch eine flexible und produktive Organisation von Care-Arbeit und durch deren Auswirkungen auf Subjekte sollte hierbei aus der Perspektive der Care-Arbeiter*innen genauer untersucht werden.

Zweitens soll in dieser Arbeit Staatlichkeit intersektionell gedacht und die Bedeutung von staatlichem Regieren für Subjektivierungsprozesse von Care-Arbeiter*innen untersucht werden. Dabei möchte ich feststellen, wie strukturelle und politische Rahmenbedingungen, verschärft vor dem Hintergrund der zunehmenden Austeritätsmaßnahmen und des sozialen Ab- und Umbaus in Brasilien, sich konkret auf die Lebensbedingungen

von Care-Arbeit Leistenden auswirken. Zudem müssen Care-Arbeiter*innen auch selbst als Care-Bedürftige wahrgenommen werden, mit unterschiedlichen Privilegien und Benachteiligungspositionierungen. Eingebettet in einen globalen Kontext bedeutet das auch, die zunehmende gesamtgesellschaftliche Vergrößerung von Sorgelücken innerhalb einer globalen Sorge- und Reproduktionskrise wahrzunehmen, die aber auf unterschiedliche und ungleiche Weise behandelt oder auch nicht (mehr) behandelt werden kann, wie es uns die Covid-19-Pandemie 2020 bis 2021 in Brasilien schmerzlich vor Augen geführt hat. Die Erfahrungen von Care-Arbeiter*innen in unterschiedlichen Haushalten (oder Familienverhältnissen) und in unterschiedlichen (ungleichen) Positionierungen in São Paulo sind der Gegenstand meiner empirischen Forschungsarbeit. Dabei möchte ich den bisherigen intersektionellen Zugang im brasilianischen Kontext in zweierlei Hinsicht erweitern: Erstens sollen gegenhegemoniale Sichten aufgrund der Einsicht der Existenz pluralistischer Familienverhältnisse in meine Analyse miteinbezogen werden, um eine pluralistische feministische Perspektive auf das Thema Care- und Sorgearbeit und deren Aufteilung im Privathaushalt geben zu können. Zweitens möchte ich über das Konzept der Symbolischen Gewalt (Bourdieu 1989) die Legitimation und Naturalisierung sozialer Ungleichheitsverhältnisse in den Erfahrungen der Care-Leistenden erforschen.

Ziel der Dissertation ist es, soziale Reproduktion und Care-Arbeit im nationalen Kontext Brasiliens aus einer staatstheoretischen und mit einer intersektionellen geschlechterkritischen Perspektive zu betrachten – vor dem Hintergrund der politischen Transformationsprozesse Brasiliens im Zeitraum 2016 bis 2022. Austeritäts- und Steuerpolitiken wurden hier durch den abrupten politischen Regierungswechsel mit dem Impeachment gegen Dilma Rousseff 2016 eingeleitet und damit wurde eine politische und ideologische Umorientierung gegen starke Widerstände der Zivilgesellschaft umgesetzt. Die Covid-19-Pandemie und die Ungleichheit verschärfenden Folgen waren zu dieser Zeit noch nicht abzusehen. Zum anderen erlebten wir das bewusste Setzen einer Anti-Gender-Agenda als Staatspolitik, die nicht nur ideologisch, sondern auch durch gesetzliche Regulierungen umgesetzt wurde (Corrêa 2020: 2-3; vgl. Biroli 2020: 156ff.): So waren der Umbau des Sekretariats für Gender- und Frauenrechte in das Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte sowie das Streichen von Gender-Perspektiven aus Regierungsprogram-

men exemplarisch für eine neue autoritäre Regierungsausrichtung (Biroli 2020: 165), die intersektionelle Ungleichheiten eher verschärft als ihnen entgegenwirkt hat.

Kapitel 3 – Theoretische Überlegungen: feministische Staatstheorie, Intersektionalität und Subjektivierung von Care-Arbeit

In diesem theoretischen Kapitel möchte ich erstens einen intersektionellen, feministischen, staatstheoretischen Zugang zur sozialen Reproduktion und Care-Arbeit ausarbeiten und zweitens ein Theoriemodell vorschlagen, das es erlaubt, die Bedeutung staatlichen Regierens für Subjektivierungsprozesse von Care-Arbeiter*innen empirisch zu untersuchen.

Meine theoretischen Überlegungen beginnen mit der Darlegung meines Staatsverständnisses, das – als soziales Verhältnis (Poulantzas 1978) definiert – auf den Grundsätzen der materialistisch-feministischen Staatstheorien aufbaut (3.1). Zweitens werde ich die theoretischen Überlegungen zum Staatsverständnis mit Elementen intersektioneller Theorien erweitern (3.2). Als drittes Theorieelement werde ich das Konzept der Symbolischen Gewalt von Pierre Bourdieu (1989) einführen, um die Anerkennung und Legitimierung von Herrschaftsverhältnissen zwischen Staat, Gesellschaft und Subjekt zu erklären (3.3). Der vierte Abschnitt thematisiert die Implikationen feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektioneller Theoretisierungen des Staates für die Debatte um Care (3.4). Schließlich werde ich im fünften Abschnitt ein Analysemodell vorstellen, das es ermöglicht, sowohl strukturelle als auch symbolische intersektionelle Ungleichheiten in der Subjektivierung von Care-Arbeit empirisch untersuchen zu können (3.5).

3.1 Feministisch-materialistische Staatstheorie

Die feministische Kritik an der als feminisiert und rassifiziert charakterisierten gesellschaftlichen Arbeitsteilung von Sorge- und Reproduktionsarbeit in Brasilien (Biroli 2018; Hirata 2012, 2014, 2016;) richtet sich vor allem gegen den institutionellen Rahmen als Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen politischer Entscheidungen und als Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse in den politischen Institutionen und der Gesellschaft. Als Hauptgrund des Ausschlusses des Themas Sorge- und Reproduktionsarbeit aus der politischen Tagesordnung und Forschung gilt dabei die Trennung zwischen dem

öffentlich-politischen und dem privaten Raum (Hirata 2014: 4; Itaboraí 2016: 214; Trinidad/Sussai 2019: 44 ff.), die sowohl eine politische Beteiligung von Frauen und Anerkennung ihrer Lebensrealitäten als auch die Diskussion von Frauen zugesprochenen Themen verhindert und lähmt.

Feministische politikwissenschaftliche Forschung geht davon aus, dass Politik in modernen Staaten durch einen politischen Maskulinismus (Biroli 2018: 172; Durun/Kettner/Sauer 2022; Itaboraí 2016: 214) und die Wissenschaft durch einen methodischen Androzentrismus gekennzeichnet sind, die für die systematische Beibehaltung männlicher Vorteile und die universelle Beibehaltung maskulinistischer Vorstellungen in politischen Entscheidungsräumen verantwortlich sind (Kreisky 2004: 27). Die Geschichte des öffentlichen Raumes und der politischen Institutionen in modernen westlich geprägten Gesellschaften ist demzufolge eine Geschichte des Ausschlusses und der Marginalisierung von Frauen sowie anderer sozial untergeordneter Gruppen (Biroli 2018: 172).

Mit dem Begriff des *male bias* werden außerdem die limitierten Partizipationsmöglichkeiten sowie die Unterrepräsentation von Frauen in politischen Institutionen trotz rechtlicher Gleichstellung beschrieben (Sauer 2009: 109; mit Bezug auf Phillips 1995). Obwohl die geringen Spielräume politischer Beteiligung für Frauen ein gemeinsames Problem sind, betreffen die Effekte dieser ungleichen Beteiligung Frauen auf unterschiedliche Weise, da sie unterschiedlich positioniert sind (Biroli 2018: 173).

Der Beitrag feministischer Staatstheorie liegt in der Erklärung, wie Geschlechterverhältnisse in den Staat eingeschrieben sind und wie staatliche Strukturen mit gesellschaftlichen Konfliktlagen zusammenhängen (Kreisky 2004; Löffler 2008; Ludwig 2015; Sauer 2001). Geleitet wird die vorliegende Arbeit von einem materialistisch-feministischen Staatsverständnis, das den Staat als eine Arena oder als ein Terrain bei der Absicherung, aber auch der Transformation von Herrschaftsverhältnissen begreift. Dementsprechend beeinflusst der Staat die gesellschaftliche Aufteilung von Sorge- und Reproduktionsarbeit und die in sie eingebetteten Herrschaftsverhältnisse.

Der theoretische Ausgangspunkt ist zunächst einmal ein Staatsverständnis, das den Staat als ein soziales Verhältnis (Poulantzas 1978) begreift und es erlaubt, Staatlichkeit ausgehend von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen zu untersuchen. Dafür beziehe

ich mich auf eine handlungsorientierte Variante materialistischer Staatstheorie, wie sie im deutschsprachigen Raum in der sogenannten Staatsableitungsdebatte in den 1970er-Jahren formuliert und debattiert wurde (vgl. Hirsch 2005). Ausgangspunkt war es, sich von einer rudimentär formulierten Marxschen Staatstheorie wegzubewegen, um ein weites gesellschaftliches Staatsverständnis zu entwickeln. Die Theoretiker*innen der Staatsableitungsdebatte beschäftigten sich mit der Frage, ob Staat und Politik wirklich nur Reflexe ökonomischer Strukturen, ein sogenannter „Überbau“, oder doch ein Handlungsfeld mit eigenen Dynamiken seien (Hirsch 2005: 18). So bezeichnete Nicos Poulantzas das zu seiner Zeit bisherige statische Bild des Staates als ein „Janus-Bild, das bereits Machiavelli beherrschte und nur aktualisiert werde: die Macht als Zentaur, halb Mensch, halb Tier“ (Poulantzas 2002: 40). Im Unterschied zum Staat als Kapitalverhältnis schlägt Poulantzas vor, den Staat als ein soziales Verhältnis zu fassen (Poulantzas 1989). Der Staat ist demnach Ausdruck antagonistischer und widersprüchlicher Vergesellschaftungsverhältnisse (Hirsch 2005: 16). Staatliche Institutionen und Prozesse sind weiterführend eine Verdichtung dahinterstehender Herrschafts- und Ausbeutungsprozesse (ebd.: 16). Das Verständnis eines Staates als soziales Verhältnis (Poulantzas 1989) meint, dass die Klassenstruktur bzw. Herrschaftsverhältnisse den kapitalistischen Staat bestimmen; es sieht den Staat also nicht bloß als eine juristisch-materielle, sondern auch als eine materialisierte ideologische Instanz (vgl. Poulantzas 2002: 77 ff.) – ein hegemoniales Verhältnis, das Denken und Handeln bestimmt.

Die Grundfrage, die Poulantzas sich stellt, ist die nach der spezifischen Rolle des Staates bei der Erhaltung von Klassen- und Herrschaftsverhältnissen und der Durchsetzung von hegemonialen Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft durch staatliche Institutionalisierung. Konkret fragt Poulantzas:

„[W]arum greift die Bourgeoisie im Allgemeinen in ihrer Herrschaft auf diesen nationalen Volksstaat zurück, diesen modernen Repräsentativstaat mit seinen spezifischen Institutionen, und nicht auf einen anderen?“ (Poulantzas 2002: 40)

Poulantzas steigt damit in die Debatte um die zentrale Rolle des kapitalistischen Staates bei der Organisation der Klassen ein: Seiner Überzeugung nach organisiert der Staat die Interessen der Herrschenden und „das langfristige politische Interesse des Blocks der Macht, der sich aus verschiedenen Fraktionen der bürgerlichen Klasse zusammensetzt“

(Poulantzas 2002: 157). Er benennt dies als hegemoniale Klasse oder Fraktion, die sich aus verschiedenen Gesellschaftsformationen ergibt, die an der kapitalistischen Produktionsweise partizipieren. Der liberale Staat schafft so die Organisation der oft konfliktreichen Interessen aber nur, indem er sich eine relative Autonomie gegenüber dem Block an der Macht und der in ihm vertretenen Interessen beibehält (ebd.: 158). Diese relative Autonomie ergibt sich aus der Materialität des kapitalistischen Staates, nämlich seiner relativen Trennung zu den Produktionsverhältnissen und den diesen impliziten Klassen und Klassenkämpfen (ebd.).

Der Staat besitzt somit keine abgeschlossene Form, sondern er organisiert Politik zugunsten von Machtblöcken, während er hegemoniale Herrschafts- und Machtverhältnisse institutionalisiert und reproduziert. Damit definiert Poulantzas den kapitalistischen Staat als:

„ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen- und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Weise ausdrückt“ (Poulantzas 2002: 159)

Der (kapitalistische) Staat behält sich in der Konzeption von Poulantzas zum einen eine strukturelle als auch eine ideologische Gewaltfunktion (über Gesetzgebung und Normierung) vor, um hegemoniale Machtverhältnisse zu reproduzieren. Diese ist Ausdruck der herrschenden Klassen, die ihre Interessen im Staat verallgemeinern und materialisieren – dies aber nur über Kompromisse und in Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Kräften, um die stetig gerungen wird.

Zum anderen und aufgrund seiner widersprüchlichen Form kreiert der Staat dennoch auch Möglichkeiten für die Transformation und Veränderungen hegemonialer Verhältnisse, indem er durchaus auch gegenhegemoniale Projekte integriert. Deswegen kann der Staat mit diesem Verständnis als ein zentraler Akteur bei der Absicherung, aber auch bei der Veränderung und Transformation von Herrschaft, Ungleichheiten und Ausbeutungsverhältnissen wahrgenommen werden.

Kritische feministisch-materialistische Staatstheorie schließt an das Staatsverständnis von Poulantzas an, indem sie Staatlichkeit im Kapitalismus in den gesellschaftlichen Verhältnissen verortet (vgl. Sauer 2009). Geschlechterverhältnisse sind damit in Staat und Poli-

tik eingeschrieben und konfigurieren im Wechselspiel das Verhältnis der Geschlechter. Staaten sind somit ein Produkt gesellschaftlicher vergeschlechtlichter Herrschaftsprozesse und wirken auf gesellschaftliche Verhältnisse zurück (Löffler 2008: 197). Ausgehend von der staatstheoretischen Perspektive Poulantzas (1989), der den Staat als ein soziales Kräftefeld definiert, kann der Staat als eine materielle Verdichtung konflikthafter gesellschaftlicher Machtverhältnisse oder auch als die Verdichtung von Ungleichheitsverhältnissen auch aufgrund des Geschlechts verstanden werden, die durch Macht und Herrschaft gekennzeichnet sind (Sauer 2012: 4).

Feministisch-materialistische Staatstheorie macht damit auf die Widersprüche kapitalistischer Gesellschaften aufmerksam. Diese ergeben sich „zwischen den Funktionsgesetzen und -mechanismen der modernen kapitalistischen Gesellschaft einerseits und ihren Leitideen und Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Solidarität auf der anderen Seite“ (Klinger/Knapp 2007: 20). Der Staat als politische Form versucht, diese Ungleichheiten, die ein gleichzeitiger Widerspruch demokratischer Gesellschaften sind – da diese sich auf politische Gleichheit berufen –, zu bearbeiten und reproduziert so selbst oft Ungleichheiten, Diskriminierungen und Ausschluss (Sauer 2012: 3).

Als einer der Widersprüche kapitalistisch-patriarchaler Gesellschaften gilt in der feministischen Staatstheorie die staatlich institutionalisierte Trennung zwischen der „privaten“ und der „öffentlichen“ Sphäre. Der Begriff des „liberalen Trennungsdispositivs“ (Sauer 2001: 184; siehe auch Ludwig 2016: 195) erklärt den Prozess der Vergeschlechtlichung moderner Staaten und wirft eine materialistische Sicht auf den Staat und seine Institutionen als verdichtete Ungleichheitsverhältnisse: „Staatlichkeit entsteht aus Geschlechterverhältnissen sowie aus Zweigeschlechtlichkeit und wird in unterschiedlichen Arenen und mit unterschiedlichen Mitteln durch den Staat produziert, durch ihn stabilisiert und aufrechterhalten“ (Sauer 2001: 155). Das Trennungsdispositiv ist ein Herrschaftsmechanismus und beschreibt ein geschlechtsspezifisches Kräftefeld, das Binaritäten sowie Ungleichheiten reproduziert: die staatliche Trennung zwischen öffentlich und privat, produktiver und reproduktiver Arbeit, zwischen dem Eigenen und dem Fremden (Sauer 2009: 109). Staatliche Institutionen halten dabei durch Gesetze, wie Gleichstellungsregelungen, Arbeitsgesetze, Reproduktionsrechte, und Normalisierung wie über Bildung

und Medien, die Vorstellungen über Geschlechter, Familien- und Arbeitsverhältnisse aufrecht oder können auch ein Teil ihrer Veränderung werden (ebd.: 109). Dadurch setzen Staaten selbst Grenzen zwischen dem, was als öffentlich und dem, was als privat verstanden wird. So entstehen historische und nationalstaatliche, gesetzlich verankerte Grenzregime. Mit diesen Grenzziehungen stellt der Staat selbst gesellschaftliche Ordnung her und institutionalisiert Klassifizierungen von Menschen anhand von Merkmalen wie Geschlecht, Sexualität oder Hautfarbe (Sauer 2012: 4).

In dem Verständnis eines staatlich-gesellschaftlich verbundenen Kräftefeldes können auch nationalstaatliche und kontextspezifische Ethnizitätsregimes, struktureller Rassismus, Klassenverhältnisse sowie Sexualitätsregimes in (post-)kolonialen Kontexten als verdichtete intersektionelle Herrschaftsverhältnisse verstanden werden. Ethnizitäts- und Sexualitätsregimes sind historisch spezifische Strukturen und Normen, die Ethnizität und Sexualität in der Gesellschaft regeln; sie sind Ausdruck von gesellschaftlichen Kräfte- und Machtverhältnissen (Ludwig 2015: 24; Sauer 2001: 187).

Infolgedessen sind Staaten in symbolischen Kämpfen involviert. Dadurch können Staaten selbst an der Geschlechterordnung rütteln (Löffler 2017: 148), können also auch zu Veränderungen im Geschlechterverhältnis beitragen, indem sie beispielsweise Gleichstellungspolitiken implementieren oder symbolisch und normativ die Natürlichkeit von Geschlecht infrage stellen (ebd.). Staaten können entsprechend ebenfalls zu Veränderungen im Alltagsglauben beitragen, während sie gleichzeitig ein Spiegelbild dessen sind, was in der Gesellschaft als natürlich und als objektiv sinnstiftend geglaubt wird. Aus diesem Grunde kann der Staat als ein „Monopolist Symbolischer Gewalt“ wahrgenommen werden, der selbst Ungleichheiten produzierende Wahrnehmungskategorien herstellt und implementiert (ebd.).

3.2 Feministische Staatstheorie intersektionell denken

Der von Kimberlé Crenshaw (1991) erstmals formulierte Begriff der Intersektionalität umfasst strukturelle Diskriminierungen und ist ein theoretisches und methodisches Paradigma für politische Intervention und Rechtsprechung über strukturelle Bedingungen, in denen sich Rassismus, Sexismus und Gewalt überschneiden. Kolonial vererbte Struk-

turen und Denkweisen sind in diesem Verständnis mitverantwortlich für die Weitergabe von institutionellem Rassismus, Sexismus und deren Überschneidungen, die Politik und die moderne Rechtsprechung prägen. Dabei geht es nicht darum, Identitäten zu summieren, sondern um die strukturellen Bedingungen, die Körper produzieren, die Körper positionieren und die subjektive Bedeutung annehmen, weil sie Erfahrungen durchleben, die durch ein Zusammenspiel von Strukturen oder sich wiederholender Diskriminierungen entstehen. Das intersektionelle Projekt des Schwarzen Feminismus (Gonzalez 1980; Davis 1981; hooks 1981; Collins 2017; Ribeiro 2017) bearbeitet kontinuierlich Überschneidungen von Unterdrückungs- und Ausschlussmechanismen zwischen Ethnizität/*Race*, Geschlechter- und Klassenverhältnissen. Afrobrasilianische Feminist*innen teilen – wenn auch in unterschiedlichen Kontexten – vor diesem Hintergrund gemeinsame diasporische koloniale Erfahrungen und ziehen Parallelen zu afroamerikanischen US-Theoretiker*innen. So klagt die US-Bürgerrechtlerin Sojourner Truth in ihrer Ansprache „Ain’t I a Woman?“ bereits 1851 im US-amerikanischen Kontext die frühe Infantilisierung Schwarzer Frauen in (Post)-Sklavenhaltergesellschaften an. Ihr zufolge unterdrücken rassifizierte Verhältnisse innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, indem sie Schwarzen Frauen die Erfahrung eines Lastesels zumuten – eines Lastesels für die Hausherrin und den Ehemann. Damit fordert sie einen intersektionellen Blick auf die Lebens- und Arbeitsrealitäten Schwarzer Frauen in (post-)kolonialen Kontexten, wie es auch südamerikanische Frauen und soziale Bewegungen (etwa das Movimento Negro Brasileiro 1964-1985 bereits während der brasilianischen Militärdiktatur) noch vor der wissenschaftlichen Begriffssetzung eingefordert hatten (vgl. Gonzalez 1980; vgl. Collins/Bilge 2020: 39). Frauen aus (lateinamerikanischen) kolonialisierten Ländern machen mit intersektionellen Zugängen kontinuierlich auf die Zerrissenheit aufmerksam, in der sie sich befinden – zwischen Geschlechtergewalt auf der einen und rassistischer Gewalt auf der anderen Seite –, um gegen sexualisiert-rassifizierte Gewalt und ihre Symbolischen Gewaltformen anzukämpfen (vgl. Gonzalez 2020; hooks 1981; Nascimento 2021; Ribeiro 2021).

Folglich kann Intersektionalität auch als wissenschaftliche Praxis werden, Erfahrungsberichte von marginalisierten Personen und Gruppen, die in akademischen Räumen zu-

nächst nicht oder weniger sichtbar sind, in die Forschung aufzunehmen um soziale und politische Fragen von subjektiven Perspektiven ausgehend zu verstehen. Der Anspruch der Intersektionalität ist die Schaffung eines Dialogs zwischen Aktivismus und Wissensbildung und das Aufzeigen von Herrschaftsverhältnissen an unterschiedlichen Orten (Collins/Bilge 2020: 110). Politiken intersektionell und als Interaktion zwischen sozialen Strukturen und unterschiedlich positionierten Subjekten zu betrachten, dem Individuellem und dem Kollektiven, ergibt sich aus der Erkenntnis, dass Menschen in verschiedenen Lebenskontexten in multiplen sozialen Positionierungen an der Schnittstelle von Geschlecht, Sexualität, *Race*/Ethnizität und Religion unterschiedlich positioniert sind (ebd.: 200).

Dementsprechend können über das Analyseinstrument der Intersektionalität in seiner Weiterentwicklung sowohl rassistische als auch cis-heterosexistische Herrschaftsverhältnisse innerhalb der sexualisierten Arbeitsteilung in postkolonialen Gesellschaften untersucht werden. Cis-Heteronormativität beschreibt im Kontext der Entstehung des modernen Staates und moderner kolonialer Herrschaftsverhältnisse die gleichzeitige Herausbildung eines Zwei-Geschlechter-Modells und eines normativen Dualismus von Geschlechterverhältnissen in einer naturalisierten Familien- und Lebensform. Damit verbunden ist die vergeschlechtlichende Grenzziehung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten (vgl. Ludwig 2015: 11; Segato 2021: 108).

Das Analysekonzept der Intersektionalität schließt damit an post- und dekoloniale⁸ Reflexionen an (Brah 2006; Collins 2017; Kaur-Dhamoon 2011; Piscitelli 2008; Ribeiro 2017; Segato 2021), die ein essentialistisches, westlich-normatives Verständnis von Geschlechterverhältnissen und die damit verbundenen hierarchisierenden und binären Machtkategorien hinterfragen. Folgend sind Herrschaftsverhältnisse Strukturkategorien, die entlang unterschiedlicher Differenzachsen wie Klasse, Ethnizität/*Race*, Geschlecht und anderer Kategorien miteinander in unterschiedlichen historischen und nationalstaat-

⁸ Postkoloniale Theorien beschäftigen sich mit der historischen Kolonialisierung und damit verbundenen weltweiten von der Kolonialgeschichte und weiterwirkenden kolonialen Diskursen geprägten Machtverhältnissen; Dekoloniale Perspektiven hinterfragen und dekonstruieren einen universellen westlich konstruierten Wissensanspruch und stellen diesem bewusst lokale und spezifische Lebenserfahrungen entgegen; dabei werden u. a. bewusst die in der aufklärerischen Moderne konstruierten Trennungen (wie Mensch vs. Natur; das Geistliche vs. das Soziale und Politik) dekonstruiert.

lichen Kontexten in Wechselwirkung stehen (Klinger/Knapp 2005: 19). Dabei nehmen Ungleichheiten in der modernen kapitalistischen Gesellschaft eine funktionale Rolle ein, unter anderem in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und im Hinblick auf die Aufteilung von Sorge- und Reproduktionsarbeit, denn sie haben einen systemischen und systematischen Charakter (Klinger/Knapp 2005: 20).

Ein intersektioneller Zugang feministischer Staatstheorie setzt schließlich den Fokus darauf, wie Staatlichkeit Geschlechterverhältnisse und andere verschränkte Macht- und Herrschaftsverhältnisse (re-)produziert; er soll erklären, wie sich diese Macht- und Herrschaftsverhältnisse in ihrem Wechselspiel gegenseitig bedingen (vgl. Sauer 2012). Dahinter steht das Wissen, dass strukturell bedingte Unterdrückungsstrukturen wie Rassismus, Sexismus, Heteronormativität und Kapitalismus nicht getrennt voneinander gedacht werden können. Feministische Staatstheorie mit einem intersektionellen und dekolonialen Zugang zu verbinden – dies bedeutet, auch Intersektionalität als politisches Paradigma für Veränderung und soziale Gerechtigkeit und für gegenhegemoniale Wissensproduktion zu verstehen (Bilge 2013: 405ff.). Dabei ist das Ziel, Intersektionalität mit politischer Herrschaft in Dialog zu bringen (Collins 2017: 1466), um zu erklären, wie (staatliche) Gewalt funktioniert.

Intersektionelle Analysen machen schließlich auf das nicht Sichtbare, über das nicht gesprochen wird, auf das „Verschwiegene“ (Ribeiro 2017; portug. *„o silenciado“*, eigene Übersetzung) aufmerksam: auf Lebenswelten, Lebensbedingungen, Lebenserfahrungen und Identitäten, die öffentlich nicht thematisiert werden und auch einen erschwerten Zugang zur Beteiligung am epistemologischen Wissenskanon finden. In diesem Verständnis kann der private Raum als ein Raum des Verborgenen und des nicht Thematisierten wahrgenommen werden, der nicht in der Öffentlichkeit steht und nicht politisch debattiert wird. Djamila Ribeiro (2017) spricht in diesem Zusammenhang von verschwiegenen Körpern und bezieht sich damit konkret auf die Realitäten von Schwarzen, aber auch von indigenen Frauen in Brasilien – in einem weiteren Verständnis ebenfalls auf die Lebensrealitäten von Menschen nicht heterosexueller Lebensentwürfe. Ziel ist es, einen öffentlichen Raum für die „als andere“ Konstruierten zu schaffen und damit dem Anspruch auf Humanität gerecht zu werden.

Vor diesem Hintergrund verstehe ich die koloniale Konstruktion des Anderen als bedingend für Gewaltformen, darunter ökonomische, politische-institutionelle und Symbolische Gewalt (vgl. Davis 1981; Gonzalez 1980; hooks 1981). Epistemische Gewalt ist in diesem Zusammenhang Ursache und Folge ungleicher globaler Machtverhältnisse und zugleich Voraussetzung für die Überdauerung des Kolonialismus (Brunner 2015: 45) durch die Hegemonialisierung eurozentrischer Denkweisen. Epistemische Gewalt, in ihrer „colonial condition“ (ebd.: 40), funktioniert ähnlich wie strukturelle Gewalt, „nur noch geräuschloser und unsichtbarer“ (ebd.: 40). Im Anschluss daran beschreiben auch die Begriffe der „Kolonialität“ und „Dekolonialität“ (Maldonado-Torres 2016) Logiken, Metaphysiken, ontologische Systeme und Wissenssysteme, die durch die historischen Prozesse der Kolonialisierung und Entkolonialisierung ausgelöst werden:

„In fact, the modern West, its hegemonic discourses, and its hegemonic institutions are themselves a product, just like the colonies, of coloniality.“ (Maldonado-Torres 2016: 10)⁹

Soziale Diskriminierung und rassifizierte Herrschaftsverhältnisse sind demnach auch Ausdruck postkolonialer Gesellschaftsordnung und globaler eurozentristischer Hegemonie (vgl. Quijano 2000). Infolgedessen sieht Anibal Quijano in der Globalisierung eine Fortsetzung kolonialer Prozesse, die den modernen, eurozentrischen Kapitalismus als neue globale Macht über rassiale Kodifizierungsprozesse durchsetzt (Quijano 2000: 534). Diese sind in die gesellschaftlichen Strukturen eingeschrieben und dienen als Grundlage für eine globale neoliberale Wirtschaftsordnung. Die Kategorie „Race“ lässt demzufolge überhaupt erst neue Identitäten entstehen und ist konstitutiv für Hierarchien, soziale Rollen und soziale Klassifizierungen.

3.3 *Symbolische Gewalt in Staat und Gesellschaft*

Mit dem Begriff der Symbolischen Gewalt beschreibt Pierre Bourdieu (1989), wie Unterdrückungsmechanismen und Diskriminierungen alltäglich und gesellschaftlich anerkannt werden und wie mit deren Hilfe die herrschende Sicht auf die Welt legitimiert und zugleich in die Körper der Menschen eingeschrieben wird (Schmidt/Woltersdorff 2008).

⁹ vgl. hierzu auch das Konzept der Kolonialität von Macht und Wissen in Quijano 2000

Das „Körper gewordene Soziale“ (Bourdieu/Waquant 2006: 161) beschreibt den Prozess der Naturalisierung und Inkorporierung von gesellschaftlichen Diskriminierungs- und Herrschaftsverhältnissen in Individuen, die subjektiv oft nur unbewusst wahrnehmbar sind. Symbolische Gewalt setzt dadurch Herrschaft durch und stellt die Anerkennung von Herrschaftsverhältnissen sicher, indem sie als Gewalt verkannt wird und deswegen keiner Rechtfertigung bedarf (vgl. Löffler 2017: 149). Dementsprechend setzt Symbolische Gewalt kollektive Zustimmung zur herrschenden sozialen Ordnung durch, die sie als natürlich voraussetzt und legitimiert.

Mit dem Konzept der Symbolischen Gewalt können Herrschaftsverhältnisse analytisch aufgedeckt sowie deren gesellschaftliche Legitimation und politische Absicherung erklärt werden. So gilt die männliche Herrschaft als eine enthistorisierte, scheinbar immer schon da gewesene, unveränderte Symbolische Gewalt (vgl. Bourdieu 1989, 2005). Aufgrund männlicher Herrschaft werden androzentrische Vorstellungen und Machtverhältnisse als natürlich und objektiv im Alltagsverstand und in Denkschemata inkorporiert und unbewusst angewendet (Bourdieu 2005: 63). Bourdieu beschreibt männliche Herrschaft als „das Produkt einer unablässigen (also geschichtlichen) Reproduktionsarbeit“ (Bourdieu 2005: 65), an der einzelne Akteure (wie Staat, Institutionen, Schulen und Familien) über verschiedene Gewaltformen (physischer und Symbolischer Gewalt) beteiligt sind. Dabei scheint die Einteilung in Geschlechter in der „Natur der Dinge“ zu liegen (Bourdieu 2005: 19). Pierre Bourdieu beschreibt damit einen objektivierten und inkorporierten Zustand, als Folge „einer ungeheuren kollektiven Sozialisierungsarbeit“ (ebd.: 45), die in der sozialen Welt, in den Körpern und im Habitus der Akteure präsent ist (ebd.: 20). Mit Habitus meint Bourdieu Dispositionen und Wahrnehmungsschemata, die im Denken und Handeln wirksam werden und mit denen die Welt gemäß den herrschenden Einteilungsprinzipien wahrgenommen wird (ebd.: 45).

Die Naturalisierung von Geschlechter- sowie von scheinbaren Rasseunterschieden – der Ursprung ist derselbe, schreibt Bourdieu (2005: 31) – verdeckt ihre gesellschaftliche Konstruktion und hat ihren Ursprung in den Einteilungsprinzipien eines „männlichen Prinzips“ oder einer androzentrischen Vernunft (ebd.: 31). Die Einteilungsprinzipien scheiden sich in Dichotomien, also in gegensätzliche Verständnis- und Wahrnehmungs-

paare, darunter der gegensätzliche soziale Status von Mann und Frau, hierarchisierende Einteilungen wie reich und arm, erfolgreich und nicht erfolgreich (was in dieser Arbeit als meritokratisches oder wettbewerbsorientiertes Prinzip benannt wird) und Klassifizierungen von Herkunft und Hautfarben. Die Klassifizierungen weisen Menschen soziale Orte zu, die subjektiv und gesellschaftlich anerkannt werden, weil die Auffassungs- und Einteilungsprinzipien (in Form von Denkschemata oder auch Dispositionen) selbst ein Produkt von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen sind, die die Gestalt von Naturgesetzen annehmen und zu etwas Objektivem gemacht werden, so Bourdieu (2005: 45). Männliche Ordnung und androzentrische Denkweisen präsentieren sich als neutral; auf diese Weise funktioniert die soziale Ordnung „wie eine Maschine“ zur Ratifizierung von Herrschaftsverhältnissen (ebd.: 21). Dementsprechend sind sowohl die geschlechtliche Arbeitsteilung als auch ihre Ethnifizierung/Rassifizierung Ausdruck der sozialen Zuweisung von Tätigkeiten (vgl. Bourdieu 2005: 21). Die scheinbar natürliche Ordnung gesellschaftlicher Arbeitsteilung, so Bourdieu (2005) in *Die männliche Herrschaft*, ist demnach „vielmehr eine willkürliche Konstruktion des Biologischen“ (ebd.: 44), die über die symbolische Organisation der gesellschaftlichen Arbeitsteilung vermittelt wird. Die Konstruktion der biologischen Natur legitimiert die sozial konstruierten Herrschaftsverhältnisse und hält diese aufrecht; es ist also „vielmehr eine naturalisierte, gesellschaftliche Konstruktion“ (ebd.: 45).

Herrschaftsverhältnisse sind regional und national unterschiedlich institutionalisiert; sie werden durch die Reproduktion von Wahrnehmungs- und Deutungsmustern weitergegeben und bleiben so in der Gesellschaft sowie im Staat institutionalisiert. Gleichzeitig, so der kritisch-feministische Hoffnungsschimmer, ergibt sich in der Möglichkeit des kollektiven Handelns ein Ausweg der Veränderung, der darauf abzielt, den gesellschaftlichen Konsens über inkorporierte Strukturen aufzubrechen. Staaten und Gesellschaft sind somit auch Akteure von Veränderung, die sowohl in subjektiven als auch in kollektiven Praxen Kräfteverhältnisse verändern können. So kann Symbolische Gewalt (teilweise) aufgedeckt werden, indem sie bewusst gemacht und dadurch ihre Wirksamkeit entzogen wird.

3.4 Implikationen feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektioneller Theoretisierungen des Staates für die Debatte um Care

Ziel dieses Unterkapitels ist es, das feministisch-materialistische intersektionelle Staatskonzept um das theoretische Konzept Care-Arbeit zu erweitern. Hierfür werde ich zunächst Care- und Reproduktionsarbeit definieren und anschließend auf intersektionelle Implikationen eingehen, um schließlich ein Theoriemodell vorzustellen, das es erlaubt, mit einem intersektionellen Zugang die Bedeutung staatlichen Agierens für Subjektivierungsprozesse von Care-Arbeiter*innen empirisch zu untersuchen.

3.4.1 Soziale Reproduktion und Care-Arbeit (Definition)

Alltägliche Reproduktions- und Pflegearbeiten, die vor allem im Privathaushalt ausgeübt werden – darunter Kinder-, Senior*innen- und Krankenbetreuung sowie Hausarbeiten, etwa das Kochen, Putzen, Waschen, Bügeln etc. – werden als gesellschaftlich und sozial abgewertete Arbeiten, vielmals als „schmutzige Arbeiten“, konnotiert, „die keiner machen will“ (Hirata 2012: 3). In akademischen Theorien wird Care-Arbeit im weiteren Sinn auch als alle unterstützenden Aktivitäten definiert, die für die Erhaltung des alltäglichen Lebens notwendig sind (Dowling 2021: 16; Mol/Moser/Pols 2015: 7; Tronto 1990); dies integriert damit auch kommunal organisierte Sorge- und Reproduktionsarbeiten, die über den privaten Haushalt hinausgehen. Care wird dabei zudem als ethische, soziale Beziehung mit emotionalen und affektiven Dimensionen beschrieben, in der Herrschaftsbeziehungen sichtbar werden (Hirata 2022; Soares: 2012; Tronto 2016; Zelizer: 2012).

Feminist*innen machen im Zuge sozialer Reproduktionstheorien vor allem auf die systematische Externalisierung der reproduktiven Kosten und die damit verbundene Produktion von Mehrwert aufmerksam, die als Widerspruch kapitalistischer Gesellschaften mit der strukturellen Abwertung von Care-Arbeit ihre eigenen Lebensgrundlagen gefährden (Federici 2012; Fraser 2016).

Die staatlich institutionalisierte Trennung von Produktions- und Reproduktionsarbeit gilt hierbei als die Grundlage kapitalistischer Ökonomie und als Systemfehler des Kapitalismus (Aulenbacher 2015; Fraser 2016). Damit kritisieren die Autorinnen den modernen westlichen kapitalistischen Staat sowie seine ökonomischen Herrschafts- und Ausbeu-

tungsformen und formuliert eine Kritik an der vorherrschenden patriarchalen Definition von Arbeit (Ludwig 2015: 4).

Feministische Theoretiker*innen verweisen in diesem Zusammenhang neben der Kritik an die auf kapitalistische Ökonomie auf die Folgen neoliberaler und globaler Transformationsprozesse der letzten Jahrzehnte und sehen eine zunehmende staatlich und ökonomisch motivierte Privatisierung und Individualisierung der Verantwortung von Sorge- und Reproduktionsarbeit als Haupthindernis für die politische Bearbeitung alternativer Lösungsansätze zur Care-Krise (Biroli 2018: 55ff.; vgl. auch Dowling 2021).

Die liberale, staatlich institutionalisierte Trennung der öffentlichen und privaten Sphären und die Einteilung von Produktions- und Reproduktionsarbeit in zwei getrennte vergeschlechtlichte Tätigkeiten gilt als historische und bis heute wirksame Grundlage für die materielle und symbolische Abwertung von Sorge- und Reproduktionsarbeit (Aulenbacher 2015: 6; Fraser 2016; Klinger/Knapp 2007):

„Production moved into factories and offices, where it was considered „economic“ and remunerated with cash wages. Reproduction was left behind, relegated to a new private domestic sphere, where it was sentimentalized and naturalized, performed for the sake of ‘love’ and ‘virtue’ as opposed to money.“ (Fraser 2016: 6)

Die materielle und symbolische Abwertung von Care-Arbeit wird mit der Trennung der Öffentlichkeit als produktiv und rational konnotierter Raum von der ihr scheinbar gegensätzlichen Privatheit als sentimentaler, natürlicher und unproduktiver Raum, erklärt. In diesem Sinne beschreibt Ludwig die Folge der Konstruktion bürgerlicher Öffentlichkeit des 19. Jahrhunderts:

„Das Phantasma des liberalen Subjekts, das in der Öffentlichkeit als autonomes, souveränes, beziehungsloses und rationales agiert, konnte nur durch die Privatisierung der sozialen und emotionalen Reproduktion möglich werden, die vor allem von Frauen übernommen wurde, was wiederum aus deren ‚natürlicher‘ Bestimmung als Mütter und Ehefrauen abgeleitet wurde.“ (Ludwig 2015: 23)

Sorge- und Reproduktionsarbeit wurde demnach lange aufgrund moderner Wissens- und Wahrheitskonstruktion sowie der Nominierung in einem westlichen Verständnis von unbezahlter Hausarbeit als sogenannte Liebesarbeit und emotionale Arbeit wahrgenommen (vgl. Federici 1974).

Der Privathaushalt und die dort verrichtete, nicht wertgeschätzte und als nicht produktiv geltende Haus- und Reproduktionsarbeit, so argumentieren Feminist*innen seit den 1970er-Jahren im Zuge der Lohn-für-Hausarbeit-Debatten (vgl. Davis 1989; Federici 1974), stelle erst die nicht sichtbare Voraussetzung für die kapitalistische Produktion und den Profit (den Mehrwert) in kapitalistischen Gesellschaften, denn erst im Zuge der Reproduktionsarbeit werden Arbeiter*innen hergestellt. Außerdem, wie Angela Davis es 1981 in die Debatten aus einer intersektionellen Perspektive einbrachte, ermöglicht der abgeschiedene Privathaushalt Ausbeutungsverhältnisse innerhalb bezahlter Arbeitsverhältnisse und legitimiert damit häusliche Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen (Davis 1989; vgl. Gago 2020: 37). Die hierarchische und vergeschlechtliche Trennung in eine öffentliche, produktive, als männlich konnotierte und eine private, abgeschiedene, als weiblich konnotierte Sphäre gilt damit als Ausgangspunkt und spezifischer Modus der Ausbeutung von Frauen im Kapitalismus.

Durch die Entwertung und die soziale Unterordnung von Care-Arbeit, so sind sich intersektionelle feministische Theoretiker*innen (Aulenbacher 2015: 44; Lutz 2017: 12 ff.; vgl. Fraser 2013: 64-65) einig, wird Reproduktions- und Sorgearbeit weiterhin an sozial Untergeordnete weitergegeben und im Neoliberalismus als feminisierte und zusehends rassifizierte Arbeit institutionalisiert.

Die feministische Debatte um das Thema Lohn für Hausarbeit in den 1970er-Jahren warf bereits die Grundfrage auf, ob Hausarbeit, verstanden als sogenannte Lebens- oder Reproduktionsarbeit, also die Produktion und Reproduktion des Alltags, überhaupt (zeitlich) messbar und entlohnt werden könnte. Angela Davis (1981) kritisierte in diesem Zusammenhang das universelle Bild der „Hausfrau“ und verwies auf den Dienstleistungscharakter von Hausarbeit sowie auf die Geschichte kolonialer Sklavenarbeit im Privathaushalt, ausgeübt durch Schwarze Frauen.

Auch südamerikanische Feminist*innen erarbeiteten Geschlechterverhältnisse im Kontext des Kolonialismus und beschreiben die politische Trennung der privaten und öffentlichen Sphären sowie das Einsetzen eines binären Denkschemas als Folgen kolonialer Administration, als inkorporierte Herrschaftsverhältnisse und als Ursachen für die Privata-

tisierung von Hausarbeit und die Verschärfung von Gewalt in privaten Haushalten (vgl. Segato 2021: 108 ff.).

Ein intersektioneller Zugang zu Care-Arbeit nimmt die spezifischen Geschichten gesellschaftlicher Arbeitsteilung in den Analysefokus und entschlüsselt in ihnen eingebettete intersektionelle Herrschaftsverhältnisse. Ziel ist es, die besagten Dichotomien aufzubrechen und dabei zu untersuchen, wie wichtig die Entstehung sozialer Beziehungen ist, die durch die Ausübung von Care-Arbeit zustande kommen (Thelen 2015: 14). Die Formen gegenseitiger Care-Beziehungen sind unterschiedlich und vielseitig und können weit über den Privathaushalt und die private Sphäre hinausgehen. Care und Care-Praxen sowie ihre Veränderungen formen dementsprechend die Gesellschaft und sind Teil des sozialen Wandels, eines „open-ended process“ (Thelen 2015: 13). Gleichzeitig sind sie eingebettet in institutionelle Strukturen. Care-Beziehungen haben also einen transformativen Charakter und können gerade in Zeiten schneller gesellschaftlicher Transformationen, die mit extremen Unsicherheiten verbunden sind, zu neuen Formen sozialer Organisation führen (ebd.: 12). Somit sind in den alltäglichen Praxen zum einen Macht- und Herrschaftsbeziehungen eingelagert, zum anderen sind sie auch fest verbunden mit ideologischen und politischen gesellschaftlichen Veränderungen.

Im Anschluss an meine theoretischen Überlegungen stelle ich im Folgenden ein Theoriemodell vor, das es ermöglicht, intersektionelle Herrschaftsverhältnisse und ihre Repräsentationen in subjektiven Care-Praxen herauszuarbeiten und in eine feministisch-materialistische Staatsperspektive einzubauen.

3.4.2 Staatliche Institutionalisierung in subjektiven Care-Praxen

Der theoretische Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist, dass Staaten eine wesentliche Rolle in der Verschiebung von Care-Arbeit in die private und familiäre Verantwortung spielen, wo sie als feminisierte und im Neoliberalismus zunehmend ethnisierte und rassifizierte Arbeit institutionalisiert wird (Aulenbacher 2015 44; Lutz 2017: 12 ff.; vgl. Fraser 2013: 64-65; Klinger/Knapp 2005). Staaten sind also Hauptakteure für die Herstellung und Prägung von subjektiven Care-Situationen, da sie zum einen strukturelle,

materielle und gesetzgeberische Bedingungen vorgeben, zum anderen auch gesellschaftliche Lebensweisen symbolisch und normierend mitprägen.

In Bezug auf mein materialistisches Staatskonzept setzen sich großteils staatlich verdichtete patriarchal-kapitalistische und unternehmerische aber auch mittelständische Kräfte und Interessen durch, die an der kostengünstigen Zuweisung von Care-Arbeit an Personen, deren Interessen sozial und politisch nicht oder weniger vertreten sind, profitieren.

Vor diesem Hintergrund gehe ich davon aus, dass intersektionelle Herrschaftsverhältnisse strukturell und symbolisch durch staatliches Agieren institutionalisiert werden und gleichzeitig in den subjektiven Erfahrungen, Deutungen und Berichten von Individuen verortbar sind. Dementsprechend sind Care-Arbeiter*innen zum einen von strukturellen und symbolischen Diskriminierungen betroffen. Zum anderen verinnerlichen Betroffene selbst die Zuweisung für Care-Arbeiten über erlebte Symbolische Gewalt, die gesellschaftlich reproduziert und mitunter über Repräsentationen und über politische Diskurse vermittelt wird. Diese Repräsentationen und Diskurse sind häufig rassistisch und dienen der Legitimierung von gesellschaftlichen Hierarchien sowie heteronormative Einstellungen und Ideologien. Diese werden in Erzählungen des Alltags, wenn auch teilweise (un-)bewusst, an die Oberfläche getragen.

So gehen politische und staatliche Maßnahmen mit Diskursen einher, die subjektivierend auf Menschen und ihre Care-Praxen einwirken: Beispielsweise wird das Schnüren neuer Sozialpakete im Zuge neoliberaler Umformulierung von wohlfahrtsstaatlichen Unterstützungsprogrammen im Kontext des sozialen Abbaus und aktueller Austeritätsmaßnahmen begleitet von politischen und gesellschaftlichen Diskursen, die versuchen, anti-sozialstaatliche Einstellungen ideologisch und moralisch zu begründen. Politische Diskurse instrumentalisieren; gleichzeitig lösen sie auch gesellschaftliche Debatten aus und bringen hegemoniale sowie gegenhegemoniale Reaktionen hervor.

Staaten institutionalisieren und normieren die geschlechtliche und rassifizierte Arbeitsteilung von Care-Arbeit. Institutionalisierung kann über Gesetzgebung oder durch spezifische Krisenbearbeitungsstrategien wie Austerität erfolgen, etwa durch den Abbau sozialstaatlicher Leistungen oder Rentenreformen, die zum Beispiel (in)formelle Care-

Arbeiter*innen und Menschen, die (un-)bezahlte Sorge- und Reproduktionsarbeit leisten, finanziell benachteiligen. Soziale Transferleistungen, die an Frauen als Familienoberhaupt gebunden sind, können verstärkend zu familiarisierenden und vergeschlechtlichten Care-Lösungen führen und Frauen weiter an Sorge- und Reproduktionsarbeiten im Privathaushalt binden. Arbeitsrechte, die vor allem Frauen in informellen Arbeitsarrangements und mit niedrigen Löhnen vorsehen, verbinden sich mit dem Mangel an Gleichstellungsregelungen, Reproduktionsrechten sowie unzureichenden Betreuungs- und Mobilitätsstrukturen. Diese beeinflussen entscheidend individuelle Entscheidungen und Positionierungen innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Zum anderen institutionalisieren Staaten auch, indem sie verstärkend normierend, beispielsweise über die Vermittlung moralisierender Konzepte, die an familiarisierende und private Sorgelösungen oder an eine „geschützte Privatsphäre“ (Brioli 2020: 148) appellieren. Diese können in Regierungsdiskurse integriert sein und medial vermittelt werden und strukturelle Unterdrückungsverhältnisse somit symbolisch hegemonial absichern und rechtfertigen (Winker/Degele 2009: 26). Die Grundlage hegemonial abgesicherter Begründungen sind vielmals naturalisierende und hierarchisierende Bewertungen, die in Form vielfältiger Differenzkategorien wie Geschlecht/Sexualität, Ethnizität/*Race*, Klasse zum Tragen kommen (ebd.: 26). Somit sind patriarchal-kapitalistische sowie koloniale Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowohl strukturell als auch symbolisch in sozialen Praxen eingebettet (ebd.: 20) und deswegen in den Erfahrungen und der Wahrnehmung von Individuen auffindbar.

In sozialen Praxen sind sowohl Sprechen und Handeln als auch nonverbale Praxen inbegriffen (vgl. Winker/Degele 2009: 27). Der getrennte Dienstegang in den Wohnhäusern, die Hausarbeiter*innenzimmer hinter der Küche in Mittelstandapartments und die weißen Kittel der Kinder- und Seniorenbetreuer*innen sind augenscheinliche Beispiele nonverbaler, symbolischer Care-Praxen in Haushalten brasilianischer Großstädte wie São Paulo.

3.4.3 Subjektivierung von Care-Arbeit im Neoliberalismus

Im Kontext des neoliberalen Staatsumbaus und entsprechender Regierungsweisen beschäftigen sich Subjektanalysen mit der Rolle und Funktion neoliberaler Disziplinierung, die Staatlichkeit zunehmend in die Individuen hineinverlagert (vgl. Sauer 2012: 10 mit Bezug auf Foucault 2000). Die Subjektivierung von Care-Arbeit als individualisierte Verantwortung und deren Zuweisung an Frauen als natürliche Sorgerin im Kapitalismus werde ich in diesem theoretischen Unterkapitel im Kontext neoliberaler und anti-sozialstaatlicher Politiken näher beleuchten. Dabei möchte ich insbesondere auf die subjektivierende Wirkung im Neoliberalismus gewachsener „anti-sozialstaatlicher“ Haltungen eingehen, mit deren theoretischen Implikationen ich in der Analyse meiner empirischen Untersuchung arbeiten werde.

„Anti-Welfarismus“ wird sowohl als eine strukturelle als auch ideologische Komponente innerhalb von neoliberalen Gerechtigkeitsnarrativen im politischen Kontext sozialstaatlichen Abbaus und Austeritätsmaßnahmen benannt und diskutiert (Brown 2018; Littler 2018). Als Folge eines neoliberalen Abbaus, der selbst Ungleichheiten (re-)produziert und verschärft, werden diese gesellschaftlich zunehmend als „verdiente Ungleichheiten“ (Littler 2018: 71; eigene Übersetzung) wahrgenommen und vor dem Hintergrund einer meritokratischen, neoliberalen Wettbewerbskultur moralisch gerechtfertigt. Auf diese Weise setzt sich die erschwerte soziale Mobilität innerhalb neoliberaler Gesellschaften als normal und legitim durch. Ungleichheiten erlangen so vermehrt gesellschaftliche Akzeptanz und werden als natürlich und unvermeidlich betrachtet. Die mit Symbolischer Gewalt (Bourdieu 1989) benannte subjektive Verinnerlichung, Legitimierung und Naturalisierung von Ungleichheiten kann unter anderen in rational-ökonomisch begründeten Erklärungen sichtbar werden.

Negativ betroffen in meritokratischen Wettbewerbsgesellschaften sind vor allem Menschen, die in prekarierten Bedingungen leben und arbeiten, wie etwa unbezahlte oder unterbezahlte Care-Arbeiter*innen. Oftmals sind dies Frauen, ethnifizierte/rassifizierte und feminisierte Personen. Bassel und Emejulu (2017) schreiben dazu im europäischen Kontext, dass Frauen doppelt durch Austeritätsmaßnahmen betroffen sind: erstens als

Arbeitnehmer*innen im öffentlichen Sektor, wenn ihre Stellen abgebaut werden, zweitens als Sozialhilfeempfänger*innen, wenn ihnen Sozialleistungen gestrichen werden.

Aus einer geschlechterkritischen und intersektionalen Perspektive beschreiben auch Littler und McRobbie einen subjektivierenden, medienvermittelten Effekt von Anti-Welfare-Kultur und -Politiken (Littler/McRobbie 2021: 2), der erstens Scham auslöst, den beruflich scheinbar erfolglose Frauen spüren, wenn sie auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen angewiesen sind. Zweitens müssen bei sozialstaatlichem Abbau und erhöhter Arbeitslosenquote insbesondere Frauen vielmals auf schlecht bezahlte und informelle Jobs zurückgreifen (vor allem wenn sie Sorge- und Reproduktionsarbeiten erfüllen), in denen wenige Möglichkeiten oder Perspektiven des beruflichen Weiterkommens geboten werden. Drittens sind für diese Frauen weitere Möglichkeiten der Weiterbildung, etwa der bezahlten Aus- und Erwachsenenbildung, reduziert.

Der im Neoliberalismus gewachsene „Anti-Welfare-Ethos“ bringt außerdem einen weiteren negativen Effekt (Littler/McRobbie 2021: 3) mit sich, der den Wettbewerb zwischen Frauen erhöht sowie zu einer gegenseitigen Entsolidarisierung führen kann. Der Hintergrund sind neoliberale und privatisierende Empowerment-Aufrufe an Frauen bei gleichzeitigem sozialstaatlichem Abbau (Biroli 2020: 145), der vermeintliches Versagen symbolisch bestraft. Anti-sozialstaatliche Diskurse finden sich in häufig mittellassenzentrierten Narrativen wieder, die vor allem auf sogenannte „*working poor*“-Frauen ausgerichtet sind. Sie werden dort als staatlich abhängige Sozialhilfeempfänger*innen wahrgenommen, die falsche Lebensentscheidungen getroffen haben (Littler/McRobbie 2021: 3). Anti-Welfare-Narrative sind demzufolge, wie Littler und McRobbie definieren, eine alltägliche Form Symbolischer Gewalt (ebd.: 4).

Durch die staatliche Verschiebung von Sorge in die zweigeschlechtliche Kernfamilie und die gleichzeitige Unterwerfung der Care-Arbeit in einer Marktlogik und deren Kommodifizierung, die den kapitalistischen Staat und das Kapital von der Verantwortung für soziale Leistungen befreit (vgl. Cooper 2017), wird das Leben von Care-Arbeiter*innen ausgebeutet; ihnen wird somit selbst das Recht auf Sorge entzogen. Rechte Politiken stärken sich hier im Sinne eines individualisierten und entsolidarisierten „Wir-sorgen-nur-für-

uns“-Verhaltens und produzieren damit „Spektakel der Gleichgültigkeit gegenüber den anderen“ (Chatzidakis/Hakim/Littler et. al. 2020: 21, eigene Übersetzung).

Das meritokratische Wettbewerbsprinzip funktioniert als ein gesellschaftliches Organisationsprinzip sowie als kulturelle und moralische Legitimierung kapitalistischer Kultur (Littler 2018: 2). Dadurch werden neoliberale Kultur und Denkweisen weitergetragen und wirken entsolidarisierend, indem „Erfolgslosigkeit“ negativ und als Selbstverdienst bewertet wird, während allein beruflicher Erfolg und Verdienst wertgeschätzt werden. Der Wettbewerb zwischen Frauen hat hierbei einen weiteren Individualisierungseffekt, den Littler mit „*you go up the ladder alone*“ (ebd.: 3) verbildlichend beschreibt. Neoliberale Rationalisierungslogiken werden also im Fehlen bzw. im Abbau öffentlicher Leistungen sichtbar und sind diskursiv gekoppelt an eine weitere privatisierende und familiarisierende Zuweisung von Sorge- und Reproduktionsverantwortungen (vgl. Cooper 2017: 21).

Aus einer feministischen Geschlechterperspektive betrachtet wird durch familiarisierende und privatisierende Politiken und das Appellieren an die Kernfamilie als Grundeinheit für Sorge und Pflege (Chatzidakis/Hakim/Littler et. al. 2020: 20) das hierarchisierende „liberale Trennungsdispositiv“ (Sauer 2001: 184), das das Öffentliche vom Privaten und produktive Arbeit von reproduktiver Arbeit trennt, (re-)institutionalisiert und verschärft. Sozial ohnehin abgewertete Reproduktionsarbeit läuft Gefahr, weiter an sozial Untergeordnete abgegeben zu werden, meistens an Frauen in Form unbezahlter Care-Arbeit, oder an feminisierte und ethnifizierte Care-Worker*innen – Gruppierungen mit geringen Ressourcen der politischen Einflussnahme.

Neoliberale Rationalitäten mobilisieren in diesem Kontext normative Weiblichkeit (vgl. Littler/McRobbie 2021), nicht zuletzt über die subjektive Verinnerlichung von Affekten und sozialen Skills wie „Liebe“, „Geduld“, „Verantwortung“ und „Durchhaltevermögen“, die weiblich konnotiert sind. Care als individuelle Sorgeverantwortung ist in diesem Sinne auch verbunden mit einer normativen Anrufung der Selbstdisziplin der verantwortlichen Gutbürger*in (Chatzidakis/Hakim/Littler et. al. 2020: 17) im Gegensatz zu der Sozialempfänger*in. Dem liegt ein neoliberales Bürger*innenverständnis zugrunde (Biroli 2020: 148), das Bürger*innen als unternehmerische, autonome, endlos belastbare

Individuen subjektiviert. Auf diese Weise wird der Abbau von Sozial- und Wohlfahrtsstaatlichkeit weiter gerechtfertigt. Individualisierung und Selbstdisziplinierung sowie die trügerische Idee der selbstständigen und selbstverantwortlichen Bürger*in bedingen sich hier auf einer symbolischen Ebene wechselseitig. Mit den Worten des Care-Collective, ein im Jahr 2017 gegründetes feministisches Kollektiv, das sich mit Fragen der Sorge und Sorgekrise auseinandersetzt:

„The ideal citizen under neoliberalism is autonomous, entrepreneurial, and endlessly resilient, a self-sufficient figure whose active promotion helped to justify the dismantling of the welfare state and the unravelling of democratic institutions and civic engagement.“
(Chatzidakis/Hakim/Littler et. al. 2020: 17)

3.5 Theoriemodell: Strukturelle Herrschaftsverhältnisse, symbolische Repräsentation und Subjekte

Das Theoriemodell dieser Arbeit, das meine anschließende empirische Untersuchung leitet, lehnt sich an die theoretischen Überlegungen von Winker und Degele (2009) an, die Intersektionalität als Mehrebenenanalyse begreifen. Das Konzept der Mehrebenenanalyse wird weiter an den Forschungskontext dieser Arbeit, nämlich Brasilien, angepasst. Ziel ist es, die Wechselwirkungen zwischen Herrschaftsstrukturen und deren Verwobenheit mit der symbolischen Ebene, das heißt mit Repräsentationen zu untersuchen, indem von Erfahrungen von Subjekten ausgegangen wird. Theoretisch geht dieses Modell davon aus, dass Geschlechter- und Produktionsverhältnisse sowie rassifizierte und klassenorientierte Verhältnisse miteinander verwoben sind oder sogar konstitutiv füreinander sein können (vgl. Winker/Degele 2009: 33). Das bedeutet, dass moderne Staaten grundsätzlich einer kapitalistischen Produktionslogik entsprechen, die die gesellschaftlich abgewertete Reproduktionsarbeit als die Grundlage kapitalistischer Gesellschaften möglichst kostengünstig absichert, indem sie sie an sozial Untergeordnete auslagert. Vor dem Hintergrund neoliberaler Rekonfigurierung und Rationalisierung, Privatisierung und Individualisierung, verschieben neoliberale Staaten Reproduktions- und Sorgearbeit verstärkt an Familien und Haushalte und sparen dadurch öffentliche Care-Leistungen ein. Gleichzeitig halten sie den Zugang zu kostengünstigen privaten Care-Leistungen über Informalität, ungeregelte Arbeitssituationen und Billiglöhne niedrig. Patriarchale Struktu-

ren sichern feminisierte und rassifizierte Care-Praxen zusätzlich ab, indem sie moralisch die heterosexuelle Kernfamilie stärken, andere mögliche gesellschaftliche Care-Praxen diskriminieren und marginalisieren oder diese gar verunmöglichen. Damit verbindet sich durch staatliches Agieren Geschlechtergewalt als eine Form struktureller Gewalt mit Symbolischer Gewalt und ist in alltäglichen Care-Praxen, wenn auch oft unbewusst, wahrnehmbar.

In den folgenden Abschnitten möchte ich noch näher auf die verschiedenen Untersuchungsebenen – staatlich verdichtete strukturelle Herrschaftsverhältnisse (Makroebene), symbolische Repräsentationen und symbolische Gewalt (Mesoebene) und Identitätskonstruktionen des Subjekts innerhalb intersektioneller Positionierung (Mikroebene) – eingehen, deren Wechselseitigkeit ich im Anschluss empirisch untersuchen möchte. Dabei werde ich genauer die intersektionellen Kategorien beschreiben, die ich in meinem theoretischen Modell für meine empirische Untersuchung verwenden werde.

3.5.1 Strukturelle Herrschaftsverhältnisse

Strukturelle Herrschaftsverhältnisse sind in Strukturkategorien (wie Geschlecht, *Race* und Klasse) eingeschrieben und organisieren über Politiken (die Gesetzgebung und Normierung) den Zugang zum Arbeitsmarkt, verteilen Ressourcen und weisen Sorge- und Reproduktionsarbeit ungleich zu (Winker/Degele 2009: 52). Die Unterteilung der Strukturkategorien soll in diesem Verständnis nicht zu einer statischen Klassifizierung führen, sondern intersektionelle Herrschaftsverhältnisse benennbar machen. In dieser Arbeit gehe ich anfänglich und angelehnt an den bisherigen Forschungsstand vor allem von drei Strukturkategorien aus, die Care-Arbeit im brasilianischen Privathaushalt definieren, Geschlecht, *Race* und Klasseverhältnisse¹⁰.

Geschlecht steht im Zusammenhang mit dieser Arbeit als eine Strukturkategorie, die Reproduktions- und Sorgearbeit insbesondere an Frauen auslagert (Winker/Degele 2009: 46). Heteronormativität als Herrschaftsverhältnis ist dabei in der Kategorie Geschlecht inbegriffen, da normative Zweigeschlechtlichkeit und die naturalisierte hetero-

¹⁰ Das bedeutet nicht, dass die von Winker und Degele (2009) als vierte verwendete Strukturkategorie „Körper“ bei der gesellschaftlichen Arbeitssteilung keine Rolle spielen würden, da sie bezüglich Care-Arbeit wohl entscheidend wirkt und beispielsweise das Alter der Care-Arbeiter*innen keine unrelevante Variable ist.

sexuelle Paarbeziehung die Grundlage für die Absicherung kostengünstiger, familiarisierter Care- und Reproduktionsarbeit sind (ebd.: 46). Die Legitimationsgrundlage der Zuweisung von Care-Arbeit an Frauen liegt hierbei in ihrer angeblichen Naturhaftigkeit, deren gesellschaftliche Legitimierung und Reproduktion ich mich mit dem Begriff der Symbolischen Gewalt bereits angenähert habe.

Klasse als Strukturkategorie soll hier über eine klassische sozio-ökonomische Einteilung gesellschaftlicher Arbeitsteilung in Produktionsmittelbesitzende und -nichtbesitzende hinausgehen. Deswegen werde ich, an die Analyse von Winker und Degele (2009) angelehnt, von Klassismen sprechen, die in unterschiedlichen Konstellationen durch unterschiedliche Abgrenzungen entstehen können. Klassenverhältnisse definieren unterschiedliche Zugänge zu Ressourcen, die mit der sozialen und lokalen Herkunft verbunden sind. Die soziale Herkunft wirkt somit entscheidend über Einkommen und Besitz; sie determiniert den Zugang zur Bildung und Arbeit sowie zu sozialen Kontakten, Netzwerken und Beziehungen (vgl. Winker/Degele 2009: 42-43). Gleichzeitig wächst die Klasse der „Ausgeschlossenen“ im Zuge einer Explosion informeller Ökonomie (Rolnik 2017: 230, vgl. Castells 2000). Die Frage nach der Inklusion und Exklusion der sozialen Klassen in vermeintliche „Privilegien“, darunter soziale Mobilität, Wohnen sowie soziale Rechte wie den Zugang zu öffentlicher Bildung, Gesundheitsversorgung und Kultur, ist ein zentrales Element der politischen und sozialen Klassenkämpfe in Brasilien.

Die Kategorie „*Race*“ ist im brasilianischen postkolonialen Kontext strukturgebend für Geschlechter- und Klasseverhältnisse. Dabei ist die Antwort auf die Grundfrage „wieso Rasse und nicht Klasse?“ dekolonial, denn sie schließt bewusst den historischen Kontext ausgehend von der kolonialen Eroberung Amerikas mit in die theoretischen Überlegungen ein und erlaubt es so, Erinnerungsarbeit zu leisten und die Zensuren, die durch die Kolonialität entstanden sind, zu bearbeiten (Segato 2021: 21). Der Staat steht dabei im Zentrum der Analyse. Struktureller Rassismus wird als ein Herrschaftsverhältnis verstanden, das die Kategorie *Race* konstruiert. *Race* wird hier so wie auch die Variable Geschlecht als eine wissenschaftlich und kolonial konstruierte Variable verwendet, deren Grundlage in einer hierarchischen Unterordnung von als nicht rational konstruierten Lebens- und Denkweisen und in der damit verbundenen Ausbeutung von Körpern und der

Natur liegt. Die Kategorie „Race“ als strukturgebendes Herrschaftsverhältnis im Zuge der Care-Arbeit zu verstehen, umfasst die Anerkennung, dass *weiße* Frauen oftmals privilegierte Positionen im Leben einnehmen und eher in sozialer Sicherheit leben, weil sie öfter in formellen Arbeitssituationen arbeiten als Schwarze Frauen. Klassenverhältnisse garantieren ihnen dabei im brasilianischen Kontext die Kondition der „Patronin“.

„So waren Schwarze Frauen stets Arbeiterinnen in den Häusern weißer gebildeter Frauen: sie kamen nach Hause und ihnen wurde das Geld weggenommen von den Männern und die waren verärgert, wenn das Essen zuhause noch nicht fertig war.“ (Akotirene 2019: 26, eigene Übersetzung)

Struktureller Rassismus hält Schwarze Frauen oftmals fern vom formalen Arbeitsmarkt; über mehrere Lebensphasen hinweg hält er sie in Arbeitslosigkeit, ausgebeutet und ab Kindesalter oft willenlos, fest (ebd.: 26). Ihre integrale Arbeitszeit ist eine Charakteristik und Reproduzierung eines in Kolonialzeiten entstandenen Patrons, den Angela Davis mit „Zwangsarbeit“ (Davis 1981: 24) bezeichnet.

3.5.2 Symbolische Repräsentationen

Ziel der Intersektionalitätsanalyse ist es, sich überschneidende Herrschaftsverhältnisse nicht nur auf struktureller Ebene, sondern auch in Verbindung mit symbolischen Repräsentationen zu untersuchen (vgl. Winker/Degele 2009: 56). Diese wirken über Ideologien und Normen und sind sowohl struktur- als auch identitätsbildend (ebd.: 58-59). Sie sichern Herrschaftsverhältnisse ab; gleichzeitig werden sie von diesen im Kontext vorherrschender Normen, Werte, Ideologien und Stereotypen hervorgebracht (ebd. 2009: 54). In individuellen Subjektivierungsprozessen wirken sie auf die Konstruktionen von Identitäten ein und stabilisieren gleichzeitig Identitätskonstruktionen in performativen Wiederholungen (vgl. Butler 2007: 35).

Auf der symbolisch-sinnhaften Ebene operiert auch Bourdieus Symbolische Gewalt. Diese wirkt eher unbewusst im Bereich des Alltäglichen und Selbstverständlichen. Symbolische Gewalt führt „zur Bejahung, Verinnerlichung und Verschleierung von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen“ (Moebius/Wetterer 2011: 1) und sichert diese dadurch ab. Kennzeichnend für symbolische Gewalt ist, dass sie oftmals über die Kultur in Form von Denkweisen und Weltansichten des sozialen Lebens vermittelt wird. (ebd.)

Im Zuge neoliberaler Rekonfiguration (vgl. Foucault 1978/1979) konstruieren sich Identitäten im Kontext neoliberaler und kapitalistischer Strukturen über die ihnen vermittelten symbolischen Repräsentationen, wie ideologische Rechtfertigungen, Legitimierungen und Naturalisierungen von sozialen Ungleichheiten. Repräsentationen spalten Menschen und Gruppen über dichotome Einteilungen und Hierarchisierungen, etwa modern/vor-modern, Peripherie/Zentrum, zivilisiert/unzivilisiert, weiß/schwarz (Winker/Degele 2009: 55). So vermitteln und verstärken sie unter anderem die Naturalisierung von Geschlechterunterschieden sowie biologisierte Erklärungsmodelle. Darunter fällt auch die normative Vorstellung binärer Zweigeschlechtlichkeit, die hinsichtlich gesellschaftlicher Generativität die Stereotype über Mutterschaft hervorbringt sowie die Verantwortungszuweisung in der Kindererziehung und im Haushalt normiert.

Auch Quijano (2000) sowie postkoloniale Studien problematisieren die in symbolische Repräsentationen eingeschriebenen Dichotomien, darunter die „radikale produzierte Trennung“ (Quijano 2000: 555) zwischen subjektiver Vernunft auf der einen, dem Körper und der Natur als deren Objekte auf der anderen Seite, innerhalb rassistischer Strukturen und einer postkolonialen, eurozentristischen Weltordnung. Die soziale Unterordnung von *women of color* aufgrund ihrer konstruierten Nähe zur Natur liegt in der Grundlage sexualisierter sowie rassifizierter Stereotypen, die sich konkret in Bildern wie der afro-brasilianischen „mucama“ widerspiegeln und sich in der körperlichen Ausbeutung durch Arbeit in subjektiven Lebenserfahrungen konkretisieren.

3.5.3 Subjekt und Identitätskonstruktionen

Menschen positionieren sich selbst in Ausgrenzungspraxen. Sie benutzen und identifizieren sich dabei in Kategorien wie Geschlecht, *Race* und Klasse sowie anderen Kategorien. Dabei werden symbolische Repräsentationen, wie Naturalisierungen und Hierarchisierungen sichtbar. Subjekte nehmen soziale Praxen oftmals unbewusst auf; diese sind in ihnen mit den Worten Pierre Bourdieus „verkörpert“, genauer: „in den Körper in Form eines Ensembles von Dispositionen eingeprägt“ (Bourdieu 2005: 90-91). Durch gesellschaftliche Dispositionierung werden Handlungen unbedacht, ungeprüft und als selbstverständlich, andere als unmöglich und undenkbar empfunden (ebd.: 91). In der Konstruktion unterschiedlicher Identitäten reproduzieren Menschen schließlich hegemoniale

sowie gegenhegemoniale symbolische Repräsentationen und damit hierarchische materialistische Strukturen (vgl. Winker/Degele 2009: 62).

In dieser Arbeit sollen die Wechselwirkungen verschiedener Herrschaftsverhältnisse in sprachlicher und nonverbaler Praxis untersucht werden. Es geht hierbei nicht nur um die Thematisierung und Verbalisierung, sondern auch um die Nichtthematisierung und Nichtverbalisierung von Herrschaftsverhältnissen in den Identitätskonstruktionen der Menschen, die Care- Arbeit ausüben.

3.6 Zusammenfassung

Meine theoretischen Überlegungen hatten zum Ziel, die Rolle des Subjekts im Zusammenhang mit staatlichem Agieren zu verorten sowie die staatliche Zuweisung von Care-Arbeit mit ihren intersektionellen Implikationen theoretisch zu erfassen. Dabei stellte ich die wechselseitige Bedingtheit zwischen Strukturen, symbolischen Repräsentationen und dem Subjekt in das Zentrum meiner Überlegungen. Symbolische Gewalt fungiert hier als erklärende Variable für nicht physische, oft nicht erkennbare und verkannte Formen von Gewalt, die über Repräsentationen vermittelt in subjektiven Erfahrungen zum Ausdruck kommen. Im Anschluss werde ich mein Theoriemodell methodisch konzeptualisieren, um die staatliche Zuweisung von Care-Arbeit in ihrer Wechselseitigkeit zwischen Strukturen, Repräsentationen und Subjekten mit Hilfe der hier dargelegten Theorieelemente in den Erfahrungsberichten von brasilianischen Care-Arbeiter*innen zu untersuchen.

Kapitel 4 – Methodologie und Methoden

In diesem Kapitel werde ich in mein empirisches Forschungsprojekt einführen. Zunächst werde ich die dafür herangezogene Methodologie einer intersektionellen qualitativen Interpretationsanalyse nach Winker und Degele (2009) vorstellen und begründen (4.1). Im Anschluss daran präsentiere ich die dafür verwendeten Methoden (4.2), die auf narrativen Interviews und Gruppendiskussionen sowie Situiertheit als Forschungspraxis basieren.

4.1 Methodologie: Intersektionelle Mehrebenenanalyse als praxeologischer Forschungsansatz

Das vorliegende Forschungsvorhaben ist von Überlegungen der Alltagssoziologie geprägt, die sich aus der Erkenntnis ergeben, dass alltägliche Probleme, soziale, politische und kulturelle Fragestellungen sowie deren Veränderungen aus der alltäglichen Praxis heraus formuliert werden. Daher ist das Ziel von Forschung, diese mit wissenschaftlichen Analysen und Theorien in einen Dialog zu bringen. In diesem Sinne sollen auch die gewählten Methoden dem Anspruch qualitativer Forschung gerecht werden, nämlich „Lebenswelten ‚von innen heraus‘, aus der Sicht der handelnden Menschen zu beschreiben“ (Flick/Steinke/Kardoff 2006: 14). Die empirische Analyse dieser Arbeit wird von zwei Forschungsfragen geleitet: 1. Welche staatlich produzierten intersektionellen Herrschaftsstrukturen kennzeichnen Care-Arbeit in Brasilien? 2. Wie subjektivieren Care-Arbeit leistende Menschen die Zuweisung von und Verantwortung für Sorge und Pflege und wie äußert sich hierbei Symbolische Gewalt?

Mit dem Ziel, staatliches Agieren von der Subjektebene heraus zu analysieren, besteht das empirische Forschungsvorhaben darin, mit der Perspektive der Akteursebene zu beginnen und diese mit staatlichen Strukturen und Repräsentationen zu verbinden (Winker/Degele 2009: 67). Von subjektiven Care-Praktiken ausgehend werden zunächst persönliche und individuelle Erfahrungen von Care-Arbeiter*innen mit struktureller Diskriminierung und Ungleichheit, die sich aus staatlicher Institutionalisierung ergeben (also mit der Gesetzgebung im engeren Sinn), untersucht. Außerdem werden Denk- und Ein-

stellungsmuster in den Narrativen von Menschen, die Care-Arbeit ausüben, analysiert, die möglicherweise selbst Ungleichheiten (bewusst oder unbewusst) rechtfertigen oder gar naturalisieren und so im Alltag wirksam werden. Die Ergebnisse werden mit Bourdieu (1989) theoretischen Überlegungen zu Symbolischer Gewalt erklärt. Ausgehend von den durch qualitative Interviews und Fokusgruppen gewonnenen Erfahrungsberichten analysiere ich meinem theoretischen Ansatz folgend, wie der (brasilianische) Staat Ungleichheiten strukturell und symbolisch verschärft, aber auch fördernd und affirmativ wirken kann. Gleichzeitig betrachte ich die subjektivierende Prägung von Staatlichkeit in den Praxen und Identitätsbildungen von Care-Arbeiter*innen. Ziel ist es, zu untersuchen, wie sich Care-Arbeiter*innen innerhalb patriarchaler und kapitalistischer Machtstrukturen sowie intersektioneller Herrschaftsverhältnisse selbst positionieren und diese als solche anerkennen bzw. ablehnen.

Der für die Analyse verwendete intersektionelle Mehrebenenansatz von Winker und Degele (2009) erlaubt, sowohl strukturelle Diskriminierungen und Ungleichheiten als auch gesellschaftliche Repräsentationen mit Identitätsbildungen zusammenzudenken und deren gegenseitige Beeinflussung zu analysieren. Dabei werden Herrschaftsverhältnisse an den „Achsen der Ungleichheit“ Geschlecht/Sexualität, Ethnizität/*Race* und Klasse (vgl. Klinger/Knapp 2007) zwischen den Ebenen in den Blick genommen. Angelehnt an den praxeologischen Ansatz von Pierre Bourdieu sind die drei Analyseebenen der intersektionellen Mehrebenenanalyse – Strukturebene, Ebene symbolischer Repräsentationen und eine Ebene subjektiver Identitäten – durch soziale Praxen miteinander verbunden und bedingen sich wechselseitig (Winker/Degele 2009: 63 ff.). Bourdieus Theorie der Praxis als Grundlage der intersektionellen Mehrebenenanalyse begründet sich laut Winker und Degele (2009) in drei prinzipiellen Überlegungen: Erstens soll eine wissenschaftliche Praxis umgesetzt werden, die in der Theoriearbeit ihren Sinn nur im Zusammenhang mit empirischer Erforschung, also ihren Anspruch auf empirische Sättigung, erfüllt. Zweitens sollen methodische Ansprüche insbesondere vor dem Hintergrund intersektioneller Überlegungen und konkret der unterschiedlichen Positionierung von multiplen Lebensverhältnissen und -weisen sowie deren Deutungen durch Relationiertheit und situierte Kontextualisierung auch methodisch umgesetzt werden. Drittens kann über sozi-

ale Praxen die soziale Positionierung entlang der Überschneidungen von Identitätskonstruktionen, sozialen Strukturen und symbolischen Repräsentationen im Forschungsfeld, in diesem Fall der Care-Arbeit in Privathaushalten in São Paulo, analysiert werden. Im Sinne Bourdieus werden auf diese Weise die (Care-)Praxen mit der Theorie im Auswertungsprozess verbunden und sichtbar gemacht.

Methodologisch spielen hierbei zwei Überlegungen eine zentrale Rolle: Erstens wird im Sinne der Grounded Theory (Strauss 1994) besonders zu Beginn der Datenerhebung überraschungsoffen und unvoreingenommen vorgegangen. Aus diesem Grund übernehme ich auf der Ebene der Identitätsbildung soziale Kategorien wie Geschlecht und *Race*, die in den Interviews genannt wurden. Zweitens geht der Intersektionalitätsansatz von der Existenz sich überschneidender Herrschaftsverhältnisse (anhand der Differenzierungskategorien Geschlecht/Sexualität, Klasse, *Race*) aus. Dementsprechend arbeite ich sowohl während der Datenerhebung als auch im Auswertungsprozess theoriegeleitet.

Der Analyseprozess beginnt in diesem Sinn mit dem Alltag von Menschen und bewegte sich entlang der Frage, wie diese ihren (Care-)Alltag organisieren und subjektiv wahrnehmen. Dabei werden diejenigen Differenzierungskategorien, die Care-Arbeit ausübende Menschen selbst zur Darstellung ihres Alltags und alltäglichen Tuns nutzen (vgl. Winker/Degele 2009: 64), und die Wechselwirkungen und das Zusammenspiel zwischen Strukturen, Repräsentationen und Subjektbildung analysiert. So sind symbolische Repräsentationen in Strukturen eingebettet und zum Beispiel in Gesetzen, aber auch in Medien materialisiert. Repräsentationen „machen Strukturen“ (ebd.: 73), gehen aber auch selbst aus den Strukturen hervor. Deswegen lassen sich Repräsentationen in sozialen Praktiken wie auch in Diskursen verorten und geben in ihrer wechselseitigen Analyse ein Bild über gesellschaftliche und subjektive Wahrnehmungs- und Denkschemata, die sich in den Köpfen von Menschen (oft unbewusst) festsetzen. Identitätskonstruktionen und Repräsentationen sind miteinander durch Performativität und über (sich wiederholende) soziale Praxen verknüpft, die ihrerseits Strukturen erhalten und bilden (ebd.: 73).

Übertragen auf das feministische und materialistische staats-theoretische Modell dieser Arbeit lag der Analysefokus auf der strukturellen Ebene vor allem auf in den Staat eingeschriebenen intersektionellen Herrschaftsverhältnissen, die in staatlichen Regulierungen

wie der Gesetzgebung materialisiert sind und von denen Care-Arbeiter*innen alltäglich betroffen sind. Auf der symbolischen Repräsentationsebene bezieht sich die theoretische Überlegung auf die normierende und subjektivierende Wirkung von Staaten, die beispielsweise durch öffentliche und politische Diskurse binäre Hierarchien zwischen Frauen/Männern, weiß/*of color*, arm/Mittelklasse in Care-Beziehungen verstärken. Im Zentrum des theoretischen Rahmens stehen hier besonders Praktiken der Unterscheidung (Waquant 2001: 72), darunter gesellschaftlich zirkulierende Narrative bzw. Differenzierungskategorien, die Menschen benutzen, um sich von anderen abzugrenzen oder zu unterscheiden. Ziel ist es, die Wirksamkeit unterschiedlicher Deutungs- und Wahrnehmungsmuster sowie Ideologien in den Narrativen von Care-Leistenden herauszuarbeiten. Außerdem werden Dichotomien, also Einteilungsmuster, wie auch Werte und Normen hegemonialer und gegenhegemonialer Repräsentationen auf der Grundlage von Interviews und Gruppendiskussionen analysiert. Besonders wichtig bei der Interpretation der Erzählungen sind zudem die Nichtthematisierungen von strukturellen Herrschaftsverhältnissen wie Rassismus, die Hinweise auf die naturalisierten und legitimierte Ungleichheiten und Diskriminierungen im Kontext der Care-Arbeit geben. Schließlich stehen auf der Ebene der Identitätsbildung die Konstruktion von Identitäten und die subjektive Positionierung im Analysefokus. Hierbei geht es im Bourdieuschen Sinn um die Inkorporiertheit von sozialen Praktiken in routinisierten Handlungsabläufen und deren Performativität. Handlungen schließen dabei sowohl das bewusst als auch das unbewusst Gewordene ein. Dementsprechend „finden soziale Praxen nicht in einem luftleeren Raum statt, sondern konstruieren Identitäten, Strukturen und Repräsentationen ebenso wie sie von diesen hervorgebracht werden“ (Winker/Degele 2009: 66).

4.2 Methoden

Für die empirische Feldforschung, mit dem Ziel, ausgehend von den subjektiven Erfahrungen von Personen mit Ungleichheit, die Reproduktion staatlich produzierter intersektionaler Herrschaftsverhältnisse sowie die subjektivierende staatliche Zuweisung von Care-Arbeit zu analysieren, wird ein qualitatives Forschungsparadigma gewählt. Für die Datenerhebung werden zwei Methoden verwendet. Die erste Forschungsphase basiert auf 21 narrativen Interviews mit bezahlten und unbezahlten Care-Arbeiter*innen. Nach einer

ersten interpretativen Inhaltsanalyse im Mehrebenenansatz wurden den insgesamt vier Fokusgruppen Fragen, die aus den Analyseergebnissen entstanden, zur gemeinsamen Diskussion vorgelegt. Die Kombination der Methoden begründet sich zum einen in der Triangulation, also der Einnahme unterschiedlicher Perspektiven auf einen Forschungsgegenstand (Flick 2008: 12), und zum anderen in der perspektivischen Unterschiedlichkeit der zwei Methoden. Während die qualitativen narrativen Interviews sich auf die individuellen Erfahrungen mit Care-Arbeit und auf die damit verbundenen individuellen Einstellungen und Deutungsmuster fokussieren, besteht das Ziel der Gruppendiskussionen in der Interaktion der Gruppe; denn so können komplexe Themen, die in der Interpretation der individuellen Interviews zu Tage treten, kollektiv in der Tiefe debattiert werden (vgl. Barbour 2018: 45).

4.2.1 Sample

Die qualitativen Interviews wurden mit insgesamt 21 Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung bezahlte oder familiär unbezahlte Care-Arbeit ausüben, durchgeführt. Die erste Gruppe bestand aus sechs bezahlten Care-Arbeiterinnen – Kinder-, Senioren- und Krankenbetreuerinnen sowie Hausarbeiterinnen, wobei die Grenzen hier oftmals fließend sind –, die über ein Schneeballverfahren ausgewählt wurden. Der Zugang zu den Interviewpartner*innen gelang über ein bestehendes Beziehungsnetzwerk in São Paulo, über das der Zugang zu Care-Arbeiter*innen aus unteren und oberen Mittelstandsvierteln sowie aus peripheren Vierteln in São Paulo mit unterschiedlichen sozio-ökonomischen Voraussetzungen und Familienstrukturen möglich war.

Die freiwilligen Teilnehmerinnen waren in dieser Gruppe allesamt Frauen (im Alter von 30 bis 60 Jahren), was der sozialen Realität entspricht, da mehr als 92 % der bezahlten Care-Arbeit in brasilianischen Haushalten von Frauen ausgeübt wird (IBGE 2017). Als zweite Gruppe wurden Interviewpartner*innen eingeladen, die unbezahlte Care-Arbeit leisten, darunter Eltern, Großeltern sowie Personen mit zu pflegenden Familienangehörigen. In dieser Gruppe nahmen insgesamt sechs Männer und acht Frauen teil. Bei der Auswahl der Teilnehmer*innen wurde auf ihre Unterschiede bezüglich lokaler und sozialer Herkunft, *Race*, Alter sowie Familienverhältnisse und -konstellationen (alleinstehend, zusammenlebend mit Kindern oder Pflegebedürftigen, verheiratet, alleinerziehend) ge-

achtet. Das Theoretische Sampling (Strauss 1994: 70) orientierte sich vor allem an den verwendeten Differenzierungskategorien (Geschlecht/Sexualität, *Race*, Klasse), zu einem späteren Zeitpunkt aber auch am Alter der Care-Arbeiter*innen. Dennoch zeichnete sich das angestrebte Sample nicht durch Repräsentativität, sondern durch den Kontext- und Ortsbezug aus. Im Zentrum der Gruppendiskussionen stand die Möglichkeit eines intensiven Austauschs von Erfahrungen unterschiedlicher Identitäten mit Ungleichheit (Davis/Dodd 2002: 283). Die Sättigung des Theoretischen Samples wurde im Forschungsverlauf kontinuierlich durch simultane Datenerhebung, Kodierung und Datenanalyse im Einklang mit (neu) entstehenden Kodes und Kategorien evaluiert (Coyne 1997: 625). Über die Sättigung wurde entschieden, als sich Aussagen in den Interviews und Gruppen wiederholten und die Forschungsfragen beantwortet werden konnten. Die Durchführung von Interviews von sorgenden Transgender-Personen wurde aufgrund der Marginalisierung und der Gewalt gegenüber Transpersonen in Brasilien (besonders im Forschungszeitraum August 2021 bis Juni 2022) durch ein Expert*inneninterview mit der Transgender-Aktivistin Jaqueline Chanel ersetzt.

Das ausgewählte Sample diente zur Beantwortung der Forschungsfragen, da es eine tiefergehende und umfangreiche Analyse unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionierungen entlang der Achsen Geschlecht/Sexualität, *Race* und Klasse ermöglichte.

4.2.2 Narrative Interviews

Die Durchführung der narrativen Interviews von August 2021 bis Juni 2022 begann zeitgleich mit der Covid-19-Pandemie im August 2021, als die Zahl der durch Covid-19 verursachten Todesfälle in Brasilien 600 000 erreichte. Vor dem Hintergrund der Pandemie erlangte das Thema „Care“ in den brasilianischen Medien und der Gesellschaft vermehrte Aufmerksamkeit. Während es hauptsächlich in den Sozialwissenschaften, wenn auch hier nur zaghaft, behandelt wurde, schaffte die Prekarität der allgemeinen Sorge- und Pflegesituation eine gewisse Sichtbarkeit gegenüber dem Thema „Sorgearbeit“. Dementsprechend wurde zunehmend die Verantwortungslosigkeit der Regierung, insbesondere gegenüber Menschen, die in Haushalten und Einrichtungen Pflege- und Sorgearbeit übernehmen, kritisiert. Vor diesem Hintergrund wurden die Interviews in einem emotionalen Moment, der von Offenheit für das Untersuchungsobjekt geprägt war, gehalten.

Aufgrund der gesundheitlichen Risiken sowie der schwierigen Mobilitätslage in São Paulo wurden die zunächst im Präsenzformat geplanten Interviews online über die Plattform „Zoom“ sowie über „Whatsapp“-Videocalls durchgeführt. Neben der Verhinderung von Gesundheitsrisiken erwiesen sich die Ersparnis von Zeit- und Energieressourcen während der Pandemie und im besonderen Kontext São Paulos als wichtige Bedingung für die Teilnahme an den Interviews und den Gruppendiskussionen.

4.2.2.1 Interviewführung

Für die Umsetzung der insgesamt 21 qualitativen Interviews wurde eine Kombination aus narrativen Interviews (Schütze 1983) und offenen problemzentrierten Fragestellungen (Helfferich 2014: 560; Witzel 1996) gewählt. Ziel war es, sowohl überraschungsoffen im Sinne der Grounded Theory (Strauss 1994) als auch theoriegeleitet bereits während der Interviewführung zu arbeiten. Im ersten Teil des Interviews wurde den Teilnehmer*innen eine freie, nicht unterbrochene, offene Erzählphase ermöglicht (Schütze 1983: 285), um Erfahrungen, Einstellungen und Sichtweisen sowie Schwerpunkt- und Relevanzsetzung von den Interviewten selbst bestimmen zu lassen. Die Interviewpartner*innen wurden gebeten, ihre persönliche Care-Geschichte zu erzählen; sie wurden gefragt, was sie mit Care-Arbeit (also mit Kinder-, Senior*innen-, Krankenbetreuung, dem Kochen, Putzen, Bügeln usw.) und ihrer eigenen alltäglichen Erledigung und Organisation von Sorge- und Reproduktionsarbeit verbinden. In diesem Abschnitt wurde besonders auf die Differenzierungskategorien, die die Befragten selbst zur Beschreibung ihres Alltags und ihrer Identität nutzen, gehört. Weiters wurden innerhalb eines fließenden Gesprächs punktuell offene erzähl- und verständnisgenerierende und vertiefende Fragen sowie auch schwerpunktsetzende Fragen gestellt (Witzel 1996: 55), die sich in drei weitere Frageblöcke unterteilen lassen: Eine erste Frage bezog sich auf strukturelle Benachteiligungen, die sich oftmals bereits während der Interviewführung in den Erzählungen der Befragten abzeichneten, zum Beispiel sie betreffende Gesetze oder das Fehlen bestimmter Gesetze und Institutionen (wie Mütter- oder fehlende Väterkarenzen, Reproduktionsrechte, öffentliche oder private Care-Institutionen). Des Weiteren wurden die Interviewpartner*innen gebeten, ihre persönliche Care-Situation mit der ihrer Familien, Eltern, Freunde und ihrem Umfeld zu vergleichen. Ziel war es, persönliche

Normen, Leitbilder und Deutungsmuster, etwa über Generativität und Mutterschaft, oder Abgrenzungen, intergenerative Veränderungen bei der Aufteilung von Care-Arbeit sowie hegemoniale und antihegemoniale Sichtweisen herauszuhören. Eine weitere Interviewnachfrage bezog sich im Sinne eines politischen Nachfrageansatzes auf mögliche Verbesserungen der eigenen Care-Situation im privaten Umfeld, besonders bezüglich staatlicher Unterstützung. Die Fragen wurden nicht chronologisch abgefragt, sondern während eines fließenden Gesprächs spontan und punktuell gestellt, bis Aussagen zu den thematischen Frageblöcken weitestgehend abgedeckt waren.

4.2.2.2 Dateninterpretation durch interpretative Inhaltsanalyse

Die mit einem Audiorecorder aufgenommenen Interviews wurden in Textdokumenten verschriftlicht, einer interpretativen Line-to-Line Analyse unterzogen und mit dem computergestützten Programm MAXQDA kodiert. Fokussierte Kodierung (vgl. Charmaz 2014: 138 ff.) spielte bereits zu Beginn der interpretativen Analyse eine entscheidende Rolle dabei, sowohl die theoretischen Differenzierungskategorien herauszuarbeiten als auch strukturelle Diskriminierungen, gesellschaftliche Repräsentationen und Narrative sowie Identitätsbeschreibungen zu analysieren. Angelehnt war die Datenanalyse an die von Winker und Degele (2009) systematisch in acht Schritten beschriebene intersektionelle Datenanalyse. Allerdings folgte der Kodierungsprozess keiner starren systematischen Schritt-für-Schritt-Analyse, sondern einem eher dialektischen und zirkulären Interpretationsprozess, in dem von Beginn an auf die wechselseitige Bedingtheit zwischen den drei Ebenen der Analyse (Struktur-, Repräsentations-, und Identitätsebene) geachtet wurde.

Auf der Identitätsebene wurden die Identitätsbeschreibungen der Interviewpartner*innen kodiert, die sich selbst durch Differenzierungen von anderen abgrenzten (vgl. Winker/Degele 2009: 81) und unterschiedlich positionierten (ebd.: 83), wie zum Beispiel dadurch „privilegiert zu sein“/„nicht privilegiert zu sein“, eine „alleinerziehende Schwarze Frau“ zu sein oder „nicht heterosexuell zu sein“. Dabei wurde darauf geachtet, dass manche Identitätskonstruktionen nicht explizit thematisiert wurden. So erwähnen beispielsweise privilegierte Menschen, wie es auch Winker und Degele beschreiben, oftmals keine Privilegien (ebd.: 82). Im Kontext positionieren sich Menschen aus der (oberen)

Mittelklasse nicht unbedingt als solche in ihrer privilegierten sozialen Position innerhalb der ungleichen Gesellschaft Brasiliens. Dennoch kann zum Beispiel die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse wie auch die Abgrenzung zu anderen kodiert werden, über Aussagen wie „Familien aus meinem sozialen Umfeld“ oder „das Verhalten von Menschen meiner sozialen Klasse“. Auch wurden Abgrenzungen „zu anderen“ kodiert in Aussagen wie „Menschen, die in der Peripherie leben“ oder „Menschen, die sich das nicht leisten können“.

Auf der Identitätsebene wurden zudem Gefühle und Emotionen, Interpretationen und Bewertungen herausgearbeitet, die später zwischen den Fällen verglichen wurden. Auf diese Weise entstanden mitunter Codes wie „Doppelbelastung“, „Nichtwertschätzung von Care-Arbeit“, „alleinige Verantwortung“, „Sorgelosigkeit“, die später der Entwicklung von thematischen Überkategorien wie „(Un-)Vereinbarkeit von Care und Beruf“ dienten. Thematisch wurde auch die unterschiedliche Organisation von Sorge und Pflege im Privathaushalt kodiert, mit Codes wie „Externalisierung“ („mit/ohne Haushalts- und Betreuungshilfe“), „Care im Familiennetzwerk“, „Feminisierung von Care-Arbeit“ oder „Versuch geschlechtergleicher(er) Aufteilung von Care-Arbeit“.

Auf der Ebene der symbolischen Repräsentationen habe ich über die Identitätskonstruktionen Bewertungen und Deutungsmuster, Normen und Werte sowie Stereotype analysiert, die sich zum Beispiel in Aussagen über Intergenerativität und in Bezug auf die Veränderung bzw. Nichtveränderung von Geschlechterverhältnissen im Haushalt ergaben. Dadurch wollte ich komplexere Zusammenhänge, Widersprüche und Ambivalenzen sowie Nichtthematisierungen herausarbeiten, beispielsweise Bejahungen, Verinnerlichungen oder sogar Verschleierungen (Moebius/Wetterer 2011: 1), die ich später mit dem theoretischen Konzept der Symbolischen Gewalt erklären konnte. Es wurde analysiert, an welchen Aussagestellen Ungleichheiten als „natürlich“ oder „selbstverständlich“ empfunden oder auch als vermeintlich alternativlos und unveränderbar akzeptiert bzw. „in Kauf genommen“ wurden.

Einstellungen über Gender, Feminismus, Rassismus sowie soziale Veränderungen wurden im Zusammenhang mit hegemonialer und nicht gegenhegemonialer Willensbildung, sogenannten „Gegenöffentlichkeiten“ (Winker/Degele 2009: 84), kodiert und interpretiert.

Es entstanden so neue, aus der Textinterpretation und den Aussagen der Interviewpartner*innen entwickelte „In-Vivo“-Kodes wie „Brasilianische Care-Kultur“ oder „brasilianisches Mittelklasseverhalten“, die später auch als Grundlage für die Diskussionsgruppen dienten. Weiter kodierte ich meritokratische Denkweisen, Naturalisierungen von gesellschaftlichen Hierarchien und sozialer Ungleichheit sowie symbolische Repräsentationen, darunter naturalisierende Bilder von Mutterschaft und Generativität. Die sich wiederholenden Codes, die als Schlagwörter benannt wurden, wurden schließlich in einem wiederholten Durchlaufen und Abgleichen der Analyseschritte (vgl. Winker/Degele 2009: 84-85) zwischen den Fällen verglichen und im Zusammenhang mit den Kategorien (Geschlecht, Alter, Familienstand, Herkunft) untersucht.

Über die Identitätskonstruktionen kodierte ich auf der Strukturebene soziale und politische Strukturen sowie strukturelle Probleme und Diskriminierungen, etwa soziale Segregation, Mobilitätsprobleme, Informalität oder (fehlende) Arbeits- und Reproduktionsrechte. Die Kodierungen überschneiden sich vielfach mit Aussagen über Politik und politische Resignation oder der Kritik an öffentlichen und privaten Institutionen sowie konkreten politischen Nachfragen (zum Beispiel Forderungen an die Bildungs- und Gleichstellungspolitik). So entstanden Kodes wie „Skepsis gegenüber öffentlichen Care-Institutionen“ zusammen mit Unterkodes wie „schlechte Bildungsqualität“ oder „schlechte Bezahlung der Erzieher*innen“. Auf der Strukturebene diente die Erzählung von Diskriminierungen dazu, Herrschaftsverhältnisse zu benennen und diese als „strukturellen Rassismus“, „Heteronormativität/Homo- und Transphobie“, „Machismus (Sexismus)“ oder „Klassismus (Elitismus)“ zu kodieren. Durch die Verbindungen zu den Strukturen wurde analysierbar, welche gesellschaftlichen Konstruktionen Einfluss auf alltägliche Care-Praxen und Identitätskonstruktionen haben und auf welche Weise Interviewpartner*innen Bezug auf sie nehmen, also den Strukturen zustimmen oder diese ablehnen (vgl. Winker/Degele 2009: 85-86).

Nach dem Aufbau eines ersten Kodiersystems, das den drei benannten Analyseebenen zugeordnet wurde, verglich ich die unterschiedlichen Kategorien zwischen den Ebenen anhand der Überschneidungen und Übereinstimmung der Kodes und Kategorien miteinander in ihren Wechselwirkungen und analysierte ihre Zusammenhänge. Für die Visibili-

sierung wurden Tools (wie der Code Relation Browser) des computergestützten Programmes MAXQDA genutzt. Ein zunehmend fokussiertes Kodieren von Beginn an erleichterte den Vergleich zwischen dem verschriftlichten Datenmaterial und den Kategorien sowie die Konzeptualisierung ihrer Verbindungen (vgl. Charmaz 2014: 147). Außerdem erleichterte es die empirische Sättigung der entwickelten Codes im anschließenden Vergleich zwischen den Fällen. Den vergleichenden und reflektierenden Interpretationsprozess zwischen den Ebenen und zwischen den Fällen begleitete ich außerdem durch intensives Memo-Schreiben. Dabei konzentrierte ich mich auf die Wechselwirkungen und Überkreuzungen der sich verschränkenden Differenzierungskategorien sowie die Bedeutung der Ungleichheitsdimensionen, die im historischen und gesellschaftlichen Kontext wichtig sind (vgl. Winker/Degele 2009: 87-88). Die Analyseergebnisse konnten später mit erklärenden Variablen, die aus zusätzlichem Datenmaterial wie Gesetzestexten, statistischen Daten und über Mediendiskurse (im Zeitraum 2018 bis 2023) gebildet wurden, vertieft werden. Die ersten Auswertungsergebnisse dienten im Anschluss den Gruppendiskussionen als Debattengrundlage, was ich im nächsten Abschnitt näher beschreiben werde.

Zur Beantwortung der Forschungsfragen über die Subjektivierung von Care-Arbeit und das Wirksamwerden Symbolischer Gewalt habe ich im Interpretationsprozess besonders die Bejahung bzw. Verneinung von Herrschaftsverhältnissen untersucht. Die Analyse bestand darin, herauszuhören, inwiefern die Care-Arbeiter*innen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse verharmlosen oder naturalisieren, diese manchmal gänzlich verkennen und sie damit rechtfertigen und legitimieren. Das Wirksamwerden von Symbolischer Gewalt habe ich hierbei sowohl als einen individuellen als auch einen kollektiven Prozess interpretiert.

4.2.3 Gruppendiskussionen

Gruppendiskussionen gelten als sogenannte „*real world responses*“ und können (Interpretations-)Ergebnisse aus anderen methodischen Verfahren sowie bestimmte Funde aus der vorausgehenden Datenanalyse, wie Argumente oder Erklärungen, in ihrer Tiefe erforschen und ergänzen. Dabei gelten sowohl das Erreichen der sogenannten vulnerablen oder nicht leicht erreichbaren Gruppen als auch das Erfassen sogenannter „sensitive to-

pics“ als eine Stärke von Gruppendiskussionen (Barbour 2018: 17 ff.). Dies wird ebenfalls hinsichtlich Online-Gruppendiskussionen, insbesondere im aktuellen Kontext der weltweiten Pandemieerfahrung und deren Folgen als Vorteil diskutiert (Richard 2021).

Gruppendiskussionen gelten aber auch als partizipatorisches Forschungsmodell, um unterschiedliche Sichtweisen und Positionen miteinander in Dialog zu bringen (Barbour 2018: 6). Dabei geht es nicht zuletzt um die Interaktion und den Tiefenaustausch zwischen den Teilnehmer*innen, statt um die Beschreibung individueller Lebenswege, subjektiver Erfahrungen (ebd.: 24) und individueller Verhaltensweisen. Rosaline Barbour betont, dass das Potential von Gruppendiskussionen gerade in den in der Interaktion der Gruppe oftmals auftauchenden Widersprüchen liegt sowie in den oftmals komplexen und widersprüchlichen Positionierungen, die Teilnehmer*innen in Abwägungsprozessen im Kollektiv einnehmen (ebd.: 25). Gruppendiskussionen verbinden das Individuum sowie weitere kollektive und interaktive Gruppenprozesse miteinander und stellen so Subjektivität in ihren sozialen Kontext (vgl. Barbour 2018: 33-35).

Außerdem entsprechen Gruppenkonversationen auch dem Anspruch langjähriger feministischer und aktivistischer Praxen des gemeinsamen kollektiven kritischen Reflektierens über politische und gesellschaftliche Problemstellungen und dem gemeinsamen Finden von kollektiven und politischen Alternativen und Lösungswegen. In diesem Zusammenhang können „Focus Groups“ auch als Alltagsexpert*innengruppen wahrgenommen werden, wie hier in dieser Forschungsarbeit Care-Arbeiter*innen als Expert*innen der Sorge- und Fürsorgearbeit.

4.2.3.1 Zusammenstellung der Diskussionsgruppen

Insgesamt wurden im Zeitraum Juli und August 2022 vier (Online-)Gruppendiskussionen mit jeweils kleiner Teilnehmer*innenzahl (drei bis fünf Personen) durchgeführt. Zwei Gruppen bestanden aus unbezahlten familiären Care-Leistenden und zwei Gruppen aus bezahlten Care-Arbeiter*innen. Dabei wurden für jeweils eine der zwei Gruppen Interviewpartner*innen aus den vorausgegangen narrativen Interviews erneut für die Gruppendiskussionen geladen. Die jeweils zweite Gruppe wurde mit neuen Care-Arbeiter*innen besetzt. Die Kriterien für die Zusammenstellung und Einteilung der Gruppen

waren folgende: Die erste Gruppe der unbezahlten familiären Care-Leistenden, die bereits bei den qualitativen Interviews teilgenommen hatten, bestand aus zwei Frauen und einem Mann in ähnlichem Alter (zwischen 30 und 40 Jahren) aus unterschiedlichen sozialen Hintergründen (Studentin, sicheres Arbeitsverhältnis, Mutter mit Säugling zuhause) und Familienkonstellationen (alleinstehend, verheiratet). Die Gruppe wurde nicht zu heterogen zusammengestellt, um extreme Ungleichheiten zwischen den Teilnehmer*innen zu vermeiden. Aus diesem Grunde war vor allem das ähnliche Bildungsniveau die entscheidende Auswahlkategorie. Die zweite Gruppe, die das erste Mal mit den Forschungsergebnissen konfrontiert wurde, bestand aus drei Frauen (zwischen 40 und 60 Jahren), die Sorge- und Reproduktionsarbeit unbezahlt im familiären Privathaushalt unbezahlt leisteten, mit und ohne Erwerbsarbeit. Zwei von ihnen waren berufstätig, während eine sich als Hausfrau vorstellte. Teilnehmer*innen aus extrem vulnerablen Gruppen wie beispielsweise Personen, die zum Zeitpunkt der Gruppendiskussionen besonders unter der Covid-19-Pandemie und dem Hungerausbruch in den Peripherien litten, nahmen nicht an den Gruppendiskussionen teil. Allen Teilnehmer*innen wurde zu Beginn die Wahl zwischen der Beteiligung an dem Interview und der Gruppendiskussion gestellt; manche Teilnehmer*innen bevorzugten das One-to-One-Interview.

Die dritte Gruppe bestand aus vier bereits individuell interviewten, bezahlten informellen und formellen Care-Arbeiterinnen, die als Kinder- und/oder Seniorenbetreuerinnen in fremden Haushalten arbeiteten. Ziel war es, dieser Gruppe die ersten Ergebnisse aus den vorausgegangenen Interviews zu präsentieren und in der Gruppe zu debattieren. Für die vierte Gruppe wurden weitere fünf bezahlte Care-Arbeiterinnen (Altenpflegerinnen, die über Home-Care-Firmen organisiert waren) eingeladen, die zuvor nicht interviewt worden waren und sich in ihrer Zusammensetzung von der ersten Gruppe der privat bezahlten Hausangestellten (Nannys, Altenbetreuerinnen und Haushaltshilfen) unterschieden. Es wurde darauf geachtet, hier etwas jüngere Betreuerinnen (Anfang 30) als in der ersten Gruppe (Altersgruppe zwischen 40 und 60 Jahren) auszuwählen, um mögliche Unterschiede zwischen den Generationen analysieren zu können. Die zwei Gruppendiskussionen mit den bezahlten Care-Arbeiterinnen wurden über die App „WhatsApp“ geführt, da die Teilnehmerinnen über keinen anderen Internetzugang verfügten und die

Kommunikation über WhatsApp den Beteiligten außerdem vertraut war. Darüber hinaus wurden diese zwei Diskussionsrunden vor allem verbal und visuell gehalten, um für die nicht vollständig alphabetisierten Teilnehmerinnen zugänglich und inklusiv zu bleiben. In den anderen Diskussionen wurde zusätzlich ein Powerpoint mit den Fragestellungen verwendet. Alle vier Diskussionsrunden wurden über Online-Video-Calls gehalten und mit einem Audiorecorder aufgenommen. Die Aufnahmen konnten anschließend verschriftlicht und die Diskussionen zusammen mit dem Gesprächsverlauf analysiert werden. Die Gruppendiskussionen wurden von mir als Gesprächsleitung geführt und von einer (für ihre Arbeit entlohnte) unabhängigen wissenschaftlichen Beobachterin der öffentlichen Universität São Paulo (USP) aus der Fakultät für Sprachwissenschaft begleitet und protokolliert. Die unabhängige Beobachterin konzentrierte sich auf die Interaktion der Gruppe, den Kommunikationsverlauf sowie auf den sprachlichen Ausdruck der einzelnen Teilnehmer*innen in portugiesischer Sprache. Die Beobachtungen wurden anschließend in Beobachtungsprotokollen verschriftlicht.

4.2.3.2 Ablauf der Gruppendiskussionen

Die Gruppendiskussionen dauerten je zwischen 40 und 60 Minuten. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde und einer kleinen Einführung von grundlegenden Gesprächsregeln wurden den Teilnehmer*innen drei Fragen zur Diskussion vorgelegt. Jeder Frageblock wurde durch die Präsentation von Forschungsergebnissen aus den vorausgegangenen narrativen Interviews initiiert. Mit der abschließenden Frage, „Was denken Sie über die Ihnen hier präsentierten Forschungsergebnisse?“, wurden schließlich die ca. zehnminütigen Debatten eröffnet. Die drei Fragen bezogen sich auf folgende Ergebnisse: 1. die als von den Interviewten benannte „Brasilianische Care-Kultur“, die Care-Arbeit in die Verantwortung von Frauen schiebt und deren Wirksamkeit in der brasilianischen Gesellschaft, 2. die ausgeprägte Externalisierung von Care-Arbeit in der brasilianischen Gesellschaft und das damit verbundene Narrativ „Arme haben mehr Liebe (bzw. sorgen besser) als Reiche, die Geld haben“, 3. die starke Ablehnung öffentlicher Institutionen und das mögliche Zusammenspiel mit kollektiver und politischer Resignation. Die Diskussionen verliefen frei und weitgehend ohne Eingreifen der Diskussionsleiterinnen. Durch die

kleinen Gruppengrößen war es möglich, einen intimen Gesprächsrahmen zu schaffen, der auch im Online-Format sehr fließende Diskussionen ermöglichte.

4.2.4 Situiertheit als Forschungspraxis

In der qualitativen Sozialforschung gelten Forscher*innen als Bestandteil des Forschungsprozesses und ihre reflektierte Subjektivität als inhärenter Bestandteil der Methode. Nach Steinke (1999) sind demzufolge Selbstbeobachtung, die Reflexion persönlicher und beruflicher Voraussetzungen, kultureller Herkunft, biographischer Beziehung zum Forschungsthema sowie die Reflexion über die Beziehung zu den untersuchten Forschungsteilnehmer*innen relevante Forschungskriterien.

Die Frauen- und Geschlechterforschung demaskierte in diesem Zusammenhang die angebliche Neutralität und universelle Annahmen in der Forschung, konzeptualisiert mit der Begrifflichkeit des Androzentrismus (der Norm der Männlichkeit) im Wissenschaftsbereich (vgl. Kreisky 2004). Mit weiteren Reflexionen über Wissen und Macht im Zuge post- und dekolonialer Forschung wurde zunehmend die Rolle eurozentrischer Denkweisen und epistemischer Macht- und Gewaltverhältnisse in der Wissenschaft reflektiert (Brunner 2015; Maldonado-Torres 2016; Quijano 2000). Theoretische Überlegungen rund um Wissen und Macht sind unter anderem ausführlicher Bestandteil des Theorieteils dieser Forschungsarbeit. Situiertes Wissen und die reflektierte Kritik an tradierten und sich reproduzierenden Machtverhältnissen in der Wissensproduktion haben das Feld für intersektionelle Auseinandersetzungen mit Wissensproduktion überhaupt erst ermöglicht und den Weg für weitergehende De- und Rekonstruktionsprozesse geebnet.

In diesem Sinne ist auch dieses Forschungsvorhaben ein Produkt situierter (Selbst-)Reflexionen. Im Rahmen meines Untersuchungskontextes der Care-Arbeit in Brasilien positioniere ich mich selbst als Europäerin in Brasilien, die seit mehr als 15 Jahren in Südamerika lebt und deren Bildungsprivilegien wie eine akademische Ausbildung und Sprachkenntnisse sowie das Privileg des freien Reisens aus einer europäisch und christlich geprägten Sozialisierung erwachsen. Der strukturelle Rassismus als Herrschaftsstruktur hat mir als „Weiße“ in Südamerika alltägliche Privilegien verschafft. Vor dem Hintergrund meines Forschungsthemas – der Care-Arbeit – situiere ich mich auch als

Mutter von zwei Kindern, in einer heterosexuellen Paarbeziehung lebend und als Care-Leistende in Brasilien selbst betroffen. Demnach stehe ich nicht außerhalb des Untersuchungsgegenstandes. Individuelles situiertes Wissen mit kollektiver situierter Wissenskonstruktion anderer zu verbinden, ist in meinem Verständnis Teil dekolonialer Forschungspraxis. Reflexions-, De- und Rekonstruktionsprozesse als kontinuierliche Lernprozesse und auch als zwischen zwei Kontinenten Lebende als „Übersetzungsarbeit“ zu verstehen, kann in diesem Sinne ebenfalls als Bestandteil der Methode genutzt werden. So bleibt uns doch wenig anderes übrig, im pädagogischen Sinne Paulo Freires, als einander zuzuhören und miteinander auf Augenhöhe über unsere Lebens- und Sichtweisen in Dialog zu treten (Freire 2018: 130), Räume und Brücken zu schaffen, um gemeinsam Wissen zu (re-)konstruieren und so zu verändern. Folglich sehe ich die persönliche Situietheit als Teil der Methode, weil sie mir zum einen (Dialog-)Zugänge verschafft und mich gleichzeitig zu kontinuierlicher (Selbst-)Reflexion und Dekonstruktion von vorerlernten und sozialisierten Wissensbeständen auffordert. Dennoch ist mir bewusst, dass ich durch das Erlangen eines zukünftigen Dokortitels mit dieser Forschungsarbeit ein Privileg hinzugewinne, während die beteiligten Care-Arbeiter*innen keinen persönlichen Nutzen aus meiner Forschung ziehen werden. Vor diesem Hintergrund wurde mir die Unterstützung und Teilnahme der Care-Arbeiter*innen vor allem aufgrund des persönlichen Interesses sowie der eigenen Involviertheit und Nähe zum Thema Care-Arbeit zugesagt. Trotzdem war mein forschungsethischer Versuch, während des Forschungsprozesses eben nicht nur Wissen zu extrahieren, sondern die Care-Arbeiter*innen für Care-Arbeit als ein politisch relevantes Thema zu gewinnen und als Protagonist*innen dieser sonst nicht sichtbaren Arbeit wahrzunehmen. Bewusst wurde mir in diesem Zusammenhang auch meine eigene Verletzlichkeit innerhalb meiner Forschung, die auf der einen Seite aus meiner eigenen Betroffenheit, auf der anderen Seite aus dem Bewusstsein meiner privilegierten Position bestand – sowie der eigenen Unbeholfenheit, Hierarchien nicht immer gänzlich aufbrechen zu können.

Die bewusste zusätzliche Auswahl und das Hinzuziehen von Literatur und (literarischen und visuellen) Erfahrungsberichten vor allem von afrobrasilianischen Feminist*innen sehe ich in diesem Zusammenhang ebenfalls als Teil der Methode auf der Suche nach

epistemischer Wissenserweiterung. In diesem Zusammenhang sind oftmals bestehende Sprachbarrieren und fehlende Übersetzungen in englischer und deutscher Sprache oft Teilursache der mangelnden Rezeption vor allem brasilianischer Autor*innen in Europa. Auch die Diskussionen meiner Forschungsergebnisse auf Konferenzen und in Kolloquien in Südamerika sowie Europa war in diesem Zusammenhang Bestandteil reflektierender und kollektiver Forschungspraxis.

4.3 Schlussreflexion

Aufgrund knapper zeitlicher und finanzieller Ressourcen sowie der schwierigen Mobilitätslage in São Paulo in Zeiten der Covid-19-Pandemie musste die empirische Forschung den Gegebenheiten kontinuierlich angepasst werden. Das führte zu Limitationen auf der einen Seite, zeigte aber auf der anderen Seite auch gewisse Vorteile auf. Bei einer Diskussionsrunde vor Ort wäre vielleicht der Raum für einen gemeinsamen Austausch persönlicher gewesen. So hätten sich die Teilnehmer*innen der Gruppe vor der Diskussion kurz individuell kennenlernen können. Durch das gewählte Online-Format gelang es aber auch, Menschen für die Beteiligung bei den Interviews zu gewinnen, die unter Umständen im Präsenzformat schwer erreichbar gewesen wären (weil sie zum Beispiel in der Peripherie von São Paulo lebten). Die gewohnte Nutzung digitaler Kommunikationsmittel wie Zoom und WhatsApp trug dazu bei, sowohl die Interviews als auch die Gruppendiskussionen in einem für die Teilnehmer*innen gewohnten und „sicheren“ Rahmen abzuhalten. Die One-to-One-Interviews waren deswegen durch sehr vertrauliche Gesprächssituationen geprägt, da sie im Grunde „von Wohnzimmer zu Wohnzimmer“ stattfanden, was sich positiv auf die Gesprächssituationen auswirkte.

Bei der Rekrutierung für die Gruppendiskussionen wurden die benannten Ungleichheiten im Kontext der Care-Arbeit zwischen den Beteiligten offensichtlich: So konnten zum Beispiel alleinerziehende Mütter von kleinen Kindern oder Arbeiter*innen nicht mehr in diesem Format teilnehmen. Für die bezahlten Care-Arbeiterinnen, die kaum arbeitsfreie Tage hatten, wurde aus diesem Grunde eine Aufwandsentschädigung für das Ausfallen des Arbeitstages angeboten. Trotzdem konnte das Forschungsziel erreicht werden, da die Stärke der Gruppendiskussionen eben nicht in der Repräsentativität von Personengruppen, sondern in dem kollektiven Austausch der Beteiligten und der Interaktion der

Gruppe lag. Durch die Gruppendiskussion konnte auch sichtbar das Interesse für das Thema sichtbar geweckt werden, wie die aktive Beteiligung in den Debatten sowie die positiven Rückmeldungen widerspiegeln. Außerdem boten die Diskussionsrunden die Gelegenheit, Forschungsergebnisse zu teilen und von den Care-Arbeiter*innen bewerten zu lassen.

Kapitel 5 – Staatliche Zuweisung von Care-Arbeit und die materielle und symbolische Reproduktion intersektioneller Ungleichheiten: Ergebnisse

In diesem Kapitel werde ich meine Ergebnisse der Dateninterpretation der 21 narrativen Interviews und der vier Gruppendiskussionen mit Care-Arbeiter*innen aus der Großstadt São Paulo darlegen. Das Kapitel thematisiert die staatliche Zuweisung der Verantwortung für Care-Arbeit an Frauen und Care-Arbeiter*innen in brasilianischen Haushalten. Untersucht wird der Sorgealltag von Menschen, die häusliche Sorge- und Pflegearbeit konkret in ihrem Alltag ausüben – sei es unbezahlt innerhalb der Familie, bezahlt in informellen oder formellen Arbeitsverhältnissen oder in alternativen Netzwerken innerhalb einer Community. Darauf aufbauend wird im nächsten Schritt untersucht, wie Menschen ihre Sorgeverantwortung selbst wahrnehmen und welche Erfahrungen mit strukturellen und intersektionellen Ungleichheiten in ihren Erzählungen sichtbar werden. Nicht zuletzt werden staatlich gesetzliche Vorgaben und Institutionen, die in diesen Erzählungen über persönliche Erfahrungen von Care-Arbeiter*innen – möglicherweise zunächst nur impliziert – zum Ausdruck kommen, gesellschaftlich eingebettet, indem sie auf staatliche Strukturen und gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse zurückverfolgt werden.

5.1 Die familiarisierende Organisation und geschlechtliche Zuweisung von Care-Arbeit

Dieses Unterkapitel thematisiert die privatförmige Organisation von Care-Arbeit sowie deren geschlechtliche Zuweisung anhand der subjektiven Erfahrungen von Care-leistenden Personen in brasilianischen Haushalten. Ziel des Kapitels ist es die intersektionellen Herrschaftsverhältnisse zu untersuchen, die in die strukturelle und symbolische Reproduktion familiärer und vergeschlechtlichter Arbeitsteilung eingebettet sind. Zweitens sollen in die Care-Arbeit eingeschriebene und sich gegenseitig bedingende Strukturen, Normen und Deutungsmuster in der Subjektivierung der sorgenden Personen analysiert werden.

Anhand der Narrative werde ich zunächst die subjektive Verinnerlichung der geschlechtlichen Verantwortungszuschreibung von Care-Arbeit untersuchen (5.1.1). Dabei möchte ich erklären, wie Symbolische Gewalt in Form von Verinnerlichungen und Selbstzuschreibungen zu feminisierten Care-Lösungen beiträgt. Daraufhin werde ich im zweiten Abschnitt im Speziellen auf Bilder und Repräsentationen über Mutterschaft und Generativität eingehen, die die geschlechtliche Zuweisung von Sorgearbeit tradieren (5.1.2). Der darauffolgende dritte Abschnitt hinterfragt schließlich die Naturalisierung der „Brasilianischen Care-Kultur“, die auf der gesellschaftlichen Rollentrennung weiblicher Sorgearbeit und männlicher Versorgungsarbeit besteht (5.1.3). Im Anschluss daran problematisiert der vierte Abschnitt die gesetzliche Materialisierung feminisierter Zuschreibung von Sorgearbeit in einseitigen Mütter- und fehlenden Väterkarenzen (5.1.4). Im letzten fünften Abschnitt wird schließlich die gesellschaftliche Abwertung der Care-Arbeit in den Alltagserfahrungen von unbezahlten Care-Leistenden im kollektiven Erfahrungsaustausch beschrieben und hinterfragt (5.1.5).

5.1.1 Subjektive Verinnerlichung familiarisierender und geschlechtlicher Verantwortungszuschreibung von Care-Arbeit

In den Erzählungen zur Vereinbarung von Erwerbs- und Hausarbeit wird die private und familiäre Organisation von Sorge sowie deren geschlechtliche Zuweisung an Frauen sichtbar. So geben Frauen (oberer) Mittelstandfamilien in den narrativen Interviews an, neben ihrer Lohnarbeit allein für die Organisation des Haushalts zuständig zu sein. Es wird deutlich, dass die bezahlte Auslagerung von Sorge- und Pflegearbeit an andere Frauen gegen Bezahlung oftmals die einzige Möglichkeit der eigenen Befreiung von Care-Arbeit darstellt und die eigene Lohnarbeit ermöglicht. Sichtbar und verstärkt wurde diese Abhängigkeit von feminisierten und rassifizierten Care-Lösungen mit dem Beginn der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020, als Sorgelücken aufgrund der Gesundheitsrisiken und der sozialen Isolation nicht mehr durch Hausangestellte geschlossen werden konnten. Während dieser Zeit (August 2021 bis Januar 2022) gaben vor allem Mütter an, die es sich normalerweise finanziell leisten können, Haus- und Betreuungsarbeit sowohl an bezahlte Care-Arbeiter*innen als auch an Kindergärten und Schulen auszulagern, ihre

Lohnarbeit ganz oder zeitweise aufgeben zu haben, um sich selbst um das Haus und die Kinder zu kümmern, wie der folgende Bericht aufzeigt:

„Ich passe auf meine zwei Kinder auf, auf das Haus, auf alles. Ich habe aufgehört zu arbeiten, ich bin jetzt selbstständig, aber ich arbeite nicht ernsthaft, sondern kümmere mich um alles, das Haus, den Einkauf, Auto, Familie, die meisten Dinge mache ich. Ich bin der Rückhalt im Haus, die Unterstützung, während der Mann arbeitet.“ (Mutter, verheiratet, I16, Pos. 3)

Deutlich wird an diesem Beispiel, wie das Wegfallen von Kinderbetreuung unmittelbar zum Rückfall in vergeschlechtlichte Arbeitsteilung führte. So beschreibt die Mutter ihre Bedeutung ihrer Sorgearbeit in der Familie als „Rückhalt im Haus“ und als „Unterstützung“, während der Mann die Rolle des Erwerbsarbeitstätigen einnimmt. Auch im folgenden Beispiel wird das „Pflichtgefühl“ von der Frau betont. Die Geschlechtertrennung im Haushalt scheint für sie alternativlos zu sein:

„Ich habe aufgehört zu arbeiten, gerade wegen diesen auf mich zukommenden Care-Arbeiten. Weil ich wusste, dass ich es nicht schaffen würde, meine Büroroutine mit den Care-Arbeiten vereinbaren zu können, von denen ich dachte, dass es meine Pflicht sei diese zu übernehmen.“ (Mutter, verheiratet, I21, Pos. 3)

Die Anwältin und Mutter, die in dem Interview eine traditionelle Geschlechteraufteilung im Haushalt angibt und normalerweise die Dienste von Hausangestellten in Anspruch nimmt, positioniert sich in Zeiten der Pandemie letztendlich selbst als verantwortlich Sorgende.

Selbst nach der Lockerung der Pandemieuflagen und der Wiederöffnung von Schulen und Kindergärten überlegten verheiratete Frauen, die über die notwendigen finanziellen Mittel verfügten, ob es sich wirklich lohnen würde, wieder in ihre Berufe zurückzukehren (Mutter, verheiratet, im öffentlichen Dienst I19, Pos. 14). Einige gaben sogar an, ihren Job gänzlich aufzugeben, wenn sie es sich leisten könnten (I19, I20). Männer haben aufgrund des *Gender Pay Gap* oftmals bessere Löhne als Frauen. Das hat zur Folge, dass selbst gut ausgebildete erwerbstätige Frauen, vor allem in Krisenzeiten, die finanzielle Abhängigkeit von Männern begleitet von einem Gefühl der Alternativlosigkeit in Kauf nehmen und sich für die Sorge- und Hausarbeit allein verantwortlich fühlen. Sie schreiben sich diese „Verantwortung“ auch selbst zu, wie der folgende Bericht einer Mutter und Ärztin aufzeigt:

„Finanziell war es sehr schlimm. Ich bin immer im Minus auf der Bank, ich musste immer meinen Mann um Hilfe bitten. Das ist sehr ärgerlich. Aber, ich musste es machen, weil ich zwei Kinder habe, die Sorge und Aufmerksamkeit brauchen, also hatte ich keine andere Wahl. Ich war sehr traurig, aber gleichzeitig fühlte ich mich erleichtert, einen Mann zu haben, der mir finanziell hilft, damit ich bei ihnen bleiben kann.“ (Mutter, verheiratet, I20, Pos. 9)

Gemeinsam sind den Narrativen, in denen ausschließlich Frauen Sorge- und Hausarbeit übernehmen, die angesprochenen Gefühle der alleinigen Verantwortung, das Pflichtgefühl und das Gefühl der Alternativlosigkeit, die ich als Ausdrucksformen eines Wirksamwerdens Symbolischer Gewalt (Bourdieu 1989) benennen möchte. Die Präsenz Symbolischer Gewalt zeigt sich in den Interviews über Verinnerlichungen von patriarchalen Herrschaftsverhältnissen, die verkannt oder gar teilweise anerkannt, naturalisiert und legitimiert werden. So können Gefühle des „Sich-Verantwortlich-“ bzw. des „Sich-Verpflichtet-Fühlens“ oder der Alternativlosigkeit auch als „nicht bewusste“, aber „willeentliche Einverständnisse“ (vgl. Schmidt/Woltersdorff 2008: 10) bestehender Verhältnisse gewertet werden.

Selbstständig arbeitende berufstätige Eltern, die sich im Haushalt anfallende Care-Arbeiten aufteilen, empfinden die flexiblen Arbeitsstunden im Homeoffice als durchaus angenehm. So können sie diese besser mit ihren Haus- und Betreuungsarbeiten verbinden, obwohl die unscharfe Trennung zwischen Erwerbs- und Care-Arbeit auch eine erhöhte Doppelbelastung mit sich bringt (I1, I2, I4, I6). Trotzdem ermöglicht und erleichtert dies eine geschlechtergerechtere Arbeitsteilung im Haushalt für diejenigen, denen gerecht geteilte Care-Arbeit ein Anliegen ist und die das Privileg haben, eine flexible Arbeitseinteilung leben zu können (I1, I5, I6, I19).

Außerdem geben Eltern an, die im Home-Office arbeiten, sich von manchen Belastungen befreit zu fühlen, die in der Metropole São Paulo alltäglich das Leben der Menschen, die Care-Arbeit ausüben, zusätzlich erschweren. Dazu gehören zum Beispiel die langen Anfahrtswege zwischen Betreuungseinrichtungen, Heim und Arbeitsplatz (I1, I5, I6, I19). Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen beklagen zum Beispiel den Verlust an Arbeitszeit durch wöchentliche zeitaufwendige Therapien an weit abgelegenen Orten der Stadt (I6, Pos. 32).

Care- und Erwerbsarbeit verbinden zu müssen, bedeutet für Mittelstandsfamilien, auf eine berufliche Weiterentwicklung verzichten zu müssen (I1, I6, I4, I14, I21) sowie verstärktem Leistungsdruck im Berufsleben und (finanziellen) Zukunftsängsten standzuhalten (I1, I13, I14). Gleichzeitig bedeutet es, einen Wunsch nach mehr „Präsenz“ zuhause zu haben (I1, I20), um mehr Zeit mit den Kindern und der Familie verbringen zu können sowie eine bessere Lebensqualität im Privatleben zu ermöglichen. Menschen, die Erwerbs- und Care-Arbeiten vereinbaren, geben an, beruflich im Vergleich zu ihren Kolleg*innen benachteiligt zu sein und weniger Zeit für Lohnarbeit und berufliche Termine und keine Zeit zur Erholung zu haben. Erwerbsarbeit bedeutet dabei für die einen berufliche Selbstverwirklichung, für andere (finanzielle) und berufliche Alternativlosigkeit. So sagt ein Vater, der als Fotograf tätig ist:

„Wenn ich mich ein bisschen weniger um meine professionelle Arbeit kümmern könnte, wäre das gut. Aber es ist auch sehr frustrierend, weil sowohl ich als auch meine Frau, wir mögen unsere Berufe sehr gern.“ (Vater, verheiratet, I6, Pos. 13)

Dem Bericht entsprechend sehen sich beide Eltern in einer Zwickmühle zwischen der Erwerbsarbeit und der Sorge-Arbeit: Es fehlen hier vor allem die notwendigen zeitlichen Ressourcen, um beides miteinander vereinbaren zu können. Auch die folgende Mutter und Anwältin gibt Einblick über die eigentliche Unvereinbarkeit von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, indem sie erzählt:

„Ich habe eine Freundin, die hat ganz aufgehört zu arbeiten, ich habe selbst lange Zeit aufgehört zu arbeiten, ohne Erwerbsarbeit. Aber diese Freundin hat keine Arbeit und hat die Freude und die Befriedigung, die Erziehung ihrer Kinder ganz nah zu begleiten, die Schule zu begleiten, aber sie hat die Frustration, dass sie keine professionell erfolgreiche Person ist. Also ich denke, die große Schwierigkeit ist, ein Gleichgewicht zu finden.“ (Mutter, verheiratet, I21, Pos. 13)

Die Anwältin und Mutter, die sich selbst nach einer längeren Erwerbsarbeitspause nach der Geburt ihrer Kinder dafür entschieden hat, wieder in ihr Berufsleben einzusteigen, vergleicht sich selbst mit einer Freundin, die zuhause bleibt, um sich um ihre Kinder zu sorgen. Dabei betont sie, dass diese unglücklich sei, da sie keinen beruflichen Erfolg hat. Dafür könne diese sich aber mehr an der Erziehung ihrer Kinder beteiligen – etwas, wonach die Anwältin eventuell selber Sehnsucht empfindet. Ähnlich reflektiert ein im öffentlichen Dienst tätiger Vater in dem folgenden Interviewauszug die Überlegung seiner

beamteten Ehefrau, ihre Arbeitsstelle gänzlich aufzugeben und bei den Kindern zuhause zu bleiben. Er sagt dazu: „Die Hand zu öffnen gegenüber Karriere, das ist eine definitive Sache. Im Privatsektor bekommen wir keinen Arbeitsplatz“. (Vater, verheiratet, I1, Pos. 16)

Bei dem beamteten Ehepaar wird deutlich, dass die Aufgabe des Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst eine definitive Entscheidung ist. Dabei kommt für den Vater nicht in Frage, seine Arbeitsstelle aufzugeben, während seine ebenfalls beamtete Ehefrau nach der Geburt ihres zweiten Kindes ernsthaft diese Möglichkeit in Betracht zieht. In den Aussagen wird deutlich, dass es letztendlich die Frauen sind, die sich als natürlich Sorgende positionieren, während von den Männern keiner die Aufgabe des Berufes aufgrund von Sorgearbeiten in Erwägung zieht.

Berufstätige Eltern im (oberen) Mittelstand lösen ihr Dilemma der Erwerbs- versus Care-Arbeit häufig mit Dienstpersonal wie Kinderbetreuer*innen und Haushaltshilfen. Das Management der Angestellten liegt auch hier hauptsächlich bei Frauen, wie folgendes Zitat veranschaulicht:

„Das Management zuhause ist 100 % meine Aufgabe. Vor allem die *mental load*. Wenn ich nicht bestimme, dass wir Reis kaufen müssen, mein Mann merkt das nicht einmal. Er merkt nicht einmal, ob ich eingekauft habe, ob ich nicht eingekauft habe. Ich mache ihm dafür keine Vorwürfe. Weil ich gern organisiere, was wir essen, ich mag die Küche und diesen Teil der Administration. Ich denke so, ich weiß nicht, ob ich es mag, weil ich es vielleicht so gelernt habe, ob ich so in diese Position gesteckt wurde, oder ob ich es mag, weil ich es einfach mag. Ich sehe, ob meine Tochter Windeln im Schrank hat. Ich sehe, ob wir den 13. Monatslohn den Hausangestellten gezahlt haben. Ich sehe, ob die Angestellte etwas braucht. Sie spricht mit mir, wenn sie etwas braucht.“ (Mutter, verheiratet, I14, Pos. 17)

In dieser Alltagserzählung wird das Zusammenspiel der zwei Frauen – der Arbeitgeberin und der Angestellten – offensichtlich, dem ein hierarchisiertes Verhältnis zwischen der Organisation versus der tatsächlichen Verrichtung der Hausarbeit zugrunde liegt. Es entspricht einem klaren Chefin-Angestelltenverhältnis, das ausschließlich zwischen Arbeitgeberin und der Care-Arbeiterin gelebt wird. Auffällig ist die Abwesenheit des Ehemannes in diesem Verhältnis und im Haushalt. Die Ehefrau betont ihre Verantwortung für den Haushalt, ist sich selbst dennoch nicht sicher, ob sie diese einseitige Aufgabenzuweisung „mag“ oder ob sie es nur mag, weil sie es so gelernt hat (I14, Pos. 17). Auch in dieser

Erzählung findet eine eher schüchterne Hinterfragung von traditionellen Geschlechterverhältnissen im Privathaushalt statt, wie sie vor allem bei (oberen) Mittelstandsfrauen zu finden war.

So hinterfragen die Frauen auf der einen Seite kritisch ihre eigene Rolle im Haushalt, dem Familienleben und den ihnen (als natürlich) zugesprochenen Sorgearbeiten, wie das Aufziehen und die Betreuung der Kinder sowie das Management des Haushaltes. Auf der anderen Seite äußern diejenigen Frauen mit Dienstpersonal größere Schwierigkeiten, die einseitig feminisierten Care-Arbeiten in der Familie zu verändern; dadurch befinden sie sich in einem scheinbar schwer aufzubrechenden Dilemma und Abhängigkeitsverhältnis externalisierender Lösungen. Auch das folgende Zitat verdeutlicht eine starre Geschlechterdifferenzierung im Privathaushalt, die nur schwer veränderbar scheint:

„Wenn meine Hausangestellte nicht da ist, zwingt ich meinen Mann nicht, die Kinder abzuholen. Verstehst du? Auch wenn ich noch so viel arbeiten muss, und überlastet bin, 1000 Sachen machen muss, das ist meine Pflicht. Wenn ich ihm sage, die Kinder von der Schule abzuholen, das ist, als ob er mir einen Gefallen tut. Wenn ich mal anrufe und bitte sage, kannst du die Jungs abholen, dann tut er mir einen Gefallen. Und das ist ganz normal in den Familien in unserem Umfeld.“ (Mutter, verheiratet, I21, Pos. 11)

Die Erzählung der Frau bezüglich der Normalität der Geschlechterdifferenzierung „in ihrem Umfeld“ bezieht sich auf ihren sozialen Status einer traditionellen weißen, finanziell privilegierten brasilianischen Oberschicht, die Care-Arbeiten historisch teilweise über Generationen hinweg externalisiert hat. Trotz des Versuchs einer zaghaften Veränderung in der familiären Aufteilung von Hausarbeiten während der Pandemie beklagt sie den Rückfall in alte Gewohnheiten mit dem Zurückkommen der Hausangestellten. Sie sagt:

„Meine Söhne haben mir extrem geholfen, das Haus zu organisieren, sie haben ihr Bett gemacht. Und als sie zurückkam [Anm.: die Hausangestellte], haben sie aufgehört zu helfen. Sie hat die Aufgaben übernommen, die sie gemacht haben.“ (I21, Pos. 3)

Die Präsenz der zurückkommenden Hausangestellten soll erklären, warum die Übernahme von kleinen Verantwortlichkeiten wie das Bettenmachen von den Söhnen der Interviewpartnerin nicht (mehr) stattgefunden hat. Die Erzählungen zeigen, wie tief die Zuschreibung der Verantwortung für Sorge und Hausarbeit an Frauen verwurzelt ist. Auch hier werden Formen Symbolischer Gewalt wirksam und in Gefühlen der Alternativlosigkeit, der eigenen Verantwortungszuschreibung oder der Pflicht sichtbar.

Das kommt in Zitaten an die Oberfläche wie: „(I)ch dachte nicht, dass ich es schaffe, Erwerbsarbeit mit der Sorge zu vereinbaren, von der ich dachte, dass es meine Pflicht sei“ (I21, Pos. 13); „Das ist sehr schlimm für mich, aber ich musste es machen, weil ich zwei Kinder habe, die sorgebedürftig sind und Aufmerksamkeit brauchen, ich hatte also keine Wahl“ (I20, Pos. 9); „Ich mache mich selbst auf diese Weise dafür verantwortlich. Ich ziehe sie (*die Verantwortung*) an mich“ (I14, Pos. 17).

Mögliche Alternativen zur Externalisierung wie durch eine geschlechtergerechte und partnerschaftliche Aufteilung von Haus- und Sorgearbeiten im Haushalt werden auf diese Weise erschwert, traditionelle Geschlechterrollen hingegen tradiert.

Im Gegensatz zu den Berichten der Frauen, die die alleinige Verantwortung für Care-Arbeit zuhause tragen oder diese an Hausangestellte abgeben, zeigen sich Familien, denen eine gleichgestellte Aufteilung der Sorge- und Hausarbeit wichtig ist (I6, I5, I2, I1, I19), flexibler und sind eher bereit, vor allem im Bereich der Kinderbetreuung auf Hausangestellte zu verzichten. Zudem zeigen sie mehr Wertschätzung gegenüber deren Dienstleistungen, die sich in Festanstellungen und fairen Arbeitsverträgen manifestiert. Vor allem Eltern, die selbst von einer „Babá“, einer Hausangestellten, großgezogen wurden (I1, I3, I14, I19), geben an, dass ihnen die eigene Präsenz bei den Kindern heute sehr wichtig sei. Auch die Möglichkeit, durch Elternpräsenz pädagogisch hochwertige Frühförderung und Lernqualität geben zu können, spielt bei Familien mit akademischen Abschlüssen eine übergeordnete Rolle und ist Teil individualisierender Bildungsstrategien. Die Unterstützung von Hausangestellten wird hier vor allem für gesellschaftlich abgewertete und als untergeordnet betrachtete Hausarbeiten wie Putzen, Wäsche Waschen und Kochen weiterhin eingefordert.

Bewusst ist den externalisierenden Familien, dass sich Care-Beziehungen in Brasilien zunehmend verändern. So erzählen Mittelstandsfamilien, heute weniger auf Hausangestellte zurückzugreifen als früher ihre Eltern (I2, I3, I19) und dass es eine wichtige Aufgabe sei, zunehmend ihre Kinder zur Selbstständigkeit zu erziehen, da diese zukünftig voraussichtlich keine Angestellten mehr haben würden (I21).

Diese hauptsächlich aus der Mittelschicht stammenden Narrative von Sorgearbeit zweigeschlechtlicher brasilianischer Familienkonstellationen entsprechen nicht der Realität

der 48,5 % brasilianischer Familienhaushalte (IBGE 2022), die mit nur einem weiblichen Familienoberhaupt leben. Ende 2022 gab es Erhebungen, denen zufolge von 75 Millionen brasilianischen Haushalten 50,8 % allein von Frauen als einzige Familienversorgerinnen geführt wurden; davon waren 56,5 % Schwarze und 43,5 % nicht-Schwarze Frauen (vgl. DIEESE 2023: 5).

Einer der diversen Gründe für die hohe Rate ist eine paternalistische Gesetzgebung, die Männer ihre Vaterschaft verneinen lässt, während Frauen keine freie Wahl über ihre Mutterschaft zugesprochen wird, unter anderem aufgrund eines strengen Abtreibungsgesetzes.

Ein subjektives sowie kollektives Bewusstsein über ihre gesellschaftliche Positionierung verbildlicht der Bericht dieser alleinerziehenden Mutter, die sich selbst als „Schwarze Frau“ identifiziert:

„[Sorgetätigkeiten] sind völlig besetzt durch Frauen. Es ist so. Meine Brüder sind gute Väter, sie sind präsent, aber es ist so. Ich und meine Schwester, wir sind alleinerziehende Mütter. Die ganze Care-Arbeit fällt auf uns. Es gibt Daten, man darf nicht vergessen, dass ich eine Schwarze Frau bin. Das ist ein wichtiger Schnitt [...] du wirst viele alleinerziehende Schwarze Mütter finden.“ (I13, Pos. 10, Mutter, alleinerziehend)

Die „Einsamkeit Schwarzer Frauen“ (I13, Pos. 13), auf die sich die alleinerziehende Mutter oben bewusst bezieht, ist ein von Schwarzen Feminist*innen debattiertes, gesellschaftlich oft ignoriertes Problem. Es hinterfragt die historische affektive Einsamkeit Schwarzer Frauen in Liebesbeziehungen, der Mutterschaft, im Berufsleben sowie in öffentlichen Räumen (vgl. Carvalho 2020). Es sind in der Gesellschaft verwurzelte historische, koloniale Wunden, die Schwarze Frauen eine vermeintlich unendliche Belastbarkeit zuschreiben (I13, Pos. 13). Gleichzeitig gelten sie als Gründerinnen¹¹ und Versorgerinnen der brasilianischen Gesellschaft, nämlich als Leih- und Milchmütter der Kinder weißer Frauen, die oft selbst die eigenen Kinder dafür zurücklassen müssen (vgl. dazu Kap. 5.2.4). Das Bild der „mucama“ verbildlicht diese Doppelrolle der Versorgerin auf der einen, der Liebhaberin auf der anderen Seite als Gegenbild zur weißen, bürgerlichen Ehefrau (vgl. Gonzalez 2020: 81 ff.).

¹¹ Der Begriff „Gründerinnen“ bezieht sich auf die Rolle Schwarzer Frauen bei der kulturellen Prägung der brasilianischen Identität, insbesondere durch die starke Prägung bei der frühen Kindererziehung der Funktion der „Babá“.

Die alleinerziehende Mutter, die in dem Interview angibt, eigentlich ihr Kind gern mit einer Frau innerhalb einer homoaffektiven Beziehung bekommen und aufgezogen zu haben, hat aufgrund ihres guten Verdienstes das Privileg, auf professionelle Unterstützung zurückgreifen zu können und Sorgearbeit während ihrer Berufstätigkeit aus Alternativlosigkeit mit einer Hausangestellten zu teilen, wie sie weiter beschreibt:

„Ich bin alleinerziehend. Ich habe niemanden, mit dem ich teilen kann. Ich habe eine Person angestellt, die mit mir bleibt. Sie bleibt durchgehend bei mir, auch an den Wochenenden, um mir diese Unterstützung zu geben. Sie schläft hier und bleibt bei mir.“ (I13, Pos. 4)

Ohne die finanzielle Möglichkeit der Externalisierung muss Care individuell in Familien- oder Nachbarschaftsnetzwerken organisiert werden, in denen vor allem Frauen die Familien anderer Frauen während deren Arbeitszeiten versorgen. Bei diesen individuellen Lösungen sind es oft diejenigen Frauen, die arbeitslos, pensioniert oder in ohnehin bereits informellen und prekären Arbeitsverhältnissen leben, die die Sorge und Pflege für Kinder, Alte und Pflegebedürftige übernehmen. Ein anschauliches Beispiel dafür ist das Narrativ von Maria (I17), die ihre Mutter, eine Alzheimerpatientin, elf Jahre lang gemeinsam mit ihren fünf Schwestern rotierend gepflegt hat. Hauptsächlich übernimmt allerdings die arbeitslose Schwester die 24-Stunden-Pflege und erhält die dafür notwendigen Lebenshaltungskosten sowohl mit Hilfe des Mindesteinkommens ihrer Mutter als auch durch partielle Zuwendungen einer ortsansässigen NGO für Bedürftige, jedoch ohne weitere staatliche Unterstützung:

„Keine staatliche Unterstützung. Wir haben diese NGO gefunden, darum haben wir uns gekümmert. Die Regierung hat ihnen nur ein ärztliches Attest gegeben. Sonst haben wir nichts bekommen.“ (Mutter, verheiratet, I17, Pos. 39)

Weiter gibt Maria einen Einblick über den Sorge- und Pflegealltag ihrer für die Mutter hauptverantwortlichen Schwester:

„Es war echt sehr anstrengend für meine Schwester, die nicht arbeitet. Sie hat sich auch um ihre Kinder gekümmert, ein Kind von ihr hat auch besondere Bedürfnisse. Also hatte sie praktisch zwei Menschen zu pflegen. Aber heute haben wir das Gefühl eine Mission erfüllt zu haben. Weil wir gut gepflegt haben, das Beste gegeben haben, was wir konnten.“ (I17, Pos. 11)

Nachdem Maria selbst als Tagesmutter arbeitete, ist sie heute in einem Supermarkt beschäftigt. Sie und ihr Mann arbeiten Vollzeit und auch jedes zweite Wochenende (Samstag und Sonntag). Ihre Kinder sind unter der Woche in der öffentlichen Schule und in der Kindertagesstätte untergebracht. An Wochenenden werden sie von einer Babysitterin aus der Nachbarschaft versorgt. Die Aufteilung von Hausarbeit ist zwischen Maria und ihrem Mann ziemlich ausgeglichen, wie sie beschreibt. Denn, wie in anderen Arbeiterfamilien, musste ihr Mann neben der frühen Erwerbsarbeit auch bei der Hausarbeit und der Betreuung der Geschwister mithelfen:

„Also, das ist so, mein Mann hat zusammen mit seiner Mutter auf die Kinder aufgepasst, weil seine Mutter das von ihm eingefordert hat, auf das Haus aufpassen, putzen. Dadurch, dass er der Älteste war, hat er auch gearbeitet. Er hatte also diese Aufgabe, sich um das Haus zu kümmern, die Brüder von der Schule abzuholen. Außerdem hat sie [die Mutter] ihm das Kochen beigebracht [...] Deswegen können wir alles teilen. Klar gibt es Sachen, die er bei der Kinderpflege nicht machen kann, diese Details, die nur Mütter wissen. Aber er kann gut das Haus aufräumen, die Kinder von der Schule abholen. Hier ist alles geteilt. Wenn er da ist, kocht er. Wenn ich da bin, koche ich. Wenn es heute nicht geht, macht es eben der andere.“ (I17, Pos. 17)

Maria berichtet des Weiteren von ihrer älteren Schwester, die sich als Kind im gemeinsamen Elternhaus um sie kümmerte:

„Wer sich am meisten um mich gekümmert hat, war eine Schwester von mir, sie hat sich mehr um mich gekümmert als meine Mutter. Sie war um einiges älter als ich, und meine Mutter war schon müde geworden. Also hat sie die Sorge weitergegeben. Ich hatte praktisch zwei Mütter. Sie ist für mich meine Mutter. Mutter-Schwester, genau wie meine Mutter, zwei Mütter.“ (I17, Pos. 21)

Wie in dem oberen Beispiel von Maria beschreiben auch in den von sechs in den Interviews befragten professionellen Care-Arbeiter*innen (Nannys, Altenbetreuer*innen und Hausangestellte) vier weitere Frauen, noch neben ihren bezahlten Care-Arbeiten in anderen Haushalten ihre eigenen Kinder, Enkelkinder oder Eltern zu betreuen, zu versorgen und teilweise in ihrer eigenen Arbeitszeit auf die Hilfe anderer Familienangehöriger zurückzugreifen.

Der Staat nimmt in diesem Kontext eine ambivalente Rolle ein: Einerseits sind alternative familiarisierte und feminisierte Sorgenetzwerke Folgen staatlicher Privatisierung von Sorge sowie des Fehlens öffentlicher Sorgeinfrastruktur. Andererseits verstärken staatliche Zuweisungen, darunter sozial notwendig gewordene, an (extreme) Armut gekoppelte

Sozialpläne, etwa „Bolsa Familia“/Auxilio Brasil, die feminisierte Care-Arbeit vor allem in nicht privilegierten Familien.

Als Beispiel feminisierter Care-Arbeit in nicht privilegierten Verhältnissen möchte ich an dieser Stelle etwas tiefer auf die Biographie von Thalia (I18) eingehen, die als Care-Arbeiterin arbeitet und in Brasilandia, einer sogenannten „Comunidade“ (die im deutschen Sprachraum meistens als Favela bezeichnet wird) im Norden São Paulos lebt.

Thalia arbeitet, seit sie 18 Jahre alt ist, ganztätig (8:30-17:30) als Kinder- und Altenbetreuerin in einem Haushalt in der Nachbarschaft. Dabei hat sie insgesamt 22 Jahre lang zwei Generationen der gleichen Familie gepflegt. In einer der Gruppendiskussionen sagt sie: „Ich habe schon die Kinder von den Kindern gepflegt!“ (GD 3). Heute betreut Thalia ihre beiden kranken Eltern und ihre Enkelin ohne staatliche Unterstützung. Die Mutter (87 Jahre) ist Herzpatientin, der Vater (86 Jahre) hatte einen Schlaganfall. Sie leben zusammen in einem Haushalt und Thalia kümmert sich um die Pflegebedürftigen der Familie. Manchmal kommt ihre Schwester, die Krankenschwester ist, und hilft beim Verabreichen der Medikamente.

Thalias Lebenslauf ist durch wechselnde bezahlte und unbezahlte Care-Tätigkeiten gekennzeichnet. Während ihrer eigenen Mutterschaft lebte die Familie, wie viele brasilianische Familien, von „empreendedorismo domestico“, von im Haushalt angefertigten Kleinproduktionen und informellen Dienstleistungen. Das bedeutete im Falle Thalias, für die Arbeiter einer benachbarten Baustelle Mittagessen zu kochen. Sie ist heute 53 Jahre alt und zahlt noch in ihre Rente ein. Es fehlen ihr noch neun Jahre bis zum gesetzlichen Mindestrentenalter von 62 Jahren. Da sie durch die unbezahlten Sorge- und Hausarbeiten und häufige Unterbrechungen von Erwerbstätigkeit Einzahlungsausfälle in der Rentenkasse hat, weiß sie nicht, ob sie die nötige Anzahl der erwerbstätigen Pflichtjahre von 30 Jahren überhaupt erreichen wird.

Vor allem Frauen, die sich als nicht privilegierte Personen bezeichnen (I9, I18), geben in ihren Erzählungen an, durch die ihnen zugewiesenen Care-Arbeiten im Familienhaushalt benachteiligt zu sein sowie sich selbst für die Sorge- und Pflegearbeit verantwortlich zu fühlen, wie der Bericht dieser Studentin, die allein ihre kranke Mutter pflegt, aufzeigt:

„Ich fühle mich schlecht, so zu denken, weil ich meine Mutter nicht verlieren will. Im Gegenteil, ich mache alles liebevoll und gewissenhaft, ich würde alles wieder so machen. Aber ich denke daran, wie viele andere Möglichkeiten ich hätte haben können und welche anderen Sachen ich hätte machen können, wenn ich nicht diese Verantwortung hätte, mich um meine Mutter zu kümmern.“ (I18, Pos. 13)

Reproduktionskosten, die nicht vom Staat gedeckt werden, und daraus entstehende Sorgenlücken in denjenigen Familien, die Sorgearbeit nicht an bezahlte Care-Arbeiter*innen auslagern können, zwingen zu unbezahlten feminisierten Sorgelösungen. Besonders betrifft das bezahlte Care-Arbeiter*innen, die tagtäglich Sorge- und Pflegearbeit in anderen Haushalten verrichten. Das verstärkt und reproduziert neue Ungleichheiten an den Achsen Geschlecht, *Race* und Klasse. So werden Care-Leistende, meistens letztendlich Frauen mit niedrigerer Ausbildung und aufgrund des strukturellen Rassismus oft Schwarze Frauen und *women of color*, in ihrer Lohnarbeit sowie in ihrer Weiterentwicklung und ihren weiteren Ausbildungsmöglichkeiten beschnitten. Unbezahlte Care-Arbeit im eigenen Haushalt sowie informelle und niedrig bezahlte Care-Arbeit führt zu einer fortschreitenden sozialen Prekarisierung, die sich in der Sozialabsicherung wie auch in den späteren Renten festmacht. Die zunehmende Prekarisierung von Leben im Zuge der Sorgearbeit reproduziert und verfestigt weiterhin bestehende Ungleichheiten.

Die Verantwortung für Sorge, Pflege und Hausarbeiten aufgrund von Armut, beruflicher Alternativlosigkeit und/oder des Fehlens von Bildungszugängen meist informell für andere übernehmen zu müssen, wird in den Narrativen der nicht ausgebildeten bezahlten Care-Arbeiter*innen offensichtlich. So wie es diese heute 70-jährige Care-Arbeiterin, die immer noch als Hausangestellte und Altenbetreuerin arbeitet, eindrücklich schildert:

„Wenn ich studiert hätte, wenn ich Geld gehabt hätte, wenn ich studiert hätte als ich jung war, wäre ich Psychologin geworden. Aber weil ich nicht konnte, musste ich Hausarbeit machen. Mein ganzes Leben lang, seit ich ein Kind bin. Ich habe 12 Geschwister, ich bin die Älteste. Wir waren immer sehr arm, wir haben auf dem Land gelebt, stell dir also vor, ich war die älteste. Ich konnte nicht studieren, ich musste auf meine Geschwister aufpassen. Also war es immer nur die Hausarbeit.“ (I9, Pos. 29)

5.1.2 Repräsentationen von Mutterschaft und Generativität

Die naturalisierte Übernahme von Care-Arbeit durch Frauen wird vor allem symbolisch über idealisierende Repräsentationen von Mutterschaft und Generativität weitergegeben. Diese sind in den Erzählungen von unbezahlten familiären Sorgeleistenden sowie von professionellen Care-Arbeiter*innen stark ausgeprägt.

Das Gefühl, als Frau besser sorgen zu können als Männer, wird von Müttern wie auch teilweise von sorgenden Vätern in den Interviews sowie in den Gruppendiskussionen vertreten, wie das folgende Beispiel zeigt:

„Klar, es gibt Dinge, die er nicht übernehmen kann, die Sorge mit den Kindern, diese ganzen Details wissen, die nur wir Mütter kennen“. (Mutter, verheiratet, I17, Pos. 17)

Dennoch werden im Alltag wirksame Bilder in ihrer scheinbaren Naturgegebenheit auch hinterfragt: Der Vater des folgenden Berichtes ist sich nicht sicher, ob die Bevorzugung des Kindes auf die Mutter tatsächlich vom Stillen kommt oder Folge eines kulturellen Reflexes sei. Er sagt:

„Sie sind sehr auf die Mama konzentriert, aber ich bin voll bereit teilzunehmen, ich weiß nicht, ob es ein kultureller Reflex ist, oder ob es daherkommt, dass meine Frau stillt und deswegen diese Nähe hat“. (Vater, verheiratet, I5, Pos. 5)

In den beiden obigen Narrativen wird deutlich, dass oftmals die Geburt und das Stillen als vermeintliches Qualitätssiegel für eine bessere Sorgefähigkeit der Mütter herangezogen werden, aber auch das Wissen um die „Details“ der Sorgearbeit wird den Frauen als natürliche Fähigkeit zugesprochen. Ein ehemaliger Ehemann und heute alleinstehender Vater von zwei Kindern kritisiert dagegen die Mütterzentriertheit an der Schule seiner Kinder und nimmt damit eine entschieden gegenhegemoniale Position ein. Bezüglich der WhatsApp-Gruppen von Eltern der Mitschüler*innen seiner Kinder berichtet er Folgendes:

„Und die Mütter selbst reden: Hallo Mädels! Mädels hier Mädels da. Ich sage Leute, es sind nicht nur Mädels, ich bin hier! Ich bin auch Vater, ich bin auch Ehemann. Das in einer sich als progressiv und konstruktivistisch bezeichnenden Schule! Trotzdem denken die Eltern, dass sich Sorgen Mütterarbeit ist.“ (Vater, geschieden, I3, Pos. 3)

Der Vater ist genervt von der Annahme, dass in der Elterngruppe an der Schule scheinbar nur Mütter beteiligt sind. In seiner weiteren Erzählung konkretisiert er die bewusste Entscheidung, ein sorgender Vater sein zu wollen. Er sagt:

„Mir war es immer wichtig, dieses Territorium der Sorge um meine Kinder als meines zu verteidigen. Das hat Konflikte hervorgebracht, weil das von einem Mann in Brasilien traditionell nicht erwartet wird. Also haben alle in der Familie gedacht, dass ich auf die Seite gehen sollte und den Platz einer Frau einräumen sollte, meiner Schwiegermutter. Aber ich habe nie diesen Platz freigegeben. Da gab es echt Konflikte.“ (I3, Pos. 3)

Der geschiedene Mann gibt unter anderem starke Probleme an, sein Bedürfnis danach präsent bei der Kindererziehung zu sein vor seiner Ex-Frau verteidigt haben zu müssen, da diese ihn zum einen als sorgenden Mann ablehnte, zum anderen die Externalisierung der Kindererziehungen und des Haushaltes naturalisierte und reproduzierte. Der Mann berichtet von einem Traum seiner ehemaligen Frau, bei dem sie von ihm mit zwei Brüsten und beim Stillen träumte (I3, Pos. 3). Deutlich wird in dem Traum die Angst der „Verweiblichung“ ihres Ehemannes. Vor dem Hintergrund der intensiven Erfahrungen des Mannes mit patriarchalen Vorstellungen von Männlichkeit ist das Bemühen um eine intensive Sorgeverantwortung in der Kindererziehung auch als Widerstand zu sehen und kann somit als Grund angesehen werden, aus der Ehe und der heterosexuellen Familie ausgestiegen zu sein.

Familien, die eine relativ gleichgestellte Arbeitsteilung im Hinblick auf Sorgepflichten zuhause ausüben, betonen ähnlich die gesellschaftlichen Reaktionen auf die Sorgearbeit von Männern. Sie gaben zum Beispiel an, Väter würden stets dafür gelobt werden, wenn sie mit den Kindern spazieren gehen, im Gegensatz zu den Müttern. Die folgende Erzählung von Eugenia wird in der Gruppendiskussion von den anderen Eltern bestätigt:

„Zuhause schaffen wir es ganz gut, die Arbeiten zu teilen. Mein Mann geht mit zwei Kindern spazieren, 100 Meter und schon wird er gelobt: Wow! Supervater! Du gehst mit deinen Kindern spazieren! Mir passiert das nie! Ich werde nie gelobt!“ (Mutter, GD1, Pos. 2)

Bei der Gruppendiskussion (GD2) mit Frauen, die zuhause die Sorge- und Hausarbeit allein verrichten (sowohl neben der Erwerbsarbeit als auch nur als Hausfrauen), entfachte sich eine kritische Diskussion bezüglich der naturalisierten Vorstellungen über Generativität und Mutterschaft. Während eine alleinstehende Mutter explizit die vermeintlich

natürliche Rolle der fürsorglichen Mutter in Frage stellt und diese als gesellschaftliches Konstrukt benennt, sind zwei der drei Frauen der gegenteiligen Überzeugung, nämlich dass Frauen für Sorgearbeit besser geeignet seien, was in einer natürlichen Disposition liege. Das wird in Aussagen deutlich wie: „Die Frau hat das besser drauf“ (GD2, Pos. 17) oder „In der Frau ist das traditionell verwurzelt“ (Pos. 22). Auch in der Gruppendiskussion mit den bezahlten Care-Arbeiter*innen sind die Frauen einheitlich der Meinung, Frauen könnten den Beruf der Kinderbetreuer*innen und Altenpfleger*innen besser ausüben als Männer, denn sie hätten die beruflichen Anforderungen wie „Verantwortung“, der „Liebe“ und der „Geduld“ stärker ausgeprägt durch ihre natürliche Disposition als Mütter (vgl. GD3 Pos. 2, Pos. 4, Pos. 5). Besonders stark wird das in den Aussagen wie „Das ist die aufblühende Seite einer Frau“ (Pos. 5), oder „die Frau hat diese mütterliche Seite mehr ausgeprägt“ (Pos. 5) deutlich.

Deutlich werden Repräsentationen von Generativität und Mutterschaft auch in den folgenden Erfahrungsberichten der Männer, die zuhause aktiv Care-Arbeit, vor allem in der Kinderbetreuung, übernehmen. Sie beklagen in diesem Zusammenhang Widerstände in den eigenen Familien. Dies verdeutlicht die gesellschaftliche Konstruktion von Müttern als natürliche Sorgerinnen und von Männern als scheinbar sorgeunfähig:

„Die Familie, die Mutter von X hat mehr nachgefragt. Am Anfang sagten sie nein, wie wollt ihr – sie war ganz außer sich [...] wer soll denn dann die Kinder zum Schlafen bringen, wie sollen zwei Männer ohne eine Frau versorgen? [...] das wurde dann mit der Zeit und der Sorge dekonstruiert [...]. Als wäre es etwas Vorgeschriebenes, es ist nicht real.“ (Vater, verheiratet, I4, Pos. 9)

In diesem Narrativ eines Vaters aus einer gleichgeschlechtlichen Ehe wird deutlich, wie Bilder über Mutterschaft und Generativität sich mit normativer Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität überschneiden können. Als Folge wird den beiden Vätern die Fähigkeit abgesprochen, sich um ihre Kinder ohne weibliche Unterstützung sorgen zu können, bis dieses Vorurteil innerhalb der eigenen Familie (sowie gegenüber ihnen selbst) dekonstruiert werden kann. Auffällig ist an diesem Beispiel das ausgeprägte feminisierte Care-Netzwerk der beiden Männer, das aus Müttern, Schwestern und Care-Arbeiterinnen bestand und stark feminisiert war.

5.1.3 Diskussion um die „Brasilianische Care-Kultur“

Im Zentrum dieses Abschnittes steht die Debatte um die „Brasilianische Care-Kultur“, die in den Aussagen der Care-Arbeiter*innen selbst als solche benannt und als eine historische und kulturelle Tradition begründet wird. Auffällig in den Aussagen ist die häufig gefallene Bezeichnung der „Kultur“, die die Gesellschaft aufrechterhaltende Sorge und Pflegearbeiten in die alleinige Verantwortung von Frauen legt und diese lebensnotwendigen Arbeiten entweder gar nicht als Arbeit definiert oder als eine nicht wertgeschätzte, hierarchisch untergeordnete Arbeit behandelt.

Als „Brasilianische Care-Kultur“ benennen Interviewpartner*innen (I3, I5, I13, I14, I16, I21) die traditionelle Aufteilung von Care-Arbeit in der brasilianischen Gesellschaft, die Care-Arbeit in die Verantwortung von Frauen und Erwerbstätigkeit und finanziellen Unterhalt in männliche Verantwortung legt. Dabei versteckt sich hinter dem Begriff der „Kultur“ eine gesellschaftlich anerkannte und staatlich abgesicherte Naturalisierung und Legitimierung konstruierter patriarchaler, hierarchisch organisierter und rassifizierter Arbeitsverhältnisse. Die Naturalisierung verschleiert die Konstruktion von kulturbedingten Denkweisen und Praxen – hier der ungleichen Arbeitsteilung – indem sie diese als naturgegeben erklärt und damit rechtfertigt. Offensichtlich wird dennoch eine offene Kritik an dem gesamtgesellschaftlichen „Machismus“ – ein südamerikanischer Ausdruck, der männliche Überlegenheit, also ein maskulines Herrschaftsverhältnis in der Gesellschaft beschreibt. In dieser Arbeit werde ich „Machismus“ als „Sexismus“ und als ein in Staat und Gesellschaft eingeschriebenes Herrschaftsverhältnis benennen.

Auf die Frage nach einer möglichen zukünftigen Veränderung sexistischer Strukturen geben vor allem Frauen an, dass dies Teil eines alltäglichen Prozesses innerhalb der Familie und der Gesellschaft sei, wie in diesen Narrativen sichtbar wird:

„Ja, ich sage, es ist ein täglicher Kampf, weil ich verstehe, dass es kulturell ist, eine strukturelle Sache hier in der Gesellschaft, zumindest in der brasilianischen Gesellschaft“ (Mutter, verheiratet, I21, Pos. 5)

Die Frau der obigen Erzählung betont den strukturellen und kulturellen Sexismus in der brasilianischen Gesellschaft sowie den alltäglichen Kampf, diesem entgegenzuwirken. Auch im folgenden Erfahrungsbericht spricht eine verheiratete Mutter von zwei Kindern

von einer notwendigen Veränderung, die sowohl zwischen den Ehepartnern als auch gesamtgesellschaftlich geschehen sollte. Sie sagt:

„Ich glaube es könnte sich ändern. Eine Veränderung beim *mental load*, es muss aber eine Veränderung sein nicht nur bei ihm, sondern bei beiden Ehepartnern. Es muss eine gesellschaftliche Veränderung sein“ (Mutter, verheiratet, I14, Pos. 17)

Am folgenden Beispiel einer Hausfrau und Mutter wird deutlich, dass dieser Frau vor allem eine symbolische Wertschätzung ihrer Sorgearbeit durch die Familie wichtig ist. Sie spricht sich dabei nicht offen hinsichtlich einer notwendigen gesellschaftlichen Veränderung aus:

„Es ist eine brasilianische Kultur, wer Sorgearbeit macht, bleibt zu Hause, arbeitet nicht. Wollend oder nicht. In meiner Familie weiß jeder, dass es viel Arbeit ist. Dass man mehr arbeitet und du nicht bezahlt wirst. Also ist die Wertschätzung gut. [...] Aber im Allgemeinen nicht, wer zuhause bleibt, arbeitet nicht.“ (Mutter, verheiratet, I16, Pos. 27)

Aufgrund der mehrfachen Benennung der brasilianischen Care-Kultur in den Interviews wurde die „Brasilianische Care-Kultur“ den Diskussionsgruppen nochmals vorgelegt und im Plenum debattiert. In der ersten Gruppe mit Care-Arbeiter*innen, die bereits bei den Interviews teilgenommen hatten, gehen besonders die Frauen auf die gesellschaftlichen Naturalisierungen ein und geben historische Begründungen für die Feminisierung und Rassifizierung von Care-Arbeit in Brasilien. Sie bezeichnen die Brasilianische Care-Kultur als eine „Frauenkultur“ (GD1, Pos. 3) sowie als eine Tradition, die fortbesteht (GD1, Pos. 2). Eine Teilnehmerin betont in ihrem Verständnis der „Brasilianischen Care-Kultur“ auch die historische Auslagerung von Sorge- und Hausarbeit an Schwarze Frauen:

„Ich glaube, dass die Ergebnisse richtig sind. Ich denke, ja es gibt diese ‚Brasilianische Care-Kultur‘, in der die Verantwortung für Sorge bei den Frauen liegt. Das ist seit mehr als hundert Jahren so, hunderte von Jahren. Es ist so mit den Kindern, den Alten, dem Haus. Die Schwarzen Frauen, die vor langer Zeit das Haus, die Kinder, das Stillen übernehmen mussten. Die weißen Frauen haben das nicht gemacht, es waren die Sklav*innen und die Kinder der Sklav*innen. Das ist heute noch sehr stark, kommt aber aus der Sklaverei, das hängt alles miteinander zusammen“ (Mutter, verheiratet, zum Zeitpunkt des Interviews im Mutterschutz, GD 2, Pos. 2).

In einer zweiten Diskussionsgruppe, an der ausschließlich Mütter das erste Mal mit den Ergebnissen der vorhergegangenen Interviews konfrontiert werden, widersprechen diese entschieden den Aussagen über die „Brasilianische Care-Kultur“ (GD2). Die Gruppe nimmt im gegenseitigen Austausch die Auslagerung von Care-Arbeit an Frauen und den

gesellschaftlichen Sexismus als ein globales, kein ausschließlich brasilianisches kulturelles Problem wahr. Des Weiteren wird auch in den folgenden Narrativen der gesellschaftlich verbreitete „Machismus“ (Sexismus) benannt, oft sogar offen kritisiert:

„Ich habe das sehr hinterfragt, dass mein Vater alles zuhause entschied, und meine Mutter hatte keine Stimme.“ (Frau, pflegt Mutter, I18, Pos. 5)

Der Bericht dieser Studentin zeugt von vergangenen Erfahrungen Symbolischer Gewalt im Elternhaus, in denen der Vater über die Entscheidungsgewalt, die Mutter aber über keine Mitsprache verfügte, denn sie „hatte keine Stimme“. Im Laufe ihres Heranwachsens und dank ihres Kontakts mit Bildung wehrt sich die Interviewpartnerin gegen dieses ungleiche Machtverhältnis und versucht weiter, über Bildung die Geschichte der Eltern nicht zu wiederholen, wie sie selbst begründet:

„Also ich glaube, ich bin mit diesem Widerstand aufgewachsen gegen seine Vorstellung, dass ich nur eine Hausfrau sein würde. Ich wollte immer studieren, ich habe immer gern gelesen und seit ich arbeite, habe ich auch immer studiert, immer viel studiert.“ (Frau, pflegt Mutter, I18, Pos. 7)

Auch der Vater im folgenden Interview berichtet über die sexistische Erziehung und Vorprägung im Elternhaus, in der davon ausgegangen wird,

„[d]ass die Männer nicht viel verstehen, dass sie stören. Also, das ist eine machistische Struktur, es ist sehr stark ausgeprägt und sollte nicht mehr existieren.“ (Vater, geschieden, I3, Pos. 3)

In den weiteren Narrativen wird der Machismus als eine gesellschaftliche und naturalisierende Struktur benannt, die die ungleiche Arbeitsteilung im Privathaushalt bis heute stark prägt, während sich das Bewusstsein darüber dennoch verstärkt:

„Ich glaube, wir sind in einer Gesellschaft aufgewachsen, die machistisch ist. Und ich glaube, dass wir an einigen Stellen das aufbrechen. Einige Dinge waren lange Zeit die Regel. In der Erziehung von mir und meinem Ehemann, wir sind in einer Generation aufgewachsen, die gerade angefangen hat, Dinge zu verändern. Aber unsere Eltern waren so, der Mann arbeitete, die Frau blieb zuhause. Im Hause meiner Schwiegermutter war das so, sie hat nie gearbeitet.“ (Mutter, verheiratet, I21, Pos. 3)

Auch der Vater in der folgenden Erzählung merkt an, dass es gesellschaftlich notwendig sei, die naturalisierende Struktur der vergeschlechtlichen Arbeitsteilung aufzubrechen, indem er sagt:

„Verstehen, dass es einen sehr großen Machismus gibt. Dass man denkt, dass Sorge Frauenarbeit ist, und die Erwerbsarbeit Männerarbeit. Als wäre das vorherbestimmt [...]“ (Vater, verheiratet, Pos. 9).

Auf die Frage nach den Geschlechterverhältnissen im eigenen Elternhaus schildern sowohl Frauen als auch Männer eine bestimmte männliche Verantwortungs- und Sorgelosigkeit: Als Folge der Naturalisierung und Legitimierung feminisierter und rassifizierter Care-Arbeit wird dadurch vor allem Männern die Verantwortung für Sorge und Pflege symbolisch entzogen, wie in diesem Narrativ sichtbar wird:

„Es ist wegen meiner brasilianischen Kultur, dass man Hilfe für alles zuhause hat, deswegen habe ich dann selbst keine Verantwortung übernommen“ (Vater, geschieden, I3, Pos. 3)

Die folgende Aussage einer nicht privilegierten Frau, die von ihrer Familie allein für die Pflege ihrer Mutter verantwortlich gemacht wird, bestätigt die erlernte Sorge- und Verantwortungslosigkeit von Männern am Beispiel ihres Bruders, indem sie sagt:

„Ich glaube das ist ein schweres Gewicht, sehr schwer, vor allem für die Mädchen, die für Sorge verantwortlich gemacht werden. Ich denke heute so, die Familie, meine Tanten und mein Bruder, wenn etwas mit meiner Mutter passiert, ist das meine Verantwortung. Ich muss aufhören zu arbeiten und mich um sie kümmern. Und er [Bruder] macht sich nicht diese Mühe.“ (Frau, pflegt Mutter, I18, Pos. 13)

Eine erlernte Verantwortungs- und Sorgelosigkeit der Männer bestätigen auch die interviewten Männer, die heute bewusst Sorgearbeit übernehmen. Sie distanzieren sich dabei von den Geschlechterverhältnissen in ihren Elternhäusern, in denen ausschließlich Mütter, Großmütter und Hausangestellte sorgten:

„Es war mir sehr unangenehm, meinen Vater so abhängig von meiner Mutter zu sehen. Meine Mutter hat ihm den Teller hingestellt zum Mittagessen, der Typ kann kein eigenes Essen auf den Teller legen. [...] ich hätte das als natürlich annehmen können, aber da ich eine Persönlichkeit habe, die Realität kritisch zu hinterfragen, analytisch zu überlegen, ob das Sinn macht oder nicht [...]. Das machte für mich nicht den geringsten Sinn, also habe ich entschlossen, ein Typ zu werden, der den Haushalt beherrscht.“ (Vater, verheiratet, I5, Pos. 7)

Der Vater distanziert sich in seiner Aussage entschieden von dem Verhalten seines eigenen Vaters, das er abwertend als „abhängig“ von seiner Mutter bezeichnet. Er selbst präsentiert und positioniert sich im Gegensatz dazu als einen „Typ, der den Haushalt beherrscht“, da er die (sexistische) Realität kritisch hinterfragt und ein gegensätzliches

Verhalten für ihn keinen Sinn mache. Mit seiner Aussage begründet der mittelständische Vater, der selbst mit Hausarbeiter*innen aufgewachsen ist, seine vormalige Verantwortungslosigkeit gegenüber Sorgearbeit mit seiner Sozialisierung, in der man(n) für alles zuhause Hilfe hat. Gleichzeitig wird in diesem Zitat auch eine gewisse kompensatorische Maskulinisierung deutlich: Der Vater deutet nämlich „das Bedientwerden“ als für ihn scheinbar nicht männliche Schwäche, der er das Sinnbild des starken Einzelkämpfers entgegensetzt, der „Herr“ dieser Aufgaben ist, unabhängig von weiblichen Einflüssen.

Auch im folgenden Erfahrungsbericht geht ein weiterer Vater genauer auf die feminisierten sowie rassistischen Sorgeverhältnisse ein, mit denen er in seinem Elternhaus groß geworden ist, und kritisiert diese heute. Er sagt:

„Es ist eine beschämende Struktur, die es in Brasilien noch aus der Zeit der Sklaverei gibt (‚super esclavista‘), wir sind sehr schlimm verwöhnt. Jeder hatte eine Nanny, das war etwas sehr Normales. Ich hatte immer eine Hausangestellte, eine Nanny, die sich gesorgt hat. Sogar als mein Vater noch zuhause war, meine Mutter war Zahnärztin, sie musste ganztags arbeiten, um Geld zu verdienen, um alleine zwei Söhne zu unterhalten. Deswegen blieb ich immer mit der Hausangestellten oder mit meiner Oma, immer eine von außen, die mich versorgt hat.“ (Vater, verheiratet, I3, Pos. 5)

Abschließend lässt sich sagen, dass in den Interviews und den Gruppendiskussionen ein starkes Bewusstsein besonders gegenüber dem gesellschaftlichen „Machismus“ (Sexismus) als Herrschaftsverhältnis präsent ist. Dabei sind Menschen, die sich der konstruierten ungleichen Verantwortungszuteilung von Care-Arbeit bewusst sind, eher bereit, mit altgewohnten Rollenverteilungen und Hierarchien zu brechen, während andere, die die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung natürlich begründen, auch Probleme haben, diese in Richtung mehr Gleichheit zu verändern. Der Rassismus als ein Care-Beziehungen inhärentes Herrschaftsverhältnis wird dabei von den meisten externalisierenden Familienmitgliedern nicht explizit angesprochen. Die Ergebnisse bestätigen in diesem Sinne, dass Rassismus und dessen Einschreibung in Care-Praxen immer noch, wie afrobrasilianische Feminist*innen betonen, ein „silenced issue“ (Ribeiro 2019) ist, über das nicht gerne gesprochen wird. Interviewpartner*innen, die den strukturellen Rassismus und die Rassifizierung von Care-Arbeit in Brasilien kritisieren, nehmen im Verlauf der Interviews ebenfalls kritische Positionen bezüglich der Externalisierung von Care-Arbeit als solche sowie der inhärenten Ausbeutungsverhältnisse ein (vgl. dazu Kapitel 5.2.1).

Sichtbar wird in den Narrativen eine gewisse Zurückhaltung in der Kritik an der Möglichkeit der Veränderung ungleicher Geschlechter- und auch rassistischer Verhältnisse im Privathaushalt. Offensichtlich ist, dass individualisierte Lösungen, um Ungleichheiten aufzubrechen, möglichen kollektiven und politischen Lösungsansätzen vorgezogen werden. Die Unterschätzung der Einwirkung von Staat und Politik auf die Geschlechterverhältnisse wie auch auf Ungleichheiten im Allgemeinen spiegeln dabei die Vorstellung einer vermeintlichen Trennung des Öffentlichen und des Privaten wider – wie dieser Bericht verdeutlicht:

„Die Gesetzgebung kann nicht in meine Familiendynamik eingreifen. Die Regierung weiß nicht, wie es bei mir im Haus abläuft. Ob es ich oder mein Mann ist, der die Wäsche zuhause an die Leine hängt. Ich glaube, das ist eine Frage, die meinen Familienkern betrifft. Es ist meine Beziehung zu meinem Mann, die diese Art Regeln aufstellen. Ich spreche jetzt nicht von Arbeitsgesetzen. Ich spreche von meiner Familiendynamik. Ich glaube, es ist eine kulturelle Frage.“ (Mutter, verheiratet, I21, Pos. 7)

Eine Frau, Mutter von zwei Kindern kritisiert den gesellschaftlich verbreiteten Machismus, äussert aber auch ihre Angst gegenüber Extremismus, indem sie sagt:

„es wird besser, aber es gibt viel Extremismus. Entweder ist es sehr feministisch, oder es ist sehr machistisch, wie sie [Anm.: die Feminist*innen] sagen. In Wahrheit sollte es irgendetwas dazwischen sein. Aber es wird besser, wir müssen es ins Gleichgewicht bringen, weil es ist sehr ‚Mädchen können das auch, Mädchen müssen das auch machen [...]‘“ (Mutter, verheiratet, I16, Pos. 34)

Zusammengefasst werden in der Analyse der Interviews und Gruppendiskussionen zwei Tendenzen deutlich: erstens eine teilweise Hinterfragung der „Brasilianischen Care-Kultur“, verstanden als die historisch konstruierte vergeschlechtlichte, aber auch rassifizierte Arbeitsteilung im Privathaushalt; zweitens eine gleichzeitige Naturalisierung der Trennung des Öffentlichen und Privaten – und damit der vergeschlechtlichten Trennung von Produktion und Reproduktion – sowie eine starke Tendenz zu individualisierenden Lösungen in den brasilianischen Haushalten. Auffällig ist die Ausprägung der wirksam gewordenen Repräsentationen über Mutterschaft und Generativität sowie die Naturalisierung einer vergeschlechtlichten Arbeitsteilung. Sie verbildlichen die Wirksamkeit Symbolischer Gewalt, weil sie die patriarchalen und zweigeschlechtlichen Geschlechterverhältnisse wie auch die Auslagerung von Sorge an rassifizierte und arme Frauen als immer schon so da gewesene Ordnung oder eben auch als „Kultur“ akzeptiert und verin-

nerlicht haben. Der Verweis auf die brasilianische Care-Kultur vermittelt damit die Anerkennung einer scheinbar natürlichen Geschlechterordnung und Arbeitsteilung sowie die Verkennung der ihr zugrunde liegenden patriarchalen sowie rassifizierten Herrschaftsverhältnisse.

Erklärbar sind die Ergebnisse auch mit der zunehmenden Propagierung konservativer Familienwerte (vgl. Biroli 2020; Cooper 2018) – insbesondere im Kontext der erstarkten konservativen Rechten und der daraus folgenden Bolsonaro-Regierung (2018-2022), die die oben benannten Bilder und Repräsentationen instrumentalisieren und verstärken.

Die 2020 verabschiedete Regierungsrichtlinie der „nationalen Strategie zur Förderung familiärer Bindung“ (Dekret 10.570/2020) institutionalisierte und verstärkte die konservative Perspektive der Familienpolitik: Diese konzentrierte sich vor allem auf die Lebensrealität zweigeschlechtlicher Kernfamilien, ignorierte Geschlechterungleichheit und plurale Familien- und Lebensentwürfe sowie die hohe Anzahl an Einfrauenhaushalten in Brasilien. Auch die Zurückhaltung gegenüber offener feministischer Kritik kann mit der sukzessiven Mobilisierung von Anti-Genderdiskursen, verwoben mit den politischen Mobilisierungen gegen die linksgerichtete Regierung Dilma Rousseffs (PT) im Jahr 2013 und dem Wirksamwerden eines konservativen Backlashs der letzten zehn Jahre erklärt werden (vgl. Soares de Aguiar/Pereira 2019: 10). Deren politisierende Wirksamkeit auf die Bildung und Familienwerte zeigt sich auch konkret im Zuge des politischen Anti-Genderprojektes „Escola sem partido“ (übersetzt: politikfreie Schule) seit 2014, das die Erwähnung von Geschlecht und sexueller Orientierung in den Bildungsplänen zu zensieren und zu kriminalisieren versucht (Lionço 2018: 602). Die ansteigende Dämonisierung feministischer Politiken während der Regierung Jair Bolsonaros (2018-2022) manifestierte sich ebenfalls im Anwachsen der religiös fundamentalistischen Wertekoalition „Bancada de costumes“ (Wertekoalition) im Nationalkongress und in einem Ansteigen politischer Intoleranz und Gewalt gegenüber feministischer Aktivist*innen und Politiker*innen. Antifeministische Politiken materialisierten sich zudem in der Aufhebung von Genderrichtlinien internationaler Menschenrechtsvorgaben der UNO und deren Institutionalisierung in den Ministerien (Soares de Aguiar/Pereira 2019).

5.1.4 Die staatliche Materialisierung feminisierter Care-Arbeit in Mütter- und Väterkarenzen

Staatlich reproduziert und verstärkt werden die ungleichen Geschlechterverhältnisse sowie die hierarchisch organisierte rassifizierte Zuweisung von Care-Arbeit an andere Frauen über die Gesetzgebung, etwa die einseitigen Mütter- und die zaghafte oder gänzlich fehlenden Väterkarenzen. Sie erweisen sich als ein Abbild gesellschaftlich konstruierter Zweigeschlechtlichkeit und bringen diese zugleich hervor. Die Kritik an den zu kurzen Mütterkarenzen als auch an fehlenden Väterkarenzen wird in den Interviews als Antwort auf die Frage nach möglichen strukturellen Verbesserungen neben der Qualität öffentlicher Betreuungseinrichtungen am häufigsten geäußert. Väter, die Care-Arbeit zuhause übernehmen, bemängeln die brasilianische Betreuungskultur, die sich in zu kurzen und ausschließlich in an Frauen zugewiesenen Betreuungszeiten erschöpft sowie ungenügend Betreuungsinfrastruktur, besonders für nicht privilegierte Menschen, zur Verfügung stellt:

„Die Väterkarenz ist ein Witz! Es gibt keine Väterkarenz. Auch wenn man jetzt über fünf Tage diskutiert, wenn das Kind geboren wird, aber es ist nicht offiziell [...]. Der Mutterschutz auch, bei dem du aufhörst zu arbeiten und wieder zurückkommst, ist nur eine Unterstützung, es gibt keine Kultur für Kindergärten und Krippen. Wir sind sehr privilegiert. Es ist die Kaufkraft in unserem Viertel, weswegen die Menschen hier Zugang haben, das ist das Eigenartige an São Paulo.“ (Vater, verheiratet, I2, Pos. 11)

Der Vater kritisiert die fehlende Väterkarenz, aber auch die mangelnde öffentliche Unterstützung durch eine ausreichende Bereitstellung von Kindergärten und Krippen. Dass er Zugang zu Betreuungsdiensten hat, begründet er durch seinen privilegierten Status und seine Kaufkraft, die es den Eltern ermöglicht, private Schulen zu bezahlen. Weiter erzählt er vom fehlenden Mutterschutz seiner Ehefrau als selbstständig Arbeitende sowie von seiner individuellen Abmachung mit seiner Chefin, einen Monat Urlaub zu nehmen, um das neugeborene Kind mitbetreuen zu können. Er sagt:

„Sie [Anm.: seine Frau] hat einen Monat nicht gearbeitet und ich arbeite auch als Freiangestellter, also habe ich keine Rechte. Es gibt keine Väterkarenz. Ich habe mit meiner Chefin ausgemacht, dass ich bei der Geburt 30 Tage Urlaub nehme. Sie [Anm.: meine Frau] hat eigentlich gar nicht 100 % aufgehört zu arbeiten. Wir haben uns aufgeteilt.“ (Vater, verheiratet, I2, Pos. 4)

Auch der im Folgenden zitierte Vater, der gerne mehr Betreuungszeit für seine Kinder übernehmen würde, kritisiert das Fehlen von Väterkarenzen. Dabei erwähnt er ebenfalls die ungleiche Zuweisung von Sorgearbeit an die Mütter, die Frauen auch beruflich benachteiligt:

„Ich möchte Kritik üben an dem Fehlen der Väterkarenz. Männer mehr in Care-Arbeit einbinden und dass es ihnen dann im professionellen Beruf nicht schadet. Die Frau ist gezwungen, in Karenz zu gehen, es gibt diese soziale Erwartung und das Arbeitsgesetz, das sie zwingt, vier bis sechs Monate zuhause zu bleiben. Und der Mann nicht. Und dann bewirbt sich ein Mann und überholt die Frau und nimmt ihr den Arbeitsplatz weg. Der Chef weiß, die Frau kann jeden Moment schwanger werden. Also wenn man den Mann zwingen würde, zuhause zu bleiben, das würde automatisch etwas ändern. Das hätte eine reale Auswirkung auf Care-Arbeit, auf die Aufteilung der Arbeit zuhause, mit den Kindern, und es gäbe kein berufliches Ungleichgewicht mehr.“ (Vater, verheiratet, I5, Pos. 11)

Während sich die Väter der obigen Berichte eine Erweiterung der Väterkarenz wünschen, sowohl um Männer für Sorgearbeit in die Pflicht zu nehmen als auch um der Geschlechterungleichheit auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, bezweifelt der folgende Interviewpartner die mögliche Wirksamkeit obligatorischer Väterkarenz aufgrund der tief verwurzelten Geschlechteraufteilung und maskuliner Sorgelosigkeit:

„Aber dieser Blick muss überdacht werden, weil wenn wir das jetzt ändern [Anm.: die Väterkarenz], dann bleiben die Männer zuhause und machen gar nichts. Er wird nicht helfen, weil es nicht seine Natur ist, zuhause zu helfen. Deswegen weiß ich nicht, ob eine Väterkarenz funktionieren würde.“ (Vater, geschieden, I3, Pos. 9)

Der Vater der obigen Aussage hat vor allem den gesellschaftlich stark verwurzelten Sexismus im Blick und bezweifelt deswegen eine reale Veränderung in der Arbeitsteilung im Haushalt aufgrund einer Gesetzesänderung durch erweiterte Väterkarenzen.

Dennoch schaffen es Familien mit Hilfe in einer Festanstellung zugestandenen Karenz ihre Erwerbs- und Care-Arbeit besser zu vereinbaren, wie diese Frau eines beamteten Ehepaares beschreibt:

„Einige Firmen beginnen, die Väterkarenz für Festangestellte auszuweiten. Die normale Karenz ist fünf Tage. Aber einige Firmen erlauben es, die Väterkarenz zu verlängern. Zum Beispiel bei Banco do Brasil können die Angestellten 20 Tage nutzen.“ (Vater, verheiratet, I19, Pos. 24)

„Es gibt Firmen, die schaffen es, den Eltern eine längere Karenz zu geben. Aber das sind Übereinkünfte, die zusammen mit den Funktionären oder mit den Gewerkschaften getrof-

fen werden. Das sind extra Zugeständnisse, die einige Firmen machen. Aber gesetzlich haben mein Mann und ich schon das Höchste, was es gibt.“ (I19, Pos. 26)

Im Gegensatz zu dem privilegierten Arbeitsverhältnis des obigen verbeamteten Ehepaares beklagt eine selbstständig arbeitende und alleinerziehende Mutter die „Mitleidlosigkeit“ und das Fehlen der Solidarität ihrer Geschäftspartner*innen:

„Ich hatte keinen Mutterschutz, denn ich habe eine Produktionsfirma ohne Partner*innen, und eine Tochter, auch ohne Partner*innen. Also hatte ich keinen Mutterschutz und habe die ganze Zeit durchgearbeitet. Sie [Anm.: die Hausangestellte] hat mir mit vielen Dingen geholfen. Hat sich um das Haus gekümmert und manchmal um mich.“ (Mutter, alleinerziehend, I13, Pos. 4)

Die Mutter gibt in ihrer Aussage Einblick in ihren Sorgealltag, den sie ohne Mutterschutz, allein mit einer Hausangestellten bewältigt. Aufgrund der großen beruflichen Anforderungen sowie des gesellschaftlichen Drucks ihrer Geschäftspartner*innen, ihre Tochter in eine Betreuung zu geben, ging sie nach sechs Monaten wieder arbeiten. Sie erzählt:

„Dann hat die Arbeit gerufen, weil theoretisch ist der Mutterschutz ungefähr vier Monate. Die Anforderungen auch wenn es keinen Mutterschutz gab, am Anfang hatten sie noch Mitleid mit mir. Aber dann, oh deine Tochter ist schon sechs Monate alt! Alle denken: Warum ist sie nicht im Kindergarten? Verstehst du, so ungefähr: Gib ab, arbeite, das ist die Formel. Es gibt keine Solidarität dafür. Deswegen habe ich nach sechs Monaten echt angefangen zu arbeiten und mehr Hilfe geholt, weil in der Arbeit mehr erwartet wurde.“ (I13, Pos. 11)

Deutlich wird in den Erfahrungsberichten, dass vor allem informelle und selbstständige Arbeitsarrangements den Druck auf die Eltern und als Konsequenz fehlender Väterkarenz insbesondere auf die Frauen erhöhen. Zudem spielen übersteigerte berufliche Leistungserwartungen an Eltern durch Arbeitgeber*innen und Geschäftspartner*innen eine fundamentale Rolle. Entsprechend berichten auch die interviewten Care-Arbeiterinnen von dem ihnen lediglich kürzer zugestandenen Mutterschutz von nur drei Monaten (I8, I10, I11). Die Folge davon ist, ihre eigenen Kinder von Großeltern und Schwiegereltern betreuen zu lassen oder zur Arbeit mitzunehmen:

„Mit meinem ersten bin ich zwei Monate zuhause geblieben, es gab schon diesen zwei bis drei monatigen Mutterschutz, zuhause zu bleiben und auf die Kinder aufzupassen. Dann bin ich mit drei Monaten gleich wieder zur Arbeit gegangen und habe die Kinder [Anm.: der Familie] auf eine Reise begleitet. Ich habe meinen Sohn mitgenommen.“ (Mutter, verheiratet, Kinderbetreuerin und Hausangestellte, I8, Pos. 28)

Der Mutterschutz, der an das Arbeitsverhältnis gekoppelt ist, ist Ausdruck staatlich selektiv zugestander und verteilter Sorgeleistungen, die an Erwerbstätigkeit gebunden sind. Das Gesetz „PEC das domesticas“ (2015), welches eine Festanstellung von Hausangestellten ermöglicht, sieht einen dreimonatigen Mutterschutz für Hausangestellte vor. Die ansteigende Informalität und der ansteigende Rückgriff auf informelle Dienste gefährden dennoch die Festanstellung von Care-Arbeiter*innen und damit auch den Mutterschutz für diese Berufsgruppe. Im Zuge familiarisierender Frauenpolitiken wurde 2022/2023 das Gesetz um den Mutterschutz für Angestellte ausgeweitet und Firmen können diesen auf weitere zwei Monate erweitern, sollte das Kind zu früh geboren werden. Dadurch sollen ein längeres Zusammenleben der Mutter mit dem Kind und eine längere Stillzeit ermöglicht werden, solange die Mutter nicht bereits vor der Geburt einen Teil des Mutterschutzes bereits in Anspruch genommen hat. Möglich ist allerdings die Aufteilung der 20-tägigen Erweiterungsfrist zwischen Ehemännern und Hausangestellten.

Der an heterosexuellen Paarbeziehungen orientierte Mutterschutz sowie die kurze Väterkarenz sind sowohl Ausdruck staatlicher Zuschreibung feminisierter als auch Folge rassistischer Care-Lösungen, die Frauen die Hauptrolle bei dem Aufziehen und der Versorgung der Kinder zuweisen. Der Mutterschutz ist besonders auf die Bedürfnisse Neugeborener sowie auf die kurze, für das Stillen zur Verfügung gestellte Mutterschutzzeit ausgerichtet. Strukturelle Diskriminierung und gesellschaftliche Repräsentationen über mütterliche Verantwortung bzw. die Übertragung der Verantwortung auf andere Frauen und Sorgearbeiter*innen, die ein idealisierendes Bild von Mutterschaft, in dem Mütter als natürliche Sorgerinnen konstruiert werden, tradieren, bedingen sich hier wechselseitig. In ihrem Zusammenspiel verstärken sie Ungleichheiten und den Einkommens-, Absicherungs-, Weiterbildungs- wie auch den Care-Gap zwischen Männern und Frauen. Ungedeckte Reproduktionskosten zwingen zudem nicht privilegierte Familien dazu, auf unbezahlte feminisierte Sorgearbeit in der Familie zurückzugreifen. Schließlich wird hier ein staatlich reproduziertes Abhängigkeitsverhältnis der Frauen von privatisierenden Care-Lösungen deutlich, dessen Beibehaltung dem kapitalistischen Staat zuspielt, indem soziale Reproduktion möglichst kostengünstig in Familien verrichtet wird. Patriarchale und

kapitalistische Kräfteverhältnisse in Staat und Gesellschaft bedingen sich hier gegenseitig.

In Familien, die in Armut leben, verstärkten zudem wohlfahrtsstaatliche Notpläne und Transferleistungen wie Bolsa Familia/Auxilio Brasil sowie die staatliche Ermöglichung der Verschuldung die Feminisierung von Sorgearbeit, während sie gleichzeitig den Familien ermöglichen, sich mit Lebensnotwendigkeiten wie Grundnahrungsmitteln versorgen zu können. Die Ursachen gesellschaftlicher Ungleichheiten werden dadurch nicht an ihren Wurzeln bekämpft, sondern möglicherweise langfristig weiter verstärkt. Hegemoniale Repräsentationen verstärken in diesem Kontext das Bild von Frauen als Protagonistinnen der Kindererziehung und Reproduktionsarbeit, sei es innerhalb zweigeschlechtlicher heteronormativer Familienkonstellationen oder als alleinerziehende Familienversorgerinnen. Auffällig ist die zurückhaltende Hinterfragung sowohl dieser Form unterdrückender patriarchaler Vorstellungen von Mutterschaft als auch ihrer kapitalistischen Aneignung für die Herstellung von Arbeitskräften, also die kostengünstige Verfügbarkeit von Care-Arbeiter*innen. Rechte Regierungsdiskurse der Bolsonaro-Regierung verstärkten die heteronormativen Vorstellungen von Mutterschaft, von starren Rollenzuschreibungen sowie von Zweigeschlechtlichkeit. Die Rhetorik der ehemaligen offen antifeministischen Frauenministerin Damares (Amtszeit 2019-2022) symbolisierte entsprechend die von ihr selbst beschriebene „neue Ära Brasiliens“ mit ihrer in den Medien verbreiteten Aussage „Mädchen tragen rosa, Jungs tragen blau“ („Menina veste rosa, menino veste azul“). Sie vermittelte damit die staatliche Neuausrichtung, in der eine gezielte Anti-Gender-Politik sowie die Institutionalisierung einer vermeintlichen natürlichen Geschlechterordnung konstitutiver Bestandteil waren.

5.1.5 Die Abwertung von Hausarbeit als naturalisierte Emotions- und Liebesarbeit

Die Abwertung von Reproduktionsarbeit im Kapitalismus konfrontiert Menschen, die Care-Arbeit im Haushalt leisten, mit der alltäglichen Wahrnehmung, dass ihre Arbeit nicht wertgeschätzt bzw. nicht als Arbeit anerkannt wird. Von dieser Erfahrung berichten sowohl bezahlte Haus- und Pflegearbeiterinnen als auch unbezahlte Care-Arbeiterinnen in brasilianischen Haushalten (I9, Pos. 21; I10, Pos. 19; I12, Pos. 10; I14, Pos. 17, I16,

Pos. 19). Doppelte und dreifache Schichten in Erwerbs- und unbezahlten Reproduktionsarbeiten zuhause sowie zusätzliche Fürsorge- und Pflegearbeiten im weiteren familiären und kommunalen Umfeld führen zu Überbelastung, *Burn-out* sowie weiteren psychischen und physischen Krankheiten (vgl. GD2): In einer Gruppendiskussion mit unbezahlten Hausarbeiterinnen (GD2) wird die körperliche sowie die (emotionale und affektive) Gefühlsbelastung als Folge ungleicher Arbeitsteilung im Haushalt benannt. Die Frauen, die innerhalb der Familie allein für Hausarbeiten verantwortlich sind, betonen, dass ihnen eine symbolische Anerkennung ihrer Sorgearbeiten durch die Familie wichtig sei (I14, Pos. 17; I16). Die fehlende gesellschaftliche Anerkennung von Care-Arbeit im Haushalt wird insbesondere in Aussagen deutlich wie: „Wenn du dich selbst nicht wertschätzt, wird dich niemand wertschätzen“ (I16, Pos. 22). In einer weiteren Aussage betont die Mutter und Hausfrau eine durchaus positive Anerkennung ihrer Care-Arbeit in ihrer eigenen Familie:

„In meiner Familie wissen alle, dass es viel Arbeit ist. Dass man viel mehr arbeitet und nicht bezahlt wird. Also gibt es eine ganz gute Anerkennung. Sie wissen, dass man viel mehr arbeitet. [...] aber normalerweise nicht, wer zuhause bleibt, arbeitet nicht.“ (Mutter, verheiratet, I16, Pos. 28)

Deutlich wird in den Aussagen der Frau die gesellschaftlich verbreitete Unsichtbarkeit von Haus- und Sorgearbeit, die so weit geht, dass sie schließlich gesellschaftlich gar nicht als Arbeit anerkannt wird. Die hierarchischen Geschlechterverhältnisse in der Arbeitsteilung sowie die damit verbundene Zuweisung der Sorgearbeit an sie als Ehefrau und Mutter werden in ihren Aussagen allerdings nicht hinterfragt, sondern eher als natürlicher Zustand beschrieben.

Auch in dem folgenden Erfahrungsbericht einer weiteren Mutter äußert diese den Anspruch auf eine familiäre Anerkennung ihrer Care-Arbeiten, indem sie sagt:

„Es gibt Dinge, mit denen es schwierig für mich ist, umzugehen. Es geht hier um die versteckte Anerkennung, weißt du? Eine Wertschätzung gegenüber dem, dass ich gerne Mutter bin, ich gerne eine Frau bin. Nach dem Motto, super, du hast dich darum für mich gekümmert, du hast das hier gekauft, gib mir eine Umarmung.“ (Mutter, verheiratet, I14, Pos. 17).

Die Erwartung an eine familiäre Anerkennung und Sichtbarkeit gegenüber der geleisteten Fürsorgearbeit ist in dem Zitat der Mutter stark mit konnotierter Weiblichkeit verbunden:

Sie fordert eine Wertschätzung dafür, gerne Mutter und Frau zu sein. Erwartet werden von ihr im Gegenzug rückwirkende Gefühle und Gesten der Dankbarkeit.

Feministische Ökonom*innen problematisierten in diesem Zusammenhang bereits die einseitig symbolische Anerkennung und die Vergütung von Care-Arbeit über Emotionen, wie Liebe (vgl. Bock/Duden „Arbeit aus Liebe“ 1977). Die Forderung nach „Lohn für Hausarbeit“ (Federici 1974) widerspricht bis heute dieser romantisierenden und über Emotionen und Liebe entlohnbaren Care-Arbeit und formuliert stattdessen eine politische und materielle Anerkennung von Sorge- und Hausarbeit als Lohnarbeit.

5.1.5.1 Ein kollektives Ventil

In einer Gruppendiskussion (GD2) mit Müttern und unbezahlten Hausarbeiterinnen werden die sehr alltäglichen Konflikte und symbolischen Kämpfe hinsichtlich der vergeschlechtlichten Verantwortungszuschreibung für Care-Arbeit im Haushalt sichtbar.

An dieser Stelle werde ich einen Auszug dieser Gruppendiskussion (GD2) wiedergeben, in der ein kollektiver Austausch zwischen den drei Müttern entsteht, den ich als „kollektives Ventil“ und als Beispiel feministischer Alltagspraxis bezeichnen möchte. Deutlich wird in der Gruppe, wie die naturalisierte und vergeschlechtlichte Arbeitsteilung durch kollektiv geteilte Erfahrungen und deren Benennung hinterfragt und damit teilweise aufgebrochen werden kann. Die Auswirkung Symbolischer Gewalt drückt sich in der Gruppendiskussion konkret in dem von den Teilnehmerinnen benannten Gefühl der physischen und emotionalen Überlastung aus. Das einseitige Anhäufen von multiplen Sorge- und Organisationsaufgaben sowie deren emotionale Komponente – nämlich das alleinige „Sich-Verantwortlich-Fühlen“ und „Denken, sich um alles kümmern zu müssen“ – wird von feministischer Seite und immer häufiger in Mainstream-Debatten unter dem Begriff *mental load* debattiert (vgl. Equal Care Day 2023). Das oft unbewusste und auch nach außen oft unsichtbare „an sich Heranziehen“ und Anstauen von Care-Arbeiten kann deswegen als ein Wirksamwerden Symbolischer Gewalt benannt und charakterisiert werden, weil das Geschlechterverhältnis als Strukturgeber für die ungleiche Zuteilung dieser Arbeiten oft nicht benannt und nicht unmittelbar hinterfragt wird. Die ungleiche Arbeitsteilung im Haushalt wird so verkannt und nach wie vor legitimiert. Folglich bleibt die

Hausarbeit eine oft geradezu eintrainierte, ungleich verteilte Routinearbeit, vor allem auf Kosten von Frauen.

Der folgende Austausch entsteht innerhalb einer Gruppe zwischen den drei Frauen, die allein für die Sorge- und Hausarbeit in ihren Familien zuständig sind oder sich dafür zuständig fühlen, diese Rolle aber selbst kritisch hinterfragen: Lu ist Lehrerin und allein-stehende Mutter einer studierenden Tochter. Cecilia ist zum Zeitpunkt der Diskussion eine arbeitslose Erzieherin, verheiratet und Mutter einer jugendlichen Tochter. Lillie ist Rentnerin, verheiratet und hat einen studierenden, erwachsenen, im Haushalt lebenden Sohn.

Lu beginnt in der Diskussion offen über die Mehrfachbelastung zu sprechen, die sich aufgrund der alleinigen Verantwortung für Sorge- und Hausarbeiten, ihrer gleichzeitigen Erwerbsarbeit sowie ihres Masterstudiums ergibt:

„Ich fühle mich sehr überlastet. Als Mutter, ich habe keinen Ehemann, aber ich hatte schon Freunde und so, aber professionell sein, auf das Haus aufpassen, das Essen machen, studieren, professionell sich weiterentwickeln, das ist sehr komplex“. (GD2, Pos. 25)

Daraufhin stimmt Cecilia, die zuerst eher zurückhaltend reagiert, zu: Auch sie fühle sich sehr überlastet. Sie sei verheiratet, habe eine Tochter und mache „mehr als alle anderen in der Familie“ (Pos. 26). Ihr zufolge machen alle, was (und wann) sie wollen, aber sie müsse dann am Ende alles allein machen. Lillie stimmt den Aussagen der zwei anderen Frauen zunächst nur nickend zu. Cecilia hingegen bestärkt noch einmal ihren *mental load*: „Und auch die Ärzte und so, mache alles ich!“ (Pos. 26).

Lu beginnt, die anderen dazu zu ermutigen, „nein“ zu sagen:

„Wir brauchen mehr Courage! Ich muss nicht mit einem Ehemann leben, aber ich möchte das besser machen, zurückweisen! Und es eben nicht mehr machen. Ich sage zu meiner jugendlichen Tochter: Wenn du mir nicht hilfst, musst du Brot mit Butter essen, ich habe keine Zeit mehr zum Kochen. Mach es selbst! Ich möchte nicht krank werden!“ (GD2, Pos. 27)

Lu wehrt sich in ihrem Alltag entschieden – wie sie betont – gegen die Zuschreibung der Verantwortung für die alltäglichen Sorgearbeiten. Daraufhin sagt Lillie, die nachdenklich geworden ist: „Das ist richtig, wir müssen uns auch lieben und auf uns aufpassen, unser Selbstwertgefühl, sonst bricht das Haus zusammen“ (Pos. 28). Lu ist einverstanden und

bekräftigt noch einmal: „Du hast alles gesagt! Selbstwert! Die eigenen Interessen verteidigen!“ (Pos. 29) Daraufhin beginnt Cecilia zu zweifeln: „Du hast schon Recht, aber manchmal fühle ich mich überlastet, weil ich nicht warten will. Keiner macht es, ich mache es. Hier zuhause koche ich jeden Tag, wasche für alle. Die anderen helfen nur, wann sie wollen.“ (Pos. 30) Lu widerspricht: „Ich finde das ganz falsch. Ich sage zu meiner Tochter: Das bringt nichts, wenn du Feministin auf der Straße bist, du musst mit mir Aufgaben teilen, ich bin allein, deine Mutter! Warum muss ich alles machen?“ (Pos. 35)

Für Cecilia ist dies vermutlich nicht so einfach in einer zweigeschlechtlichen Paarfamilie umsetzbar, wie möglicherweise für Lu, die allein lebt. Sie gibt einen näheren Einblick in eine sexistisch geprägte Gesellschaft, indem sie sagt: „Ich stimme dir zu, aber um Stress zu vermeiden, machen wir es dann. Damit wir nicht die Ätzenden sind“ (Pos. 36). Die Situation, „die Ätzende“ zu sein – oder mit anderen Worten, im allbekannten konstruierten weiblichen Stereotyp ausgedrückt, die Hysterische zu sein –, kennt Lu nur zu gut, wehrt sich aber entschieden gegen diese gesellschaftliche Zuschreibung gegenüber Frauen:

„Nachdem wir tausend Sachen akkumulieren, explodieren wir, das ist doch normal und dann sagen sie uns, die Frauen seien hysterisch. Das wir unsere Tage haben! Sie sehen das nicht, wir sehen uns nicht! Ich bin auch eine Tochter bei meinen Eltern. Ich renne den ganzen Tag, wenn ich hier bin, ich Sorge mich um meine Familie, denke nicht an mich in diesem Moment.“ (Pos. 37)

Cecilia öffnet sich daraufhin zunehmend:

„Vor lauter ‚Wonder women‘ sein müssen, hatte ich auch schon emotionale Probleme. Meine Neurologin hat gesagt: Du musst lernen, nein zu sagen! Du musst an dich denken, für dich sorgen, an deine emotionale Gesundheit denken. Wir sind überlastet und das greift unsere Gesundheit an. Das verstehen Männer und Kinder oft nicht. Ich möchte immer der ganzen Familie helfen. Jetzt versuche ich das zu verändern.“ (Pos. 38)

Lu bestärkt sie dabei: „Ich gratuliere! Das gefällt mir!“ (Pos. 39). Auch Lillie übernimmt für sich: „Lernen nein zu sagen! Mach das, mach jenes! Wir sagen immer ja. Aber wir können das nicht alles übernehmen“ (Pos. 40).

Lu bekräftigt: „Ich schaffe das nicht mehr mit dem Kochen. Töpfe! Den ganzen Tag arbeiten, Töpfe, kochen, Essen organisieren. Ich schaffe das nicht mehr! Wir machen kei-

nen Salat in einer Minute! Und diese ganzen Tipps: friere Essen ein ... das langweilt mich!“ (Pos. 42)

In der Gruppendiskussion der unbezahlten Care-Arbeiterinnen werden vor allem die grundversorgenden Arbeiten im Haushalt betont: Essen und Termine organisieren, kochen, waschen, putzen – Hausarbeit. Aufgrund einer tradierten und institutionalisierten patriarchalen sowie bürgerlichen Idealvorstellung im Kapitalismus wird die gesellschaftlich abgewertete Haus- und Sorgearbeit heute insbesondere in brasilianischen Familien mit niedrigerem Einkommen unbezahlt vor allem durch Frauen ausgeübt. Das spiegelt sich auch in der niedrigen Entlohnung der Hausangestellten wider. Die subjektiven Erfahrungen, „sich nicht wertgeschätzt zu fühlen“, ähneln einander dabei in den Berichten der unbezahlten sowie der unterbezahlten Care-Arbeiter*innen.

Die feministische Kritik der sich fortsetzenden Debatte rund um „Lohn für Hausarbeit“ (vgl. Federici 1974) richtet sich vor allem gegen die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung sowie deren Naturalisierung im Kapitalismus. Feminist*innen sehen dabei gerade in der fehlenden Entlohnung von Hausarbeit die Bedingung für deren gesellschaftliche Abwertung und Klassifizierung als Nichtarbeit. Die Akzeptanz der freiwilligen Übernahme von unbezahlter Hausarbeit ist dabei die Folge eines kontinuierlichen Sozialisierungsprozesses sowie einer staatlich geförderten Zementierung von Geschlechterhierarchien im familiarisierenden und zweigeschlechtlich gedachten Haushalt: So wird die hierarchische und vergeschlechtlichte Arbeitsteilung durch sozialstaatliche Regulierung gefördert, indem sie Männer ökonomisch privilegiert und Frauen benachteiligt (vgl. Sauer 2018: 129). Demzufolge beinhaltet die Zuweisung von Care-Arbeiten an Frauen im Haushalt eine strukturelle sowie Symbolische Gewaltförmigkeit. Folglich transformiert die kapitalistische Verweigerung eines Lohns für Hausarbeit die versteckte Arbeit in einen Liebesakt (Federici 1974: 78) – dementsprechend die feministische Kritik: „Sie nennen es Liebe, wir nennen es Hausarbeit“ –, die sich innerhalb der heteronormativen Kernfamilie in physischen, emotionalen und sexuell unbezahlten und versteckten Dienstleistungen niederschlägt.

5.1.5.2 Ausblick: „Bolsa Familia“ – Lohn für Hausarbeit?

Brasilianische Frauen- und Mütterkollektive sowie jüngere aktivistische feministische Stimmen in Brasilien greifen nach den erlebten Pandemieerfahrungen und den damit zu Tage getretenen und sich zugespitzten Sorgelücken die Debatte um die Entlohnung von Hausarbeit im brasilianischen Kontext wieder auf: Sie fordern eine sozialpolitische universelle Grundentlohnung für Personen, die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit leisten, sowie für die unterbezahlten Hausarbeiter*innen, um diese für ihre doppelten und dreifachen Schichten zu entlohnen und damit Hausarbeit als entlohnte Arbeit anzuerkennen (vgl. Fernanda 2023). Außerdem fordern sie die Gründung einer Gewerkschaft für Mütter und Hausarbeiter*innen (vgl. Politicacamae 2021).

Vor diesem Hintergrund begünstigt das staatliche Einkommenstransferprogramm „Bolsa Familia (Auxilio Brasil)“ Familien mit Kindern, die in Situationen der Armut leben – das heißt Haushalte mit weniger als einem brasilianischen Mindesteinkommen von umgerechnet etwa 240 Euro. Während der Regierung von Bolsonaro betrug die „Bolsa Familia“ unabhängig der Familiengröße 400 Reais (etwa 40 Euro). Der Betrag wurde dann als Folge des nicht mehr ignorierbaren Hungerausbruchs während der Pandemie, der insbesondere die Einfrauenhaushalte mit Kindern betraf, kurzfristig für vier Monate auf 600 Reais (etwa 120 Euro) erhöht. Die späte Erhöhung des „Auxilio Brasil“ unmittelbar vor der Präsidentschaftswahl 2022 wurde später von Oppositionsparteien beim Obersten Wahlgericht (Tribunal Superior Eleitoral) als eine Form der Wähler*innenbestechung durch die Regierungspartei angezeigt.

Für diese Familien, die oftmals aus nur einem weiblichen Familienoberhaupt bestehen, sieht die aktuelle Regelung der PT-Regierung eine zusätzliche sozialstaatliche Zuwendung von 1200 Reais (etwa 240 Euro) in der Höhe eines Mindesteinkommens vor. Ein zusätzlicher Betrag ist seit 2023 auch an die Anzahl der zu versorgenden Kinder gekoppelt. Die neue „Bolsa Familia“ gleicht daher in ihrer Neuregelung seit 2023 einer Kindergrundsicherung, gebunden an sozial vulnerable Reproduktionsleistende. Die sozialen Nothilfepakete, die auch als Hungerbekämpfungsprogramme bezeichnet werden, sind die Folge kapitalistischer (Re-)Produktionsweisen, jahrzehntelanger nicht gedeckter Reproduktionskosten sowie der daraus resultierenden strukturellen feminisierten und rassifi-

zierten Armut. In diesem Sinne entstehen die politischen Forderungen aus der sozialen und materiellen Notwendigkeit heraus, insbesondere die ausgebeuteten rassifizierten Frauen, die bezahlte sowie unbezahlte Care-Arbeit leisten und gleichzeitig ihre eigene Versorgung nicht mehr gewährleisten können, auch für die Reproduktionsarbeit zu bezahlen. Trotzdem müssen die Transferleistungen aus einer Geschlechterperspektive kritisch betrachtet werden, da sie die Zuschreibung von Haus- und Sorgearbeit an Frauen – besonders in ihrer Rolle als Mütter samt der dahinterstehenden Geschlechter- und Rassifizierungsverhältnisse – nicht direkt angehen, diese eventuell langfristig sogar zementieren können. Die neue Bolsa Familia kann in diesem Sinne als ein erster und notwendiger Schritt in Richtung eines produktiven, reproduktiven und reparativen politischen Zugangs gewertet werden, der vor allem die unbezahlte Reproduktionsarbeit als ersten Faktor im Kontext von Ungleichheiten und feminisierter Armut wahrnimmt.

5.1.6. Schlussfolgerungen

In diesem Kapitel werden staatlich verdichtete intersektionelle Herrschaftsverhältnisse in den Arbeitsverhältnissen der Care-Arbeit sichtbar: Zum einen ist ein maskulinistisches Herrschaftsverhältnis sowie Zweigeschlechtlichkeit über die Gesetzgebung in den einseitigen Mütterkarenzen eingeschrieben. Die gesellschaftliche Zuweisung der Care-Arbeit an Frauen wird zum anderen über den gesellschaftlich verbreiteten Sexismus und die damit verbundenen, von Sorgenden selbst oftmals verinnerlichten vergeschlechtlichten Rollenbilder symbolisch fortgeschrieben. Die Gesetzgebung ist somit ein Abbild maskulinistischer Staatlichkeit und einer ungerechten zweigeschlechtlichen Arbeitsaufteilung sowie des Sexismus in Staat und Gesellschaft.

Eine gesellschaftliche Normalisierung und Legitimierung der vergeschlechtlichten und rassifizierten Organisation von Care-Arbeit zeigt sich besonders in dem Wirksamwerden Symbolischer Gewalt in den Erfahrungsberichten mittelständischer Personen, die sich die Sorge-Arbeit mit bezahlten Care-Arbeiter*innen aufteilen: Diese verschieben die gesellschaftlich abgewerteten Sorge- und Reproduktionsarbeiten wie Reinigungsarbeiten traditionsgemäß und mit dem Gefühl der Alternativlosigkeit an feminisierte und rassifizierte Care-Arbeiter*innen. Die verbreitete Benennung der „Brasilianischen Care-Kultur“ gibt

weiter Auskunft über das Wirken sinnstiftender symbolischer Gewalt in der Gesellschaft, was die ungerechte Care-Arbeitsaufteilung legitimiert.

5.2 Intersektionalität und Care-Arbeit: Schnittstellen von Ungleichheiten

Patriarchale und kapitalistische Machtstrukturen, struktureller Rassismus und rassistische Ausschlüsse sind historisch in die Care-Arbeit eingeschrieben. Der Vorschlag dieses Kapitels ist es, die Schnittstellen institutionalisierter und systemischer Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse zu untersuchen, die Menschen in Brasilien/São Paulo sowohl in ihrer Ausübung von Sorgearbeit als auch in ihren Möglichkeiten, selbst versorgt zu werden, diskriminieren. Ziel des Kapitels ist es erstens strukturelle und symbolische Diskriminierungen in der Care-Arbeit in den subjektiven Erfahrungen der Care-Arbeiter*innen zu analysieren. Zweitens soll die gesellschaftliche Legitimierung der ungleichen gesellschaftlichen Arbeitssteilung untersucht werden.

Der erste Abschnitt (5.2.1) hinterfragt zunächst die Naturalisierung und Legitimierung der systematischen Externalisierung von Care-Arbeit in brasilianischen Mittelklassehaushalten als Erbe eines patriarchalen und kolonial und rassistisch geprägten Arbeitsverhältnisses. Der zweite Abschnitt (5.2.2) untersucht anhand der Erfahrungsberichte von Care-Leistenden die Sorgelücken, die im Kontext des strukturellen Rassismus und der Deklassierung in peripheren Räumen in São Paulo entstehen und folglich Ungleichheiten (re-)produzieren und verstärken.

Die darauffolgenden Abschnitte thematisieren die Wechselwirkung struktureller und symbolischer Diskriminierungen anhand subjektiver Erfahrungen mit Sorgearbeit (5.2.3). Sorgelücken werden hier als Ausdruck und Folge von Systemgewalt und systematischer Marginalisierung sichtbar. In den folgenden Abschnitten wird deutlich, wie Rassismus sowie normative Zweigeschlechtlichkeit Sorgealltage prägen (5.2.4). Sorgeerzählungen gleichgeschlechtlicher Paare konfrontieren gesellschaftliche Vorstellungen über normative Zweigeschlechtlichkeit und stellen die Heteronormativität der Gesellschaft in Frage (5.2.5). In diesem Zusammenhang wird Sorgearbeit im Sinne kollektiver Fürsorge von Sorgeerfahrungen von Menschen, die sich für ihre schlecht Community einsetzen, vorgelebt und herausgefordert (5.2.6). Dadurch soll der Privathaushalt auch erweitert auf die

Straße gedacht und als eine andere Form des „Haushaltes“ analysiert werden. In diesem Kontext wird der Ausschluss von Armen und Obdachlosen von Sorgezuwendungen untersucht und kritisiert.

5.2.1 Naturalisierung und Legitimierung feminisierter, rassifizierter und klassisierter Externalisierung von Care-Arbeit

„Der Beweis dafür, dass die obere Mittelklasse ihre Kinder nicht mag, ist, dass sie die Erziehung ihrer Kinder den Hausangestellten übergeben.“
(Maria Carolina de Jesús)

Die historische Externalisierung von Care-Arbeit an Hausangestellte in Brasilien ist charakterisiert durch ihre rassifizierte, feminisierte und klassisierte Zuweisung von Sorge- und Hausarbeit der brasilianischen Mittelklasse an andere, in der Regel unterbezahlte Frauen. Care-Arbeitsverhältnisse im Haushalt weisen noch Spuren der Kolonialzeit auf; diese Spuren sind bis heute in die kommodifizierten Formen der Care-Arbeit eingeschrieben. Ein fester Bestandteil brasilianischer (Sorge-)Geschichte ist nämlich die Rolle afrobrasilianischer Frauen, die historisch als Milch- und Leihmütter sowie als Hausarbeiter*innen in den brasilianischen Mittelklassehaushalten arbeiteten und lebten (vgl. hierzu auch Lins 2010). Die Subjektivierung der Mittelklasse im Zuge der historischen Externalisierung von Care-Arbeit und der darin eingeschriebenen und sich überschneidenden Formen von Sexismus, Rassismus und Klassismus steht im Fokus dieses Unterkapitels. Analysiert werden anhand der Interviews die Legitimierung und Naturalisierung patriarchaler, kapitalistischer und rassistisch-klassistisch geprägter Arbeits- und Lebensverhältnisse, die sich im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Feminisierung von Care-Arbeit überschneiden.

Unter Subjektivierung der Mittelklasse verstehe ich die traditionelle brasilianische Kernfamilie eingeschriebene und gelebte Normen und Deutungsmuster, vermittelt durch staatliche Institutionen, Normen und Diskurse, die Familienformen normieren. Diese sind zum einen geprägt durch die Zuschreibung der Verantwortung für Sorge- und Reproduktionsarbeit innerhalb einer naturalisierten heteronormativen Kernfamilie. Außerdem konkretisieren sie sich in einer eurozentrisch-patriarchalen Werteprägung, die Verantwortung für Sorge an Frauen in einem familiarisierten und von der Lohnarbeit gänzlich getrennten

und privatisierenden Sorgesystem verschiebt. Die „Freigabe“ der Sorgeverantwortung der (weißen) Mittelklassefrauen für die Erwerbsarbeit ist demnach nur möglich durch die Abgabe der Sorgearbeit an andere, hierarchisch als gesellschaftlich untergeordnete Frauen im Zuge eines Rassifizierungsprozesses im Kontext moderner-kolonialer Herrschaft.

In den Erzählungen aus Mittelklassehaushalten wird die Tradition einer intensiven Externalisierung von Sorge- und Hausarbeiten oftmals über Generationen hinweg offensichtlich. Selbst Frauen und Männer, die angeben, selbst Care-Arbeiten zu leisten, zählen auf eine umfassende professionelle Unterstützung im Haushalt, wie das folgende Narrativ zeigt: „Wir hatten immer eine Putzhilfe, ein- oder zweimal die Woche, und an den restlichen Tagen übernehmen wir dann die Verantwortung für das Haus“ (Vater, verheiratet, I5, Pos. 3).

In dem Erfahrungsbericht macht der Vater, der sich als sorgender Vater beschreibt, deutlich, dass sich die Sorgearbeit in seinem Fall hauptsächlich auf die Betreuung der Kinder reduziert. Die Hausarbeit wird nämlich ein- oder zweimal in der Woche von einer Putzhilfe übernommen. Er betont dabei, dass die Familie die Arbeit durchaus an den restlichen Tagen übernimmt. Auch die folgend zitierte Anwältin und Mutter betont im Interview, dass sie immer auf die Hilfe einer Hausangestellten zählen kann. Sie sagt:

„Ich arbeite, ich hatte immer Hilfe bei mir zu Hause, ich hatte immer eine Hausangestellte, die geputzt hat, die kocht, bis heute habe ich eine. Die kocht, Wäsche wäscht, bügelt. Und sie unterstützt mich eigentlich immer.“ (Mutter, verheiratet, I21, Pos. 3)

In dem obigen Bericht betont die Anwältin, dass sie „arbeite“, während die Hausangestellte, die praktisch für alle Hausarbeiten verantwortlich ist, sie „unterstütze“. Sie gibt damit Einblick in ihre eigene Auffassung von Hausarbeit als eine abgewertete Arbeit und reproduziert so die gesellschaftliche Abwertung von Reproduktionsarbeit gegenüber der Erwerbsarbeit, die sie selbst als Rückhalts- bzw. Unterstützungsarbeit wahrnimmt.

Auch die Mutter und Psychologin im nächsten Erfahrungsbericht betont, dass sie arbeite und deswegen derzeit viermal die Woche eine Person angestellt habe, die sie bei der Betreuung von Kindern und der Hausarbeit unterstützt:

„Ich hatte bis vor vier Monaten eine Hilfe, bis meine Tochter geboren wurde. Ich hatte eine Hausangestellte, die mir geholfen hat, die Vorratskammer und die Küche zu organisieren. Und manchmal hat sie mir mit meiner zehnjährigen Tochter geholfen. Weil ich ar-

beite. Wenn ich nicht mit der Älteren rausgehen konnte oder sie nicht in der Schule war, hat mir diese Person [Anm.: die Hausangestellte] geholfen. Sie kam jeden Tag. Heute habe ich viermal die Woche eine Person. Und ich habe eine Person, die mir mit den Kindern hilft, nicht nur spezifisch mit den Kindern, sie hilft mir mit den Kindern und dem Haus. Aber ihr Vertrag ist der einer ‚Babá‘ [Anm.: einer Nanny].“ (Mutter, verheiratet, I14, Pos. 5)

In dem folgenden Erfahrungsbericht erzählt ein Vater davon, früher täglich den Dienst einer Hausangestellten in Anspruch genommen zu haben. Er verweist dabei auf seine „brasilianische“ Sozialisation, die für ihn darin bestehe, für alles Hilfe zu benötigen. Er sagt:

„Es ist wegen meiner sehr brasilianischen Kultur, du brauchst für alles Hilfe, ich habe das so eine Zeit weitergelebt. Also hatte ich jeden Tag eine Hausangestellte zuhause. Ein superkleines Apartment, aber es gab eine Hausangestellte“. (Vater, geschieden, I3, Pos. 3)

Diese Erzählungen beschreiben anschaulich einen normalisierten Umgang mit Sorge- und Hausarbeit, in dem diese an andere Frauen weitergegeben wird. Deren meist ganztägige Arbeit wird weiterhin von den erwerbstätigen Frauen und Männern als Hilfe bzw. Unterstützung wahrgenommen, während sie selbst – und das betonen sie und setzen sich dabei von den Hausarbeiter*innen ab – arbeiten. Offensichtlich werden in den Narrativen die fließenden Übergänge zwischen Kinderbetreuung und anderen Hausarbeiten sowie die unregelmäßige Definition des Arbeitsfeldes – und damit auch der Arbeitsrechte. Das wird zum Beispiel deutlich in der Aussage: „(S)ie hilft mir mit den Kindern und dem Haus. Aber ihr Vertrag ist der einer ‚Babá‘ [einer Nanny] (I14, Pos. 5). Zudem bringen die Erzählungen einen exzessiven Gebrauch der bezahlten Haushaltskraft zu Tage, in einer wöchentlichen Präsenz und bei einfachen alltäglichen Tätigkeiten, etwa dabei, „die Vorratskammer und die Küche [zu] organisieren“ (I14, Pos. 5). So wird selbst bei eher engem Wohnraum der Status, „jeden Tag eine Hausangestellte zuhause zu haben“ (I3, Pos. 3), aufrechterhalten.

Dementsprechend zeigen Frauen und Männer der oberen Mittelklasse, bei denen Hausangestellte arbeiten, auch ein ausgeprägtes Bewusstsein darüber, dass sie eine privilegierte Klassenposition haben. Gleichzeitig setzen sie sich bewusst von der sozialen Klasse der Hausarbeiter*innen ab. Mitunter werden in den Narrativen soziale Hierarchisierungen und die soziale Segregation der brasilianischen Gesellschaft in der Subjekti-

vierung der Interviewten deutlich. So grenzt sich Julia, Anwältin und Mutter von zwei Kindern, bewusst von den Lebensrealitäten anderer „Klassen“ ab, indem sie sagt: „Ich spreche spezifisch von meiner Generation und auch von meiner sozialen Klasse. Weil die anderen sozialen Niveaus funktionieren vielleicht anders“ (I21, Pos. 7). Weiter macht Julia die unterschiedlichen Formen der Aufteilung von Sorgearbeit entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten fest. Sie positioniert sich dabei selbst in der gesellschaftlichen Mitte zwischen einer „unteren Klasse“ und einer Klasse mit noch „höheren sozialen Bedingungen“. Sie sagt:

„Wenn wir aus einer unteren Klasse wären, würde ich sagen, ich weiß nicht, ob es gut ist, so zu sprechen, aber das soziale Niveau hinsichtlich der Finanzstärke, die finanzielle Situation. Familien mit weniger finanziellen Möglichkeiten haben zum Beispiel nicht die Möglichkeit, eine Hausangestellte einzustellen. Also ist die Dynamik im Haus gezwungenermaßen eine andere. Wenn du eine Person mit einfacheren Lebensbedingungen bist, die an einem anderen Ort wohnt, ich denke hier gerade ... genauso wenn du eine Person mit viel höheren sozialen Bedingungen bist. Ich kenne Menschen aus allen sozialen Schichten, würde ich sagen. Alle Schichten. Und die Menschen, die wirklich viel Geld haben, die stellen viele Hausangestellte ein.“ (Mutter, verheiratet, I21, Pos. 9)

Auch Maya, eine verheiratete Mutter von zwei Kindern ebenfalls mit einem sozialen oberen Mittelklassenstatus, gibt Einsicht in das Externalisierungsverhalten ihrer Klasse:

„Alle sind gleich. Der gleiche Patron wie ich, die gleiche soziale Klasse, alle leben die gleiche Realität wie ich. Die Personen haben eine Zeit lang eine ‚Babá‘, dann zählen sie auf die Betreuung durch die Schule, einige Freundinnen haben angefangen, weniger zu arbeiten. Andere sehen ihre Kinder den ganzen Tag lang nicht.“ (Mutter, verheiratet, I20, Pos. 28)

Wie Julia vergleicht auch Maya ihre eigene feminisierte Care-Situation mit den finanziellen Möglichkeiten ihrer Klasse:

„[I]ch kann mich nicht beschweren, ich habe finanzielle Möglichkeiten, ich habe Hilfe, von meiner Mutter, von meinen Angestellten, ich habe nichts, worüber ich mich beschweren kann.“ (I20, Pos. 26)

Die umfangreiche Externalisierung von Care-Arbeit als Ausdruck eines Klassenstatus bzw. als ein Habitus des (oberen) Mittelstandes betonen ebenfalls Menschen mit kritischen Einstellungen, die die extreme Auslagerung von Sorge- und Hausarbeit nicht nur als Klassen-, sondern auch explizit als ein rassistisches Mittelstandverhalten benennen. In diesem Sinne kritisiert ein Vater von zwei Kindern die vollständige Befreiung von Sorge-

und Hausarbeit, mitunter die Zuweisung von einfachsten „Handlangerdiensten“, als eine rassistisch-klassistische Gewohnheit seiner eigenen (oberen Mittelstands-)Klasse:

„Nicht mal in den Vereinigten Staaten, da ist es selten, dass du ein ganzes Jahr lang ein Mädchen rufst, um Babysitterin zu sein. Oder wenn du rausgehst, jemanden hast, der den Kinderwagen für dich schiebt. Hier ist es die normalste Sache der Welt, dass du Shoppen bist und die Madame trägt die Handtasche, und hinter ihr ist eine Babá, normalerweise Schwarz, die den Kinderwagen für sie schiebt. In weiß gekleidet, schiebt sie den Kinderwagen für sie. Beim Einkaufen. Bei Reisen. Du siehst das im Flugzeug, die Babá kommt mit, kommt mit ins Hotel, bleibt in einem abgetrennten Zimmer, isst an einem getrennten Tisch im Restaurant mit den Kindern.“ (Vater, geschieden, I3, Pos. 5)

Neben dem hier beschriebenen Mittelstandverhalten wird in dieser Erzählung auch die gesamtgesellschaftliche wirtschaftliche Prekarisierung Brasiliens sowie die generelle billige Arbeitskraft als Erklärung und Rechtfertigung für die intensive Auslagerung von geringfügigen Arbeiten herangezogen. Dies zeigt das folgende Zitat:

„Hier in Brasilien musst du die ökonomischen Klassen teilen. Die Mittelklasse, obere Mittelklasse, haben einen Habitus der Mittelklasse, sogar die Mittelklasse nach oben, da hast du einen Habitus, den es in europäischen Gesellschaften nur bei den sehr reichen Personen gibt. Wir sind daran gewöhnt, Dienstleister*innen zu haben, weil die Arbeitskraft so billig ist. Sogar an der Tankstelle oder im Aufzug, da sitzt ein Mann, der deinen Knopf drückt, und es gibt auch viele Hausangestellte. Wenn die Hausangestellte einen Sohn hat, hat sie eine Babá, die auf ihr Kind aufpasst, dort bei ihr zuhause in der Peripherie. Weil es so billig ist. Die Arbeitskraft ist sehr billig, die Wirtschaft ist am Boden, also nehmen die Menschen alle Arbeiten. Also gibt es Angestellte für alles“. (Vater, geschieden, I3, Pos. 5)

Augenscheinlich ist in dieser Erzählung der wiederholte Vergleich zu westlichen Gesellschaften, konkret den USA und Europa. So wird in der Erzählung weiter ausgeführt, wie der Habitus der brasilianischen Mittelklasse im Zuge der brasilianischen Migration im Ausland weitergelebt und institutionalisiert wird:

„Ein Freund von mir aus Portugal hat mir die brasilianische Migration in Lissabon beschrieben. Dort gibt es Apartments mit Dienstmädchenzimmern, etwas, was es dort vorher nie gab. Aber das gefällt ihr, dieser ‚Möchtegernmittelklasse‘, die braucht das, sie ist es gewohnt, eine Hausangestellte zu haben, die bei ihr im Haus schläft, um sie den ganzen Tag lang zu bedienen.“ (I3, Pos. 5)

In diesem Narrativ wird vor allem das Statussymbol, „eine Hausangestellte haben zu müssen“, hervorgehoben, womit das protzige oder dekadente Verhalten der oberen Mittelklasse kritisiert wird.

Sehen wir im Vergleich dazu in anderen Erzählungen weitere Begründungen für die Externalisierung von Care-Arbeit, wird aber auch deutlich, dass eine breite, nicht so privilegierte Mittelschicht Pflege und Sorge nicht nur aus Luxus, sondern aus schlichter Alternativlosigkeit hinzukaufen. Gesellschaftlich breit akzeptiert, wird diese als eine normalisierte Dienstleistung anerkannt, um Sorgelücken individuell zu schließen. Ähnlich beschreibt ein anderer Vater die tradierte Externalisierung von Sorge in der Mittelklasse in seinen Kindheitserfahrungen als eine normalisierte Dienstleistung und betont dabei das koloniale Erbe und den Rassismus, welche dieser innewohnen:

„Es war normal in den 80er- und 90er-Jahren, dass eine Hausangestellte im Haus wohnte, und ich sage immer, dass es ein Ergebnis der Sklavenhaltergesellschaft ist. Senzala¹². Sogar die Appartements mit 77 qm, kleine Appartements nicht reicher Familien, haben ein Zimmer für die Hausangestellte. Das ist ein Zeichen dafür, dass alle Familien der Mittelklasse eine Hausangestellte hatten. Es ist kein Luxus. Es gehörte zur Grundausstattung der brasilianischen Familie eine Hausangestellte zu haben, um im Haushalt zu dienen. Und um die Sorge um die Kinder zu ermöglichen.“ (Vater, verheiratet, I1, Pos. 20).

Das beschriebene Erfordernis, eine Hausangestellte haben zu müssen, um die Sorge für das Haus und die Kinder überhaupt zu ermöglichen, ist neben dem Ausdruck eines Mittelklassestatus auch die Folge der ungebrochenen staatlichen Förderung von privatisierenden und familiarisierenden Sorge- und Pflegelösungen. Koloniales Erbe und kapitalistische Sorglosigkeit treffen sich an dieser Schnittstelle. Demgegenüber stehen politische Forderungen (vor allem nicht privilegierter Menschen) nach mehr staatlicher Verantwortung, etwa durch den Ausbau öffentlicher Betreuungseinrichtungen und Investitionen sowie Verbesserungen im öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystem.

In weiteren Erzählungen wird ein weiteres, zunehmend professionalisiertes Bild der Care-Arbeiter*in als Dienstleister*in sichtbar. So können zum Beispiel berufstätige Eltern von Kindern mit speziellen Bedürfnissen (vgl. I2, I6) oder berufstätige Alleinerziehende (vgl. GD2, T1; I13) ihren Alltag ohne Hausangestellte kaum bewältigen. Sie schätzen dabei die professionelle Unterstützung von Care-Arbeiter*innen mit angemessener Bezahlung und abgesicherten Arbeitsverträgen. Es wird ebenfalls deutlich, dass sich Care-Beziehungen insgesamt zunehmend verändern und professionalisieren (vgl. Kap.

¹² „Senzala“ ist die portugiesische Bezeichnung für die Unterbringung von Sklav*innen in einem Herrenhaus.

5.3). Außerdem wird ein zunehmendes Bedürfnis unter Eltern in Mittelklassehaushalten, die Kinder selbst zu versorgen und zu erziehen, sichtbar.

Dennoch ist die Externalisierung von Care-Arbeit ein unveränderter Ausdruck eines historisch eingeschriebenen Mittelklassestatus, der an eine feminisierte und rassifizierte Zuordnung von als gesellschaftlich untergeordnet betrachteten Arbeiten gewohnt ist und dieses bisher noch ungebrochene hierarchische Verhältnis mit aufrechterhält. Die Externalisierung als privatisierende Lösung ist weiters fest im neoliberalen Staat institutionalisiert und kommt kapitalistischen Interessen entgegen, weil sie dem Staat und Unternehmen Kosten spart sowie (geringfügige und prekäre) Arbeitsplätze schafft. Diese vor allem informellen Arbeitsplätze werden dann aufgrund des historischen und strukturellen Rassismus und Sexismus und entsprechender Ausschlussmechanismen vor allem von Schwarzen Frauen und *women of color* mit niedrigem Bildungsniveau besetzt. Dabei ist das kollektive Gefühl der Alternativlosigkeit gegenüber anderen Möglichkeiten, zum Beispiel öffentlichen Sorge- und Pflegemodellen, ebenfalls ein Zeichen von Symbolischer Gewalt, die sich über die subjektiven Naturalisierungen der privatisierten Care-Arbeit ausdrückt. Symbolische Gewalt zeigt sich an dieser Stelle als ein scheinbar natürlicher, zeitloser, universeller, unveränderter Zustand, der gesamtgesellschaftlich nicht mehr in Frage gestellt wird.

In den Narrativen situieren Care-Leistende wiederholt Brasilien in einem globalen Kontext, indem sie das Land vor allem über die wirtschaftliche sowie die soziale Prekariisierung definieren. So werden in den Erzählungen das Gefühl und der Verweis auf die gesamtgesellschaftliche Prekarisierung Brasiliens in den wiederholten internationalen Vergleichen mit Ländern wie den USA, Europa (I3, Pos. 5) oder generell ausgedrückt mit „Ländern aus der ersten Welt“ sichtbar (I8, Pos. 64).

Meiner Interpretation nach ist es wichtig, das hier beschriebene hierarchisierende Klaskendenken mit dem gesamtgesellschaftlichen Gefühl der Prekarisierung Brasiliens als Land des Globalen Südens zusammenzudenken. Ich lese es auch als Ausdruck eines kollektiven „Sich-Prekarisiert-Fühlens“, das Rechtfertigungen einer Armutsspirale nach unten hervorbringt. Die im brasilianischen Staat mehrheitlich vertretene männliche und weiße brasilianische Mittelklasse sichert für sich dabei historisch in (post-)kolonialer

Manier über die rassifiziert-deklassierenden Arbeitsverhältnisse Privilegien und Hierarchien ab. Durch die teilweise Freisetzung von Lohnarbeit über Ungleichheit wird zudem eine globale Wettbewerbsfähigkeit innerhalb eines weltweiten Finanzkapitalismus ermöglicht.

Jahrzehntelange neoliberale Politiken und staatliche Privatisierungen vermitteln Sorgen ausschließlich als Zeichen und Folgen geringer finanzieller Möglichkeiten, wie in den Interviews und Gruppendiskussionen sichtbar wird. Das wird zum Beispiel in Narrativen deutlich (sowohl in denen der Mittelklasse als auch in denen sozial weniger privilegierter Care-Arbeiter*innen), in denen die Qualität privater Dienstleistungen überbewertet wird, öffentliche Leistungen hingegen als etwas qualitativ Schlechtes generalisiert und abgewertet werden (vgl. Kap. 5.4). Diese verinnerlichte dichotome Einteilung in „öffentlich bedeutet schlechte Qualität“ und „privat bedeutet gute Qualität“ spiegelt eine durchwegs ökonomiezentrierte Auffassung von Care und dem Recht auf Versorgung wider. Es ist der Spiegel eines politischen und sozialen Kräfteverhältnisses, das die Interessen von privaten Unternehmern und weißen, kaufkräftigen Konsument*innen sowie die Forderung eines kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums vertritt. Es ist die Folge eines Versorgungssystems, das sich hauptsächlich an vermeintlichen wirtschaftlichen Imperativen, nicht aber an der Vulnerabilität menschlichen Lebens und seiner qualitätsvollen Versorgung orientiert. Die Möglichkeiten, gut versorgt zu sein, oder für andere sorgen zu können, werden dementsprechend von den politischen Entscheidungsträger*innen, die mehrheitlich aus der Interessensvertretung von weißen Männern sowie profit-orientierten kapitalistischen Unternehmen, ruralen Großgrundbesitzern und evangelikalen Glaubensvertretern bestehen, weiterhin staatlich selektiv, ungleich hierarchisch zugeteilt.

Zusammengefasst reflektieren die Ergebnisse – allen voran die Alternativlosigkeit, den Sorgealltag anders (als durch private und individuelle Lösungen) bewältigen zu können – ein rassifiziertes und deklassierendes Verhalten einer Mittelklasse, die zunehmend mit der allmählichen Auflösung des eigenen gehobenen Status inmitten einer gesamtgesellschaftlichen Prekarisierung ringt. Dabei verschärft sich die Prekarisierung der brasilianischen Bevölkerung und hat als Folge der Regierungsjahre 2018 bis 2022 Brasilien unter

anderem zurück auf die sogenannte „Karte des Hungers“ der UNO katapultiert. Dieser zufolge leben heute 58,7 % der Brasilianer*innen mit täglicher Nahrungsunsicherheit in unterschiedlichen Graden; 33 Millionen von 200 Millionen Brasilianer*innen wissen nicht, ob sie heute überhaupt etwas zu essen bekommen (vgl. Agencia Senado 2022).

5.2.2 Care in peripheren Räumen

Im Kontrast zu den Narrativen der Mittelklassehaushalte wird in den Erzählungen derjenigen Menschen, die keine Mittelklasseprivilegien leben, vor allem die soziale Ungleichheit sowie das Fehlen öffentlicher Leistungen (vgl. Kap. 5.4) betont. Auch in diesen Narrativen wird die gesamtgesellschaftliche Prekarisierung Brasiliens in einen globalen Vergleich gestellt und die Verantwortungslosigkeit des Staates als Erzeuger des schlechten Lebens benannt, der Sorge und Pflege in individuelle Verantwortung schiebt:

„Die Ungleichheit in unserem Land, in Brasilien, ist sehr groß. Ich liebe mein Land. Was man pflanzt, kann man hier ernten. Es könnte ein Erste-Welt-Land sein, weil wir leiden nicht an so vielen Katastrophen wie andere Länder. Aber leider ist es die Regierung, jeder ist für sich selbst verantwortlich und Gott für alle. Deswegen macht niemand etwas für niemanden. Und so haben wir nur Schwierigkeiten.“ (Rentnerin und ehemalige Hausangestellte; I8, Pos. 64)

Die ehemalige Hausangestellte und Rentnerin betont den Reichtum des Landes und bezieht sich damit vor allem auf die natürlichen Ressourcen, die Brasilien eigentlich versorgen und es zu einem „Erste-Welt-Land“ machen könnten. Die Ursache für die Ungleichheit liege in der Regierung, die keine Verantwortung übernehme. Sie subjektiviert an dieser Stelle die neoliberale Auffassung, dass jeder für sich selbst zuständig sei. Gleichzeitig gibt sie auch Einblick in ihren Glauben an eine überirdische Gerechtigkeit, indem sie sagt, nur Gott wäre für alle da.

Sorgeleistende aus peripheren Vierteln in São Paulo benennen vor allem die sozialen Ungleichheiten und die gesellschaftliche Prekarisierung. So werden gesetzlich verankerte Sorgeleistungen, darunter Kinderbetreuungsstätten und Schulen, unzureichend institutionalisiert, wie diese ehemalige Krankenschwester beschreibt:

„Es ist hier voller Mütter, die nicht mal eine Kindertagesstätte haben für ihre Kinder. Sie müssen zuhause bleiben, sind arbeitslos, weil sie keinen würdigen Ort finden, an den sie ihre Kinder bringen können. Die Kinder spüren das. Es ist wichtig, ein Auge für die Mütter zu haben, aber sie (die Kinder) haben Mangel, keine ausreichende Ernährung, sie sind

nicht richtig ernährt, sie haben keinen Raum, an dem sie aufwachsen können, sich entwickeln können, sich intellektuell bilden können. Sie haben keine ausreichende Begleitung. Es wäre gut, wenn man diesen Kindern all das von Geburt an geben könnte“. (Rentnerin, geschieden, ehemalige Krankenschwester, I7, Pos. 9)

Die Krankenschwester kritisiert in ihrer Erzählung vor allem die fehlende öffentliche frühkindliche Betreuung und Versorgung. Das Fehlen öffentlicher Betreuungseinrichtungen für Kinder und Senior*innen sowie die unzureichende Zahl an Lehrer*innen und Erzieher*innen ist die Folge territorial selektiver oder ungleicher staatlicher Zuwendungen von Sorgeleistungen. Dies kritisiert auch diese Hausangestellte:

„Die Politik macht nichts für Kinder, nichts für die Armen, die armen Häuser haben gar nichts. Es gibt kein Seniorenheim, keine Kindertagesstätte, es gibt nichts. Wir Menschen, Brasilien, wir sollten das haben. Unser Land sollte das haben. [...] Entweder man zahlt oder die Familie zahlt, oder es gibt eben nichts. Deswegen haben wir so viele Alte auf der Straße, als Obdachlose. Weil es keine Seniorenheime gibt, in denen sie bleiben können. Ein Seniorenheim, das muss man zahlen. [...] Wenn du keine Familie hast, die eine Person bezahlt, die sich um dich sorgt, dann musst du auf die Straße, du kannst so nicht überleben.“ (Mutter, verwitwet, Hausangestellte und Altenbetreuerin, I9, Pos. 40-44)

Einer gesamtgesellschaftlichen Prekarisierung folgt eine hier beschriebene, scheinbar nicht endende Armutsspirale nach unten (vgl. Kap. 5.4.3). Die Ungleichheiten in der Gesellschaft werden besonders in den Subjektperspektiven bei der Formulierung unterschiedlicher Bedürfnisse sichtbar: Während sich Menschen aus der (oberen) Mittelklasse vor allem mehr Freizeit und Arbeitszeit einfordern (I2, I4, I6) sowie sich über eine pädagogisch hochwertige Frühförderung (I19) und gesunde Biokosternährung ihrer Kinder sorgen (I1, I19), geht es in anderen Realitäten um das Aufrechterhalten von Lebensnotwendigem und Alltagsbewältigung, erschwert durch eine ungenügende öffentliche Leistungsbereitstellung. Das zeigt sich zum Beispiel an den Problemen und der Qualität bei der öffentlichen Gesundheitsversorgung (vgl. I12, I18, vgl. GD4) sowie in den alltäglichen, Menschen erschöpfenden Mobilitätsproblemen (I11, I12), neben dem Fehlen öffentlicher Sorge- und Betreuungseinrichtungen (I9, I11).

Der Mangel an öffentlichen Sorgeleistungen und die ungleiche private Versorgung von finanziell Privilegierten ist auch in Aussagen der Care-Arbeiter*innen sichtbar, wie: „entweder man zahlt, die Familie zahlt“ (I9, Pos. 42) oder „wenn du keine Familie hast, die eine Person bezahlt, sitzt du auf der Straße“ (I9, Pos. 44).

Thalia (I8), eine pensionierte Hausangestellte, die heute ihre Enkelin betreut, beschreibt die Bildungsprobleme in ihrem Viertel Brasilandia in der Stadtperipherie von São Paulo, die sich aufgrund familiarisierter Verantwortung für Sorge in Kombination mit fehlenden Ressourcen ergeben bzw. verschärfen:

„Und die Kinder, die von Oma und Opa betreut werden, es gibt viele Kinder in der Peripherie, die haben keine Ressourcen, weil der Staat nicht hilft, die leben mit den Großeltern, aus irgendeinem Grund, die haben das Alter meiner Eltern, die sind wenig alphabetsiert. Wie willst du so einem Kind helfen? Ohne Handy, ohne Computer im Haus, auch wenn es nur ein einfacher wäre, da beginnt doch bereits das Bildungsproblem.“ (Großmutter, ehemalige Hausangestellte, I8, Pos. 64)

Diese Schilderung veranschaulicht das Entstehen von neuen Ungleichheiten durch die individualisierende Verantwortungszuschreibung von Sorge an Familien mit wenig Ressourcen, die dieser Verantwortung oft nicht gerecht werden können. Wenn Sorge nicht mehr privat übernommen werden kann und die öffentlichen Leistungen nicht greifen, weil sie nicht oder ungenügend angeboten werden, müssen wieder individuelle Lösungen gesucht werden, die oftmals zu einem Prekarisierungskreislauf führen. Als Folge können Care-Gaps nicht mehr gänzlich geschlossen werden; stattdessen verschärfen sich Ungleichheiten und die soziale Verletzungsoffenheit insbesondere für Frauen, Kinder und Pflegebedürftige. So gibt Ro (I7) einen Einblick in die Sorgesituation in ihrer Nachbarschaft in der Nordzone von São Paulo:

„Die Mutter muss arbeiten, der Vater muss arbeiten. Manchmal ist die Mutter alleinerziehend, sie muss überleben. Sie ist Mutter, Vater, alles. Also muss sie jeden Tag jemanden finden, der auf das Kind aufpasst, dass sie arbeiten gehen kann. Und auf die Unterstützung der Regierung zu warten, das passiert nicht immer. Öffentliche Unterstützung, die gibt es nicht immer. Man möchte das in den Medien zeigen, aber es ist nicht Realität. Es funktioniert nicht.“ (Rentnerin, alleinstehend, ehemalige Krankenschwester, I7, Pos. 9)

Deutlich wird in den Erfahrungsberichten auch der Frust über die mangelhaften öffentlichen Leistungen in der Nachbarschaft, darunter unzureichende Betreuungseinrichtungen für Kinder. Aufgrund fehlender materieller Voraussetzungen, wie Internetzugängen und Computerausstattungen für Schüler*innen kommt es zu Bildungsrückständen, was sich besonders während der Pandemie manifestierte (I8, Pos. 64). Ro betont überdies das Werben von medial vermittelten staatlichen Versprechen von sozialen Zuwendungen, beispielsweise der Ausbau öffentlicher Kinderkrippen und Schulen oder Unterstützung

für alleinerziehende Mütter (I7, Pos. 9). Die Erfahrungsberichte haben in diesem Zusammenhang die Enttäuschung gegenüber politischen Versprechen gemein, die sich nicht in ihrer Lebensrealität einlösen.

Urbane Studien machen in diesem Zusammenhang auf die „Planung der Ungleichheit“ der Stadt São Paulo aufmerksam (Rolnik 2022) sowie auf die rassifizierte, deklassierende Zuweisung in periphere Territorien als eine direkte Folge der späten Abschaffung der Sklavenhaltergesellschaft im Jahr 1888. Diesbezüglich identifiziert Raquel Rolnik eine Stadtplanung zugunsten der sozialen Eliten mit einem mittelklassezentrierten Blick als einen konstitutiven Bestandteil der Stadt und fordert stattdessen „Städte, die das Leben schützen, und Städte die das Leben fördern“ (Rolnik 2022). Urbanen Studien über die Peripherie zufolge hat eine wachsende Staatspräsenz der letzten zwei Jahrzehnte dort zwar zu einem Zuwachs von Investitionen im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie zu einem Ausbau öffentlicher Infrastruktur geführt. Die Regierungsinterventionen werden allerdings auch dafür kritisiert, selektiv und ungleich öffentliche Leistungen in den Peripherien zu verteilen, abhängig von Beziehungen zu lokalen Akteur*innen, Gesundheitsstationen, Schulen, religiösen Akteur*innen, kriminellen Fraktionen sowie lokalen Steuer- und Konsumbegünstigungen (Richmond/Kopper 2020: 20). Somit sind die Peripherien charakterisiert durch ihre Heterogenität und asymmetrische Entwicklung, die sich darin zeigen, dass einige Viertel durch staatliche Nichtintervention gekennzeichnet sind, andere durch eine starke Staatspräsenz und (physische) Gewalt durch staatliche Akteure gegenüber der peripheren Bevölkerung (ebd.: 21). Daher sind die seit 2000 ansteigenden Staatsinterventionen auch von Missbrauch und Beschneidungen des Staatsbürger*innenrechtes begleitet, während sich sowohl die Situation der sozialen Inklusion als auch die ökonomische Situation für die Bevölkerung nicht verbessert haben (ebd.: 20).

Die neoliberalen Transformationen der Produktionsweise und die folgende steigende Informalität von Arbeit seit den 1990er-Jahren werden zudem begleitet vom Zuwachs pentekostaler Kirchen, von organisierter Kriminalität sowie von gewaltförmigen Polizeiinterventionen in öffentlichen peripheren Räumen. Die politische Resignation und der Frust über das Fehlen öffentlicher Dienstleistungen ist sowohl in den Interviews als auch

in den Diskussionen mit Care-Arbeiter*innen aus peripheren Vierteln der Stadt präsent und sichtbar.

Die unveränderte prekäre soziale Situation in den Peripherien wirkt sich ebenfalls auf die Beibehaltung ungleicher Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse aus. So antwortet eine 50-jährige Hausangestellte, die seit drei Generationen mit ihrer Familie am Stadtrand von São Paulo lebt, auf die Frage, ob sich in den letzten Generationen bezüglich der Arbeits- und Lebensweise etwas verändert hätte, schlicht mit: „Was sich verändert hat? Nichts, ich glaube nichts. Nichts, nichts. Es hat sich nicht viel verändert. Ich glaube, es hat sich nicht viel verändert“ (I11, Pos. 37).

Resümierend ist den Menschen aus peripheren Vierteln eine Subjektivierung gemein, sich auf der Verliererseite kapitalistischer Versprechen zu befinden, die sich in der Erkenntnis zeigt, dass sie prinzipiell nicht auf den Staat zählen können, sondern auf sich allein angewiesen sind.

5.2.3 Strukturelle und symbolische Diskriminierungen

Die Geschichte von Tess (I18) soll die gegenseitige Bedingtheit von strukturell-symbolischen Diskriminierungen näher beschreiben und verbildlichen. Tess, die ihre Mutter allein pflegen und finanziell unterhalten muss, versucht sich über Bildung aus ihrer benachteiligten sozialen Stellung und patriarchalen Familienverhältnissen zu kämpfen. Als Jugendliche bittet sie ihre Lehrerin um eine Ausnahme, an einem eigentlich für Erwachsene bestimmten Schulabschluss in einem Nachtkurs teilnehmen zu dürfen, denn sie arbeitet tagsüber und sorgt sich um ihre Mutter und das Haus. Im Interview liefert sie einen tiefen Einblick in die Überschneidung von Geschlechter- und Klassendiskriminierungen in ihrem Leben, die über fehlende materielle Möglichkeiten hinausgehen. Es wird deutlich, wie sich strukturelle Diskriminierungen mit Formen Symbolischer Gewalt überschneiden, wie Tess selbst folgendermaßen beschreibt:

„Wenn wir die Familien mit wenig Ressourcen ansehen, dann geht es nicht nur um das Fehlen von Universitäten, es fehlen viele andere Dinge, die dazu führen, wie sich die Personen später verhalten werden. Wie sie ihr Leben weiterführen werden. Denn, wenn du keine Schuhe hast, um in die Schule zu gehen, oder du gehst zwei Jahre lang in denselben zerrissenen Schuhen in die Schule, dann ist es sehr schwer daran zu glauben, dass du jemand werden wirst. Dass du echt daran glaubst, dass du mal etwas erreichen kannst,

dass du Grenzen überwinden kannst. Weil, das ist auch eine Form der Fürsorge, die eine Person formt.“ (I18, Pos. 11)

Tess schildert weiter ihre persönlichen Erfahrungen, die durch das Fehlen vor allem von Bildungszugängen für Mädchen und Frauen in ihrem sozialen Umfeld gekennzeichnet sind, im Gegensatz zu den Männern, für die beispielsweise eine technische Ausbildung sowie Arbeitsplätze bei transnationalen Firmen (wie Elektroluz) in der Region angeboten werden. So fehlen neben Bildungszugängen auch Arbeitsplätze für Frauen auf dem formellen Arbeitsmarkt (I18, Pos. 9). Tess sagt:

„Ich erinnere mich, es gab eine Klasse mit 40 Schüler*innen, es gab nur ein Mädchen, ein einziges Mädchen, das die Prüfung geschafft hat. Ich glaube, es war nicht nur eine Frage der Prüfung, die Frage nach der Kompetenz, diese Prüfung zu schaffen. Es hatte etwas damit zu tun, dass wir von klein auf lernen, dass diese Plätze nicht für uns bestimmt sind. [...] Ich glaube, es haben diese Möglichkeiten sehr gefehlt, eine technische Ausbildung machen zu können und auch dieses Bewusstsein dafür, dass wir alle etwas können und dass Frauen auch unabhängig von ihrer *Race* und finanziellen Situation weiterkommen können.“ (I18, Pos. 9)

Weiter beschreibt Tess strukturelle soziale Diskriminierungen gegenüber Frauen in ressourcenarmen Regionen von São Paulo. Dabei kommt in ihrer Erzählung neben dem Fehlen materieller Möglichkeiten auch das Gefühl der sozialen Scham zum Ausdruck – als eine Begleiterin von Armut, die mit der Frage des Blickes, mit dem man durch die Welt geht, verbunden ist (Schenk 2023). Sie beschreibt dies mit folgenden Worten:

„Ich glaube, ich leide ziemlich darunter, dass ich einige Dinge nicht machen kann, nicht nur, weil ich keine neuen Schuhe habe, sondern weil ich unter dem Wissen leide, dass alles um mich herum nicht für mich bestimmt ist. Die Welt da draußen kennenlernen, reisen, studieren, das ist alles nicht für dich. Ich glaube, das ist das Schwerwiegendste für die Mädchen, vor allem die, die für die Sorgearbeit verantwortlich gemacht werden.“ (I18, Pos. 13)

Neben dem Fehlen von Ausbildungsmöglichkeiten und formellen Arbeitsplätzen für Frauen hält Symbolische Gewalt in Form des hier beschriebenen Gefühls der Verunmöglichung – „das ist nichts für mich“ – Frauen davon ab, nach weiteren Möglichkeiten zu suchen, sondern bringt sie vielmehr dazu, sich selbst mit geringfügigen Arbeiten und häuslicher Sorgearbeit abzufinden, wie Tess weiter beschreibt:

„Vor allem für die jungen Mädchen gibt es keinen Raum. Auf dem Arbeitsmarkt, bei den unterschiedlichen Beziehungen, nicht nur in der Universität, die Jugendlichen mit 13, 14, 15, 16 Jahren haben keine Ausbildung, und es ist schwierig, etwas für die zu entwerfen,

was sie in der Zukunft machen sollen. Außer zu heiraten und Kinder zu bekommen und an einer Rezeption zu stehen“. (I18, Pos. 9)

In feminisierten und familiarisierten Sorgenetzwerken unterhalten Frauen oftmals die ganze Familie alleinig. So ist es auch der Fall bei einigen interviewten Care-Arbeiter*innen, die ihre eigene Erwerbsarbeit aufgegeben haben, um für ihre Enkel*innen zu sorgen, während die Kinder ganztätig arbeiten gehen (vgl. I8, I9). Wegen des strukturellen Rassismus sind es mehrheitlich Schwarze Frauen in den Peripherien, die Familien allein versorgen (DIEESE 2023). Wie bei Tess ist es oftmals der Kontakt zu Universitäten, zu universitätsnahen populären Kursen oder feministischen und anti-rassistischen Akteur*innen in der Nachbarschaft, die Horizonte erweitern, Zukunftsperspektiven greifbar machen und auch im Sinne der politischen und kritischen Bildung junge Menschen fördern:

„Ich hatte die Möglichkeit, an einem Kurs teilzunehmen. Der Kurs hat echt meinen Blick verändert und auch mein politisches Bewusstsein, mein Bewusstsein als Mensch, als Frau in der Gesellschaft. [...] Ich habe da viel gelernt über Fächer, die ich im Vestibular [Abitur] gebraucht habe, aber wir hatten auch Diskussionen über Politik, über Feminismus, über soziales Bewusstsein, und das hat mir geholfen, mit meiner Situation umzugehen.“ (I18, Pos. 7)

Tess situiert sich in ihrer Erzählung als nicht privilegierte Frau in der Gesellschaft, was dazu geführt hat, dass sie eigentlich in ihrem ganzen bisherigen Leben benachteiligt wurde und wird. Erst mit dem Kontakt zur Universität bzw. dem Zugang zu feministischen und politischen Gruppierungen und Diskussionen beginnt sie, mit ihrer Situation umzugehen sowie sich aus der Opferrolle herauszukämpfen und ihrem Leben über Bildung eine andere Richtung zu geben.

Politiken des Ausschlusses – zum Beispiel durch den Abbau affirmativer Politiken oder durch Anti-Bildungsprojekte wie „partido sem escola“ (politikfreie Schule), die sich gegen eine angebliche Ideologisierung der Schulen und Universitäten stellt – wenden sich gegen die gesellschaftliche Vorstellung, Ungleichheiten an den Schnittstellen von Geschlecht, Rassismus und Klasse zu bekämpfen. Doch wie es auch in der Geschichte von Tess sichtbar wird, waren es gerade die von linken Parteien ausgearbeiteten affirmativen und inklusiven Bildungspolitiken der letzten zwei Jahrzehnte (darunter Frauenquoten und Quoten für Afrobrasilianer*innen und Indigene an den Universitäten), die sichtbar die

Nummer der jüngsten Care-Arbeiter*innen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren reduziert haben (IPEA 2019). Diese wurden in den letzten Jahren von der ehemaligen rechten Regierung unter Bolsonaro als eine „Viktimisierung von Minderheiten“ deklariert und abgebaut. Stattdessen wurden soziale Quoten propagiert, die an Leistung gekoppelt sind, anstatt gezielt gegen strukturelle Diskriminierungen vorzugehen. Das Setzen von affirmativen Kriterien, mitunter für Homosexuelle, Schwarze Menschen, Frauen oder Menschen aus dem Nordosten (Agencia Brasil 2018), das gezielt Diskriminierungen bekämpfen soll, wird bis heute in politischen Institutionen nicht hinreichend umgesetzt. So spiegelt die aktuelle Diskussion um die Verabschiedung einer Amnestie für Verletzungen von affirmativen Quoten unter der Regierung Bolsonaro den Wunsch, kolonial und kapitalistisch geprägte Gesellschaftsverhältnisse beizubehalten, wider.

5.2.4 Die Einsamkeit Schwarzer Frauen

Die Einsamkeit Schwarzer Frauen ist eine vor allem unter Schwarzen Feminist*innen und Aktivist*innen kollektiv geteilte und debattierte Erfahrung, die sich in verschiedenen Lebensbereichen wie Arbeit, Haushalt, Freundschafts- und Liebesbeziehungen wiederfindet. Sie wird zunehmend in der brasilianischen Öffentlichkeit vor allem in literarischen und subjektiven Erfahrungsberichten besprochen bzw. journalistisch bearbeitet (vgl. hierzu Carvalho 2020; Ribeiro 2021; Alves Cruz 2022).

Die Erfahrung Schwarzer Frauen der affektiven Zurückweisung vom Kindesalter bis ins Erwachsenenalter ist eine Folge der Überschneidungen sexistischer und rassistischer Diskriminierung (vgl. Gonzalez 2020). Dies zeigt sich zum Beispiel in der Erfahrung der Zurückweisung durch Männer in der Institution der Ehe, die Schwarze Frauen als Sexualobjekte, nicht als gleichwertige Partner*innen in affektiven Beziehungen betrachten, während (auch Schwarze) Männer weiße Frauen als gesellschaftliches Vorzeigeobjekt bevorzugen (Carvalho 2020). Einsamkeit ist außerdem Ausdruck und Folge kolonial geprägter, sexistischer und rassistischer Schönheitsideale, die inkorporiert sind. Im Berufsleben geben erfolgreiche Schwarze Frauen an, sich in Entscheidungsräumen allein zu fühlen. Im Familienleben unterhalten sie oft alleinig eine gesamte Familie, finanziell sowie durch ihre gesamt-familiäre Fürsorgearbeit (ebd.).

Josy (I13), eine alleinerziehende Mutter mit Erfolg im Beruf, verweist in ihrem Interview insbesondere auf ihre Positionierung als Schwarze Frau in der Gesellschaft und benennt bewusst den Rassismus, der sich in Form struktureller und Symbolischer Gewalt wiederfindet, was sich in ihrer Erfahrung bestätigt:

„Der strukturelle Rassismus in Brasilien ist sehr präsent. Ich denke, es ist eine sehr, sehr, sehr gewalttätige Gesellschaft im Umgang mit den Schwarzen Frauen. Es ist sehr normal, das sieht man im affektiven Bereich, beim Heiraten, es gibt Studien über die Einsamkeit Schwarzer Frauen, darüber wird schon in Brasilien gesprochen, nicht nur in Brasilien. Ich glaube, alles hängt mit Rassismus zusammen. Es ist historisch. Es sind historische koloniale Verletzungen und das setzt sich in unserer Gesellschaft fort. Die Objektivierung von schwarzen Frauen und vor allem auch das Denken, dass sie alles ertragen könnten. Lange Zeit lang waren Schwarze Frauen fundamental für das Aufziehen von Kindern in der brasilianischen Gesellschaft. Weil sie Care-Arbeiter*innen sind. Seit der Sklavenhaltergesellschaft sind sie die Milchmütter. Die Schwarze Frau, die Milchgeberin, die Mama, die die weißen Kinder aufzieht. Sie sorgt sich und lässt die eigenen Kinder alleine, um die Kinder anderer zu versorgen. Das ist ganz normal in Brasilien.“ (I13, Pos. 13)

Josy beschreibt konkret ihre eigene Einsamkeit im Berufs- und Privatleben, wenn sie sagt: „[I]ch habe eine Produktionsfirma ohne Partner*innen und eine Tochter, auch ohne Partner*innen“ (I13, Pos. 4). Sie bezieht sich mit dieser Aussage auf ihr Alleinerziehend sein.

Die Erfahrung der Ablehnung in affektiven Beziehungen, die negativen Erfahrungen, die bereits Schwarze Mädchen in ihrem Alltag mit Rassismus und Diskriminierung machen (vgl. hierzu auch Vicente: 2012), stellt sie in den Mittelpunkt ihrer eigenen Erzählung. Gleichzeitig positioniert sie sich selbst als bisexuelle Frau, die hauptsächlich mit Frauen Beziehungen eingeht und sich eigentlich gewünscht hätte, ein Kind mit einer anderen Frau aufzuziehen (I13, Pos. 13). Nach dem Versuch einer künstlichen Befruchtung in einer Privatklinik, von der ihr aufgrund ihres Alters abgeraten wurde, wird sie von einem befreundeten Mann schwanger, der bis heute die Vaterschaft nicht anerkennt. Da sie finanziell unabhängig ist, entscheidet sie sich gegen ein Gerichtsverfahren zur Vaterschaftsanerkennung, die sie selbst als die „totale und absolute Befreiung der Männer aus der väterlichen Verantwortung“ (Pos. 25) beschreibt, denn: „Er kann die Verantwortung jederzeit beanspruchen. Er kann sie verneinen, solange er will, und wollen, wann er will“ (Pos. 25). Sie befürchtet auch, der Vater könnte ihr mit einer Vaterschaftsanerkennung wichtige Freiheitsrechte beschneiden, beispielsweise mit ihrer Tochter zu verreisen, da

sich bei geteiltem Sorgerecht gegenseitig das Ausreiserecht verweigern können, bis die Kinder volljährig sind. Das löst Entscheidungskonflikte in ihr aus, wie sie sagt:

„Ich finde es schrecklich, was ich in meinem Leben entscheiden muss, ob ich vor Gericht gehe, damit meine Tochter den Namen des Vaters hat, was ein Recht von ihr ist. Damit ich dann andere ihrer Rechte beschnitten bekomme. Aus Willkür einer Person, die nicht an der Erziehung teilnimmt, verstehst du. Also ich fühle mich so, als ob ich immer falsch entscheide. Es ist echt schrecklich.“ (I13, Pos. 27)

Josy gibt sich selbst die Schuld dafür, ständig falsche Entscheidungen zu treffen, wie das Recht ihrer Tochter auf Vaterschaftsanerkennung zu verweigern oder eigene zukünftige Freiheitsrechte zu verlieren. Weiters macht sie sich als Alleinerziehende große Sorgen um die zukünftige Vereinbarkeit ihrer Arbeit mit der Sorgearbeit für ihr Kind. So zeigen ihre Geschäftspartner*innen kein Verständnis für ihre Situation (I13, Pos. 6). Außerdem würde sie gern ihrer Tochter einen größeren familiären Kreis bieten können, wie in ihrem eigenen Elternhaus („es war immer voller Menschen“, I13, Pos. 9), in dem ihre Mutter vor allem für das Wohl der Familie zuständig war, aber auch Brüder und der Vater anwesend waren. In diesem Zusammenhang reproduziert Josy, die selbst eher bürgerlich und in einer Großfamilie aufgewachsen ist, Bilder über warme und familiäre Care-Beziehungen sowie über Mutterschaft, von denen sie denkt, diese nicht erfüllen zu können – und die ihr das Gefühl geben, sich „immer falsch zu entscheiden“ (Pos. 27). So sei es „affektiv“ etwas anderes, wenn eine Großmutter auf die Tochter aufpasst als eine Hausangestellte. Sie vergleicht ihre Situation mit der ihrer eigenen Kindheit, in der sie zwar auch zeitweise von einer Hausangestellten betreut wurde, die Mutter aber immer präsent war. Allerdings reflektiert sie auch positiv, dass ihre Tochter sehr glücklich und offen sei, kaum weinen würde, da ihr Haus stets voll mit vielen Menschen sei (Pos. 7) und sie außerdem ihrer Tochter negative Familienstreite wie in ihrem Elternhaus erspare, wodurch sie harmonischer aufwachsen könne (Pos. 9). Mit dem Vergleich zwischen ihrem scheinbar intakten Elternhaus und ihrer eigenen Lebenssituation gibt sie einen Einblick in die gesellschaftliche heteronormative Ordnung, aufgrund derer sie vermutlich ihre Situation affektiv als „anders“ empfindet und beschreibt.

5.2.5 Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit

Die Erzählung von Josy verdeutlicht, wie neben Geschlechterungleichheit und strukturellem Rassismus auch Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit das Leben und den Sorgealltag bestimmen und Menschen diskriminieren. In ihren Erfahrungen werden gesellschaftliche Repräsentationen über Mutterschaft und gesellschaftlich als warm bewertete familiäre Sorgebeziehungen sichtbar. Symbolische Gewalt findet hier in den angedeuteten Schuldgefühlen ihren Ausdruck, immer falsche Entscheidungen zu treffen (II3, Pos. 27) und sich „immer ein bisschen schuldig zu fühlen“ (Pos. 9). Weiters überschneiden sich hier symbolische mit strukturellen Diskriminierungen, wie die Verweigerung der künstlichen Befruchtung durch eine Klinik aufgrund des Alters, was bei einem starken Kinderwunsch auch zur Wahl eines möglicherweise ungewollten Zeugungspartners führen kann. Auch das patriarchal geprägte Vaterschaftsanerkennungsrecht, das die Verfügungsgewalt der Väter über die Mutter so weit ausweitet, dass sie es vorziehen, die Verantwortung für Kinder allein zu übernehmen, diskriminiert sowohl strukturell als auch symbolisch, da es Frauen dazu zwingt, sich zwischen Freiheitsbeschneidung und alleiniger Sorgeverantwortung zu entscheiden.

Gleichzeitig zeigt die Geschichte Josys aber ein starkes Bewusstsein von Machtverhältnissen, was sich in deren klarer Benennung und in ihrer eigenen Positionierung manifestiert. Die bewusste Setzung ihrer Identität ist dabei Zeichen einer gegenhegemonialen Praxis zugunsten einer Erweiterung pluraler Sorgenarrative. Ihre Perspektive hebt auch die Notwendigkeit hervor, pluralistische Narrative und Erfahrungen der Sorge und Fürsorge hervorzuheben, die sich von denen der (modern-kolonial geprägten) heteronormativen, zweigeschlechtlichen und bürgerlichen Familie unterscheiden. Daraus ergeben sich weitere politische Forderungen an die staatliche Zuwendung pluralistisch formulierter Sorge- und Pflegeerfordernisse in der Gesellschaft und in brasilianischen Haushalten, die über die Notwendigkeiten der Kernfamilie hinausgehen.

In diesem Zusammenhang wird aktuell ein Gesetzesentwurf (vgl. Arpen Brasil 2023) debattiert, der ermöglichen soll, die Elternschaft von Kindern aus künstlichen Befruchtungen leichter anzuerkennen. Eine De-facto-Anerkennung der Elternschaft von Kindern künstlicher Befruchtungen erfolgt bisher nur über teure, private Befruchtungskliniken.

Diese können sich zum Beispiel viele queere oder alleinstehende, nicht privilegierte Wunscheltern nicht leisten – oder sie werden aus anderen Gründen (wie hier bei Josy aufgrund des Alters) abgelehnt. Daher gehen viele Wunschkinder in Brasilien zu informellen und bisher illegalen häuslichen Befruchtungen über, die als medizinisch gefährlich einzustufen sind. Das Recht der Elternschaft gegebener Partner*innen muss nicht vom Standesamt (aufgrund der Gesetzeslücke) anerkannt werden und hängt deswegen von der Willkür der Beamt*innen ab. Da reproduktive Gesetzgebungen fehlen, womit eine Gefahr einhergeht, der Willkür von Richter*innen ausgeliefert zu sein, suchen gleichgeschlechtliche Paare mit finanziellen Möglichkeiten Leihmutterchaften im Ausland. Ein Beispiel sind Cristiano und sein Ehemann, heute Väter von Zwillingen, die sich selbst als Pioniere in ihrem Freundeskreis bezeichnen. Begleitet von Freund*innen, unter ihnen zwei befreundete Ärzte, haben sie ihre Kinder in Mexiko über eine Leihmutter in einer privaten Klinik bekommen. Cristiano spricht in diesem Kontext zudem über seine Erfahrungen mit der Heteronormativität seines Umfeldes:

„Die Geschichte, wie wir unsere Kinder bekommen haben, muss immer öffentlich gemacht werden, das muss ein Heteropaar, das den gleichen Weg geht, nicht machen. Immer erzählen, wie sie ihre Kinder bekommen haben. Ah, habt ihr adoptiert oder Leihmutterchaft gemacht oder künstliche Befruchtung?“ (I4, Pos. 13)

Die gefühlte Rechtfertigungspflicht gegenüber seinem Umfeld, in dem es vor fünf Jahren noch nicht so normal war, dass es zwei Väter mit Kindern gibt, wie es Cristiano (I4) beschreibt, sieht er heute als „tagtägliche Politik“, die er betreibt, um anderen Menschen zu erzählen, dass es auch „andere Familienformen gibt, die auch möglich sind, die notwendig sind und die auch liebevoll sind“ (I4, Pos. 13). Trotzdem beschreibt er die ersten Erfahrungen als zwei Väter in der Öffentlichkeit mit ambivalenten Gefühlen:

„Alle haben geschaut und wir waren unsicher, aber mit offenen Herzen. Haben gehofft, dass alles gut geht. Das ist es, wenn wir raus gehen, wissen wir nicht, ob es jetzt eine Feindseligkeit geben wird oder ob jemand gleich Erdnüsse auf uns schmeißt. Zirkus, hallo, wir sind da! Die große Attraktion der Nacht! Aber das wurde dann besser, wir haben es verstanden, dass eben viele Menschen fragen, ob wir Brüder sind. Nein, sind wir nicht, wir sind verheiratet.“ (I4, Pos. 13)

Weiter verweist Cristiano auf die eher subtilen und unausgesprochenen Formen von Alltagsdiskriminierung:

„Und auf dem Markt: und die Mutter? Es gibt keine Mutter, es gibt zwei Väter. Das ist auch natürlich. Also, wir haben nicht so viel Feindseligkeit erlebt, außer die brasilianischen Geschichten eben, wir haben nie Vorurteile oder Feindseligkeit in unmittelbarer Nähe erlebt.“ (I4, Pos. 13-14)

Während der Regierung Bolsonaro wurde in den Medien und in Alltagsgesprächen vermittelt, die Wähler*innen Bolsonaro würden sich jetzt gestärkt fühlen, „aus dem Schrank zu kommen“ (portug. *„sair do armário“*), also ihr wahres diskriminierendes Gesicht zu zeigen und den bisher verdeckt gelebten Rassismus bzw. ihre Homo- und Transfeindlichkeit offen auszusprechen (vgl. Diário de Notícias 2018). Der Verweis Cristianos auf „die brasilianischen Geschichten eben“ bezieht sich auf diese gesellschaftliche Haltung, Vorurteile und Diskriminierungen nicht öffentlich auszusprechen, dafür über die Beibehaltung von Institutionen und über staatliche Regeln gesellschaftliche Ausschlüsse und Ungleichheiten institutionell aufrechtzuerhalten. So ist in Cristianos Geschichte zum Beispiel die Wahl der Bildungsinstitution für seine Kinder entscheidend von Überlegungen der Homophobie beeinflusst:

„Als wir über die Schule nachgedacht haben, habe ich mich mit vielen Leuten unterhalten, weil ich wollte die Kinder in eine öffentliche Schule geben. Aber wir haben uns dann entschieden, sie noch ein bisschen zu behüten, bis wir uns selbst gestärkt haben, noch mehr mit dieser Bolsonaristischen Welle in den Schulen in unserer Bubble zu bleiben. Es gab dann auch Schulen, die uns unbedingt wollten, die gesagt haben, oh, wir brauchen unbedingt ein Männerpaar, aber so eine haben wir dann auch nicht gewählt. Wir wollten eine Schule mit einem unabhängigen Blick, unabhängig davon, wer die Eltern und die Familien sind, eine Schule, die sich eben auf die Kinder konzentriert.“ (I4, Pos. 31)

Cristiano reflektiert selbst in seiner Erzählung seine Mittelklasseprivilegien, die ihm Entscheidungsfreiheiten einräumen – zum Beispiel im Unterschied zu den queeren Menschen in den Peripherien, die mit weiteren Diskriminierungen wie dem Rassismus umgehen müssen oder dem religiösen Fundamentalismus innerhalb der eigenen Familien umgehen müssen (I4, Pos. 15).

Zusammenfassend wird in diesem Unterkapitel die in Staat und Gesellschaft eingebettete Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität sichtbar. Diese ist strukturell und symbolisch in den Alltag nicht heterosexueller Sorgender an den Schnittstellen mit weiteren rassifizierten und klassenbezogenen Ungleichheitsverhältnissen eingeschrieben.

5.2.6 Kommunale Sorge in der LGBTQ+ Community und der Straßenbevölkerung

Dieses Unterkapitel entstand im Kontext der Pandemie, des ausgebrochenen Hungers und des rapiden Anstiegs der obdachlosen Straßenbevölkerung im Stadtzentrum São Paulos. Dabei beziehe ich mich vor allem auf das Interview mit der Trans-Aktivistin Jaqueline Chanel, deren Arbeit und Einsatz für Straßenbewohner*innen ich während dieser Studie verfolgte. Im Anschluss werde ich über den Begriff der „Apolophia“ (Armenhass) gesellschaftliche Ablehnung und Diskriminierungen gegenüber armen Menschen in São Paulo vertiefend erklären.

5.2.6.1 Jaqueline Channels Geschichte

Jaqueline möchte ausdrücklich nicht, dass ihr Name pseudonymisiert wird, denn Jaqueline steht für einen historischen Kampf gegen Marginalisierung und macht ihre Stimme bewusst im öffentlichen Raum hörbar. Ihre Geschichte beginnt im Alter von 13 Jahren, als sie von ihrer Mutter im Norden Brasiliens in einer Kirche abgegeben und dort zurückgelassen wird, weil sie für einen Jungen als zu feminin galt. Der Pastor adoptiert sie wie einen Sohn; damit beginnt ihre Care-Geschichte, wie sie selbst beschreibt, denn sie hat sich von diesem Zeitpunkt an um alle Menschen der Gemeinde gekümmert (I22, Pos. 2). Mit 20 Jahren studiert sie an der Universität und setzt sich dort, diesmal als „Bürgerin“ und „Aktivistin“ in der Student*innenbewegung und im kommunalen Projekt RONDON, für die Rechte Homosexueller in der amazonasnahen Stadt Belém im Norden Brasiliens ein. Ihre Sorgearbeit in ihrer Community und ihr Aktivismus laufen parallel zu den zunehmenden und alltäglichen Morden an Transpersonen in São Paulo und Belém seit den 1990er-Jahren. Diese Morde sind im Kontext der etwa zeitgleich beginnenden internationalen Hetzkampagne der Anti-Genderbewegung der katholischen Kirche im Zuge der internationalen Frauenkonferenz 1995 in Beijing zu verstehen. Während eines Schönheitswettbewerbes erkennt sich Jaqueline selbst als Trans-Frau und nutzt ihre Medienpopularität („ich war die Roberta Closet von Pará“), um die erste Transbewegung in Belém zu gründen und auf die Morde an Transfrauen hinzuweisen. 2006 kommt sie nach São Paulo und möchte sich eigentlich nur noch privat in der Kirche engagieren. Nachdem sie in die evangelikale Kirche Igreja Universal eintritt, sammelt sich eine Gruppe von 15

Menschen der LGBTQI+ Community um sie, die in die Kirche eintreten. Jaqueline versteht unter Care auch spirituelle Zuwendung:

„[s]ich um diese Menschen sorgen, zuerst habe ich sie aufgenommen und miteinbezogen, so wie sie sind, so wie sie in Wirklichkeit sind. Akzeptanz, Inklusion und Freundschaft. Dieses Bedürfnis haben alle Menschen gemeinsam. Alle Menschen haben eine Leere, ein Loch in sich, das aufgefüllt werden muss.“ (I22, Pos. 5)

Nachdem sie und andere Transpersonen aus ihrer Gruppe aus mehreren evangelikalen Kirchen verstoßen werden (selbst aus inklusiven homosexuellen Gemeinden), gründet Jaqueline ihre eigene evangelikale Gemeinde nur für Transmenschen im Stadtzentrum von São Paulo. Derzeit versorgt sie rund 1500 obdachlose Straßenbewohner*innen im Zentrum der Stadt, darunter viele Transpersonen. Ihr Projekt „Séforas“, das Essen ausgibt sowie spirituelle Betreuung anbietet, sei „ein Tropfen auf den heißen Stein“, wie sie selbst sagt, angesichts der sozialen Realität von schätzungsweise 50 000 Obdachlosen, die in São Paulos Innenstadt leben und überleben. „Aber immerhin 1 500 Menschen weniger, die hungern“, so Jaqueline in ihrem Interview im August 2022.

Die Diskriminierung und Nichtversorgung ihrer Community ist begründet in einer gesellschaftlichen Marginalisierung, die in der Familie beginnt, sich im Ausbildungs- und Berufsleben fortsetzt und oftmals in die Obdachlosigkeit und Sexarbeit führt:

„Personen aus meiner Community werden im Allgemeinen von zuhause ausgestoßen und werden nicht von den Eltern akzeptiert [...]. Denn sie haben nicht das gleiche Verhalten wie andere Kinder. Sie werden von klein auf marginalisiert. Es kommt auf die Realität an, die Kultur der Familie, dann werden die Kinder von zuhause ausgestoßen. Und im Fall der Travesties ist es noch schlimmer, als gay zu sein, denn das ist noch näher dran an dem normalen Stereotyp eines Heteromenschen. Travesties entfliehen komplett diesem Patron. Weil sie feminin sind, weil sie lange Haare tragen, weil sie feminine Kleidung tragen möchten. Es ist schwer, in diesen Bedingungen das Recht auf eine Arbeit zu bekommen, eine Arbeitsstelle zu bekommen, zu studieren, diesem Leben zu entkommen. Also werden sie zu den Straßenbewohnern von morgen“. (I22, Pos. 15).

Jaqueline übernimmt mit ihrer NGO Séforas kommunale Sorgearbeit und leistet damit auch eine politische Arbeit, die nicht den hegemonialen staatlichen Vorstellungen von Care entspricht. Staatliche Sorge und Versorgung ist in diesem Kontext ein Reflex der politischen, kolonial geprägten Kräfteverhältnisse, in die neben Geschlecht, Klasse und *Race* auch Zweigeschlechtlichkeit eingeschrieben sind. Care-Arbeit über die heteronormative Kernfamilie im Mittelklasseprivathaushalt hinauszudenken (bzw. zu dekonstruieren)

ieren) und auf die Straße zu übertragen, ist demzufolge eine Notwendigkeit, um marginalisierte Sorgebedürfnisse zu decken. Bisher ist kommunale Sorgearbeit besonders in neoliberalen Gesellschaften hauptsächlich ein individualisierter Kraftakt engagierter – und oft selbst betroffener – freiwilliger und unbezahlter Care-Arbeiter*innen. So lebt Jaqueline selbst von Gelegenheitsjobs in ihrem häuslichen Haarsalon. Nebenher kocht sie an fünf mit Spenden angeschafften Industrieherden in ihrer kleinen Wohnung 1 500 Mittagessen wöchentlich und kümmert sich dreimal wöchentlich um die Versorgung und das Seelenheil ihrer Community, außerdem um Frauen und Kinder auf der Straße. Nebenbei ist sie Kandidatin für das Stadtparlament für die Arbeiterpartei (PT). Sorge bedeutet für sie eine Lebens- und politische Aufgabe, wie sie selbst beschreibt:

„Deswegen habe ich mein Leben zur Verfügung gestellt, in die Politik zu gehen, damit ich und vielleicht noch ein Heteromensch, wenn er*sie möchte, damit wir einen Unterschied machen können, einen Unterschied in dem Leben von diesen Menschen. Dass wir uns um sie sorgen können, auf die Art und Weise, wie sie versorgt werden sollen, so wie es jede*r Bürger*in eben verdient.“ (I22, Pos. 15)

Als Bürger*innen anerkannt zu werden und für politische Rechte einstehen zu können, um versorgt werden zu können, ist eine der Haupthürden – angesichts der Realität, dass die Mehrheit der Transpersonen aufgrund ihrer Marginalisierung und Obdachlosigkeit weder über Ausweisdokumente noch Wahltitel verfügt. Deswegen haben sie größtenteils auch keine Wahlstimmen. 90 % der Travesties und Transsexuellen leiden in Brasilien unter sexueller Ausbeutung und dem Menschenhandels (Benevides 2022). Die Missachtung von internationalen Menschenrechtsvorgaben durch die Regierung Bolsonaro, verschärft durch die in der Gesellschaft verbreiteten Verschwörungstheorien gegenüber Menschenrechtsorganisationen wie der UNO sowie das bewusste Fehlen öffentlicher Politiken für die LGBTQI+ Community, hat die Vulnerabilität von Frauen und Transpersonen intensiviert.

So benennt Jaqueline Sexarbeit und sexuelle Versklavung im Zuge des organisierten Menschenhandels als einen Normalzustand in der Lebensrealität von Transsexuellen und Travesties in Brasilien:

„Normalerweise ist jeder Travestie und jede Transsexuelle mit sexueller Sklaverei konfrontiert. Das ist von der Gesellschaft aufgezwungen ab dem Moment, in dem sie uns aus dem Haus schmeißen. Ab dem Moment, in dem sie uns aus dem Haus verstoßen, drängen

sie dich in die sexuelle Versklavung. Weil du hast kein Geld, kannst woanders kein Geld herbekommen, also wirst du stehlen, oder dich prostituieren. Und die Mehrheit wählt, sich zu prostituieren, also eine Sexarbeiterin zu sein. Und so wird eine Travesti immer in der Prostitution leben. Weil sie hat nicht die Möglichkeit, zu studieren, sie werden nicht in den Schulen akzeptiert, werden rausgeschmissen, erleiden Aggressionen an den Schulen, also geben sie dieses Leben dann auf.“ (I22, Pos. 17)

Menschen an der politischen Macht in Brasilien sind mehrheitlich weiße Cis-Männer. Somit ist in den brasilianischen Staat neben dem strukturellen Rassismus auch eine normative Zweigeschlechtlichkeit eingeschrieben. Mit den Wahlergebnissen zu den Gouverneurswahlen in São Paulo im Oktober 2022 wurden im Bundesstaat wieder konservative Familienwerte, die heteronormative Kernfamilie als Grundeinheit für Sorgeleistungen sowie neoliberales Wirtschaftswachstum mit meritokratischen Grundsätzen des individuellen Erfolgs als Gesellschaftsprinzipien bestätigt. Zudem ist Brasilien zum 13. Mal in Folge das Land mit den meisten registrierten Transgender-Morden weltweit (Benevides 2022: 30).

Vor diesem Hintergrund sind auch die wachsenden politischen Kämpfe von Politiker*innen aus der LGBTQI+-Community um die politischen Institutionen zu verstehen, um dadurch politische Veränderungen und grundsätzliche Verbesserungen der Lebensbedingungen der eigenen Community herbeizuführen. So wurden mit Erika Hilton (PSOL São Paulo) und Duda Salabert (PDT Minas Gerais) zum ersten Mal in der Geschichte Brasiliens zwei Transgender-Frauen als Abgeordnete in die Stadtparlamente São Paulo und Minas Gerais gewählt. Beide Politiker*innen sind seither extremer politischer Gewalt ausgesetzt. Erika Hilton bekommt Hassnachrichten wie: „Ich garantiere du wirst sterben, Satan aus der Hölle!“ Duda Salabert muss mit schussfester Schutzweste zur Wahlurne gehen. Dennoch ist Erika Hilton die am achtmeisten gewählte Abgeordnete im Bundesstaat. In den sozialen Medien zieht sie im Anschluss an ihren Wahlerfolg eine Analogie zu der ermordeten Frauen- und LGBTQI+-Aktivistin und Abgeordneten Marielle Franco: „Schwarze Travesti gewählt! Im Bundesstaat. Das erste Mal in der Geschichte!“ Denn wie sie selbst in ihrem gemeinsamen Dokumentarfilm mit Jaqueline Chanel manifestiert: „Ein Trans-Körper auf der Straße ist ein politischer Akt und ein politischer Weg. Wir sind ein Netzwerk und wir konstruieren einen politischen Ort, einen

sehr großen affektiven historischen Ort. So hinterlassen wir Register und Spuren, die in der Geschichte nicht aufhaltbar sind“ (Sagradas 2020).

Sie appelliert damit an einen historisch notwendigen Dekolonialisierungs- und Dekonstruktionsprozess, der die Zweigeschlechtlichkeit des Staates und dessen strukturellen deklassierenden Rassismus kritisiert.

5.2.6.2 Armenhass: „Apolophia“

Meritokratische Gesellschaften und Denkweisen machen den nicht versorgten Teil der Bevölkerung selbstverantwortlich für die Nichtversorgung, die sich am unteren Ende der Armutsspirale in Obdachlosigkeit, Drogenkonsum und Sexarbeit niederschlägt. Die Ablehnung und Diskriminierung von armen Menschen und Straßenbewohner*innen wird als „Apolophia“ (Armenhass) bzw. als Vorurteile gegenüber Armen benannt und wird sichtbar in zunehmenden Attacken und dem Anstieg von Gewalt gegenüber der auf der Straße lebenden Bevölkerung. Die Obdachlosigkeit in der Stadt São Paulo ist in den letzten zwei Jahren (2021 und 2022) um 32 % angewachsen und liegt heute schätzungsweise bei über 48 000 Menschen im Stadtkern (vgl. Padre Júlio Lancellotti 2023). Das ist mehr als das gesamte demografische Wachstum in São Paulo. Besonders gestiegen ist neben der Anzahl von obdachlosen Kindern und Frauen vor allem die der Transfrauen, was auf deren Ablehnung durch Familien und Kirchen zurückzuführen ist. Die von der Bevölkerung als legitim erachtete Ablehnung von Armen sowie die Kriminalisierung der Armut werden von staatlicher Seite zum Beispiel über Kampagnen wie „Não da esmola“ („Gib kein Bettelgeld“) oder durch das Einzäunen öffentlicher Plätze verstärkt. Dabei spielt die Kriminalisierung der Armut eine diskursive Rolle bei der Rechtfertigung sozialer Ungleichheit und Armut als scheinbar nicht vermeidbarer Kollateralschaden einer auf Wachstum ausgerichteten kapitalistischen Wirtschaftspolitik (vgl. Padre Júlio Lancellotti 2023). Die anwachsende Straßenbevölkerung ist somit ein Effekt oder ein „Auswurf“ des Kapitalismus und seiner wirtschaftlichen Interessen, die sich vor allem auf Immobilienspekulation oder im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Drogenhandels auf die Interessen der Pharmaindustrie konzentrieren. Organisierte Kriminalität verbindet sich in diesem Zusammenhang ebenso mit militaristischen Sicherheitskonzepten in der Stadt, die

zum Beispiel in eingezäunten und mit Mauern hochgezogenen Wohnanlagen und privaten Sicherheitsdiensten sichtbar wird (vgl. Rolnik 2022).

Die politische Repräsentation armer Menschen in politischen Entscheidungsinstitutionen ist eine Seltenheit. Als Folge betreiben die öffentlichen Politiken eine Beibehaltung der Armut, statt Ungleichheiten an der Wurzel zu bekämpfen. So wurde in den letzten Jahren die soziale Assistenz gegenüber der Straßenbevölkerung immer weiter abgebaut (vgl. Padre Júlio Lancelotti 2023). Die Sorglosigkeit gegenüber obdachlosen Frauen, Kindern und Transfrauen spiegelt sich vor allem in mangelnden Hygienebedingungen (wie fehlenden Menstruationsartikeln und Unterwäsche), sexueller Ausbeutung, Polizeigewalt sowie Kriminalisierung wider.¹³ Sie ist Folge und Ausdruck politischer Kräfteverhältnisse: Immobilienverkäufer*innen und Geschäftsbesitzer*innen, aber auch im Zentrum lebende Familien kämpfen um die Nutzung des Stadtzentrums, die sie von der Straßenbevölkerung und deren Erscheinungsbild bedroht sehen. In diesem Kontext werden soziale Probleme sowie gesellschaftliche Sorgebedürfnisse größtenteils aus einer mittstands- und erwerbszentrierten Perspektive heraus interpretiert und formuliert.

Staatliche und kapitalistische Sorglosigkeit wird dementsprechend hierarchisch nach unten umverteilt und diskursiv über Anti-Welfare-Rhetoriken (vgl. hierzu auch Kapitel 5.3) gerechtfertigt. Gegen ein Gesetz gegen Armenhass, das „Apolophia“ in öffentlichen Räumen unter Strafe setzen soll, legte der damalige Präsidenten Jair Bolsonaro ein Veto eingelegt. Heute ist es die Aufgabe des neu gegründeten Ministeriums der aktuellen Regierung „Ministério do Desenvolvimento e Assistência Social, Família e Combate à Fome“ (Ministerium für Entwicklung und Soziale Unterstützung, Familie und Hungerbekämpfung“), eine neue Registrierung in dem „Cadastro Unico“ – dem Zugangssystem zu sozialer Unterstützung und staatlichen Hilfeleistungen – wiederherzustellen und dieses neu zu organisieren. In den letzten Jahren waren durch die administrative „Unordnung“ – oder genauer ausgedrückt: aufgrund des staatlichen Desinteresses an gesellschaftlicher – viele Bedürftige und vor allem Menschen aus der Straßenbevölkerung von den Nothilfeleistungen, unter anderem während der Covid-19-Pandemie, ausgeschlossen.

¹³ Über eine ähnliche Form der Sorglosigkeit gegenüber Frauen, die auf einer Überschneidung sexistischer und rassistischer Diskriminierungen im Zuge patriarchalen Machtmissbrauchs zurückzuführen ist, wird im Kontext der brasilianischen Frauengefängnisse berichtet (vgl. Varela/Drauzio [2017]: Prisioneiras).

Eine weitere politische und wissenschaftliche Aufgabe ist es, zu klären und zu untersuchen, welche kapitalistischen Interessen hinter der Beibehaltung von Armut stecken und „wer mit dem Hunger verdient“ (Padre Júlio Lancellotti 2023).

5.2.7 Schlussfolgerungen

Strukturelle und symbolische Diskriminierungen sind geprägt durch in den kapitalistischen und patriarchalen Staat (und in die entsprechende Gesellschaft) eingeschriebene Herrschaftsverhältnisse, zu denen Rassismus, Klassismus und Zweigeschlechtlichkeit gehören. Diese determinieren die ungleiche und hierarchische Verteilung von Sorgearbeit sowie die ungleiche Zuwendung von Sorge und Pflege. Intersektionelle Ungleichheitsverhältnisse sind zumal in die Bedingungen der Ausübung von Sorge und Fürsorge eingeschrieben sowie in die subjektiven Lebens- und Arbeitsweisen der Menschen, die Care-Arbeit ausüben.

Entsprechend entscheiden vor allem private Ressourcen darüber, wer versorgt wird und wer Care-Arbeit unter welchen Bedingungen in der Gesellschaft übernimmt. Dabei kommt es aufgrund staatlicher Sorgelosigkeit und der Konzentration auf privatisierende Sorgemodelle zu Sorgelücken, die in einer Armutsspirale nach unten nicht mehr zu schließen sind. Armut als ein struktureller Effekt des Kapitalismus wird so als ein „natürlicher“ Zustand in Kauf genommen und „durch eigenes Verschulden“ gesellschaftlich gerechtfertigt. Der extrem angestiegene politische und religiöse Fundamentalismus der letzten fünf Jahre hat zudem Diskriminierungen entlang der Achsen Geschlecht, *Race*, Klasse weiter verschärft und das Leben sowie die Möglichkeiten der Sorge und Versorgung weiter prekariert. Politischen und gesellschaftlichen Kräften, die versuchen, die Ungleichheiten an den Schnittstellen auch gegen wirtschaftliche Interessen aufzubrechen, wurde dadurch der Handlungsspielraum genommen, der vielleicht zukünftig mit neuen politischen Kräfteverhältnissen in kleinen Schritten wiedergewonnen werden kann.

5.3 *Care-Arbeiter*in ist ein Beruf*

Die bezahlte Haus- und Betreuungsarbeit ist ein beständiges koloniales Erbe im brasilianischen Alltag. Es ist in der Architektur der Mittelklassewohnungen wie etwa den eingebauten Dienstmädchenzimmern oder den getrennten Diensteingängen sowie in die

weißen Kitteln der Hausarbeiter*innen, Nannys und Betreuer*innen eingeschrieben und symbolisieren eine koloniale, patriarchale und rassistische Arbeitsteilung sowie Lebensweise¹⁴. Dementsprechend wurden den brasilianischen Hausangestellten auch erst 135 Jahre nach der Abschaffung der Sklavenhaltergesellschaft (1888) schrittweise Arbeitsrechte und soziale Rechte in der brasilianischen Gesetzgebung zugestanden (vgl. Cleaver 2021). Die gesetzliche Rahmensetzung ist somit ein Schritt in langen Kämpfen der Hausarbeiter*innen um die Anerkennung ihrer Arbeit.

Zielsetzung dieses Kapitels ist es, die Praktiken und Positionierungen von Care-Arbeiter*innen innerhalb dieser Arbeitsbedingungen zu untersuchen. Dafür sollen die in die Care-Arbeit eingeschriebenen Ungleichheitsverhältnisse sowie die Normen und Deutungsmuster, die bei den Care-Arbeiter*innen zum Tragen kommen, untersucht werden.

Die Erfahrungsberichte der Care-Arbeiterinnen zeigen in diesem Kontext auf, dass die fortbestehenden Arbeitsbedingungen im Haushalt aus kolonialen und patriarchalen Arbeitskonstellationen vererbt sind und heute im neoliberalen Pflegesystem tradiert werden, weshalb sie nur schwer aufzubrechen sind. Dies äußert sich in Narrativen, die in die Arbeit sowie die zunehmende Professionalisierung der Pfleger*innen eingebettet sind.

Das Kapitel ist in drei Abschnitte unterteilt: Der Abschnitt 5.3.1 analysiert die Kontinuitäten und die Veränderungen, die sich in den Arbeitsarrangements sowie im Arbeitsverständnis der Care-Arbeiter*innen selbst abzeichnen. Hierbei ist neben Konstanten auch ein sich wandelndes, zunehmend professionelles Verständnis von Pflege- und Sorgearbeit unter den Pflegekräften erkennbar. Deutlich wird, dass sich der Kampf um die offizielle Anerkennung des Berufes der Betreuerin vor allem gegen die hartnäckig weiterbestehenden informellen Arbeitsarrangements im Haushalt fortsetzt.

Im darauffolgenden Abschnitt (5.3.2) werde ich in den Erzählungen von Care-Arbeiter*innen wirksam gewordene Repräsentationen untersuchen, die ich mit dem Begriff des „Narrativ der liebenden Betreuerin“ beschreibe. „Liebe“ und „Geduld“ werden als vergeschlechtlichte professionelle Skills im Pflegeberuf sichtbar. Diese werden von den Pfl-

¹⁴ Unter Lebensweise verstehe ich alltägliche Verhaltens- und Konsummuster: Wünsche, die unter anderem durch die spezifische gesellschaftliche Arbeitsteilung und Produktionsweise geprägt sind (vgl. dazu auch Brand/Wissen 2017).

gekräften in einer patriarchalen Auffassung von weiblich konnotierter Sorgearbeit hervorgehoben. Gleichzeitig dienen sie, so meine Analyse, auch der argumentativen Rechtfertigung der Anerkennung ihres Berufes innerhalb eines privatisierenden und kommerzialisierten Pflegesystems.

Im dritten Abschnitt (5.3.3) werden am Beispiel einer Gruppendiskussion mit Pflegekräften einer Home-Care-Vermittlungsagentur neoliberale Subjektivierungen hinterfragt, die in den Erzählungen im Zuge einer zunehmenden Professionalisierung und Institutionalisierung privater Pflegedienstleistungen zum Tragen kommen. Im gesamten Kapitel werden Grenzziehungen der professionalisierten Pflegekräfte zu den Familien der Pflegeempfänger*innen sowie zwischen den Care-Arbeiter*innen mit unterschiedlichem Arbeitsstatus deutlich. Offensichtlich wird an dieser Stelle auch eine Normalisierung von prekären Beschäftigungsbedingungen der Care-Arbeiter*innen in einem neoliberalen Pflegesystem, das private als öffentliche Sorgepraktiken und -lösungen fördert.

5.3.1 Care zwischen Informalität und Professionalisierung

In diesem Kapitelabschnitt stehen die Arbeits- und Lebensbedingungen von brasilianischen Care-Arbeiter*innen im Zentrum der Analyse. Anhand der Aussagen werde ich die Positionierung und die Praktiken der Care-Arbeiter*innen im Zuge der graduellen Regulierung der Arbeitsrechte seit dem Inkrafttreten des Hausarbeitsgesetzes „PEC das domésticas“ (2013) untersuchen. Dafür werde ich zunächst das Hausarbeitsgesetz und zweitens den Gesetzesentwurf zur Regulierung und Anerkennung des Betreuungsberufes im Privathaushalt (2015) vorstellen. Nachdem ich beide Gesetzesformulierungen eingeführt habe, werde ich dann die konkreten Arbeitsbedingungen der Care-Arbeiter*innen innerhalb der (fehlenden) gesetzlichen Vorgaben anhand ihrer Biographien analysieren.

5.3.1.1 Das Hausarbeitsgesetz „PEC das domésticas“

Das Gesetz „PEC das domésticas“ (2013) und dessen Erweiterung (2015) regulierten erstmals die bezahlte Haus- und Betreuungsarbeit im Privathaushalt und teilten Hausarbeiter*innen die gleichen Arbeitsrechte wie formalisierten Arbeiter*innen zu. Dadurch wurde erstmalig überhaupt eine gesetzliche Möglichkeit geschaffen, Hausarbeiter*innen legal anzustellen sowie ihnen damit vollständige Arbeitnehmer*innenrechte zu gewäh-

ren: Das „PEC das domesticas“ begrenzt die wöchentlichen Arbeitsstunden von Hausarbeiter*innen und verpflichtet Klient*innen dazu, Überstunden und Nachtarbeit zu entlohnen. Seit der Erlassung des Gesetzes muss für angestellte Hausarbeiter*innen außerdem eine Arbeitslosenversicherung abgeschlossen werden; weiters müssen Entlassungen begründet und kollektive Arbeitsverträge anerkannt werden. Ein Streitpunkt bleibt, wie viele Monate die Arbeitslosenversicherung bei plötzlichem Ausfall wegen Krankheit ausbezahlt werden soll. Diese wird Hausarbeiter*innen aktuell nur für drei Monate zugestanden, im Gegensatz zu den fünf Monaten anderer Arbeiter*innen.

Das Gesetz gilt bis heute als unzureichend umgesetzt, sodass es nicht greift. Ein Grund dafür sind die steigende gesamtgesellschaftliche Prekarisierung der letzten zehn Jahre – bedingt durch Finanz- und Wirtschaftskrisen 2017-2019 – und der daraus resultierende Einkommensverlust der brasilianischen Mittelklasse. Diese stellt heute Hausarbeiter*innen für spürbar weniger Wochentage ein als früher (Sindoméstica 2023). Zudem verringerte sich die Nachfrage nach Hausarbeiter*innen mit der Covid-19-Pandemie sowie den damit verbundenen Home-Office-Arbeitsmöglichkeiten (Sindoméstica 2023) und – als Folge davon – auch einer Re-Familiarisierung feminisierter Haus- und Sorgearbeit weiter.

Dass immer noch drei Viertel der Hausangestellten informell in brasilianischen Haushalten arbeiten, lässt sich aber auch auf die inkorporierte gesellschaftliche Sklavenhalterkultur zurückführen: Denn zum einen naturalisieren externalisierende Familien weiterhin informelle Arbeitsarrangements und akzeptieren damit nicht die Gleichstellung der Hausarbeiter*innen mit vollständigen Arbeitsrechten. Zum anderen wird informelle Hausarbeit nicht entsprechend strafrechtlich verfolgt und so weiterhin als mögliche Care-Lösung zugelassen.

Im heutigen Jahr 2023 arbeiten etwa 74,8 % der Hausarbeiter*innen (rund 4,5 Millionen Menschen) informell als Tagelöhner*innen¹⁵ ohne Arbeitsschutzrechte. Laut den Erhebungen des PNAD Contínua¹⁶ ist dies ein vergleichsweise zarter Anstieg gegenüber den 72,2 % der Hausarbeiter*innen, die schon vor der Pandemie 2019 informell arbeiteten.

¹⁵ Als Tagelöhner*innen gelten Menschen mit einer Anstellung von bis zu zwei Tagen die Woche.

¹⁶ PNAD Contínua (Pesquisa Nacional por Amostra de Domicílios Contínua) ist eine jährlich durchgeführte nationale Datenerhebung in brasilianischen Haushalten.

Von den informell arbeitenden Tagelöhner*innen sind 92 % Frauen und 65 % Schwarze Frauen (Sindoméstica 2023). Die informelle Ausübung der kommerzialisierten Care-Arbeit ist demnach noch stärker vergeschlechtlicht und rassifiziert als in den Care-Arbeitsarrangements mit formalisierten Anstellungen der Hausarbeiter*innen. Aufgrund der hohen Informalität zahlen nur 42 % der brasilianischen Hausangestellten in die Pensionskassen ein (PNAD Contínua Trimestral IBGE 2023) und sind dadurch unter anderem von zukünftiger Altersarmut bedroht.

Ein weiteres Problem stellt der lediglich zaghafte gewerkschaftliche Zusammenschluss von nur 4 % der Hausangestellten dar, was die Durchsetzung politischer Forderungen erschwert. Vor diesem Hintergrund wäre eine tatsächliche Umsetzung der im Gesetz „PEC das domesticas“ zugesicherten Arbeiter*innenrechte eine gesellschaftliche und politische Grundvoraussetzung, um Ungleichheiten, die im Zuge der bezahlten Care-Arbeit an den Achsen Geschlecht, *Race* und Klasse in Brasilien entstehen, entgegenwirken zu können.

5.3.1.2 Die Gesetzesvorlage zur Anerkennung des Betreuungsberufes im Haushalt

Die Vorlage eines weiteren Gesetzes aus 2015, das bereits vom Nationalkongress angenommen (Projeto de Lei 14.434/22), aber durch das präsidentielle Vetorecht 2019 abgelehnt wurde, sieht die Anerkennung der professionellen Betreuung von Senior*innen und Pflegebedürftigen im Haushalt als offiziellen Beruf vor. Durch die gesetzliche Anerkennung des Betreuungsberufes würde der Aufgabenbereich der Senior*innen- und Pflegebetreuung festgelegt und von anderen Tätigkeiten im Haushalt wie der Hausarbeit abgegrenzt werden. Dies würde zum einen die kolonial geprägten fließenden Grenzen zwischen bezahlter Haus-, Betreuungs- und Pflegearbeit voneinander trennen und klarer definieren. Das Gesetz würde den Betreuer*innen ermöglichen, selbstständig zu arbeiten und so – als Kleinunternehmer*innen (MEI: Micro Empreendedor Individual) definiert – in eine Renten- und Sozialversicherungskasse einzuzahlen. Zum anderen würde der Gesetzesentwurf niedrige Löhne und exzessive Arbeitszeiten für ausgebildete Betreuer*innen verhindern (Câmara dos deputados 2021). Auch die zu Pflegenden könnten dadurch, so das Versprechen, ihre Rechte im Falle von (ethischen) Verletzungen leichter

einklagen. Das Gesetz sieht außerdem Steuervergünstigungen für Familien vor, die Betreuer*innen anstellen.

Gleichzeitig ist die Gesetzesvorlage auch Ausdruck und Konsequenz einer vom Staat vorgegebenen abgesicherten Privatisierung und Professionalisierung im Pflegebereich. So weist die Gewerkschaft der organisierten Hausarbeiter*innen Sindomêsticas darauf hin, dass sich eine Anerkennung des Betreuungsberufes positiv auf die Gesamtwirtschaft auswirken könnte, da eine kostengünstige Bereitstellung einer professionellen Betreuung für Senior*innen und Pflegebedürftige im Haushalt insgesamt mehr Arbeitskräfte für andere Erwerbsarbeitsbereiche freisetzen würde (Sindomêsticas 2023) – vor allem betrifft das die Arbeitskraft von Frauen. Durch die Selbstständigkeit werden auch die Pflegekosten für die Familien weiter gesenkt, da diese so an den Sozialabgaben der Care-Arbeiter*innen einsparen und dadurch sogar mehrere Betreuer*innen einstellen könnten (vgl. Camera dos Debutados 2021). Dies treibt eine weitere Kommerzialisierung der Pflegearbeit voran. Dementsprechend formalisiert die Gesetzesvorlage also nicht nur den Betreuungsberuf, sie trägt auch zu einer weitreichenden Institutionalisierung der privaten und kommerzialisierten Organisation von Pflegearbeit im Haushalt bei.

Auf der anderen Seite spielt das Gesetz partikularen kapitalistischen und unternehmerischen Interessen (etwa der Home-Care-Firmen) in die Hände, schränkt deren Handlungsspielraum aber zugleich ein. Indem die Gesetzesvorlage den Betreuer*innen Anreize zur Selbstständigkeit verschafft, befördert es deren Unabhängigkeit von den ausbeutenden Vermittlungsagenturen.

Der Grund für das Veto des ehemaligen Präsidenten Bolsonaro gegen den Gesetzesentwurf im Jahr 2019 richtete sich vor allem gegen die im Gesetz vorgesehene jährliche Anpassung der Löhne der Pflegekräfte an die Wirtschaftskonjunktur (vgl. Cofen 2023). Dasselbe Veto wurde vom aktuellen Nationalkongress beibehalten. Die hier sichtbare Absicherung möglichst niedriger Löhne für Pflege- und Sorgearbeiter*innen steht also im Kern der Verhandlungen. Das charakterisiert die eindimensionale und privatisierende Strategie, um Sorgelücken für nur wenige Einkommensstarke zu decken.

5.3.1.3 Care-Arbeit zwischen den fließenden Grenzen der Informalität und Formalität

Meine Interviews mit Care-Arbeiter*innen zeigen, dass sie im Laufe ihres Arbeitslebens mehrfach zwischen informellen und formellen Arbeitsverhältnissen wechseln (I8, I9, I12). Aufgrund von strukturellen Mehrfachkrisen finanzieller, ökologischer, und politischer Natur verlassen Care-Arbeiter*innen zeitweise regulierte Arbeitsverhältnisse und zahlen nicht mehr in die Pensionskassen ein (vgl. I8, I9, I12).

Deutlich wird in den Erzählungen der Care-Arbeiter*innen im Alter zwischen 30 und 70 Jahren, dass diese, ganz im Sinne einer patriarchal-kolonialen Tradition, bis heute gleichzeitig Haus- als auch Betreuungsarbeiten von Kindern und Senior*innen im Haushalt ausüben (vgl. GD4). Dementsprechend sammeln nicht formell ausgebildete Care-Arbeiter*innen Pflegeerfahrungen oftmals bei der Pflege eigener Familienmitglieder und bilden sich im *Learning-by-Doing*-Verfahren zu Alltagspflegeexpert*innen heran (I19, I12, I17). Vielfach absolvieren Care-Arbeiter*innen während oder nach einer längeren familiären Pflegeperiode kürzere Fortbildungen, um im Anschluss daran gegen Bezahlung als Pfleger*innen und Betreuer*innen in einem fremden Haushalt zu arbeiten.

Zugleich wird seit etwa zehn Jahren eine zunehmende Professionalisierung im Pflegebereich sowie im Arbeitsalltag professioneller und ausgebildeter Krankenpfleger*innen sichtbar (vgl. I17, GD4). Ausgebildete Krankenpfleger*innen arbeiten vor allem selbstorganisiert in der Alten- und Krankenbetreuung in den Haushalten oder werden durch private Home-Care-Firmen vermittelt. In den Gruppendiskussionen distanzieren sich diese Pflegekräfte bewusst von den informellen und nicht ausgebildeten Hausarbeiter*innen, die eine Arbeitskonkurrenz für sie darstellen (vgl. GD4).

Ein Beispiel hierzu betrifft Ro (I17), die heute 70 Jahre alt ist. Sie ist ausgebildete Krankenschwester, die zusätzliche Aus- bzw. Fortbildungen in Administration und Notfallambulanz absolvierte. Später wurde sie selbst als Ausbilderin in der Krankenpflege tätig. Davor arbeitete sie im Krankenhaus und betreute Kinder und Erwachsene im Haushalt als Zusatzeinnahme. „Heute ist das schwieriger“ (I17, Pos. 7), sagt sie. Vor etwa zehn Jahren entstanden private Home-Care-Firmen, die im Krankenhaus registriert sind. Diese sind zusammengesetzt aus Krankenschwestern und ausgebildeten Pfleger*innen, die im

individuellen Nachfragebedarf von Privatpatient*innen im Krankenhaus auch in deren Haushalten arbeiten. Die Organisation der Pflege und deren laufende Professionalisierung verläuft hierbei über strikte Routineprotokolle und standardisierte Gesundheitsevaluierung der Patient*innen. Ro kritisiert in diesem Zusammenhang die Mängel der für dieses System notwendigen Pflegeausbildung:

„Sie machen das nicht immer richtig. Manchmal schicken sie [Anm.: die Home-Care-Firmen] eine Person, die alles schön hübsch machen soll und man sieht dann, dass sie alles falsch macht. Auch deswegen, weil es keine Orientierung gibt. Die Schulen selbst geben manchmal keine Orientierung. Alles braucht Orientierung und eine professionelle Ausbildung. Auch um zu pflegen, um im Haushalt zu pflegen, um im Krankenhaus zu pflegen. Man kann nicht einfach ankommen und eine Spritze setzen.“ (ehemalige Krankenschwester, geschieden, I7, Pos. 27)

Professionalisierung und zunehmende Protokolle erfordern eine qualitativ hochwertige Pflegeausbildung. Der dafür notwendige Blick auf die Bedürfnisse der Patient*innen steht im Vordergrund des Pflegeberufes. Die Ernährung festlegen, die Grenzen in der Bewegungsmöglichkeit der Patient*innen evaluieren, das Wechseln der Windeln, die genaue Beobachtung von Verletzungen sowie die Vergabe von Medikamenten sind Bestandteil der Berufsroutine einer Pflegerin (I7, Pos. 3). Aber nicht nur die Sorge um „das Physische“, auch „das Emotionale“, „das Affektive“, „der Kontakt“, „Unterstützung“ und „Aufmerksamkeit“ gehören zum professionellen Sorgealltag (I7, Pos. 9). Die Betreuer*innen sind schließlich allein verantwortlich für die Art und Weise, wie sie sorgen und pflegen. Sie schulden bisher einzig der Cofen (Conselho Federal de Enfermagem), der brasilianischen Pflegekammer, ethische Verantwortung. Dort kann unprofessionelles und unethisches Handeln gemeldet sowie als Konsequenz der Eintrag technischer Ausbildungszertifikate entzogen werden.

Besonders bei den älteren Care-Arbeiter*innen bestehen die undefinierten und fließenden Arbeiten zwischen Hausarbeit, Betreuung und Pflege weiter. So wie bei der heute 70-jährigen Larissa: Sie beschreibt sich selbst als Hausarbeiterin, Betreuerin von Kindern, Senior*innen und Hunden (I9, Pos. 3). Unter der Woche versorgt sie Kinder, an den Wochenenden pflegt sie eine Alzheimerpatientin im 24-Stunden-Pflegedienst. Sie badet, wechselt Windeln, verabreicht Medikamente, misst den Blutdruck, installiert die Sauerstoffsättigung und leistet der Patientin Gesellschaft. Dafür bleibt sie die ganze Nacht über

wach, um ihre manchmal herumirrende Patientin nicht aus den Augen zu verlieren (I9, Pos. 13). Gelernt hat sie das bei der Pflege ihrer eigenen Mutter vor zehn Jahren, wie sie erzählt:

„Ich habe das gelernt als ich meine Mutter pflegte, als sie krank wurde und ich sie pflegen musste. Ich musste das lernen. Ich musste ein bisschen Krankenpflege lernen. Und dann habe ich begonnen, Senior*innen zu pflegen. Und das mache ich bis heute, ich mache das gerne.“ (I9, Pos. 11)

Ähnlich wie Larissa haben gerade ältere Hausangestellte aufgrund der jahrelangen Informalität ihrer Tätigkeit oft keinen Rentenanspruch. Larissa hat ihr ganzes Leben lang als Tagelöhnerin gearbeitet und leistet häusliche Care-Arbeit seit sie 12 Jahre alt ist, denn als Älteste von zwölf Geschwistern und als Verantwortliche für deren Versorgung konnte sie nicht studieren. Dabei hat sie im Laufe ihres Lebens selbst vier Kinder und vier Enkel*innen großgezogen. Ohne Rentenanspruch kann sie es sich auch heute nicht leisten, mit der Care-Arbeit in mehreren Haushalten aufzuhören.

Durch die Normalisierung altgewohnter Formen der bezahlten Sorge- und Pflegearbeit werden brasilianische Hausarbeiter*innen oft weiterhin wie untergeordnete Familienmitglieder betrachtet und behandelt. Bei solchen Arbeitsarrangements verschwimmt die Trennung zwischen professioneller und familiärer Beziehung, wie auch das folgende Beispiel von Therese zeigt: Mit 18 Jahren begann sie, Kinder einer Arztfamilie zu betreuen. Sie arbeitete elf Jahre lang ganztags, gab die Arbeit zeitweise auf, um im Haus ihrer Eltern auszuhelfen und dort Sorgelücken zu schließen. Im Anschluss betreute sie weitere drei Jahre „die Kinder der Kinder“ ihrer ehemaligen Arbeitgeber*innen (vgl. GD3, Pos. 17). Sie sagt: „Ich habe erst die Mutter betreut, dann den Sohn“ (I8, Pos. 24-25). In ihrer generationsübergreifenden Sorgearbeit beschreibt sie die Beziehung zu der Familie als „eng“ und als ein „Vertrauensverhältnis“ (Pos. 26), kein klassisches „Angestellten-Chef-Verhältnis“ (23). Die Familie sorgte sich um sie, sei „liebevoll“ gewesen, „nicht „kompliziert“ oder „autoritär“ (23). Sie hätten nicht diese schwierigen Seiten gehabt, von denen sie wisse, dass es sie gebe (26). Die immer noch starke Bindung zu der Familie zeige sich außerdem dadurch, dass sie zu Familienfesten eingeladen wurde (26). Auch die Beziehung ihrer eigenen Kinder zu den betreuten Kindern beschreibt sie als „affektiv“ (Pos. 30). So hätten diese die Ferien miteinander verbracht, nicht zuletzt da

Therese die Familie in den Urlaub als Sorgearbeiterin begleitete und ihre eigenen Kinder mitnehmen musste. „Ich habe mit meiner ganzen Fürsorglichkeit gesorgt, mit meiner ganzen Liebe, so als wären es meine eigenen Kinder“ (Pos. 26), fügt sie hinzu.

Trotz der Implementierung des Gesetzes „PEC das domesticas“ und des darin festgeschriebenen dreimonatigen Stillschutzes nahm Therese ihren eigenen Sohn bereits zwei Monate nach der Geburt mit zur Arbeit. Ihre Tochter ließ sie nach den ersten 19 Lebensmonaten von ihrer Mutter betreuen, weil „sie so viel geweint hat, zu unruhig war“ (Pos. 30). Auch Therese hat aufgrund von Arbeitsunterbrechungen zugunsten familiärer Sorgearbeiten noch unvollständige Einzahlungen in die Rentenkasse. Doch verglichen mit anderen interviewten Care-Arbeiter*innen ist sie dennoch privilegiert, da sie schon auf ein festes Arbeitsverhältnis mit Rentenanspruch zurückgreifen kann, während andere ältere Hausangestellte lebenslang ausschließlich oder teilweise informell in Haushalten arbeiten (vgl. I9).

Die soziale Absicherung der etwas jüngeren Care-Arbeiter*innen, das haben die Narrative gezeigt, verbessert sich zusehends, wenn das Hausangestelltengesetz „PEC das domesticas“ auch tatsächlich umgesetzt wird (vgl. I8, I11). Dennoch bestehen prekäre Arbeitsbedingungen innerhalb der Haushalte oftmals unverändert weiter: so wie bei Selene, die bei einer Familie im Stadtzentrum von São Paulo als Nanny und Hausangestellte festangestellt ist. Die Grenzen zwischen der ganztägigen Kinderbetreuung und der Hausarbeit sind auch hier traditionsgemäß immer noch fließend, wie sie bezeugt: „Ich betreue zwei Kinder, koche, wasche, bügle, putze und passe auf die Kinder auf“ (I11, Pos. 5). Wie andere Hausangestellte (vgl. I8, I9) hat auch sie ihre eigenen Kinder nach nur einem Jahr mit zur Arbeit genommen und selbst eine Großfamilie zuhause versorgt. Dafür hat auch sie aufgrund des Hausangestelltengesetzes heute eine zugesicherte Rente, freie Wochenenden und Ferientage sowie ein im Arbeitsgesetz festgelegtes 13. Monatsgehalt.

Selenes Arbeitsalltag ist wie der vieler Care-Arbeiter*innen ermüdend, vor allem durch die sehr frühen Arbeitszeiten, die durch die langen Anfahrtswege erschwert werden. Sie sagt: „Ich gehe um 5:20 aus dem Haus, nehme den Bus, komme um 6:30 an und beginne dann, die Dinge zu machen. Ich warte, bis die Kinder zwischen 8:00 und 9:00 Uhr aufwachen“ (I11, Pos. 11). Den Erzählungen entsprechend müssen Hausangestellte oft täg-

lich stundenlange Fahrtswege aus der Peripherie in die reichen Stadtviertel auf sich nehmen (I1, I6, I10, I11). Das ist einer der Gründe, warum feministische Stadtplaner*innen (vgl. Rolnik 2022) fordern, Städte nicht nur mittelschichtszentriert zu planen, sondern auch intersektionelle Ungleichheiten mitzudenken.

5.3.1.4 Zunehmende Professionalisierung im neoliberalen privaten Pflegesystem

Bei Seniorenbetreuer*innen um die 40 Jahre ist eine zunehmende Professionalisierung sichtbar. Das zeigt sich unter anderem an den Spezialisierungen der Pflegekräfte, selbst wenn diese in eher kurzen Ausbildungen erreicht werden (vgl. GD4).

Zum einen äußert sich ein wachsendes professionelles Selbstverständnis durch ein selbstbewusstes Abgrenzen der Betreuer*innen von den Familien der zu Betreuenden. Zum anderen steigt auch das Bewusstsein für die gesellschaftliche Relevanz des Pflegeberufes. Deutlich wird dies in Aussagen der Gruppendiskussionen, in denen Seniorenbetreuer*innen zum Beispiel betonen: „Wir werden alle alt, unsere Generation wird immer älter, wir müssen es (die Betreuung) regulieren“ (GD4, Pos. 57).

Während die älteren Care-Arbeiter*innen Schwierigkeiten angeben, private und professionelle Beziehungen zu den Familien zu trennen (vgl. I8, I9) sowie teilweise lebenslang für eine Familie zu arbeiten (I8), verteilen die jüngeren Betreuer*innen ihre Arbeitszeit eher zwischen verschiedenen Haushalten, sind über Home-Care-Firmen vermittelt (I10, GD4) und grenzen sich in ihren Aussagen entschiedener von den Familien der zu Betreuenden ab (vgl. I10, GD4). Trotzdem beklagen die Pflegekräfte weiterhin die Arbeitsbedingungen, die auf der Gewohnheit der hierarchischen Beziehungen mit den undefinierten und fließenden Grenzen der Arbeitstätigkeiten im Haushalt basieren. Das wird vor allem in der folgenden Aussage einer Gruppendiskussion sichtbar, in denen eine ausgebildete Pflegekraft kritisiert: „Sie behandeln uns wie Hausangestellte. Eigentlich sehen sie uns nicht wie Pflegekräfte, wie Personen, die ein Familienmitglied pflegen“ (GD4, Pos. 15).

Im folgenden Erfahrungsbericht werden die Einsparungen der Pflegenutzer*innen kritisiert, die statt einer Haushaltshilfe und einer Pflegerin nur eine einzige Hausangestellte

mit undefinierten Arbeitstätigkeiten für die beiden notwendigen Arbeitsbereiche anstellen. Eine Pflegekraft sagt:

„Wenn du privat einen Dienst annimmst, musst du als Hausangestellte und als Betreuerin arbeiten. Sie (die Familien) wollen nur ein Gehalt zahlen für beides. Aber, wie soll man sich um Patient*innen kümmern und um das Haus? Das Verständnis dafür fehlt hier in Brasilien: Eine Pflegerin ist eine Pflegerin. Eine Krankenschwester ist eine Krankenschwester. Eine Technikerin ist eine Technikerin. Und eine Hausangestellte ist eine Hausangestellte.“ (Pflegekraft, GD4, Pos. 25)

Die fehlende Formalisierung und Regulierung des Betreuungsberufes im Haushalt stellt ausgebildete Pflegekräfte vor die Wahl, entweder in einem abgesicherten Arbeitsverhältnis undefinierte Tätigkeiten im Haushalt mit auszuüben oder, als Betreuer*innen definiert, sich in 24-Stunden-Pflege-Anstellungen innerhalb von privaten Home-Care-Firmen vermitteln zu lassen. In diesen Arbeitsarrangements beklagen die Pflegekräfte vor allem die Nichteinhaltung von Arbeitsrechten, die nicht definierten Arbeitszeiten, den Mangel an Ruhezeiten sowie die zu niedrigen Löhne (vgl. GD4).

Lu (I10) ist 40 Jahre alt, ausgebildete Krankenschwester und betreut über eine Home-Care-Firma in 24-Stunden-Pflege eine Seniorin. Sie beschreibt ihren Pflegedienst, den sie mit zwei weiteren Betreuerinnen innerhalb eines Home-Care-Teams organisiert und damit familiäre Pflege durch professionalisierte 24-Stunden-Pflege ersetzt, folgendermaßen:

„Diese Frau ist 87 Jahre alt. Sie hat viel Geld. Sie hat drei Kinder. Ich bleibe bei ihr von Freitag bis Samstag. Ich beginne am Freitag um 17 Uhr und höre am Samstag um 17 Uhr auf. Also schlafe ich dort. Ich bekomme also mit, wer sie anruft. Manchmal bleibe ich das ganze Wochenende und keiner ruft an. Ich schreibe in der Früh eine Nachricht: Dona Clara ist aufgewacht. Dona Clara isst zu Mittag. Manchmal hast du Geld und denkst, damit ist es gut. Aber jetzt ist sie sehr traurig, wir wissen das. Weil sie allein ist, obwohl sie einen Haufen Verwandtschaft hat. Nur ich und noch zwei andere Mädchen bleiben bei ihr, nicht ihre Familie.“ (I10, Pos. 5)

Neben der organisierten Form der 24-Stunden-Pflege vermittelt durch eine Home-Care-Firma existieren Formen der individuell organisierten 24-Stunden-Betreuung im Haushalt weiter. Dabei erschweren undefinierte Aufgaben zwischen Informalität und Formalität sowie die unzureichende Ausbildung der Betreuer*innen auch die Pflegebeziehung zu den Patient*innen. Darüber berichtet zum Beispiel die 44-jährige Elisa (I12), die Alzheimer- und Krebspatient*innen im Privathaushalt pflegt, seit sie 19 Jahre alt ist. Sie hat

sich das Pflegen nach dem frühen Tod ihres pflegebedürftigen Ehemannes selbst beigebracht. Die Aussagen über ihre ersten Erfahrungen mit Alzheimerpatient*innen wirken aufgrund der von ihr beschriebenen Gewalterlebnisse widersprüchlich; sie sagt: „Sie (die Patientin) hat mich viel geschlagen [...] und ich habe schon auf einen Mann aufgepasst, der mich mit dem Messer bedroht hat“ (I12, Pos. 9). Daraufhin relativiert sie die Gewalt, zeigt Verständnis und Mitleid, indem sie sagt, Menschen mit Alzheimer seien eben schwierig zu pflegen (Pos. 10). Außerdem liebe sie ihren Job, mache es nicht des Geldes wegen (Pos. 14). In diesem Erfahrungsbericht wird unter anderem die Aktivierung von Gefühlen deutlich, die auch im Kontext der Armutslinderung einer sogenannten „Mitleidsökonomie“ (vgl. Kessl 2023) debattiert wird. Hierbei wird unter anderem die Mobilisierung von Gefühlen wie Mitleid hervorgehoben, die Menschen dazu veranlassen, unter schlechten Arbeitsbedingungen und mit niedrigen Löhnen in sozialen Bereichen tätig zu werden oder auch freiwillige soziale Dienste zu übernehmen.

In Elisas Geschichte wird gleichermaßen die Verletzungsoffenheit von Pflegekräften sowie die eigene prekäre Gesundheitsversorgung deutlich, insbesondere im Fall unerwarteter Arbeitsunfälle oder Krankheiten: Im Laufe ihrer Arbeitsbiographie hat Elisa bereits registriert gearbeitet, später aber bevorzugt, als Freiberuflerin mit individuellen Arbeitsverträgen „mehr Service“ annehmen zu können (Pos. 16). Seit drei Jahren ist sie auf Drängen ihrer Arbeitgeber*in wieder festangestellt. Nach dem Tod der Patientin, die sie im Haushalt pflegte, zieht sie aufgrund der Covid-19-Pandemie sowie eines gleichzeitigen Arbeitsunfalles in das Haus des Ehemannes der Verstorbenen und tätigt dort weiterhin leichte Haus- und Betreuungsarbeiten. Aus dem Arbeitsverhältnis entsteht eine gegenseitige Sorge- und damit auch Abhängigkeitsbeziehung. Sie beschreibt es selbst so: „Er sorgt sich um mich, weil ich einen Arbeitsunfall hatte“ (Pos. 9). Seitdem kann Elisa ihren mehrfach (während der Behandlung) gebrochenen Arm nicht mehr bewegen, macht zweimal die Woche Physiotherapie und ist sich nicht sicher, ob sie zukünftig weiter als Betreuerin arbeiten kann. Elisa wohnt heute bei ihrem „Patron“, weil im Haushalt ihrer Geschwister, in dem sie noch unterkommen könnte, bereits 14 Menschen, unter ihnen acht Kinder, leben (Pos. 29). Die Miete ihrer eigenen, von ihrem Arbeitsplatz weit entfernten Einzimmerwohnung, die sie nur an Wochenenden nutzt, ist ihr während der Pan-

demie und aufgrund ihrer Arbeitsunfähigkeit zu teuer geworden (Pos. 40). Sie lebt (während der Covid-19-Pandemie) von staatlicher, für wenige Monate ausbezahlter Nothilfe sowie von der privaten Unterstützung des Patrons für undefinierte Assistenz- und Hausarbeiten.

Die Erfahrungen der Care-Arbeiter*innen unterscheiden sich sowohl aufgrund des Alters als auch in der Ausbildung und in ihren von der sozialen Herkunft abhängigen individuellen Fortbildungsmöglichkeiten. Durch die zunehmende Professionalisierung im Senioren- und Krankenpflegebereich entstehen dabei sichtlich neue klassenbezogene Unterschiede zwischen formell und informell arbeitenden Hausarbeiter*innen sowie zwischen ausgebildeten und nicht bzw. informell ausgebildeten Pflegekräften. Im Kontext zeigt sich dies auch bei den ungleichen Löhnen: Während Hausarbeiter*innen im festen Angestelltenverhältnis zwischen 1394 Reais und 1511 Reais (etwa 280 Euro) monatlich verdienen, kommen die Löhne bei informellen Arbeiter*innen auf 855 Reais bis 944 Reais (etwa 170 Euro) (PNAD 2023).

5.3.1.5 Schlussfolgerungen

Zusammengefasst überschneidet sich eine zunehmende Professionalisierung mit einer in den familiären Haushalt verlagerten Care-Arbeit in einem zunehmend privatisierten Gesundheitssystem. Dadurch setzen sich strukturelle Ungleichheiten und Hierarchien entlang der Kategorien Geschlecht, *Race* und Klasse unangefochten fort. Als Folge der (neoliberalen) Professionalisierung der Pfleger*innen entstehen neue soziale Differenzierungen zwischen diesen Personen entlang der Variablen Herkunft, Bildungszugang und berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten aber auch zwischen Pfleger*innen und Pflegeempfänger*innen.

Mit den politischen Aushandlungsprozessen um die Regulierung und Anerkennung des Betreuungsberufes können zwar punktuelle Verbesserungen hinsichtlich der Arbeitszeitregulierungen sowie der sozialen Absicherung der Pflegekräfte erreicht werden, sofern bestehende Gesetze wie das Hausangestelltengesetz („PEC das domesticas“) sowohl von Arbeitgeber*innen als auch von Arbeitnehmer*innen umgesetzt werden. Trotzdem bestehen oftmals altgewohnte Arbeitsarrangements innerhalb des Haushaltes mit den oft flie-

ßenden Grenzen zwischen Betreuungs- und Hausarbeiten aufgrund des normalisierenden Verhaltens der Mittelklasse fort, die gleichgestellte Arbeitsrechte von Hausarbeiter*innen nicht gewohnt ist und diese oftmals nicht akzeptiert. Genauso bleiben die langen Anfahrtszeiten, die niedrigen Löhne und die immer noch mehrheitliche Ausübung von Care-Arbeiten im Haushalt durch Tagelöhner*innen unveränderte Alltags- und Lebensrealitäten.

Zusammenfassend werden zwei ambivalente Entwicklungen sichtbar: Auf der einen Seite reflektieren neue Klassifizierungen zwischen formellen und informellen, gut ausgebildeten und nicht ausgebildeten Care-Arbeiter*innen eine Kontinuität der gesellschaftlichen Abwertung unbezahlter Sorge- und Hausarbeit, die unverändert hierarchisch und rassifiziert untergeordnet an Frauen ausgelagert wird. Auf der anderen Seite ist eine graduelle Aufwertung professioneller Pflegekräfte für die zunehmend als gesellschaftlich relevant anerkannte 24-Stunden-Pflege sichtbar, was als eine weitere Kommodifizierung von Pflege gewertet werden kann. Dabei entstehen auch neuere Formen des kolonialen Sorgeextraktivismus (vgl. Wichterich 2016): Das spiegelt auch der aktuelle Versuch der gezielten Anwerbung gut ausgebildeter brasilianischer Pflegekräfte, zum Beispiel durch die deutsche Bundesregierung, wider: Durch die schlechten brasilianischen Arbeitsbedingungen und vergleichbar noch schlechteren Löhne der gut ausgebildeten brasilianischen Pflegekräfte in Brasilien verspricht ihnen eine internationale Anwerbung nach Deutschland eine scheinbare „Win-Win-Win-Situation“ (vgl. Baerbock/Heil et. al. bei NTV 05.06.2023). Als Folge dieser „strategischen Partnerschaft“ (Tagesschau 05.06.2023) sparen sich dann schließlich beide Staaten die Erhöhung der inländischen Löhne für Pflegekräfte sowie eine weitere gesellschaftliche und materielle Aufwertung von Care-Arbeit.

Bezahlte Care-Arbeit bewegt sich in diesem Sinne in einem gesellschaftlichen konflikt-haften Aushandlungsprozess – mit den altbekannten patriarchal und kolonial geprägten (globalen) maskulinistischen, erwerbs- und kapitalorientierten Herrschaftsverhältnissen. Gleichzeitig positionieren sich Care-Arbeiter*innen selbst – unter anderem mit ihren Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und besseren Löhnen – individualisierend innerhalb eines unverändert privatisierenden neoliberalen Gesundheitssystems.

Der Staat hält hierbei private und familiarisierende Formen der Sorge und Pflege aufrecht und beschränkt sich dabei auf die Gesetzesregulierungen der Arbeiter*innen, um weiterhin möglichst günstige Arbeitskräfte und Care-Dienstleistungen zur Verfügung stellen zu können. Staatliches Handeln reduziert sich folglich auf die Rechtsetzung bezüglich der Kommerzialisierung von Care-Arbeit als politische Hauptlösung einer erwerbs- und gewinnorientierten sowie zunehmend global ungleich verteilten Reproduktionsarbeit. Geschlechterungleichheiten, die im Zuge der Care-Arbeit entstehen, bleiben dadurch (auch global) weiter unangefochten. Sich überschneidende intersektionelle Ungleichheiten an den Achsen Geschlecht, Klasse und *Race* bestehen als Folge nicht angefochtener struktureller Ungleichheiten – wenn auch in neuen Gestaltungsformen reproduziert – weiter.

5.3.2 Das Narrativ der liebenden Betreuerin

„Quem tem amor para criança é pobre, rico tem dinheiro.“
– „Wer Liebe für Kinder hat, ist arm, Reiche haben Geld.“
(Brasilianische Anzeige von Hausangestellten
siehe Bild im Anhang 2)

Der folgende Abschnitt thematisiert ein unter brasilianischen Care-Arbeiter*innen verbreitetes Narrativ, das ich das „der liebenden Betreuerin“ nennen möchte. Es beschreibt und gibt Auskunft über die subjektivierende normierende Wirkung im staatlichen Vergeschlechtlichungsprozess der Care-Arbeit. Das Sorgenarrativ umfasst eine weiblich konnotierte Liebesfähigkeit, die als ein beruflicher Skill in den Aussagen bezahlter Care-Arbeiter*innen wiederholt betont wird.

Sowohl in den Interviews als auch den Gruppendiskussionen betonen bezahlte Care-Arbeiter*innen „Liebe“ als das Gefühl, zugleich aber auch als eine professionelle Fähigkeit, die sie neben den Erfordernissen der „Geduld“ und der „Verantwortung“ mit Sorge- und Pflegearbeit verbinden. Das wird in Aussagen deutlich wie: „Ich liebe sie alle. Jede*n Einzelne*n, die/den ich gepflegt habe“¹⁷ (I12, Pos. 11); oder: „Ich glaube, pflegen ist Liebe“ (I10, Pos. 5). Außerdem wird dies in folgender Meinungsäußerung sichtbar: „Ich

¹⁷ Anmerkung zur Übersetzung: Die Care-Arbeiterinnen verwenden in den Interviews durchwegs männliche Formen. Bei der Übersetzung verwende ich die gegenderten deutschen Formen, da die Care-Arbeiterinnen nicht bewusst nur die männliche Form benutzen, sondern geschlechtsneutral von Patient*innen sprechen.

glaube, man braucht Liebe, Geduld; wenn man für eine Person sorgen möchte, braucht man viel Geduld“ (I10, Pos. 3).

Die Erzählungen veranschaulichen, dass „Liebe“ dabei nicht ausschließlich mit einem Gefühl der Verbundenheit, sondern auch mit einer als professionell konnotierten „Liebes“-Fähigkeit in der Pflege- und Betreuungsarbeit in Beziehung gebracht wird, so wie es die folgende Pflegerin beschreibt:

„Personen mit Alzheimer sind sehr schwierig zu pflegen. Mann, sie machen uns ganz verrückt, man braucht viel Geduld und Weisheit. Wenn du das nicht hast, dann kannst du nicht sorgen. Denn sie sind sehr stur, sie wollen, dass alles so läuft, wie sie es wollen, beschweren sich immer, sind schwierig, man braucht viel Liebe, um das zu machen. Viel. Mit Menschen umzugehen, ist kompliziert.“ (I12, Pos. 9)

Die Betonung der Liebesfähigkeit als eine professionelle Voraussetzung wird neben der für den Pflegeberuf notwendigen Charakterstärke, „Geduld haben“ zu müssen, auch von anderen Betreuer*innen als eine professionelle Fähigkeit hervorgehoben. In diesem Sinn stellt diese informell arbeitende Seniorenbetreuerin sich und ihre Arbeit folgendermaßen vor:

„Ich pflege unglaublich gern Senior*innen, ich habe echt viel Geduld. Ich mache das gern, ich mag es. Eine Sache, die ich mache, weil ich es muss, aber ich mache es mit Liebe. Ich mag es. Ich mache es unglaublich gern.“ (I9, Pos. 7)

Die Betonung der „Liebe“, wie in der obigen Aussage, tritt bei anderen Care-Arbeiter*innen wiederholt auch an die Stelle der für den Pflegeberuf notwendigen Beständigkeit und des Durchhaltevermögens, um zum Beispiel prekäre Arbeitsbedingungen zu ertragen. Das verdeutlichen ebenfalls die teilweise widersprüchlich wirkenden Aussagen von Betreuer*innen, etwa die folgenden:

„Ich arbeitete von Sonntag bis Sonntag und habe alle 15 Tage frei. Ich mache Spaß, dass in meiner Arbeit die Wochenenden fehlen, aber meine Arbeitszeiten sind am Samstag und Sonntag direkt. Da ich nicht verheiratet bin, keine Kinder habe, ist das für mich in Ordnung. Und alle 15 Tage habe ich frei. Ich habe viele Geschichten, habe schon viele Häuser geputzt, seit acht Jahren mache ich das. Ich mag, was ich mache, mag sehr gern was ich mache. Ich liebe es. Ich glaube, Krankenschwester und Betreuerin sind sehr schöne Berufe, ich bewundere es, weil es nicht leicht ist.“ (I12, Pos. 5)

Eine weitere Pflegerin berichtet Folgendes:

„Ich glaube, man braucht Liebe und Geduld. Wenn du eine andere Person versorgst, brauchst du viel Geduld. Denn zuhause ist es nicht genauso wie bei einer anderen Person.

Es ist anders. Du musst lernen, mit bestimmten Situationen umzugehen. Du sagst, mein Gott, hier ist das so, aber da musst du eben Geduld haben und auch mal runterschlucken können. Also Liebe haben, das ist wichtig.“ (I10, Pos. 3)

Auch in den weiteren Erfahrungsberichten wird „Liebe“, im Zusammenhang mit der christlichen Nächstenliebe und mit der Hoffnung auf eine zukünftige Belohnung hinsichtlich der eigenen Versorgung verbunden:

„Ich glaube, Sorgen ist Liebe. Du denkst dabei nicht nur an den Lohn. Ich bin nicht so. Wenn ich eine Person pflege, möchte ich das geben, weil ich denke: Ich habe Kinder. So wie ich Sorge, möchte ich von meinen Kindern versorgt werden. So möchte ich auch für andere sorgen.“ (I10, Pos. 3)

Die Pflegerin des obigen Erfahrungsberichtes betont, selbst einmal von ihren Kindern so versorgt werden zu möchten, wie sie selbst für andere sorgt. Sie gibt damit Einblick in ihre soziale Realität. Denn sie selbst wird voraussichtlich später keine Pflegekraft bezahlen können, ist deswegen auf die Pflege durch ihre Kinder angewiesen.

Auch die folgende Care-Arbeiterin betont die Hoffnung auf eine würdige Betreuung im Alter, wenn sie sagt: „Wenn ich betreue, dann denke ich daran, dass ich auch einmal betreut werden will. Wir brauchen Liebe, ohne geht es nicht“ (GD4, Pos. 58).

Eine andere Pflegerin betont in derselben Gruppendiskussion die alltäglichen Sorge- und Pflegearbeiten, die sie anstelle der Familie übernimmt. Im darauffolgenden Satz hebt sie die Gottesliebe hervor, die sie voraussetzt, um im Pflegeberuf bestehen und um den Patient*innen Zuwendung geben zu können. Sie sagt: „Wir machen den Alltag, den die Familie nicht macht. Man muss Gott lieben, wenn man im Gesundheitssystem arbeitet. Die Patient*innen brauchen oft viel Zuwendung“ (GD4, Pos. 37-38).

Bei den oberen Aussagen wird die Rolle von Religion unter den Betreuerinnen sichtbar, die mit dem Glauben daran verbunden ist, etwas Gutes zu tun, was zukünftig kompensiert wird – auch wenn die Wertschätzung, der Lohn oder die Arbeitsbedingungen nicht zufriedenstellend sind. Irdische Ungerechtigkeit wird somit im Glauben an eine göttliche Gerechtigkeit erduldet und normalisiert. Selbst über lange Zeit hinweg ungerechte Arbeitsarrangements werden hier in einer gewissen Märtyrerhaltung ertragen. Das wurde besonders in einer Aussage während einer Gruppendiskussion deutlich, als eine Pflegerin

eine biblische Stelle zitierte, indem sie sagte: „Sie werden eines Tages aufwachen. Die letzten werden die ersten sein“ (GD4, Pos. 56).

Vor diesem Hintergrund werden auch die Rolle und Funktion von Religion und Spiritualität unter Care-Arbeiter*innen in Brasilien, wo die Mehrheit der Bevölkerung einem religiösen oder spirituellen Glauben folgt, sichtbar. Des Weiteren wird in den Erzählungen deutlich, dass im Pflegealltag aufgrund der alltäglichen Präsenz sowie der routinierten Zuwendung der Betreuer*innen gegenseitige Gefühle der Zuneigung und „Liebe“ zwischen den Pfleger*innen und den Patient*innen entstehen können. So erzählt eine Seniorenpflegerin:

„Sie beginnen, uns zu lieben. Sie lieben uns. Und auf die gleiche Weise wächst Zuneigung bei uns. Es ist ein bisschen so. Es ist gut so, es ist nicht schlecht, abgesehen davon, dass es ermüdend ist, aber es ist gut.“ (I9, Pos. 15)

Besonders im Zusammenhang mit Sterbeerfahrungen berichten die Pflegerinnen von Freundschaften mit Patient*innen und dem Abschiedsschmerz bei Todesfällen sowie der Schwierigkeit, sich professionell von den zu Betreuenden abzugrenzen. Sie erzählen in der Gruppendiskussion:

T1: „Wir sprechen viel, und als er nach einem Jahr gestorben ist, das war schwierig für mich. Er war mein Freund, und als er gestorben ist, habe ich ihn dabei begleitet, das war schwer.“ (GD4, Pos. 36)

T2: „Wir [Anm.: Pfleger*innen] versprechen uns immer, dieses Mal nicht, wir werden keine Beziehung mehr zulassen, aber dann passiert es wieder. Wie soll man das machen, wenn man 24 Stunden zusammen ist? Wir machen den Alltag, den die Familie nicht macht.“ (GD4, Pos. 37)

Wiederholt setzen die Betreuerinnen der Figur der liebenden Pflegenden die der nachlässigen Familie entgegen. So heben auch die Pflegerinnen im Folgenden hervor: „Ich glaube, dass sie, die wir pflegen, anfangen uns zu lieben. Weil wir ihnen mehr Zuneigung geben als die eigene Familie“ (I10, Pos. 5).

Ähnlich betont auch die folgende Pflegekraft in einer Gruppendiskussion ihre Liebesfähigkeit und gibt dies als Begründung dafür, so lange im Pflegeberuf durchgehalten zu haben. Sie sagt:

„Ich hatte schon alle möglichen Familien. Oft hat man Lust aufzuhören, aber ich liebe es, auf Alte aufzupassen. Man kann Liebe nicht studieren. Wenn es nicht aus Liebe wäre, hätte ich schon lange aufgehört, Depressionen bekommen.“ (GD4, Pos. 25)

Die obige Aussage gibt auch Einblick über die von der Pflegerin empfundene Härte des Pflegeberufes. Damit unterstreicht sie die Bedeutung der Liebe als eine Voraussetzung für den Pflegeberuf. In der folgenden Aussage derselben Gruppendiskussion beschreibt eine weitere Pflegerin ihre Beziehung zu den Pflegeempfänger*innen, die sie als Freund*innen betitelt. Sie grenzt dabei interessanterweise die freundschaftliche Vertrauensbeziehung, die sie zu den Patient*innen im Alltag und im Haushalt aufbaut, von der Pflegesituation im Krankenhaus ab, die sie als „anders“ beschreibt, indem sie sagt: „Im Krankenhaus ist das anders, aber zuhause im Alltag sind wir Freund*innen und oft haben Patient*innen mehr Vertrauen in mich als in die Familie“ (GD4, Pos. 34).

Nachdem in den vorausgegangenen Interviews bei mehreren Betreuerinnen das Narrativ der „liebenden Betreuerin“ zu Tage kam, wird auch in den Diskussionsgruppen die Frage gestellt, ob sie glauben, dass bezahlte Care-Arbeiter*innen mehr „lieben“ und besser sorgen als die Familienangehörigen der zu betreuenden Personen, worauf in der Gruppe der Pflegekräfte alle übereinstimmend mit „ja“ antworten (GD4, Pos. 32). In der zweiten Gruppe bestätigen dies nur zwei von drei Care-Arbeiter*innen (GD3, Pos. 15-16). Eine (Kinder-)Betreuerin kann dem nicht zustimmen. Ihrer Erfahrung nach musste die Familie, deren Kinder sie betreute, arbeiten gehen, um den eigenen Kindern eine bessere Schulbildung zu ermöglichen. Die Familie habe den Kindern trotzdem viel Liebe gegeben (GD3, Pos. 17). Auch in der Gruppendiskussion mit Eltern, die für die Pflege ihrer eigenen Eltern bezahlte Pflegedienste sowie Kinderbetreuerinnen in Anspruch nehmen, wird deutlich, dass es sich weniger um die Frage der „Liebe“ als vielmehr um mangelnde Alternativen handelt (GD2).

Trotzdem sind auch Frauen aus niedrigeren sozialen Schichten der Meinung, dass „reiche Menschen“ ihre zu pflegenden Angehörigen nicht unbedingt weniger „lieben“, aber sich um diese weniger sorgen als arme Menschen und jene, die als Pfleger*innen arbeiten. Das hebt der folgende Diskussionsauszug hervor:

T2: „Was ich glaube, ist, dass in den ärmeren Familien besser [selbstständiger] gesorgt wird, nicht mehr geliebt wird, aber besser gesorgt wird. Die Reichen sorgen sich

weniger. Das machen die Lehrer*innen. Die ärmere Klasse sorgt sich besser. Ich habe schon viele reiche Eltern gesehen, die konnten nicht mal dem Sohn den Schuh anziehen, weil das immer die Nanny gemacht hat“. (GD2, Pos. 56)

T3: „Die reichen Familien, die verreisen auch die ganze Zeit.“ (GD2, Pos. 59)

T2: „Ich kenne Eltern, da sind die Kinder den ganzen Tag mit der Lehrerin und dann mit der Nanny. Und am Wochenende haben die Eltern mit Geld auch noch eine Nanny am Wochenende bezahlt, weil sie verreisen und die Kinder mit der Nanny lassen, also die Eltern sorgen sich nicht.“ (GD2, Pos. 60)

T3: „Sie sorgen sich nicht, sie bezahlen andere, damit sie sich sorgen.“ (GD2, Pos. 61)

Eine Mutter aus dem oberen Mittelstand widerspricht in der Gruppendiskussion vehement dem Sorgenarrativ und sagt:

„Ich bin nicht einverstanden! Man darf das nicht verallgemeinern. Es gibt Reiche, die viel arbeiten und die delegieren an andere, an Betreuer*innen und Angestellte. Ich sehe aber auch viele, die immer mehr auf ihre eigenen Kinder aufpassen, im Vergleich zu früher. Ich sehe mehr Eltern, die sich selbst um die Kinder kümmern“. (GD1, Pos. 7)

Offensichtlich wird in den Gruppendiskussionen der klassenbezogene Konflikt zwischen Sorger*innen und Care-Empfänger*innen sowie deren unterschiedliche Wahrnehmungen von Sorgeverhältnissen. Über das Narrativ der liebenden Betreuerin ziehen die Betreuerinnen klassenbezogene Grenzen zu den Familien der Pflegeempfänger*innen. Diese werden als Konsequenz von den Betreuerinnen vielfach mit dem Bild der „nicht Sorgenden“ oder dem vergeschlechtlichten Bild der „nicht liebenden, karriereorientierten Mutter“ herabwürdigt. Sie werten damit auch ihren eigenen Betreuungsberuf moralisierend auf. Demzufolge ist an dieser Stelle durchaus eine (wenn auch unbewusste) entsolidarisierende Haltung zwischen Care-Arbeiter*innen und Frauen, die Care-Arbeit an diese auslagern, sichtbar.

„Liebe“ zu haben wird von den Care-Arbeiter*innen der Diskussionsgruppen wie auch in den Interviews wiederholt als ein professioneller Skill benannt, um Sorge- und Pflegearbeit überhaupt leisten zu können und um die Belastungen sowie prekäre Arbeitssituationen zu ertragen (GD4, Pos. 25, Pos. 35, Pos. 37, Pos. 58). Die Interviews und Gruppendiskussionen bestätigen dabei das Narrativ der liebenden Betreuerin. Repräsentationen, die auch im medialen Alltag publiziert werden – wie „die Mittelklasse liebt ihre Kinder nicht, weil sie die Erziehung ihrer Kinder den Hausangestellten überlässt“ (vgl.

Anhang 2) –, kommen hier im Zusammenhang mit häuslicher Pflege wieder zum Ausdruck. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Care-Arbeiter*innen die Tatsache, dass die Mittelschicht ihre Sorgearbeit nicht selbst erledigt, abwerten, aber selbst ihre Arbeit moralisierend aufwerten. Die Repräsentationen, die an dieser Stelle zum Ausdruck kommen, geben Einblicke in die unterschiedliche Wahrnehmung innerhalb der stark getrennten und rassifizierten Klassen- und Geschlechterverhältnisse im brasilianischen historischen Gesamtkontext der Care-Arbeit.

Dem folgend werden die als weiblich konnotierten Gefühle der Liebe, Fürsorglichkeit und Empathie (vgl. Bargetz 2020) im Narrativ sichtbar. Die Annahme, dass Frauen besser sorgen, rechtfertigt das professionelle (vergeschlechtlichte) Selbstverständnis, dass auch Pflegerinnen besser sorgen würden. Das bestätigen auch die Care-Arbeiterinnen einer Gruppendiskussion, indem sie sich darauf einigen, dass Frauen für betreuende Berufe besser geeignet seien als Männer. Berufliche Fähigkeiten wie „Liebe“ und „Geduld“ konnotieren sie dabei selbst als weiblich. Das wird in den wiederkehrenden Aussagen in den Gruppendiskussionen mit den Betreuerinnen sichtbar: „Die Frau ist verantwortlicher und hat mehr Geduld“ (GD3, Pos. 2); „Frauen sind liebevoller, sorgen besser“ (GD3, Pos. 3); „Wir Frauen haben diese mütterliche Seite mehr ausgeprägt“ (GD3, Pos. 5). Die Aussagen reflektieren ein Verständnis von sorgender Weiblichkeit und Mütterlichkeit innerhalb einer binären Geschlechtertrennung.

In einer weiteren Gruppendiskussion mit Pflegekräften einer Home-Care-Firma wurde gefragt, warum die meisten Pfleger*innen Frauen sowie mehrheitlich keine weißen Frauen seien. Der darauffolgende Kommentar war: „Die Männer verdienen viel mehr als die Frauen. Wir wissen, dass wir es auch können, wir können viel zur gleichen Zeit machen. Die Geschichte wiederholt sich in allen Berufen. Warum, weiß ich nicht“ (GD4, Pos. 24). Dies bestätigt aufs Neue die Naturalisierung sowie die Präsenz Symbolischer Gewalt in diesem geschlechtlich konnotierten Berufsverständnis der Pflegerinnen. Die Interviewteilnehmerinnen können das vergeschlechtlichte und rassifizierte Arbeitsverhältnis ihres Umfeldes nicht begründen. Die Pflegerin betont die Tatsache, dass Männer besser verdienen als Frauen, obwohl Frauen die gleiche Arbeit leisten. Diese Ungleichheit wird als ein immer schon dagewesener historischer Fakt dargestellt – dennoch erkennt die Pfl-

gerin das patriarchale Herrschaftsverhältnis dahinter, das sich hier in dem *Gender Pay Gap* widerspiegelt.

5.3.3 Neoliberale Subjektivierung im privatisierenden Pflegesystem

Kapitalistische Staaten prägen neben der Vorgabe von strukturellen, materiellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen auch symbolisch und normierend die gesellschaftlichen und subjektiven Lebensweisen. Im Zentrum des folgenden Kapitelabschnittes stehen dementsprechend Formen neoliberaler Subjektivierung im Zuge der staatlichen Care-Politiken, die in den Erzählungen von Care-Arbeiter*innen festgemacht werden können.

Der folgende Abschnitt thematisiert das professionelle Selbstverständnis der Care-Arbeiter*innen, das im Zuge zunehmender Professionalisierung im Pflegebereich entsteht. Analysiert werden subjektive Verinnerlichungen neoliberaler Rationalitäten wie Wettbewerbsdenken und Durchhaltevermögen seitens der Care-Arbeiter*innen, die im Kontext eines gleichzeitig zunehmenden gesellschaftlichen Anti-Welfare-Ethos symbolisch an Wirksamkeit erlangen. In meinen theoretischen Überlegungen wurden meritokratische (an Belohnung orientierte) Denkweisen und Anti-Welfarismus als politische Rahmungen sowie ideologische und moralische Rechtfertigungen des neoliberalen Sozialabbaus und ungleicher Ressourcenverteilungen eingeführt. Die folgende Interpretation soll dieses Zusammenspiel zwischen Ökonomie und Moral im Kontext des Neoliberalismus bzw. der Moralisierung von Ökonomie und ihrer staatlichen Institutionalisierung (Biroli 2020: 143; Brown 2018) in der Subjektivierung von Care-Arbeiter*innen aufzeigen.

5.3.3.1 Naturalisierung und Legitimierung von Ausbeutungsstrukturen

Eine Gruppendiskussion mit Care-Arbeiterinnen einer privaten Home-Care-Firma in São Paulo (GD4) verdeutlicht die Verinnerlichung zunehmend wettbewerbsorientierter, ökonomiezentrierter Denkweisen im Kontext der wachsenden Professionalisierung der Pflegekräfte. Dabei wird eine „neoliberale Rationalisierung“ (Brown 2018) in den Aussagen der Care-Arbeiterinnen sichtbar, die in Subjektivierungen in Form von rational und ökonomisch begründeten Rechtfertigungen von Ausbeutungsstrukturen und Arbeitsrechtsverletzungen ihren Ausdruck findet. Diese sind den Pflegekräften nicht unbedingt bewusst und werden von ihnen, so meine Interpretation, normalisiert sowie teilweise

legitimiert, was ich mit dem Konzept der Symbolischen Gewalt (Bourdieu 1989) erklären möchte. Symbolische Gewalt zeigt sich hier in den Gruppendiskussionen konkret in einer gewissen Resignation gegenüber den ausbeutenden Arbeitsstrukturen, indem die Pflegerinnen die Rationalisierungsmaßnahmen der Home-Care-Firma als selbstverständlich darstellen. Die Care-Arbeiterinnen zeigen eine gewisse Anerkennung von Hierarchien und einer menschenausbeutenden Arbeitsteilung und Logik, die sie selbst benachteiligt und ihr Leben erschwert. Gleichzeitig sprechen die Pflegekräfte in der Diskussion verstärkt ihre individuelle Belastbarkeit und ihr Durchhaltevermögen an. Damit zeigen sie sowohl Stolz als auch eine professionelle Haltung gegenüber ihrem gelernten Beruf, nicht zuletzt, indem sie sich bewusst von den informellen und nicht ausgebildeten Hausarbeiter*innen abgrenzen sowie einfordern, den Beruf der Betreuerin anzuerkennen und damit aufzuwerten.

Im Erfahrungsaustausch der Gruppe werden die prekären und ausbeutenden Arbeitsbedingungen der Betreuerinnen, die über Home-Care-Firmen vermittelt werden, geschildert. Gleichzeitig nehmen die Pflegerinnen den Standpunkt der Familien, die diese Dienste in Anspruch nehmen, ein und begründen rational-ökonomische Logiken wie:

„Die Familie zieht Home-Care aufgrund der Sicherheit vor. Denn da fällt niemand aus, weil es viele Betreuer*innen gibt. Die Familie zahlt lieber dreimal mehr an Home-Care als für die soziale Sicherheit der Betreuerin. Der Patient braucht diese Betreuung!“ (GD4, Pos. 10)

Auch immer ungeregelt und beliebig „hin- und her fahren zu müssen“ (Pos. 13), um für ausfallende Kolleg*innen flexibel und zu jeder Nacht- und Tageszeit einzuspringen, begründen die Care-Arbeiterinnen aus dem Blickwinkel der Firma, in Aussagen wie: „Für die Firma ist das toll, sie haben immer jemanden, der einspringt. Sie müssen sich nie vor der Familie rechtfertigen“ (Pos. 27).

Kritik wird daran geäußert, dass Überstunden nicht bezahlt werden (Pos. 26). Außerdem wisse „die Betreuerin alles, kennt den Patienten schon“ (Pos. 28). Die dahinterstehenden Sparmaßnahmen der Vermittlungsagenturen und das Entziehen der Verantwortung der Home-Care-Firma gegenüber den Familien durch das gezielte Reduzieren von Pflegekräften werden in den Narrativen abschwächend dargestellt, indem der Standpunkt der Klient*innen betont wird. Die Naturalisierung und Legitimierung der Ausbeutungsstruk-

turen zeugen damit von einem Wirksamwerden von Symbolischer Gewalt sowie von einer unbewussten freiwilligen Inkaufnahme prekärer Arbeitsbedingungen (vgl. Bachinger 2016: 39). Diese werden von den Pfleger*innen als „normal“ und mit dem Gefühl der Alternativlosigkeit verinnerlicht und auch dadurch akzeptiert, indem sie weiterhin zu diesen Konditionen arbeiten. Die kapitalistischen und patriarchalen Herrschaftsverhältnisse dahinter werden dabei von den Care-Arbeiter*innen selbst größtenteils verkannt.

5.3.3.2 Wettbewerbsdenken und Durchhaltevermögen im Kontext prekärer Arbeitsbedingungen

Keine Wahl zu haben, Verantwortung gegenüber den Pflegeempfänger*innen übernehmen zu müssen und dabei keine Autonomie zu haben (GD4, Pos. 14), dies scheinen die Betreuerinnen als professionelles Durchhaltevermögen und Zeichen ihrer Belastbarkeit verinnerlicht zu haben. Das verdeutlichen Aussagen wie: „Sonst bleibt man nicht, der Patient mag einen nicht, die Familie mag einen nicht. Dann geht man besser, wenn man kein Charisma hat“ (Pos. 37) oder: „wir müssen professionell sein“ (Pos. 14).

Selbst positionieren sich die Betreuerinnen als gesellschaftlich nicht wertgeschätzte Personen. Das kommt in Aussagen wie „sie behandeln uns sehr schlecht“ (Pos. 15), „sie behandeln uns wie Hausangestellte“ (Pos. 15), „sie sehen die Verantwortung nicht, die wir übernehmen“ (Pos. 15) und „sie sehen uns wie untergeordnete, ignorante Menschen“ (Pos. 19) zum Ausdruck. Dennoch rechtfertigen die Care-Arbeiterinnen mit dem Aufzählen und der Betonung des Ertragens dieser Verhältnisse auch ihren Berufsstand, den andere nicht ausführen wollen und können. Dabei setzen sie sich selbst von den nicht ausgebildeten Hausangestellten ab und ziehen neue Hierarchien ein, indem sie eher abwertend erzählen, „sie [die Familien] behandeln uns wie Hausangestellte, manche wollen, dass wir putzen, bügeln, kochen“ (Pos. 15). Damit distanzieren sie sich auch von den in ihren Verträgen formell nicht vorgesehenen, aber von Angehörigen teilweise wohl erwarteten Aufgaben: „Die Familien haben sich daran gewöhnt. Ah, du bist Betreuerin, kannst du dann auch die Küche putzen. Heute kannst du meine Wäsche waschen. Morgen kannst du bügeln. Dann am dritten Tag putzt du das ganze Haus“ (Pos. 38).

Marlis beschreibt, sie habe schon in „sklavenähnlichen Zuständen“ (Pos. 15) gearbeitet und begründet dies weiter: „Ich habe es damals [finanziell] gebraucht. Ich habe dort geschlafen, bin um 1:00 ins Bett, um 5:00 aufgestanden, um Frühstück zu machen“ (Pos. 15). Daraufhin reagiert Elisa (Pseudonym) mit „ich habe das erlebt und noch Schlimmeres“ (Pos. 15), ohne ihre Erlebnisse weiter auszuführen: „Es gibt solche und solche Familien“, aber „wenn der Patient gut ist, ist die Familie schlecht. Wenn die Familie gut ist, ist der Patient schlecht“ (Pos. 16).

Es folgt ein abwechselndes Aufzählen prekärer Arbeitsverhältnisse und wiederholter Arbeitsrechtsverletzungen, etwa nicht auf die Toilette gehen zu können (Pos. 17), im 12-Stunden-Dienst kein Wasser trinken zu können (Pos. 17), „keine Garantien, kein Fahrgehalt, kein Essensgeld, keine Auszahlung für Überstunden“ zu erhalten (Pos. 12) sowie keine Ansprechperson zum Einklagen ihrer Rechte zu haben (Pos. 12).

Schließlich spricht Selma über soziale Rechte und stellt politische Nachfragen: „Es sollte zumindest eine Gewerkschaft geben, wir haben keinen Schutz. Es sollte ein Gesetz geben für Betreuer*innen, dann würden wir respektierter werden“ (Pos. 19). Mit dieser Aussage bezieht sie sich auf das 2019 vorgelegte Gesetz für die Anerkennung des Berufes der Betreuerin, das nicht verabschiedet wurde.

Marlis wünscht sich, im Ausland zu arbeiten: Da würde die Arbeit mehr wertgeschätzt werden, denn man müsse dort nur als Pflegekraft, nicht als Hausangestellte arbeiten (Pos. 25). Sie erhofft sich, dass ihr Beruf der Altenbetreuung als solcher anerkannt wird. Keine Wertschätzung zu bekommen, liege an Brasiliens Gesundheitssystem, was sie wieder rational ökonomisierend in dem Überangebot an Arbeitskräften und der großen Konkurrenz begründet: „Es gibt viele Krankenpfleger*innen. Im Home Care musst du arbeiten, wenn nicht, bekommst du nichts.“ (Pos. 15)

Die Forderung nach der Anerkennung des Berufes der Betreuerin begründen die Betreuerinnen aus einer Marktperspektive, denn: „Die Familie will nicht wickeln, will nicht baden, will sich nicht um Medikamente in der Nacht kümmern, oder um zwei Uhr nachts aufstehen, um Medikamente zu geben.“ (Pos. 15). Die Anerkennung des Berufes der Betreuerin ist also aus Sicht der Care-Arbeiterinnen system- und gesellschaftsrelevant, denn „unsere Generation wird immer älter, wir müssen es regulieren“ (Pos. 57).

Obwohl im privaten Gesundheitssystem die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte schlecht sind, ziehen die Betreuerinnen auch selbst das private dem öffentlichen Gesundheitssystem vor. So zählen sie in der Diskussionsrunde Menschenrechtsverletzungen im öffentlichen Gesundheitssystem auf: Es würden dort zum Beispiel Menschen aufgrund ihres Alters in Krankenhäusern nicht mehr beatmet und zum Sterben verurteilt werden. Dabei setzt sich Selma von mir als mittelständische Frau und vermeintlich Privatversicherte ab und fragt provokativ: „Warst du schon einmal im SUS (öffentliches, allgemein zugängliches Gesundheitssystem), meine Liebe?“ (Pos. 40) Personen mit speziellen Bedürfnissen würden im öffentlichen Krankenhaus nicht gepflegt, aber wer eine Privatversicherung habe, so Selma, werde optimal versorgt werden.

Auch Marlis gibt Einblick in ihre Abhängigkeitssituation von der öffentlichen Gesundheitsversorgung: Ihre Mutter sei im öffentlichen Gesundheitssystem (SUS) aufgrund von medizinischer Nachlässigkeit, so ihr Vorwurf, gestorben. Selma schließt daraufhin die Diskussion ab: „Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist schlecht“ (Pos. 47). Damit reproduziert sie die Marktlogik des brasilianischen Gesundheitssystems – nämlich, dass die private und bezahlte Gesundheitsvorsorge besser ist als die öffentliche (vgl. 5.4).

Auf die Frage nach einer möglichen politischen Veränderung setzen die Betreuerinnen ihre Hoffnung in eine gesellschaftliche Wertschätzung ihres Berufes als in privaten Haushalten tätige Betreuerinnen und kritisieren das Veto des damaligen Präsidenten Bolsonaro gegen das Gesetz zur Anerkennung des Betreuungsberufes: „Ja, aber unser Präsident hat dann 2019 dagegen Veto eingelegt, der schätzt niemanden wert!“ (Pos. 56) Neben der gesellschaftlichen Notwendigkeit des Ausbaus von Pflegekräften, begründet in dem ansteigenden Alter der brasilianischen Gesellschaft, setzen die Betreuerinnen schließlich diese politische Nachfrage in eine Ich-Perspektive: Mit der Anerkennung des Berufes würden sie wertgeschätzt und sichtbarer werden, könnten besser arbeiten und wären gleicher untereinander.

5.3.4 Schlussfolgerungen

Deutlich werden bei dieser Gruppendiskussion die subjektive Wahrnehmung und die Praktiken der Care-Arbeiterinnen als Folge neoliberaler und vom Staat vorangetriebener

Privatisierung von Care-Arbeit im Zuge einer zunehmenden Professionalisierungs- und Unternehmenslogik. Neben der Legitimierung von Ungleichheitsstrukturen werden unter anderem das Durchhaltevermögen und die Belastbarkeit als berufliche Skills und Wettbewerbsfähigkeit betont; das rechtfertigt die Existenz des eigenen Berufsstandes im privatisierten Gesundheitssystem. Zugleich sind dies auch Zeichen verstärkter wettbewerbsorientierter Denkweisen.

Über Verbalisierungen war es des Weiteren möglich, Auswirkungen von neoliberalen Strukturen und Nominierungen im Zuge von staatlichen Anti-Welfare-Politiken, die in Form von Symbolischer Gewalt Frauen (über die Abwertung und Prekarisierung ihrer Arbeit seitens des Staates) subjektivieren, sichtbar zu machen.

Naturalisierungen und Legitimierungen von Ungleichheitsstrukturen können, wie wir auch in den Gruppendiskussionen sehen, zu Resignation und zu Entsolidarisierungen mit anderen Betroffenen führen, wie es im Verhältnis der Betreuerinnen sowohl mit den Hausangestellten als auch mit den Frauen, die ihre Dienste für ihre Angehörige in Anspruch nehmen, zu Tage tritt. So wird während der Diskussion das Statusproblem der Pflegekräfte gegenüber den nicht formell ausgebildeten Hausangestellten, die sich traditionell um den Haushalt und die Familienmitglieder des brasilianischen (oberen) Mittelstands kümmern, sichtbar: Die Pflegekräfte ziehen demzufolge eine Anstellung bei privaten Home-Care-Firmen mit dem Berufsstatus der Betreuerin vor, statt angestellt als Hausarbeiterin ohne anerkannten Status zu arbeiten. Die fehlende bzw. schlechte Regulierung von Bedingungen der bezahlten Care-Arbeit, in denen Hausarbeiter*innen informell und oftmals ohne Ausbildung oder Betreuer*innen und ohne anerkannten Berufsstand arbeiten, prekarisiert Arbeits- und Lebensformen. Lange Arbeits- und nicht bezahlte Anfahrtszeiten und Doppel- und mehrfache Überbelastungen erschweren bzw. verunmöglichen die Aus- und Weiterbildung für das Vorankommen im Berufsleben. Soziale Mobilität wird dadurch verhindert und bereits gewohnte, naturalisierte Machtverhältnisse an den Achsen Gender, *Race* und Klasse werden weiter verstärkt. Vor diesem Hintergrund wird von den Pflegekräften unter anderem die Arbeitsabwanderung ins Ausland, wo bessere Arbeitsbedingungen und Löhne versprochen werden, in Erwägung gezogen (vgl. GD4).

Erstaunlich ist die gemeinsame Diskussionsentwicklung ausgehend von der Verbalisierung zunächst individueller Erfahrungen hin zu gezielten kollektiven politischen Nachfragen der Pflegekräfte nach einer Anerkennung des Berufes der Betreuerin im Haushalt. Das Fehlen materieller und symbolischer Ressourcen zur Durchsetzung politischer Entscheidungen für Hausangestellte und für Alten- und Krankenpfleger*innen sowie der chauvinistische mediale Umgang mit Frauen, die bezahlt in privaten Haushalten bezahlte Care-Arbeit leisten, wurden bereits im Zuge der Erlassung des Hausangestelltengesetzes 2016 („PEC das domesticas“) von Wissenschaftler*innen kritisiert (Paradis/Sarmiento 2016). Dies ist emblematisch für die Kontinuität eines politischen und sozialen, in den Staat eingeschriebenen und verdichteten patriarchalen und kapitalistischen Herrschaftsverhältnisses, in dem durch Gesetzgebung und staatliche Politiken individualisierte und vergeschlechtlichte Care-Lösungen gefördert werden. Es spiegelt vor allem auch die einseitigen Repräsentationen im Staat wider, die die partikularen Interessen der Konsument*innen privater Gesundheits- und Sorgeangebote vertreten. Almut Bachinger (2016) spricht in diesem Zusammenhang (allerdings im österreichischen Kontext migrantischer Care-Arbeiter*innen) treffend von einer Kompliz*innenschaft von Staat und Nutznießer*innen und einem „beidseitigen Interesse an kostengünstiger Auslagerung von Pflege- und Hausarbeit“ (Bachinger 2016: 47). Auch dieser hier beschriebene gesellschaftliche Konsens ist demzufolge eine Fortsetzung der sich im Staat verdichteten, ungleichen gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die sich in der normierten gesellschaftlichen Teilung der Care-Arbeit wiederfinden und über die Gesetzgebung sowie über individuelle Care-Arbeiter*innen verinnerlicht und reproduziert werden. In diesem Kapitel wird auch die Bedeutung des (christlichen) Glaubens der Care-Arbeiterinnen in den Interviews sichtbar wie etwa wenn Care-Arbeiterinnen von Nächstenliebe oder dem notwendigen Glauben im Zusammenhang mit Care sprechen. Hier dient der Glaube der Mobilisierung von Gefühlen wie Einfühlsamkeit oder Mitleid, welche die prekäre Care-Arbeit für diejenigen, die sie verrichten, ertragbarer scheinen lässt.

5.4 Das Öffentliche und das Private als Klassenstatus

Im folgenden Kapitel werde ich die persönlichen Einstellungen und subjektiven Wahrnehmungen von Sorge leistenden Menschen in São Paulo gegenüber den öffentlichen und

privaten Sorgeinstitutionen, darunter öffentliche Kindergärten, Schulen, Seniorenheime sowie das öffentliche Gesundheitssystem, diskutieren. Öffentliche Sorgeinstitutionen sind Orte, an denen Sorge durch den Staat ungleich zugeteilt wird und an denen folglich (intersektionelle) Ungleichheiten (re-)produziert werden. Die Erfahrungsberichte von Care-Empfänger*innen wie auch von Pflegekräften weisen eine verbreitete Skepsis gegenüber der öffentlichen Bereitstellung von Sorge- und Pflegeleistungen aufgrund ihrer „scheinbar schlechten“ Qualität aus. Diese Diskreditierung der öffentlichen Sorgeleistungen kann im politischen Prozess des sozialpolitischen Abbaus kontextualisiert werden. Sie befördert – so meine Annahme – neben individualisierenden und familiarisierenden Sorgelösungen auch eine verstärkte Akzeptanz kommerzialisierter, privater Sorgeangebote sowie eine weitere Erosion der öffentlichen Sorgesysteme.

Das Kapitel ist folgendermaßen aufgebaut: Der erste Abschnitt (5.4.1) kontextualisiert zunächst das öffentliche Gesundheitssystem (SUS) im Kontext eines verschärften Sozialabbaus der Jahre 2017 bis 2022. In den folgenden Abschnitten werde ich die Vorbehalte und Kritiken gegenüber den staatlichen Institutionen im öffentlichen Gesundheits- und Pflegesystem sowie die damit verbundene Wahrnehmung der interviewten Care-Nutzer*innen und Pflegekräfte untersuchen (5.4.2). Der dritte Abschnitt analysiert die verbreitete Skepsis gegenüber den öffentlichen Care-Institutionen in São Paulo als ein tradiertes Mittelklassestatusverhalten (5.4.3). Im vierten Abschnitt werde ich das öffentliche Bildungssystem, das ich als eine notwendige Betreuungsinstitution wahrnehme, zwischen sozialem Ab- und Umbau (5.4.4) betrachten. Die Prekarisierung der öffentlichen Bildungs- und Betreuungssysteme wird hier als Folge langjähriger neoliberaler Privatisierung sowie sozialer Segregation deutlich. Dabei werden klassenbezogene Vorurteile gegenüber den öffentlichen Systemen sichtbar, die das Öffentliche und das Private als Klassenstatus und als Spiegel ungleicher Sorgezuwendungen offenlegen. Schließlich werde ich im fünften Abschnitt die öffentlichen Care-Institutionen in ihrem Auftrag der Armutsbekämpfung in der frühen Kindheit analysieren (5.4.5).

5.4.1 Universal zugängliches öffentliches Gesundheitssystem im Kontext des sozialen Abbaus

Aufgrund der negativen Aussagen in den Gruppendiskussionen über das öffentliche Gesundheitssystem Sistema Único de Saúde, kurz SUS (GD1 und GD4), möchte ich im Folgenden kurz einen Einblick in dessen Geschichte geben, um im Anschluss daran die Erfahrungsberichte besser einordnen zu können.

Mit dem Ende der brasilianischen Militärdiktatur 1985 wurde das öffentliche Gesundheitssystem SUS im Zuge des Demokratisierungsprozesses unter anderem von sozialen Bewegungen erkämpft und durch die brasilianische Verfassung (1988) geschaffen und abgesichert. Ziel war es, dadurch der gesamten brasilianischen Bevölkerung einen kostenfreien Zugang zum Gesundheitssystem zu garantieren. Es ist das bisher weltweit größte kostenfreie, universell zugängliche öffentliche Gesundheitssystem, das mehr als 190 Millionen Menschen betreut (UNA-SUS 2021). Heute sind 80 % der brasilianischen Bevölkerung komplett auf die Angebote des SUS angewiesen. So gilt das SUS als der größte Verbündete der Brasilianer*innen im Kampf gegen Covid-19 und andere Notlagen (ebd.). Außerdem ist das SUS für seine solidarischen universellen Gleichheitsprinzipien bekannt; es stellt die umfassendste Sozialpolitik Brasiliens der letzten 30 Jahre dar.

Bereits seit der Gründung des SUS im Jahr 1990 wurde das SUS unterfinanziert. Mit dem Impeachment gegen Dilma Rousseff 2016 und dem damit durchgesetzten privatisierenden Projekt der Regierungen Temer und Bolsonaro wurden schließlich dem SUS zusätzliche Zuwendungen gekürzt. Beispielsweise wurde in diesem Abbauprozess das Programm „Mais médicos“ („Mehr Ärzte“) eingestellt, das vor allem die Gesundheitsprävention in peripheren und abgelegenen Gegenden sicherte. Als die kubanischen Ärzte, die für das Programm arbeiteten, nach Kuba zurückgeschickt wurden, wurde dies zum Symbol der neuen rechten Regierung (Brasil de Fato 2022: 4).

Selbst während der Covid-19-Pandemie wurde ein Großteil der für das SUS vorgesehenen staatlichen Zuwendungen nicht ausgezahlt, und das öffentliche Gesundheitssystem kollabierte folglich. Es fehlten Medikamente, Beatmungsgeräte, Sauerstoff und Schutzausstattung für das Gesundheitspersonal (Brasil de Fato 2022). Später sollte ein nationaler Untersuchungsausschuss (CIP) außerdem feststellen, dass selbst während der gra-

vierendsten Phase der Covid-19-Krise zwischen Januar bis April 2021, als etwa 6 000 Menschen pro Woche an Covid starben, die für das SUS vorgesehenen Zuwendungen an das Militär verschoben wurden. Mit der von derselben Regierung auferlegten Haushaltssperre in den Bereichen Bildung und Gesundheit verliert Brasilien voraussichtlich noch zukünftig etwa weitere 30 % der Investitionen in Gesundheit (Brasil de Fato 2022: 2).

5.4.2 Subjektivierung der Care-Empfänger*innen sowie der Pflegekräfte im Kontext des Sozialabbaus im öffentlichen Gesundheitssystem

Vor dem Hintergrund der weitreichenden Erosion des öffentlichen Gesundheitssystems müssen auch die Interviews und Gruppendiskussionen eingeordnet werden, die im Zeitraum von August 2021 bis August 2022 während der Covid-19-Pandemie durchgeführt wurden. Entsprechend verarbeiten Care-Empfänger*innen und Care-Arbeiter*innen die miserablen Zustände der öffentlichen Gesundheitssysteme in diesem Zeitraum.

Tess, die für ihre Mutter allein sorgt und sich selbst als nicht privilegierte Person bezeichnet, ist auf das öffentliche Gesundheitssystem angewiesen. Es ist „essentiell“ für die Gesundheitsversorgung der Mutter (GD1, Pos. 14), wie sie erzählt. Dabei funktionieren die öffentlichen Leistungen in dem Außenbezirk von São Paulo, in dem ihre Mutter lebt, ganz gut, wenn auch mit Einschränkungen. Ein Gesundheitsangebot der Universität, das sich an Senior*innen mit gesundheitlichen Problemen richtet, hilft ihr bei der ärztlichen Versorgung. Sie bezeichnet das als „Glück“ (Pos. 14). Die Dienstleistungen des SUS würden im Moment abgebaut bzw. „zerstört“ werden (ebd.). Es würde von Mal zu Mal schwieriger werden, Untersuchungen und Arzttermine zu bekommen. Zu einem späteren Zeitpunkt betont sie außerdem, dass es ihr großes Lebensziel sei, einen privaten Gesundheitsplan für ihre Mutter zahlen zu können (GD1, Pos. 18). Der Wunsch, sich eine private Vorsorge für die Mutter leisten zu können, drückt nicht nur die Ohnmacht aus, mit der viele Brasilianer*innen im Kontext staatlicher Privatisierungen leben, sondern auch den materiellen und symbolischen Druck auf die Lebensweise, die sie sich dadurch aufbauen müssen. Es gleicht einem meritokratischen Wettkampf, um in das Team der auserwählten Privatzahler*innen aufgenommen zu werden. An dieser Stelle wird das Wirksamwerden Symbolischer Gewalt deutlich: Das zeigt sich in der stillen Annahme einer scheinbar

alternativlosen und unveränderbaren (Care-)Struktur, die das Recht auf eine gute Versorgung und Pflege an der privaten Zahlungsfähigkeit festmacht. Einen privaten Plan nicht zahlen zu können, kann in einer meritokratisch ausgerichteten Gesellschaft subjektiv als ein persönliches Scheitern wahrgenommen werden.

Auch die Aussagen der Pflegekräfte zu Zeiten der Höchstphase der Pandemie bestärken das Bild eines von staatlichen Zuwendungen verlassen und kollabierenden öffentlichen Gesundheitssystems. Das wird besonders in drastischen Aussagen einer Pflegekraft in einer Gruppendiskussion deutlich: „Ich habe meine Mutter im Öffentlichen verloren. Sie hat schon nicht mehr geatmet, das war Nachlässigkeit, weil sie nicht beatmet wurde. Senior*innen, die im Öffentlichen betreut werden, sterben“ (GD4, Pos. 44). „Das ist unser System, es ist schlecht und noch schlechter“ (GD4, Pos. 42), sagt eine weitere Pflegekraft über das SUS. Die Pflegekräfte nehmen das SUS als qualitativ schlechtes System wahr. Zum einen haben sie damit persönlich negative Erfahrungen gemacht, zum anderen verweisen sie auf Berichte, die sie von Kolleg*innen, die im öffentlichen Gesundheitssystem arbeiten, erfahren haben. Das zeigt sich in Aussagen wie: „Hier in Brasilien wählen sie zwischen den Alten und Jungen aus. So funktioniert das. Wir haben Freunde, die im Krankenhaus arbeiten“ (Pflegekraft Home Care 1, GD4, Pos. 45). Auch eine weitere Pflegekraft schildert in der Gruppendiskussion ähnliche Erlebnisse, indem sie sagt: „Ich habe die Erfahrung gemacht, wenn jemand 80 ist, wird sie/er* nicht mehr beatmet, sie wollen kein Geld ausgeben, schicken sie/ihn* heim. Es gibt viele private Krankenkassen, die wollen keine Renter*innen nehmen“ (Pflegekraft Home Care 2, GD4, Pos. 46).

Die Pflegekräfte betonen in den Erfahrungsberichten eine Selektivität zuungunsten von Senior*innen mit besonderen medizinischen Bedürfnissen im öffentlichen Gesundheitssystem. Sie kritisieren diesbezüglich konkret die zu langen Wartezeiten, das Fehlen von Medikamenten sowie hygienische Mängel, die die Gesundheit von älteren Menschen zusätzlich gefährden (GD4, Pos. 42-47).

Aber auch die überbezahlten privaten Gesundheitspläne versprechen Senior*innen nicht unbedingt eine ihren Notwendigkeiten und individuellen Bedürfnissen entsprechende Behandlung und Pflege. Die Pflegekräfte kritisieren in diesem Zusammenhang zudem das illegale Vorgehen privater Krankenkassen, die keine weiteren Rentner*innen auf-

nehmen wollen, weil diese für die Gesundheitsunternehmen zu kostspielig wären. Sowohl das Selektieren von Patient*innen als auch die Ablehnung der Krankenkassen aufgrund des Alters sind in der Verfassung im Artikel 15 im „Estatuto da Pessoa Idosa“ (2003), dem Schutzgesetz für Senior*innen, gesetzlich verbotene Praktiken.

Die Kritik der Pflegekräfte gegenüber dem Umgang mit Senior*innen im öffentlichen sowie privaten Pflegesystem ist somit als Folge einer allgemeinen gesellschaftlichen Diskriminierung aufgrund des fortgeschrittenen Alters zu verstehen. Die Notwendigkeit, gegen die Diskriminierung von Senior*innen politisch vorzugehen, spiegelt sich unter anderem in der brasilianischen Verfassung im „Estatuto do Idoso“ wider: In diesem wurde die vormalige Bezeichnung „idoso“ (Alte/-r)) durch den Ausdruck „Pessoa idosa“ (ältere Person) ersetzt. Die Betonung auf „Person“ soll sensibilisierend wirken, um der Enthumanisierung im Alter gesellschaftlich entgegenzutreten. Die veränderte Terminologie reflektiert den Kampf der Senior*innen um das Recht auf Würde und Autonomie (Casa Civil 2022).

Menschen mit sorgebedürftigen Eltern bemängeln in den Interviews die diskriminierende öffentliche Haltung gegenüber den Bedürfnissen von Senior*innen. Dies manifestiert sich nicht zuletzt im Fehlen von öffentlichen Betreuungsinstitutionen. Dementsprechend reflektiert diese Frau, die sich um die Pflege ihrer Mutter sorgt:

„[W]as mir hinsichtlich der Senior*innen auffällt, ist, dass es praktisch keine Politiken der öffentlichen Sorge für Senior*innen gibt. Es ist so, als gäbe es keine Senior*innen in unserem Land. Die Bevölkerung wird älter. Das Alter der brasilianischen Bevölkerung ist nicht mehr so jung. Wir haben bereits ein höheres Alter und werden immer älter, das Kontingent der Senior*innen wird größer werden. Deswegen brauchen wir einen spezifischen Blick auf diese Bevölkerungsgruppe. Auf die Nachfragen, die sie haben, die Art der Zuwendung, die sie brauchen. Die Senior*innen als Individuen zu betrachten, als Personen mit Wünschen, die Beziehungen mit anderen Personen brauchen. Und nicht als ein Objekt, das nur eine physische Pflege braucht, das ist essentiell. Wenn es solche öffentlichen Einrichtungen gäbe, dann würde ich das sofort als eine Alternative für meine Mutter oder eine andere Person annehmen.“ (Mutter, I19, Pos. 46)

Die Frau kritisiert fehlende öffentliche Politiken sowie mangelhafte staatliche Bereitstellung von Sorge und Pflege für Senior*innen. Sie betont dabei, dass diese Bevölkerungsgruppe und deren konkreten Bedürfnisse nicht sichtbar sind. Die Bedürfnisse würden schließlich nicht nur in der physischen Pflege bestehen, sondern in konkreten

individuellen Wünschen und Beziehungen zu anderen Menschen – Bedürfnisse, die in den öffentlichen Angeboten nicht berücksichtigt werden.

In den Gruppendiskussionen mit Pflegekräften kritisieren diese die öffentlichen Care-Institutionen und wiederholen die Vorteile privater Pflege im Haushalt. Dabei ist ihre Kritik verbunden mit politischer Resignation bzw. Hoffnungslosigkeit bezüglich Verbesserungen sowohl der öffentlichen als auch der privaten Institutionen. So sagt eine andere Pflegerin:

„Eine private Betreuerin ist viel besser als eine bezahlte Institution oder eine öffentliche Sache, auch wenn sie bezahlt ist. Ich glaube, es ist unsere Politik, die sich nicht ändert. Es ist sehr schwierig, das alles zu verändern.“ (Pflegekraft 1, GD3, Pos. 22)

Im Anschluss an ihre Aussage bekräftigt eine weitere Pflegerin, dass sich durch Politiken nichts verändern wird:

„In Bezug auf die Politik denken wir, dass sich nichts verändern wird. Ich glaube auch, dass es unsere eigene Schuld ist, weil wir immer an die Politik glauben, statt rational alle Aspekte zu analysieren. Wir bleiben dann immer in der gleichen. Im Vergleich zum Öffentlichen sorgt sich im Privaten nur eine Person um dich. In einer staatlichen Institution gibt es viele Menschen und wenig Pfleger*innen. Das wirkt sich auf die Sorgequalität aus. Du musst arbeiten und dein Bestes geben. In einer staatlichen Institution gibt es immer zwei oder drei Pflegekräfte für sechs bis zehn Personen, manchmal sind es viel mehr“. (Pflegekraft 2, GD3, Pos. 24)

In diesem Erfahrungsbericht werden die Unterschiede zwischen den privaten und öffentlichen Institutionen in der Bereitstellung des Personals betont: Während in der privaten Altenpflege im Haushalt eine Person exklusiv eine andere Person versorgt, sind in staatlichen Institutionen zwei bis drei Pflegekräfte für mindestens sechs bis zehn Senior*innen verantwortlich.

Trotz der zunehmenden Alterung der im globalen Vergleich bisher als jung geltenden brasilianischen Gesellschaft fehlt es am Angebot sowie an der Qualitätssicherung der öffentlichen Betreuungs- und Pflegeinstitutionen für Senior*innen. Das erzeugt Skepsis gegenüber den öffentlichen Einrichtungen, wie eine Interviewteilnehmerin beschreibt:

„Ich glaube, es gibt einige öffentliche Orte für Senior*innen, ich werde nicht sagen, dass es das nicht gäbe. Ich weiß, es gibt diese Orte, aber ich gebe zu, dass ich keinen dieser Orte für sie [eigene Mutter] in Betracht ziehe. Weil diese öffentlichen Orte sind nicht so,

eh, zugänglich. Es gibt mehr Personen, die Sorge beanspruchen, als es freie Plätze gibt. Also ich neige auch dazu, zu glauben, dass auch die Verfügbarkeit von Pfleger*innen nicht so groß ist, nicht so liebevoll, der Umgang, das braucht Stunden.“ (Mutter, I19, Pos. 38)

Resümierend wird als Folge eines verschärften sozialen Abbaus das Zusammenbrechen der öffentlichen Gesundheitssysteme sowohl von Pflegeempfänger*innen als auch von den Pflegekräften wahrgenommen. Vor dem Hintergrund der kontinuierlichen Einsparungen und des Einfrierens der Sozialausgaben für einen Zeitraum von 20 Jahren durch die ehemaligen Regierungen von Temer (2016-2019) und Bolsonaro (2019-2022) sowie des damit verbundenen graduellen Sozialabbaus hat sich die Meinung der Bevölkerung gegenüber dem öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystem weiter verschlechtert (Brasil de Fato 2022). Gleichzeitig steigt die gesellschaftliche Notwendigkeit des öffentlichen Gesundheitssystems sowie der öffentlichen Betreuungsinstitutionen für Senior*innen mit der wachsenden sozialen Prekarisierung und einer steigenden, zunehmend alternden Gesellschaft¹⁸. Im Zuge von Mehrfachkrisen sowie der Pandemie ist der Bedarf an der öffentlichen Gesundheitsversorgung nochmals gestiegen. So sind heute etwa 80 % der Brasilianer*innen auf öffentliche Leistungsbereitstellungen im Bereich der Gesundheit angewiesen (Brasil de Fato 2022). In diesem Bereich, „der bereits historisch gesehen nicht über die notwendigen Ressourcen verfügte, beginnt ein Prozess der Entleerung und des Abbaus, der es [das Gesundheitssystem] noch fragiler macht“ (Associação Brasileira de Economia da Saúde 2023). Folglich entsprechen die negativen Einschätzungen der Interviewten den tatsächlichen schlechten Gegebenheiten des öffentlichen Gesundheitssystems im Forschungszeitraum.

Hierbei wird der Widerspruch staatlichen Agierens in diesem Zeitraum offensichtlich: Anstatt in die Qualität und Leistungssteigerung der öffentlichen Systeme zu investieren, wurden Investitionen in den Gesundheits- und Bildungsbereich weiter abgebaut. Daraufhin hat sich die Qualität des öffentlichen Gesundheitssystems zunehmend verschlechtert, was gleichzeitig zu einer weiteren Diskreditierung der öffentlichen Systeme als auch der Politik führte. Das verstärkt die Rechtfertigung privater Lösungen und wertet Argumente

¹⁸ Mit einem Anstieg an Senior*innen um 39,8 % zwischen 2012 und 2021, gemäß IBGE - Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística (regelmäßige nationale Datenerhebung).

für privatisierende Projekte gesellschaftlich auf. Der Abbau der öffentlichen Institutionen und die Förderung privatisierender Projekte gewinnen dadurch weiter gesellschaftlich an Legitimität.

Symbolische Gewalt zeigt sich hier in ihrer sozialisierenden Wirkungsweise, indem sie das Alltagsverständnis prägt sowie Dichotomien verstärkt bzw. diese rechtfertigt: zwischen dem Privaten, das mit guter Qualität konnotiert, und dem Öffentlichen, das mit schlechter Qualität assoziiert wird. An dieser Stelle entsteht auch ein Einverständnis zwischen Menschen, die sich tatsächlich private Gesundheitssysteme leisten können, mit denjenigen, die es sich nicht (mehr) leisten können, sich aber nach privaten Qualitätsleistungen sehnen. Sie verfügen schließlich über dasselbe Deutungs- und Bewertungssystem (vgl. Moebius/Wetterer 2011), das auf der Erfahrung beruht, gute Versorgung und Pflege seien kostspielig und müssten individuell gedeckt werden. Sozialabbau und damit verbundene neoliberale Forderungen, die an ein Wirtschaftswachstum appellieren und so das Kürzen von Sozialausgaben verteidigen, bedingen sich hier wechselseitig. Die Willkür sowie die gewinnorientierten Interessen privatisierender Initiativen und Unternehmen werden dabei gesellschaftlich verkannt und zunehmend legitimiert.

5.4.3 Die verbreitete Skepsis gegenüber öffentlichen Care-Institutionen

Im Gegensatz zu den öffentlichen Einrichtungen versprechen die privaten Gesundheits- und Bildungsunternehmen eine „Erste-Welt-Qualität“. Diesen Privatinstitutionen präsentiert sich vor allem in Zeiten des sozialen Abbaus ein lukratives und überteuertes Geschäft in Bereichen wie Gesundheit und Bildung. Zu beobachten ist diese Verschiebung der Machtverhältnisse bereits seit den 1990er-Jahren: weg von einer Zivilgesellschaft, die Forderungen nach öffentlicher Versorgung an den Staat stellt, hin zu Privatisierungen, „die den Staat als zahlungsschwachen Kunden ansehen“ (Novy 2001: 221). Die hegemoniale Neoliberalisierung der brasilianischen Gesellschaft unterstützt dabei den sozialpolitischen Abbau mit ihren wettbewerbsorientierten und individualisierenden Prinzipien. Das wird vor allem in den starken, in der Gesellschaft verbreiteten Vorurteilen gegenüber den öffentlichen Institutionen sichtbar. So zeigen in den Interviews und Gruppendiskussionen sowohl sorgeleistende Eltern als auch Menschen mit zu versorgenden Eltern in São Paulo ein geringes Vertrauen in die öffentlichen Sorge- und Betreuungsangebote und

wenden sich eher Privatinstitutionen zu. Das verdeutlicht sich im Misstrauen gegenüber dem öffentlichen Gesundheitssystem SUS (vgl. GD4) sowie den öffentlichen Schulen und Kindergärten (vgl. I1, I4, I7, I13, I19). Die Ablehnung der öffentlichen Sorgesysteme ist oftmals auch mit einem mittelständischen bzw. klassenbezogenen geprägten Konsumdenken verbunden. Ein Vater aus Rio de Janeiro, der in ein gehobenes Mittelstandsviertel nach São Paulo gezogen ist, beobachtet dementsprechend:

„Die Gesellschaft in São Paulo glaubt nicht an das Öffentliche. Sie hat kein Vertrauen in das Öffentliche. Die Paulistaner*innen ziehen das Private vor. Ungefähr so: Es gibt eine öffentliche Gesundheitsstation, aber sie wollen ihre Impfung lieber in einer Impfklinik bekommen; sie wollen bezahlen. Es gibt eine [öffentliche] Kinderkrippe, aber nein: Sie wollen in eine bezahlte gehen. Wir wohnen in einem Viertel, in dem es viele private Schulen gibt. Was passiert, ist, dass öffentliche Plätze frei bleiben. Also haben wir hier Zugang zu einer öffentlichen Krippe. Wir wissen, dass wenn wir in einem anderen Viertel leben würden, die Warteschlange dann sehr viel größer wäre; es gäbe Probleme. Es gäbe nicht genügend Personal in der Krippe. Sie hätte nicht die Struktur, die sie haben sollte, all diese Dinge.“ (Vater, I2, Pos. 12)

Dieser Vater betont ausdrücklich, dass in dem Viertel, in dem er jetzt lebt, private Einrichtungen den öffentlichen vorgezogen werden. Dies ermöglicht ihm, einen Betreuungsplatz für sein Kind ohne Wartezeit zu finden. Ihm ist aber auch bewusst, dass in einem anderen Stadtviertel die Situation bei den öffentlichen Einrichtungen vollständig anders aussehen könnte: zu wenige Plätze, zu wenig Betreuungspersonal sowie eine unzureichende Struktur der Einrichtung.

5.4.4 Das öffentliche Betreuungs- und Bildungssystem zwischen Ausbau und Abbau

Öffentliche Krippen und Schulen bleiben für die Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung lebensnotwendig und sind neben ihrem Bildungsauftrag auch als gleichstellungspolitische Maßnahme für mehr Chancengleichheit als unverzichtbar zu verstehen: Sie stellen die Ernährung der Kinder sicher, halten den Kontakt zum Gesundheitswesen, führen kostenlose Impfungen durch und verteilen Medikamente. Sie sichern damit einen Zugang zur kostenfreien Gesundheitsprävention sowie zu medizinischen Behandlungen der betreuten Kinder.

Der Abbau bzw. die Stagnation des Ausbaus öffentlicher Betreuungseinrichtungen und des öffentlichen Bildungssystems betrifft insbesondere die Krippenpolitik, die sich auf eine Erweiterung öffentlicher Kinderbetreuung für Kinder zwischen null und drei Jahren konzentriert. Die öffentliche Wahrnehmung und Nutzung von Krippen ist jedoch durch staatliche Privatisierung und Familiarisierung negativ geprägt: So gehen laut einer Studie der Stiftung Maria Cecilia Souto Vidigal nur 24,4 % der Kinder zwischen ein und drei Jahren aus den ärmsten brasilianischen Familien in eine öffentliche Krippe (FMCSV 2022). Das Fehlen von Krippenplätzen drängt vor allem die Mütter mit niedriger Bildung in informelle Arbeitsarrangements, Haushaltsarbeit und unbezahlte Reproduktionsarbeit, womit es die feminisierte Armut fördert. Aber gerade diese Krippenplätze würden insbesondere die kaum zahlungsfähigen, oft alleinerziehenden Mütter entlasten. Eine Krankenschwester aus der Peripherie von São Paulo äußert sich bezüglich des politischen Desinteresses am weiteren Ausbau von Kinderkrippen folgendermaßen:

„Man könnte es verbessern, dass eine Mutter eine Krippe findet, wenn sie eine sucht. Dieses Projekt, das passiert meiner Meinung nach viel zu langsam. Ich denke, wir brauchen Personen, die das schneller weiterbringen. Ich denke, in diesem Land geschieht das sehr langsam. Wir brauchen Menschen mit mehr Interesse, diese Dinge zu lösen“. (Krankenschwester, I7, Pos. 11)

Auch in der folgenden Erzählung kritisiert ein Vater den Rückbau eines von politisch linksgerichteten Parteien begonnenen nationalen Bildungsplans, der auf einer weitreichenden Finanzierung und Erweiterung der öffentlichen Bildung basierte:

„Als Dilma [Rousseff, ehemalige Präsidentin Brasiliens-Arbeiterpartei PT] diese Stiftung mit Petrobras gemacht hat, die 10 % [des BIP] in Bildung investiert hat, das war ein Versuch eines nationalen Bildungsplanes, das geht nicht weiter. Wir brauchen ein Projekt, einen politischen Plan für Sorge. Auch wenn es weit entfernt ist.“ (Vater, I4, Pos. 37)

Weiter kommentiert er den vormaligen (Aus-)Bau von Kinderkrippen in São Paulo sowie strukturelle Verbesserungen in der Großstadt, indem er erzählt:

„Und als Erundina [Luiza Erundina, Abgeordnete PT/PSOL] vor vielen Jahren Bürgermeisterin von São Paulo war, hat sie mehr Kindertagesstätten gebaut, vor allem in der Peripherie. Dafür hat sie die Fahne hochgehalten, damit die Kinder eine Möglichkeit bekamen, damit die Eltern arbeiten gehen konnten. Sie hat sich um das gesorgt, was am Notwendigsten war. Politisch gesehen ist das Wichtigste für uns Wohnen, Nahrung, Bildung, Kultur. Das sind die notwendigen Säulen, die ein Mensch braucht, um in Würde leben zu können.“ (Vater, I4, Pos. 37)

Das Aufrechterhalten der notwendigen Versorgung, die ein Mensch braucht, um in Würde zu leben – nämlich Wohnraum, Nahrung, Bildung und Kultur, wie es der Vater ausdrückt –, steht sowohl bei den sozialen Bewegungen als auch bei der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt der politischen Kämpfe und Forderungen für eine sozial inklusive Bildungspolitik.

Rechte Regierungen in Brasilien folgten seit 2016 einer zunehmend neoliberalen und autoritären Logik in der Sozial- und Bildungspolitik, in der soziale Ausgaben nur als finanzielle Belastung angesehen, jedoch nicht mit gesellschaftlich notwendigen gleichstellungspolitischen Maßnahmen verbunden werden. Diese Logik ist gekennzeichnet durch einen sozialpolitischen Entleerungsprozess, in dem die Grundprinzipien der Rechtstaatlichkeit ausgehebelt werden (Marques 2019: 7). In dieser Zeit des sozialen Abbaus wurden wichtige Investitionen in eine lebensnotwendige Sozialpolitik unterlassen und stattdessen dem Ausbau des Justiz- und Sicherheitsapparates untergeordnet. Sowohl die administrativen Vorgänge als auch die sie begleitenden Diskurse waren durch eine Strafolitik gekennzeichnet, die sozial verletzliche Gruppen sowie die Räume, in denen sie leben, kriminalisierten. Anstatt sozialen Schutz zu gewährleisten, wurden sie für ihre soziale Lebens- und Arbeitssituation verantwortlich gemacht. Vulnerable Gruppen wurden diskursiv als Risiko und soziale Bedrohung angesehen (vgl. Marques 2019: 7-9). Dahinter steht eine soziale Idealvorstellung, die auf einer elitären und rassistischen Mentalität basiert, die die weiße, bürgerliche und zweigeschlechtliche Familie im Gegensatz zur vermeintlich zerbrochenen Familie, etwa Haushalte mit nur einem weiblichen Familienoberhaupt, konstruiert.

Die Erfahrungsberichte von Menschen aus peripheren Vierteln kritisieren die fehlenden Strukturen öffentlicher Betreuung. Das verdeutlicht die folgende Aussage einer Seniorenbetreuerin, die sagt: „Der Präsident, die Regierung sollten Kinderkrippen und Seniorenheime umsonst geben, um den Menschen mehr zu helfen“ (Seniorenbetreuerin, I9, Pos. 40). Es fehlen offensichtlich öffentliche Zuwendungen, um die Einrichtungen mit passender Ausstattung, Qualitätsstandards sowie ausgebildetem Personal halten zu können: So werden die unzureichenden Krippenstrukturen in den Interviews als Konsequenz der niedrigen Bezahlung der Betreuer*innen, der belastenden Arbeitsbedingungen sowie

der fehlenden Investitionen in die Ausbildung der Erzieher*innen genannt, wie es diese Krankenschwester aus der Peripherie von São Paulo erläutert:

„Wann funktioniert eine Krippe? Wenn sie die Erzieher*innen ausbildet. Wenn sie einen würdigen Lohn zahlt. Wenn es eine Überlastung in der Arbeit gibt, dann sind die Erzieher*innen entmutigt. Weil sie wenig verdienen. Sie haben auch Familien, die von ihrem Lohn abhängig sind. Sie haben eine prekäre Arbeitsinfrastruktur und müssen oft den ganzen Tag dortbleiben. Sie können nicht das Beste ihrer Arbeit geben, sie haben keine professionelle Begleitung. Manchmal werden die Krippen von Menschen geleitet, die nicht dafür vorbereitet sind; sie wissen nichts über die Realität von Kindern. Sie kennen auch die Realität der Region nicht, in der sie arbeiten. Die Kinder kommen in prekären Zuständen an die Schulen. Sie suchen nicht nach Alternativen, um das zu verbessern, weil sie selbst keine Strukturen dafür haben. Sie haben keinen öffentlichen Rückhalt dafür. Manchmal ist auch die Ernährung in den Krippen sehr prekär. Ich sage das nicht für alle Krippen, aber die Mehrheit in dieser Region hier, in der Peripherie von São Paulo, in unserer Realität.“ (Krankenschwester, I7, Pos. 11)

Auch im folgenden Erfahrungsbericht bemängelt eine Mutter vor allem das Fehlen von Investitionen in den frühen Bildungsbereich, die sich insbesondere in den niedrigen Löhnen der Betreuer*innen und deren professioneller Ausbildung widerspiegeln. Sie sagt:

„Wir brauchen einen Anreiz, einen finanziellen Anreiz zur Wertschätzung der Erzieher*innen, eine Gehaltserhöhung. Das ist sehr wichtig, für die frühe Kindheit, für die kleinen Kinder. Angesichts dessen, dass diese Notwendigkeiten der physischen Sorge; die fordern sehr viel von den Professionellen, die betreuen. Deswegen brauchen wir einen finanziellen Anreiz, einen emotionalen. Wir müssen die entsprechenden Politiken wählen.“ (Mutter, I19, Pos. 56)

Auch ein Vater, der seine Kinder nicht in eine öffentliche Schule schickt, kritisiert die Qualität und insbesondere die fehlende Investition in Lehrkräfte und Material an den öffentlichen Schulen. Zusätzlich benennt er für eine echte Qualitätsbildung soziale Rahmenbedingungen wie „in Ruhe und sicher zur Schule gehen [zu] können“ – eine Anspielung auf die empfundene Unsicherheit in der Großstadt, in der Kinder sich nur in Begleitung Erwachsener, mit dem Auto oder dem Schulbus von Tür zu Tür fortbewegen können. Auch die demokratische Mitbestimmung im Schulalltag ist eine Realität, die er mit europäischen Ländern verbindet. Er schildert:

„Wenn man die öffentliche Schule in Deutschland, Portugal, Frankreich vergleicht, das sind wunderbare Orte. Sie sind viel demokratischer, es ist nicht nur die Schule, es sind viele andere Fragestellungen: Wie kommt man zur Schule, der Zugang dorthin, in Ruhe und Sicherheit in die Schule kommen können. Ich würde es lieben, hier in der Nähe eine öffentliche Schule zu haben, es gibt einige. Es gibt die Schule Fernando Dias, es ist eine der besten Schulen in der Oberstufe. Ich würde es lieben, meine Kinder dort hinzuschi-

cken. Wenn ich wüsste, dass die Lehrkräfte gut bezahlt wären, dass sie Qualität hätte, ein Ort, an dem Bildung weiterentwickelt werden würde, dass sie Finanzmittel für passendes didaktisches Material hätte; aber das ist weit weg von unserer Realität.“ (Vater, I4, Pos. 37)

Der Vater betont, dass es in der Nähe eine öffentliche Schule gebe, die pädagogisch insbesondere in der oberen Jahrgangsstufe „eine der besten“ Schulen sei. Allerdings kritisiert er daraufhin auch, dass die Schule trotzdem Probleme aufweise, was er auf die ungenügende Finanzierung der Lehrkräfte sowie die mangelnde Bereitstellung didaktischer Materialien zurückführt.

Andere Eltern von Kindern aus öffentlichen Schulen sprechen gerade die unzureichende Bildungsqualität vor allem in der Oberstufe an, die den späteren Zugang zu den (öffentlichen) Universitäten erschwert, wie diese zwei Mütter von heutigen Student*innen in einer Gruppendiskussion im Austausch erzählen:

T1: „Ich spreche aus eigener Erfahrung, mein Sohn war in der öffentlichen Schule. Erst war es gut, aber später hat er nur noch abgeschrieben. Es haben Lehrer gefehlt, Inhalt, dann ist er auf eine private Schule gekommen. Da hat er Textproduktion gelernt.“ (Mutter und Rentnerin, verheiratet, GD2, Pos. 73)

T2: „Ich stimme zu. Die Entwicklung in der öffentlichen Schule im Kindergarten und der Grundschule – meine Tochter war immer in der öffentlichen Schule – ich kann mich nicht beschweren, sie hatte positive Ergebnisse. Aber leider ab der Mittelstufe ist es sehr prekär geworden.“ (Mutter, verheiratet, GD2, Pos. 74)

Die beiden Mütter sprechen das Fehlen von Lehrkräften wie auch die reduzierte pädagogische Aufmerksamkeit gegenüber ihren Kindern an, was beispielsweise in den oberen Jahrgangsstufen an öffentlichen Schulen das Abschreiben von Inhalten anstelle der Erstellung eigener Texte bedeute.

Im Anschluss an diese Aussagen kritisiert eine Mutter und Lehrerin in derselben Gruppendiskussion das auf Inhalte reduzierte sowie sozial ausschließende und trennende brasilianische Schul- und (Aus-)Bildungssystem folgendermaßen:

„Manchmal frage ich mich, ob die Bildung in der Mittelschule prekär ist oder ob die Aufnahmetests auch ‚prekär‘ [schlecht gemacht] sind. Was lernen wir eigentlich in der Mittelschule? Wie bringt uns das weiter? Das Wissen, nur Daten! Entschuldigung, aber ich glaube, dass nach der Mittelschule, die Aufnahme an die Uni, da braucht man in Brasilien ein sehr spezifisches Wissen. Das limitiert das ganze System und das Lernen an sich. Man lernt nur für das Vestibular [Abitur], das ist komplex. [...] Es gibt eine politi-

sche Resignation von Seiten aller! Auch die Lehrer*innen sind resigniert. Erziehung und Bildung war nie das erste Thema gewesen.“ (Mutter, alleinstehend, GD2, Pos. 75)

Interessanterweise dreht diese Mutter die Kritik der beiden ersten Mütter um: Nicht die Bildung in der Schule sei das Problem, sondern die Bildungslogik an sich. Eine gelungene Wissensvermittlung werde ausschließlich an dem Bestehen von inhaltsschweren Aufnahmetests der Universitäten festgemacht. Ihr Hauptkritikpunkt, nämlich dass Bildung nie die erste politische Priorität in Brasilien gewesen sei, konkretisiert sich auch in weiteren Kürzungen im Bildungsbereich, das heißt in der schlechten Entlohnung der Erzieher*innen und Lehrkräfte sowie in den Arbeits- und Lernbedingungen im Schulalltag der Schüler*innen.

Dies veranschaulichen auch die aktuellen Streiks der Gewerkschaften der Erzieher*innen sowie der Eltern von Kindern öffentlicher Kinderkrippen und Schulen im Bundesstaat São Paulo im ersten Semester 2023: In diesen wird eine gerechte Anpassung der Löhne an die reale wirtschaftliche Konjunktur im Bundesstaat gefordert. Außerdem beklagen die Gewerkschaften die Reduzierung von Klassen an den Schulen sowie die daraus resultierende Überfüllung der Klassen bis hin zu temporären Zwangsschließungen (Apeo-esp 2023). Als Folge der ausschließenden und undemokratischen Rechtsetzung der letzten Jahre soll die neue „Oberstufenreform“ („Reforma de Ensino Meio“) gemeinsam mit Erzieher*innen aus dem Bildungsbereich und Schüler*innen öffentlicher Schulen betrachtet, diskutiert und in partizipativen Verfahren formuliert werden. Die Oberstufenreform der ehemaligen Regierung unter Bolsonaro wird dafür kritisiert, dass sie soziale Ungleichheiten verschärft, Schulabbrüche zugenommen sowie den Zugang zu den Universitäten durch das nationale Examen „ENEM“ erschwert habe (UBES 2023; Agencia Brasil 2023).

Die Garantie eines öffentlichen Bildungszugangs für die brasilianische Gesamtbevölkerung ist dementsprechend nicht gleichzusetzen mit scheinbar gleichen Bildungs- und Zukunftschancen. So stehen die öffentlichen Universitäten prinzipiell allen mit einem höheren Schulabschluss offen; die schwierige Aufnahmeprüfung zu den öffentlichen

Universitäten ¹⁹ begünstigt aufgrund der ungleichen Zuwendungen jedoch Absolvent*innen privater Bildungsinstitute. Das meritokratisch angelegte und leistungsorientierte Schulsystem fördert die (Re-)Produktion einer geteilten und ungleichen Gesellschaft. Auch die Bereitstellung eines autonomiefördernden, kritischen Unterrichts kann an den öffentlichen Schulen leichter beschnitten werden. So wird die Bildungspolitik im Bundesstaat São Paulo aktuell dafür kritisiert, sozialkritische Lerninhalte wie Rassismus sowie geschlechterspezifische oder soziale Ungleichheiten durch die rechtskonservative Bundesstaatsregierung einzuengen (vgl. Jornalistas Livres 2023).

5.4.4.1 Familiarisierung und Privatisierung im Kontext fehlender öffentlicher Leistungen im Sorge- und Bildungsbereich

Die meisten arbeitgebenden Betriebe in São Paulo unterliegen einem unternehmerischerwerbszentrierten und sorgelosen Blick (I4, I5). So beklagen berufstätige Eltern zum Beispiel, dass sie ein von Arbeitgeber*innen zur Verfügung gestelltes Betreuungsangebot für ihre Kinder in der Nähe ihres Arbeitsplatzes vermissen (I5, Pos. 11). Der Mangel an öffentlichen Bildungs- und Sorgeangeboten verschiebt Reproduktions- und Pflegekosten weiter in die privaten Haushalte und fördert je nach individuellen Lebenslagen familiarisierende und kommerzialisierte Sorgelösungen.

In den Interviews wird das Bedürfnis nach Angeboten im Bereich Geburt und der frühen Kindheit, etwa „humanisierte“²⁰ Geburtsbegleitungen und Hebammendienste, sowie im Bereich der Elternbildung artikuliert (I2, Pos. 11; I19, Pos. 56; I4). Ein Vater zieht einen Vergleich zu Angeboten europäischer Länder. Er sagt:

„Wir haben uns über diese Dinge gut informiert, ob man Zugang zu diesen Dingen hätte: Wie in den skandinavischen Ländern, da gibt es diese Person, wenn die Mutter schwanger ist, dann wird eine Person [Hebamme] von der Regierung zur Verfügung gestellt. Wenn das eine Option wäre! Es ist keine Babá [Tagesmutter]. Sie kommt, kümmert sich um das Haus, unterstützt die Mutter dabei, das Kind zu versorgen, es gibt da diese Unterstützung.“ (Vater, I2, Pos. 11)

¹⁹ In Brasilien gibt es keine Abitur- oder Maturaprüfung, sondern stattdessen eine vom Schulsystem getrennte Aufnahmeprüfung, die über den Zugang zu den Universitäten entscheidet

²⁰ Als „humanisiert“ wird in Brasilien eine Geburtsbegleitung verstanden, die explizit auf die (emotionalen) Bedürfnisse der Frauen eingeht. Es ist als ein Gegenprojekt zu verstehen, um der verbreiteten Geburtsgewalt im brasilianischen Gesundheitssystem nicht ausgesetzt zu sein.

Da die Eltern ohne die Unterstützung einer Familie in São Paulo leben, ersetzt letztendlich eine „Babá“ die „fehlenden Hände“ nach der Geburt. Er sagt:

„Bei uns zuhause gab es meine Oma, meine Mutter, meinen Onkel und eine Hausangestellte, die diese Dinge gemacht hat. Das war unsere Realität. Es gibt bei uns diese Person nicht, wir waren hier (in São Paulo) allein.“ (Vater, I2, Pos. 11)

Deutlich wird in den Aussagen, dass sich in der Großstadt São Paulo traditionelle Familienstrukturen zunehmend auflösen und dadurch Sorgelücken entstehen. Im Bereich der frühen Kindheit sowie der Geburtsvor- und -nachsorge übernimmt hier die historische Figur der „Babá“ bei zahlungsfähigen Eltern eine Elternbildungsrolle und unterstützt mit ihrem Wissen Eltern unterschiedlicher Familienkonstellationen, die nicht mehr in großfamiliäre Strukturen eingebunden sind (I2, I4 und I13). In diesem Sinne entscheidet sich auch ein Vater eines Kleinkindes mit einem angeborenen entwicklungsverlangsamenden Syndrom gegen die Betreuung seiner Tochter in einer öffentlichen Betreuungseinrichtung. Diese Arbeit soll eine Babá übernehmen. Er begründet seine Entscheidung folgendermaßen:

„Eine Babá ist eine professionelle Betreuerin, von der ich dachte, dass ich sie nie anstellen würde. In dieser Phase wären wir direkt in eine Schule gegangen. Wir haben uns nicht für eine Schule entschieden, denn wenn sie krank wird, dann verpasst sie viele Physiotherapien. Und die Kinder in der Schule werden oft krank. Deswegen warten wir, bis sich ihre physischen immunologischen Bedingungen verbessert haben, und konzentrieren uns auf die Therapien in den ersten Lebensjahren, die wichtig sind für die Entwicklung, und dann gehen wir in eine Schule.“ (Vater, I6, Pos. 18)

Wie in dem Zitat zu sehen ist, brauchen Kinder mit besonderen Bedürfnissen oftmals zusätzliche Zuwendungen, wie Therapien oder eine spezialisierte Betreuung, zum Beispiel eine Förderkraft in der Schule. Ein(e) Sozialassistent*in an öffentlichen Schulen ist ein Recht, was nicht an allen Schulen, mitunter aufgrund langwieriger bürokratischer Prozeduren, umgesetzt wird (I2, Pos. 7; I6, Pos. 9). Das verursacht bei den Eltern zusätzliche Unsicherheiten bezüglich einer angemessenen Betreuung der Kinder und führt als Folge zu familiären Lösungen. Deutlich wird, wie die fehlende Bereitstellung einer inklusiven und bedarfsgerechten Betreuung zu einem niedrigen Vertrauen in eine entsprechende Förderung und zu einem Rückzug ins Private führt: Die Inanspruchnahme der Dienste einer Tagesmutter ist in diesem Fall für die Eltern kostengünstiger und vertrau-

enswürdiger als die unzuverlässigen öffentlichen Angebote auf der einen und die über-
teuerten Betreuungsangebote der privaten Einrichtungen auf der anderen Seite.

Über eine digitale Registrierungsstelle, „Cadastró Unico“, werden öffentliche Zuwen-
dungen, etwa ein kostenfreier Transport zu Schulen oder zu Therapien, bedürfnisorien-
tiert an Familien zugeteilt. Öffentliche Hilfeleistungen werden auch in Form von Rabat-
ten angeboten, wie bei der Anschaffung eines Neuwagens für Eltern von Kindern mit
besonderen Bedürfnissen (I6, Pos. 9). Doch der oft aufwändige administrative Zugang zu
den geringen staatlichen Sorgeleistungen und die zu langen Wartezeiten veranlassen auch
eher gering verdienende Mittelklassehaushalte weiterhin, die kommerzialisierten und
privaten Sorgeleistungen in Anspruch zu nehmen.

Öffentliche Leistungen sind nicht universell zugänglich, sondern werden vor allem für in
(extremer) Armut lebende Menschen bereitgestellt. Aus diesem Grund haben selbst mit-
telständische Geringverdienende keinen Zugang zu öffentlichen Leistungen, wie es der
obige Vater beschreibt: „Die Regierung sieht eine Unterstützung für Familien vor, die
Kinder mit besonderen Bedürfnissen haben. Aber nur, wenn sie ein bestimmtes Ein-
kommen haben, da kommen wir nicht rein“ (Vater, I6, Pos. 9-11).

Soziale Zuwendungen sind also an die spezifischen Pflege- und Sorgebedürfnisse gebun-
den und stehen dementsprechend nicht der gesamten Bevölkerung zur Verfügung. Sie
werden stattdessen als unterstützende Hilfeleistungen für Menschen in Situationen wie
extremer Armut verstanden. Dadurch wiederum werden Menschen auch ohne besondere
Bedürfnisse benachteiligt und sind armutsgefährdet, da sie grundsätzliche Sorgebe-
dürfnisse privat und überteuert decken müssen.

5.4.4.2 Private und öffentliche Schulen in São Paulo zwischen sozialer Abgren- zung und Klassenstatus

Intersektionale Ungleichheiten – das haben die letzten zwei Abschnitte gezeigt – begin-
nen bereits bei den ungleichen Sorge- und Betreuungsoptionen in „den ersten
1 000 Tagen eines Kindes“²¹. Daher sind private und öffentliche Schulen auch Institu-

²¹ Mit „den ersten 1 000 Tagen eines Kindes“ werden die ersten frühkindlichen Entwicklungsjahre be-
schrieben, in denen sich das Gehirn von Kindern entwickelt und die dementsprechend grundlegend für die
Gesundheit sowie den späteren Lernerfolg sind.

tionen sozialer und rassifizierter Segregation. So sind die Bereitstellung und Qualität der öffentlichen Einrichtungen von der entsprechenden Infrastruktur der Wohnviertel abhängig. Dementsprechend hebt ein Vater (I2, Pos. 9) aus dem gehobenen Mittelstandviertel „Bela Vista“ hervor, dass in seinem Viertel die Schulooptionen, sowohl öffentlich als auch privat, grundsätzlich gut seien. Er verbindet öffentlichen Schulen mit Inklusion und Diversität. Private Schulen, die für seine momentane Lebensrealität eine überbezahlte Schulooption ist, versprechen hingegen eine mehrsprachige Bildung und damit die Möglichkeit des späteren beruflichen Weiterkommens.

Menschen aus der oberen Mittelklasse, die selbst in Privatschulen ausgebildet wurden, vertreten eine eher skeptische Haltung gegenüber den öffentlichen Schulen. Dies wird auch in der Äußerung der folgenden Mutter mit einer sehr bürgerlichen Ansicht gegenüber den Leistungen öffentlicher Schulen sichtbar: In ihrer Wahrnehmung sind ausschließlich die großen Außenflächen sowie der große Spielfreiraum die einzigen Vorteile öffentlicher Schulen. Ihre Aussage kann aber auch als politische Forderung nach der Verbesserung von öffentlichen Schulen interpretiert werden. Sie sagt:

„Die Grundfläche ist hier in São Paulo sehr teuer. Deshalb ist eine private Schule mit einer großen Fläche zum Spielen, um auf Bäume zu klettern und zu rennen, um sich zu verstecken, sehr teuer für die Familien. Das ist also ein Vorteil, den ich in den öffentlichen Schulen sehe.“ (Mutter, I19, Pos. 48)

Negativ bewertet werden von der Mutter die Klassengrößen, die zu geringe Zahl an Betreuer*innen und Erzieher*innen sowie fehlende Koordination in den Schulen und Arbeitsanreize für die Erzieher*innen. So erzählt sie weiter:

„Ich glaube aber, sie könnten besser koordiniert sein. Vielleicht wenn die Lehrer einen besseren Anreiz hätten, die Koordination, die Versammlungen, Arbeitsanreize eben, damit sie sich als ein Teil von dem Ganzen sehen, motiviert sind. Wenn die Anzahl der Kinder nicht so groß wäre. Wenn zum Beispiel jeder Erwachsene mit einer bestimmten Anzahl von Kindern bleiben könnte. Es geht nicht, wenn ein Erwachsener allein 20 Kleinkinder betreuen muss.“ (Mutter, I19, Pos. 48)

Eltern, die eine Wahl haben, heben in ihren Aussagen vor allem das individualisierte, gehobene Angebotsprofil privater Schulen und Betreuungseinrichtungen hervor. Dabei spielt auch für den Vater im folgenden Zitat das Betreuungsangebot hinsichtlich der Arbeitszeiten der Eltern eine entscheidende Rolle bei der Auswahl der Schule seiner Kinder.

Er stellt eine Kosten-Nutzen-Rechnung zwischen den Arbeitsstunden der Eltern und der Betreuungszeit der Kinder auf. Und er hebt auch die hohen Kosten dafür hervor, indem er sagt:

„Was die Privatinstitutionen angeht, die Schule meines Sohnes zum Beispiel: Sie beginnt um 13:15 und ist um 17:15 zu Ende. Es gibt die Möglichkeit, länger zu bleiben, aber dafür verlangen sie nochmal wahnsinnig viel dafür. Ich glaube, es ist nicht angebracht, dass der Vater oder die Mutter das Kind um 7:00 Uhr in der Früh dort lassen und um 19:00 Uhr abends abholen, wenn sie die Möglichkeit haben, im Berufsleben nicht so ausgebeutet zu werden und mehr zusammen sein können. Ja, weil ich denke es ist eine sehr lange Zeit, von der Familie weg zu sein. Also, von 7:00 bis 19:00 ist eine Sache, aber von 13:00 bis 17:00 das geht nicht, da könnte schon mehr angeboten werden, ohne dass man eine extra Monatsgebühr bezahlt. Die Kosten für die Familien sind zu hoch.“ (Vater, verheiratet, I5, Pos. 11)

In der Erzählung erhebt der Vater selbst den Anspruch darauf, mehr Zeit mit der Familie verbringen zu wollen, was er als besser bzw. „angebrachter“ für das Familienleben und für das Kind hält. Gleichzeitig betont er die langen Arbeitszeiten in anderen Lebens- und Arbeitsrealitäten und gibt damit Einblick in seine eigene privilegierte Situation. Er sagt:

„Zweitens gibt es Menschen, die diese Möglichkeit gar nicht haben, die müssen aus dem Haus gehen, weil sie auch eine untergeordnete Arbeit haben, die müssen mit dem Bus fahren, wohnen weit weg, müssen super früh aus dem Haus, können nicht so früh nach Hause, und deswegen haben die öffentlichen Krippen, die öffentliche Bildung längere Schulzeiten, aber ich weiß nicht, ob sie damit allen Arbeitsprofilen gerecht werden. Dieser Blick der Institutionen, die bei der Sorge unterstützen, der ist wichtig.“ (I5, Pos. 11)

Der Vater bezieht sich in seiner Aussage auf eine „andere Realität“, die für den Großteil der Brasilianer*innen konkret eine 44-Stunden-Arbeitswoche zuzüglich Anfahrtswege bedeuten würde. Die Wahlmöglichkeit, Kinder nur halbtags in eine Schule zu schicken, um danach noch gemeinsame Stunden mit seinen Liebsten zu verbringen oder um notwendige Sorge- und Hausarbeiten erledigen zu können, haben dementsprechend nur die Wenigsten. Da eine private Halbtagschule bereits viel Geld kostet, ist eine Ganztagsbetreuung privat nur für Spitzenverdiener*innen erschwinglich. Der Ausbau der öffentlichen Schulen in Ganztagschulen spiegelt die gesellschaftliche Notwendigkeit wider, die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsrealitäten und Verletzlichkeiten von Menschen (vgl. Marques 2019) nicht aus dem sozialpolitischen Blick zu verlieren. Das Fehlen öffentlicher Ganztagsangebote betrifft vor allem die Haushalte mit geringerem Einkommen und damit insbesondere Mütter, die eher zuhause bleiben, um kleine Kinder zu ver-

sorgen. Aktivist*innen (vgl. *politica é mãe* 2023) kritisieren daher, besonders nach den Erfahrungen der Covid-19-Pandemie, die Nachlässigkeit des brasilianischen Staates, der die Verantwortung für Care-Arbeit in den familiären Bereich schiebt. Sie demaskieren in diesem Zusammenhang vor allem die Prekarisierung derjenigen Frauen, die ohnehin schon mit prekärer Arbeit und geringen Löhnen in der bezahlten Care-Arbeit zu kämpfen haben. Als Konsequenz der privatisierenden und familiarisierenden Politik sind diese dann eher von feminisierter Armut und fehlender Rentenabsicherung bedroht.

Eltern der oberen Mittelklasse in infrastrukturell gut ausgebauten Vierteln geht es vor allem darum, ihren Kindern eine gehobene Bildungsqualität bieten zu können, die sie an den öffentlichen Schulen nicht antreffen. Ein Vater sagt:

„Es gibt viele öffentliche Schulen in unserem Viertel, in mehreren Vierteln, aber das geht gar nicht. Die Kinder können nicht rechnen, sie können in der achten Klasse keine Mathematik, sie können keinen Text mit 14, 15 Jahren interpretieren. Die Bildung ist schrecklich, auch die für die Familien, die den Kindern auch kein Wissen vermitteln können, und die der Lehrer*innen. Die sind nicht motiviert. Es gibt eine Serie an Beschwerden der Lehrer*innen an den öffentlichen Schulen. Weil es ein abgewerteter Beruf in Brasilien ist. Die besten Schüler*innen, das muss man sich mal vorstellen: In Ländern, die den Lehrberuf wertschätzen, da wollen die besten Schüler*innen keine Lehrkräfte werden. Hier werden die schlechtesten Schüler*innen Lehrkräfte wegen der schlechten Löhne. Das ist ein Problem, wofür es keine Lösung gibt. Länger- und kurzfristig gesehen. Es braucht einen Bruch in der Wertschätzung dieses Berufes.“ (Vater, I1, Pos. 24)

Das öffentliche und private Angebot stellt Menschen vor eine (ihrer Zahlungsfähigkeit entsprechende) individuelle Wahl: Auf der einen Seite sind besondere Bedürfnisse in privaten Schulen, manchmal besser aufgehoben. So gibt ein queerer Vater im Interview an, eine private Schule gewählt zu haben, weil er sich während der bolsonaristischen Welle wegen der zunehmenden Homophobie unsicher fühlte und deswegen eine private auf gesellschaftliche Inklusion gerichtete Schule für seine Kinder auswählte (I4, Pos. 31). Eine Bildungsinstitution individuell zu wählen und zu bezahlen, bedeutet auch, sich für eine politische und ideologische Ausrichtung, eine entsprechende Pädagogik sowie die vermittelten Denkweisen entscheiden zu können. Auf der anderen Seite müssen im öffentlichen Sektor die Eltern für ihre Rechte kämpfen – gegen Bildungsabbau, manchmal gegen Diskriminierungen, wie im Falle nicht heteronormativer Familien, was diese neben anderen individuellen alltäglichen Kämpfen in der Gesellschaft ermüdet. Demzufolge bevorzugen Menschen, in ihrer sozialen Blase zu bleiben (I4, Pos. 34) und Probleme in-

dividuell anstatt kollektiv zu lösen. Privat anmutende Probleme können bei mangelnden öffentlichen Alternativen sowie diskriminierenden Ausschlüssen im privaten Sektor anscheinend besser gelöst werden. Als Konsequenz gehen politische Resignation und die Suche nach individuellen und familiarisierenden Lösungen Hand in Hand.

Hoffnung auf eine Verbesserung der öffentlichen Schulen kommt vor allem aus dem politisch linken Spektrum, das auf eine gesellschaftliche Mobilisierung hofft und appelliert, sich für die Förderung der öffentlichen Schulen einzusetzen. Diese Projekte sind auf das zivilgesellschaftliche Engagement und auf eine aktive Beteiligung von Eltern, die meist privilegiert sind, angewiesen, wie es diese Mutter wahrnimmt:

„Was ich sehe, die Schulen, die als öffentliche Modellschulen gelten, das sind Schulen, bei denen die Familien sehr beteiligt sind. Sie haben Themen, Projekte, die Eltern sammeln Gelder, Stunden von außen, ich sehe das bei meinen Neffen, die studieren in Butanta Amorim Lima. Das ist eine Schule, in denen die Eltern mit Bildung arbeiten, die Schule macht das. Sie organisieren Bücher, haben eine Kommission aus Eltern und Erzieher*innen. Es gibt diese politische Resignation, aber es gibt auch Mobilisierungen der Gesellschaft. Sie glauben nicht an das öffentliche System, aber sie wollen zusammen etwas kollektiv verändern in der öffentlichen Schule.“ (GD1, Pos. 19)

Die langfristigen Folgen neoliberal geprägter Privatisierungen und fehlende öffentliche Care-Institutionen haben Haushalte und Communities dazu gebracht, zunehmend nach individualisierten Care-Lösungen zu suchen. Der weitere Rückbau des öffentlichen Sektors in den Jahren der letzten Regierung ist geprägt durch neoliberale Wirtschafts- und Diskriminierungspolitiken. Folglich werden mittelständische, diskursiv vermittelte Repräsentationen, die mit der Ablehnung des öffentlichen Sektors verbunden sind, wirksam. Sie disqualifizieren öffentliche Schulen und Betreuungseinrichtungen sowie das öffentliche Gesundheitssystem *per se* als qualitativ schlechte Institutionen für Menschen, die sich nichts anderes leisten können. Dadurch wird der private Sektor gesellschaftlich weiter aufgewertet und zu einem lukrativen und teuren Geschäft, der das Versprechen einer angeblichen „Erste-Welt-Qualität“ für die Nachfragen der (oberen) Mittelklasse vermarktet. Dies scheint der einzige Weg zu sein, um in einer meritokratisch organisierten Gesellschaft und einer ungleichen globalisierten Welt eine zukünftige Erfolgs- und Lebensabsicherung in einem als stets ungenügend und als unsicher empfundenen öffentlichen Bildungssystem zu garantieren. Diese oft unbewusste Annahme kann als ein kollektives Wirksamwerden Symbolischer Gewalt benannt werden. Das Ideal der sozialen Gleichheit

wird dadurch dem individuellen, mit eigener Leistung verbundenen Fortschritt untergeordnet. Das zeigt die folgende Aussage eines Vaters:

„Weil, die brasilianische öffentliche Bildung ist schrecklich. Es ist schlecht für alle, die Reichen und die Armen. Und diejenigen, die sich eine private Schule leisten können. [...] Leider werde ich meinen Sohn nicht auf eine öffentliche Schule schicken, auch wenn es Vorteile gibt, auch dass er Zeit mit Menschen anderer Klassen verbringen könnte, mit Diversität, etwas, was heute in Brasilien so fehlt. Das Thema des Rassismus steht sehr auf der Agenda. In privaten Schulen sind alle weiß, also lebst du immer unter deinesgleichen.“ (Vater, II, Pos. 24)

Obwohl der Vater kritisiert, dass in der privaten Schule seines Sohnes alle weiße privilegierte Kinder sind und es keinen Austausch unter verschiedenen sozialen Klassen gibt, wird er seinen Sohn nicht in eine öffentliche Schule schicken, da er die öffentliche Bildung als „schrecklich“ bewertet. Interessanterweise fügt er hinzu, dass die brasilianische Bildung sowohl für die Reichen als auch für die Armen, ohne dies weiter zu konkretisieren, schlecht sei. Wird diese Aussage verbunden mit seinem Wunsch nach Diversität, besteht die Annahme, dass er die soziale Segregation als negative Folge für Arme und Reiche kritisiert.

Auf diese Weise treiben die starken Vorurteile gegenüber dem öffentlichen System eine weitere Privatisierung und Kommerzialisierung voran und setzen die soziale und rassifizierte Segregation fort. In dem Prozess wird auch eine Verschiebung sozialpolitischer Konzepte sichtbar: weg von universell zugänglichen Sozialpolitiken hin zu einer zunehmend individualisierenden und wettbewerbsorientierten Einstellung gegenüber Zugängen zu Bildung. Mehr Inklusion und weniger Hierarchien sowie rassistische und klassenbezogene Diskriminierungen werden dabei zunehmend individuellen Privilegien untergeordnet, wie private Schulen für diejenigen, die es sich leisten können.

Durch das zunehmende Einsparen sozialer Ausgaben und die Behandlung von Bürger*innen nicht als Träger*innen sozialer Rechte, sondern als Unternehmer*innen und Konsument*innen, vergrößert sich das Misstrauen gegenüber den öffentlichen Institutionen. Dies öffnet den politischen Handlungsspielraum für private und neoliberale unternehmerische Interessen und verleiht ihnen gesellschaftliche Legitimität. Intersektionelle Ungleichheiten werden dadurch verfestigt und staatlich reproduziert. Auf der anderen

Seite ist der Erwerb spezieller Sorgebedürfnisse ein teureres Anliegen, weswegen die meisten Menschen weiterhin auf die öffentlichen Zuwendungen angewiesen sind.

5.4.5 Armutsbekämpfung und frühe Kindheit

Am unteren Ende der Armutsspirale verschärfen sich die Versorgungsbedürfnisse vor allem für die Sorgegeber*innen, die selbst ihrer Sorgeverantwortung nicht mehr gerecht werden können. Dementsprechend vergrößern sich die Anforderungen an die öffentlichen Sorge- und Betreuungssysteme. Ein Erfahrungsbericht einer ehemaligen Krankenschwester aus der Peripherie von São Paulo (I7, Pos. 11-12) veranschaulicht die Komplexität der Verletzlichkeit vor allem der Mütter als Sorgegeber*innen in peripheren Stadtteilen mit unzureichender öffentlicher Infrastruktur. Sie erzählt von Müttern, die ihre Kinder krank in die Schulen bringen, da sie selbst keine Möglichkeit haben, diese zu einem Arzt zu bringen. Ein Arzttermin in öffentlichen Krankenhäusern bedeutet für sie, Schlange zu stehen. Manchmal gibt es auch keine Kinderärzte. Dadurch verlieren sie ganze Arbeitstage in der Notfallambulanz, in denen die Kinder nur mit dem Notwendigsten versorgt werden. Am nächsten Tag muss das Kind wieder in die Krippe. Das Personal dort verfügt oftmals nicht über die passende Ausbildung, um den Sorgebedürfnissen, mit denen es konfrontiert wird, gerecht zu werden. So haben die Erzieher*innen zum Beispiel keine kinderpsychologische Ausbildung, die notwendig wäre, um mit den alltäglichen Problemen der Kinder umgehen zu können. Viele Kinder sind unterernährt, verfügen über keine basishygienische Infrastruktur zuhause oder erleben häusliche Gewalt. Die ehemalige Krankenschwester sagt dazu:

„Wir wissen nicht, wie das Wochenende war. Sie haben niemanden, um das zu verfolgen. Ob das Kind eine Aggression erlitten hat zuhause, und das passiert sehr oft, ob es eine physische Aggression ist oder sexueller Missbrauch. Es gibt immer eine Bürokratie. Und die Mütter haben dann Angst, ihre Kinder zu verlieren, und bringen sie dann nicht mehr in die Schulen. Manchmal wollen sie nicht, haben eine persönliche Situation, die sie davon abhält, die Realität und die Wahrheit zu sehen. Dann bringen sie sie nicht mehr in die Krippe und verlieren auch ihre Arbeitsstellen. Und dann wird alles zu einem riesengroßen Chaos.“ (ehemalige Krankenschwester, I7, Pos. 11)

Die Krankenschwester kritisiert die ungenügende Begleitung bzw. den bürokratischen Umgang mit den oft sehr spezifischen Lebenssituationen der Kinder und Mütter.

Der Erfahrungsbericht verdeutlicht, dass intersektionelle Ungleichheiten bereits in der frühen Kindheit entstehen. So ist neben der Diskussion um gleiche Bildungschancen auch die Frage nach einer gleichen Grundversorgung wie Ernährungssicherheit, Hygiene und einem geschützten Raum zu stellen, der Bildung, frühkindliche Förderung sowie Elternbildung in einem zweiten Schritt überhaupt erst möglich macht. Es bräuchte einen schärferen und intersektionellen sozialpolitischen Blick auf die Komplexität der Lebenswirklichkeit der prekarierten Mütter und Kinder unter Begleitung ihrer Lebenssituationen. Das bestätigt die Aussage der ehemaligen Krankenschwester:

„Man muss es aus dem Blickwinkel der Mutter dort sehen, aber auch sie (die Kinder) haben Mängel, weil sie keine passende Ernährung bekommen, sie sind schlecht ernährt, haben keinen Raum, in dem sie aufwachsen können, sich entwickeln können, sich intellektuell weiterentwickeln können. Sie bekommen eben nicht die passende Betreuung. Es wäre gut, wenn wir es den Kindern schon mit Beginn der Geburt mitgeben könnten.“ (I7, Pos. 9)

Der öffentliche Umgang der staatlichen Institutionen mit und insbesondere deren Bevormundung von Müttern mit Kindern in vulnerablen Lebenssituationen wird im weiteren Abschnitt von der Krankenschwester kritisch in den Blick genommen. Im Kern ihrer Kritik steht eine Straflogik, die sozial schwachen Familien die Schuld für ihre Lage zuweist. Staatliches Agieren setzt oftmals erst am unteren Ende der Armutsspirale ein, statt präventiv zu wirken – beispielsweise durch die Bereitstellung präventiver Sorgeleistungen, wie eine Verbesserung frühkindlicher Vorsorge und Elternbildung. Das bestätigt die weitere Aussage der Krankenschwester:

„Eine funktionierende soziale Unterstützung, ein Vormundschaftsrat, der funktioniert, der für die Kinder verantwortlich ist. Es bringt doch nichts, da nur hinzugehen und zu sagen, dass sie das Kind wegnehmen sollen. Ich hab’ schon viel Gerede darüber gehört. Ich werde dir das Kind wegnehmen. Aber überleg mal, das Kind der Mutter wegnehmen und dann das Kind wohin stecken? Wohin? Das ist doch die Frage. Wenn ich das Kind wegnehme, dann muss ich wissen, wohin damit. In eine bessere Institution oder in eine Institution, die einen völligen Bruch in der sozio-intellektuellen Entwicklung des Kindes auslöst? Das ist nämlich das, was wir hier sehen. Wenn sie in eine Institution für Minderjährige kommen, dann kommen sie schlimmer heraus, als sie hineingekommen sind. Zum Beispiel die Stiftung ‚Fundação Casa‘. Verbesserst du oder verschlechterst du damit das Leben von diesem Kind? Oder geht es ihm dann schlechter als im Haus der Mutter?“ (Krankenschwester, I7, Pos. 11)

In diesem letzten ausführlichen Erfahrungsbericht steht das moralisierende Vorgehen des Vormundschaftsrates im Zentrum der Kritik. Die Krankenschwester beschreibt diesen als

eine Instanz, die sich vor allem dadurch auszeichnet, dass sie die Mütter bedroht, ihnen die Kinder wegzunehmen, anstatt ihnen beispielsweise unterstützend zur Seite zu stehen. Auch die staatlichen Einrichtungen würden nicht das Leben der Kinder verbessern, sondern im Gegenteil verschlimmern.

Menschenrechtsbeobachter*innen warnen in diesem Kontext davor, dass die sozialen Unterstützungssysteme in einer neoliberalen-kolonialen Logik Gefahr laufen, auch hier die weiße, europäisch geprägte, bürgerliche Kernfamilie als Familienideal festzulegen, statt die individuellen Lebenslagen unterschiedlicher Familien- und Haushaltskonstellationen wahrzunehmen (vgl. Clinica de Direitos Humanos Universidade de Minas Gerais 2021). In diesem Zusammenhang kritisiert ebenfalls ein Vater die generelle kollektive Sorglosigkeit beim Aufwachsen von Kindern in São Paulo und benennt diese als eine westlich und kolonial geprägte sowie „sorglose“ kapitalistische Gesellschaft, indem er sagt:

„Die weiße Gesellschaft, die nicht indigene Gesellschaft, [...] sie wurde nicht dafür gemacht, sich um Kinder zu sorgen. [...] Man denkt nicht mal an die Sorge um Kinder, die Menschen denken: Ah, ich brauche ein Kind. Ich muss wachsen, heiraten, ich werde einen Sohn haben und eine Familie, aber keiner denkt an die Sorgearbeit für die Kinder.“
(Vater, I2, Pos. 12)

Der Vater artikuliert den Bedarf nach kollektiv organisierten Sorgelösungen, indem er die indigene Gesellschaft der weißen, individualisierten Gesellschaft, die die Sorgearbeit der Kinder nicht mitdenkt, gegenüberstellt. Er spiegelt damit auch sein Umfeld, in dem Sorgangebote wie frühkindliche Vorsorgeeinrichtungen und -maßnahmen vor allem in mittelstandszentrierten privaten Spielhäusern, „humanisierten“ Geburtskliniken und privaten Hebammendiensten für zahlungsfähige Menschen exklusiv bleiben. Ungleiche Bildungs- und Gesundheitszugänge beginnen somit von Geburt an. Die Studie der Fundação Maria Cecília Souto Vidigal (2022) zeigt in diesem Zusammenhang, dass gerade arme Kinder diejenigen sind, denen am ehesten ihr (staatlich) zugesichertes Recht auf eine Vorschule verwehrt bleibt. Die nationale Datenerhebung der brasilianischen Haushalte PNADC vom Jahr 2019 zeigt des Weiteren, dass diese Kinder meistens aus Familien stammen, die sich selbst als „pretos/as“ (Schwarz) deklarieren. Vielmals haben sie junge Mütter im Alter von höchstens 19 Jahren, die über ein niedriges Bildungsniveau verfügen und sich

in informellen Arbeitsverhältnissen befinden. Politiken, die sich auf die öffentliche Förderung der „frühen Kindheit“ sowie die Förderung von Eltern, vor allem von alleinerziehenden und jungen Müttern, konzentrieren, betrachten die öffentliche Förderung von Kindern zwischen null und sechs Jahren als die Grundvoraussetzung, um sozialen Ungleichheiten sowie zukünftigen Bildungsrückständen entgegenwirken zu können (vgl. Primeirainfanciaprimeiro 2023).

Gleichheitsorientierte Politiken im Bildungsbereich beginnen also nicht erst mit dem Eintritt in die öffentlichen Universitäten, sondern sowohl bereits mit dem Recht auf eine qualitativ zugesicherte frühkindliche Bildung und Vorsorge als auch mit einer sozialen Begleitung der Eltern. Rückwirkende Bildungspolitik mit der Forderung nach einer „Homeschoolisierung“ – ein ideologisches Wertezugpferd und prinzipieller Bildungsvorschlag der konservativen rechten Regierung 2018 bis 2022 (vgl. Politize! 2023) – stellen sich gegen den Ausbau von öffentlichen Bildungsangeboten mit partizipativen und inklusiven Ansätzen im Bereich der frühen Kindheit sowie der Elternbildung. Sie setzen stattdessen auf familiarisierende und konservative Familienwerten basierende Konzepte.

Sozialleistungen für die Gruppe der alleinerziehenden (oft sehr jungen) Mütter, ohne Aussichten auf (Weiter-)bildung und gutbezahlte, sichere Arbeit, zementieren die Positionierung dieser Frauen im Haushalt. Auch der staatlich verstärkte neoliberale Aufruf von Müttern zu selbstständigem Unternehmertum („empreendedurismo materno“) geht in eine ähnliche Richtung, die Verantwortung für Sorge an feminisierte Menschen in Situationen der Armut zu übertragen. Sie gehen dabei von einem wettbewerbsorientierten Unternehmerdenken aus und schreiben somit sozial verletzliche Bürger*innen als für sich selbst und ihren Erfolg verantwortlich fest. Gleichzeitig bleibt das sozialstaatlich entleerte Gesamtszenario mit Blick auf fehlende feste Arbeitsplätze, faire Löhne sowie soziale Absicherung perspektivlos und unverändert.

Das politisch stets umkämpfte soziale Programm „Bolsa Familia“ beginnt zumindest teilweise, die Sorge- und Reproduktionsarbeit von Frauen in der größten sozialen Armut zu entlohnen. Es birgt aber auch die Gefahr, diese Frauen als naturalisierte Sorgende im brasilianischen Haushalt langfristig festzuschreiben. Trotzdem haben Studien gezeigt, dass die „Bolsa Familia“ es vor allem den alleinerziehenden Frauen in (extremer) Armut

ermöglicht, eine größere Autonomie zu erleben, da sie ihre prekären Lebenssituationen verbessern können und die soziale Hilfeleistung mit einem vereinfachten Zugang zu Bildung und Gesundheit verbunden ist (vgl. Brasil de Fato 2023). Folglich ist die neue Bolsa Familia 2023 der aktuellen PT-Regierung auch an die Kinderanzahl der Haushalte gekoppelt. Sie stellt damit eine historisch neue Realität für die ärmsten brasilianischen Haushalte dar – besonders die, die nur von einer erwachsenen Frau unterhalten werden. Außerdem kennzeichnet es einen staatlichen Paradigmen- und Richtungswechsel gegenüber Care-Arbeiten, diese zunehmend, wenn auch noch zögerlich, als eine gesellschaftlich kollektive Verantwortung in den Blick der Sozialpolitiken zu nehmen. Das spiegelt auch die aktuelle Forderung nach der politischen Umsetzung der Gesetzesvorlage LEI n°638 von 2019 zur Miteinbeziehung der Sorgeökonomie in das nationale Budget zur Ausarbeitung spezifischer Politiken wider. Außerdem soll ein weiteres Projekt 2647 aus dem Jahr 2019 zur Anerkennung der Hausarbeit in die Rentenankennung noch im Jahr 2023 verabschiedet werden.

5.4.6 Schlussfolgerungen

Deutlich wurde in diesem Kapitel der sozialpolitische Ab- und Umbau als Ausdruck von vielfältigen, laufenden Transformationen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse im neoliberal geprägten Brasilien. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden gesamtgesellschaftlichen Prekarisierung sieht sich heute besonders die brasilianische Mittelklasse zwischen der eigenen sozialen Verletzlichkeit auf der einen und als Konsument*innen und Nutznießer*innen privater Konsumgüter und (Care-)Leistungen auf der anderen Seite. Dabei reproduziert sie in ihrem Konsumverhalten eine neoliberal geprägte (Re-)Produktions- und Lebensweise (vgl. Brand/Wissen 2017: 109). So konnte die brasilianische Mittelklasse bisher, wie in anderen lateinamerikanischen Ländern, über ihre materiellen Konsummöglichkeiten in die kapitalistische Globalisierung eingebunden werden. Das neoliberale Versprechen, über Konsum zumindest ein Stück des globalen Wohlstandkuchens abzubekommen, schürte schließlich auch die Akzeptanz einer „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017), die sich den kapitalistischen Lebens- und Konsumstil der Länder des Globalen Nordens zum Vorbild macht, jedoch ohne entsprechenden sozialen Ausgleich im Sinne wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Dementsprechend reichen die kapitali-

stischen Logiken bis weit hinein in das soziale Gefüge sowie in die Subjektbildungen der Bürger*innen hinein, die sich eher als Konsument*innen von Dienstleistungen und weniger als selbstbewusste Rechtssubjekte eines Sozialstaates positionieren.

Vor diesem Hintergrund äußern viele der zitierten Personen einen Wunsch nach öffentlicher Versorgung und sehen sich angesichts des Mangels an öffentlicher Vorsorge gezwungen, auf „private“ Alternativen auszuweichen. Auf der anderen Seite hat die vermehrte Inanspruchnahme privatisierter Angebote auch im Zuge der laufenden Neoliberalisierung, die die Gesellschaft entlang klassenbezogener Unterschiede weiter segregiert, die Wahrnehmung beeinflusst, in der öffentliche Angebote mit schlechter Qualität, zerbrochenen Familien und staatlicher Sozialhilfe für sozial gescheiterte Menschen assoziiert werden.

Meritokratische Denkweisen, die sich in einem ideologisierenden Anti-Welfare-Ethos widerspiegeln, stellen gesellschaftlichen Konsens für sozialen Abbau sowie für das Einschränken von universellen Zugängen zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen her. Littler und McRobbie (2021) bezeichnen diese Form der subjektiven Anrufung im Neoliberalismus als „negative interpellation effect“ (ebd.: 3). Sie beschreiben damit eine in neoliberal geprägten Gesellschaften verbreitete anti-wohlfahrtsstaatliche Einstellung. Sie reflektiert das Wirksamwerden Symbolischer Gewalt, weil sie Menschen als Sozialhilfeempfänger*innen, die staatsabhängig sind und vermeintlich falsche Entscheidungen im Leben getroffen oder zu viele Kinder bekommen haben (ebd.: 3), subjektiviert.

Rechte und neoliberal ausgerichtete Regierungen kombinieren meritokratische Denkweisen und Anti-Welfare-Ideologien mit der Mobilisierung von normativer Weiblichkeit und Familiarisierungsprogrammen. In diesem Zuge schicken sie gerade diejenigen, die aufgrund niedriger Bildungszugänge sowie aufgrund ihrer Reproduktionsarbeiten schwer in den Arbeitsmarkt integriert werden können, in familiäre (aber auch im Zuge ihrer Selbsthilfenotwendigkeit in kollektive) unbezahlte Care-Arbeit. Das sind meistens feminisierte und rassifizierte Menschen. Dabei verschärfen sich intersektionale Ungleichheiten an den Differenzierungsachsen Geschlecht, *Race* und Klasse weiter. Eine weitere subjektivierende Folge sind die zumeist individualisierenden Antworten auf das Fehlen öffentlicher Sorgeeinrichtungen bzw. auf deren als ungenügend wahrgenommene Quali-

tät, aber auch politische Haltungen, die sich unter anderem in politischer Resignation sowie Machtlosigkeitsgefühlen angesichts der schwachen kollektiven, politischen Antworten und Lösungen zeigen. Das spiegelt ebenfalls die ungleichen politischen verdichteten Kräfteverhältnisse wider, in denen sich mehrheitlich kapitalistische und unternehmerische Interessenvertretung durchsetzt. Der Staat spart sich im Zuge der Privatisierung von Sorge und der Gesundheits- und Bildungssysteme Kosten ein, zuungunsten derjenigen, die auf öffentliche Vorsorge angewiesen sind und auf Kosten derjenigen, die Care-Arbeit in der Gesellschaft übernehmen. Resümierend entstehen als Folge der ungleichen politischen Repräsentationen und privaten Ressourcen klassenbezogene, rassifizierte und geschlechtlich differenzierte Zuwendungen von Sorge und Pflege.

Kapitel 6 – Symbolische und materielle Kämpfe im Staat und in der Gesellschaft im Hinblick auf die Care-Arbeit

6.1 Interpretation der Ergebnisse

In diesem abschließenden Kapitel werde ich die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zusammentragen, um letztendlich die Forschungsfragen zu beantworten. In meine empirische Analyse bin ich mit zwei Forschungsinteressen eingestiegen: Erstens habe ich die staatlich produzierten intersektionellen Herrschaftsstrukturen untersucht, die Care-Arbeit in Brasilien kennzeichnen und die durch staatliches Agieren (re-)produziert werden. Die zweite forschungsleitende Frage war, wie Care-Arbeiter*innen die ihnen zugeschriebene Verantwortung für Sorge und Pflege wahrnehmen und wie sich dabei Symbolische Gewalt in der Care-Arbeit äußert. In meinen theoretischen Überlegungen habe ich hierzu ein Staatsverständnis verwendet, das den Staat als ein soziales Verhältnis (Poulantzas 1979) bzw. als eine Arena materieller und symbolischer Kämpfe begreift. Symbolische und materielle Kämpfe sind in den Staat und die Gesellschaft, aber auch – so der Beitrag dieser Arbeit – in die Care-Arbeit und in subjektive Care-Praxen eingeschrieben und stehen in einer Wechselwirkung zueinander, indem vorherrschende Care-Verhältnisse durch staatliche Normen und Praxen entscheidend geprägt sind.

6.1.1 Staatlich verdichtete Ungleichsverhältnisse in der Care-Arbeit

Staatlichkeit ist in den gesellschaftlichen Verhältnissen zu verorten (Poulantzas 1989) und diese entstehen aus Staat und Politik. Der Staat organisiert somit Politik entlang der in ihm eingebetteten verdichteten gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse sowie weiterer Ungleichheitsverhältnisse. Dadurch werden intersektionelle Ungleichheiten in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und vorherrschende Care-Verhältnisse reproduziert. Somit ist der Staat bei der vergeschlechtlichten, rassifizierten und klassierten Zuweisung von Care-Arbeit entscheidend. Meine Untersuchungen haben gezeigt, dass die im Staat verdichteten Herrschaftsverhältnisse wie Maskulinität, Zweigeschlechtlichkeit, Rassismus sowie Klassismus sowohl in Gesetzen und Regulierungen als auch sym-

bolisch über gesellschaftliche Deutungsmuster und Normen und Symbolische Gewalt in die Subjekte und die Care-Arbeit eingeschrieben sind.

Im Hinblick auf die Care-Arbeit vertreten die Interessensgruppen in politischen Macht- und Entscheidungspositionen größtenteils wirtschafts- und gewinnorientierte unternehmerische Interessen. Gleichzeitig drückt sich ein in den Staat eingeschriebener Maskulismus in der Beibehaltung maskuliner Interessen und männlicher Vorteile sowie im Ausschluss von als „privat“ konnotierten und Frauen zugesprochenen Themen, wie Sorge- und Reproduktionsarbeit aus. Der Rassismus in Staat und Gesellschaft sichert zusätzlich weiße und kolonial geprägte, mittelständische Privilegien in der Gesellschaft ab. Menschen an der politischen Macht in Brasilien sind mehrheitlich männliche, weiße und Cis-Personen, mit einer besitzenden und gebildeten Herkunft. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist folglich der Ausdruck der sich im Staat verdichteten und sich überschneidenden gesellschaftlichen hegemonialen Machtverhältnisse.

Folglich reproduzieren der brasilianische Staat und die brasilianische Gesellschaft im sozialen Verhältnis ein gesellschaftliches Sorge-Modell patriarchaler und kapitalistischer sowie kolonial-rassistisch geprägter Staatlichkeit, das sich auf Zweigeschlechtlichkeit stützt und damit die gesellschaftliche Arbeitsteilung gesamtgesellschaftlich ungleich prägt.

6.1.2 Staatlich institutionalisierte feminisierte und rassifizierte Care-Arbeit

Bezahlte und unbezahlte Care-Arbeiter*innen in São Paulo sehen sich in einer „(brasilianischen) Care-Kultur“ eingebettet. Sie beschreiben damit eine gesellschaftlich konstruierte, jedoch für natürlich gehaltene Geschlechterordnung mit einer geschlechtsspezifischen Teilung von feminisierter Reproduktions- und männlich konnotierter Produktionsarbeit. Staatlich materialisiert und juristisch verankert ist die vergeschlechtlichte Rollenzuteilung etwa in den einseitigen Mütterkarenzen und fehlenden Väterkarenzen. Diese schreiben weiterhin Mütter als natürliche Sorgerinnen fest und schließen Väter im Gegenzug als Verantwortliche für Sorge aus. Als eine materielle sowie subjektivierende Folge der staatlichen Verschiebung der Care-Arbeit in die private Verantwortung teilen sich größtenteils Frauen Haus-, Sorge- und Pflegearbeit in unbezahlten sowie unter-

bezahlten Arbeitsarrangements auf. Durch diese Verschiebung entstehen intersektionelle Ungleichheiten an den diversen Schnittstellen von Geschlecht, *Race* und Klasse, aber auch sorgende Subjekte werden durch diese Verschiebung und die Verrichtung von Care-Arbeit in privaten Haushalten herausgebildet. Die konkreten intersektionellen Ungleichheiten und Subjektivierungsweisen, die im Zuge der Care-Arbeit entstehen, lassen sich – so meine Annahme – in den Erzählungen von betroffenen Personen verfolgen und können als Ausdruck Symbolischer Gewalt verstanden werden

Meine Untersuchung hat verdeutlicht, dass sich bei zunehmender sozialer Prekarisierung und Diskriminierung die Belastungen im Sorgealltag verstärken und die Bedingungen des Sorgens erschwert werden. Folgen sind feminisierte und rassifizierte Armutslagen sowie die Beschneidung in der (Weiter-)Entwicklung und (Weiter-)Bildung von sorgenden Frauen, die im familiären Haushalt sowie in Familien- und Nachbarschaftsnetzwerken größtenteils unbezahlt oder bei niedriger Entlohnung Sorgenlücken füllen.

Eine Konsequenz der Sorgenlücken ist die Armut von Kindern und Jugendlichen, die von der frühen Kindheit an – trotz einer formellen Chancengleichheit – weiterhin mit ungleichen Zugängen zu Bildung, Gesundheit, Kultur sowie gesundem Wohnraum begleitet wird. Die ungleiche Zuschreibung von Care-Arbeit verschärft folglich (feminisierte und rassifizierte) Armut und Ungleichheit und (re-)produziert Armutslagen oftmals über Generationen hinweg.

6.1.3 Privatisierung und Kommerzialisierung von Care

Als Folge des kolonialen Erbes sowie kapitalistischer (Re-)Produktionsbedingungen mit den meist informellen, aber auch formellen Arbeitsarrangements im Haushalt hat sich die kostengünstige Auslagerung von abgewerteter Sorgearbeit an rassifizierte Frauen mit niedrigerem Bildungsstand bis heute als scheinbar alternativlose Care-Lösung – vor allem für die Übernahme von Betreuungs- und Hausarbeiten, aber auch für die weitere Pflege von Alten und Kranken – durchgesetzt. Gesamtgesellschaftlich betrachtet werden so die gesellschaftlichen Reproduktions- und Pflegekosten zu niedrigen Löhnen auf Kosten von Care-Arbeiter*innen individuell verschoben. Damit werden die patriarchal, kolonial-rassistisch und hierarchisch geprägte Gesellschaftsordnung und die entsprechende

Arbeitsteilung weiterhin fortgeschrieben. Folglich bleiben die Arbeitsbedingungen und -arrangements für die Care-Arbeiter*innen im Haushalt weiterhin unverändert prekär. Das liegt zum einen daran, dass sie aufgrund der niedrigen Bezahlung oftmals weiterhin informell und als Tagelöhner*innen arbeiten, zum anderen an dem normalisierten Verhalten mittelständischer Haushalte, die sich an die hierarchische Arbeitsteilung gewöhnt haben und dadurch geradezu blind gegenüber Ausbeutungsverhältnissen geworden sind, diese teilweise verkennen und damit (wenn auch unbewusst) legitimieren.

Durch den massiven sozialen Abbau der letzten Regierungen Temer und Bolsonaro (2017 bis 2021) wurde Care weiter privatisiert und familiarisiert. Als Konsequenz stagnierte der Ausbau öffentlicher Sorgeleistungen und die Qualität sowie Leistungsfähigkeit der existierenden öffentlichen Systeme verschlechterte sich zusehends. Haushalte ziehen dementsprechend private Care-Lösungen den wenigen öffentlichen Angeboten weiterhin vor, auch wenn diese kostspielig sind und die meisten sie sich nicht mehr leisten können. Dementsprechend wurde ein subjektives Verständnis von Care vor allem als eine individualisierte Sorgeverantwortung deutlich sichtbar. Staatliches Agieren wird gesellschaftlich, also auch im Selbstverständnis der Bürger*innen, erst in Situationen der (extremen) Armut eingefordert. Die notwendigsten Sorgebedürfnisse werden erst am unteren Ende der Armutsspirale über sozialstaatliche Notzahlungen abgedeckt – und selbst diese werden zunehmend gesellschaftlich insbesondere von erwerbsarbeitenden mittelständischen Bürger*innen in Frage gestellt. Dies ist emblematisch für ein sich verbreitendes Ideal einer (negativen) Freiheit vom Staat. Staatliche Regulierung wird hierbei mit einem vermeintlich staatlichen, das Wirtschafts- und Unternehmertum bremsenden Zwang gleichgesetzt. Stattdessen setzen sich zunehmend libertäre Ideale der kapitalistischen Selbstregulierung durch.

Ein im politischen Kräfteverhältnis überwiegend erwerbszentrierter und kapitalistisch ausgerichteter Staat sowie eine zunehmend neoliberal organisierte Gesellschaft und Ökonomie halten im Kontext wachsender Sorgeerfordernisse vor allem ein kommerzialisiertes und privates Sorgemodell aufrecht. An dieser Schnittstelle zeigt sich die Funktionalität von rassistischer sowie geschlechts- und klassenbezogener Ungleichheit – von der ein privilegierter Teil der Gesellschaft, beispielsweise die brasilianische (obere) Mit-

telschicht, weiterhin profitiert und sich historisch gewohnte Privilegien absichert. Die im Kapitalismus oftmals nicht sichtbaren, aber Ökonomie, Gesellschaft und Erwerbsarbeit erhaltenden Reproduktionskosten bleiben so weiterhin ungedeckt. Sorge und Sorgearbeit werden weiter als ein gesellschaftlich untergeordnete Felder behandelt, was sich in der Sorgepolitik sowie in gesellschaftlichen Vorstellungen der Care-Praxen ausdrückt.

Der Staat, als Ausdruck der ungleichen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, entzieht sich dabei nicht gänzlich der Sorge- und Pflegepolitik, sondern regelt das private Sorge-modell über die Gesetzgebung; dabei werden auch hier die Kosten möglichst niedrig gehalten, zu Ungunsten von (rassifizierten) Frauen, Hausarbeiter*innen und Pflegekräften, aber zugunsten der Pflegeempfänger*innen, die sich private Pflege (noch) leisten können. Gleichzeitig versucht die Gesetzgebung, sozialstaatlich ausgleichend zu wirken, indem sie Arbeitsbedingungen gesetzlich festlegt und damit (teilweise) verbessert – wie über das Gesetz der Hausangestellten „PEC das domesticas“ (2015). Oftmals ändert sich dadurch dennoch wenig an den meist immer noch informell geregelten Arbeitsarrangements und -bedingungen im Haushalt. So erwarten Care-Empfänger*innen beispielsweise weiterhin, dass Haus-, Betreuungs- und Pflegearbeit von einer einzigen Person und zu einer entsprechend niedrigen Entlohnung ausgeübt wird.

In dem kommerzialisierten und zunehmend professionalisierten Sorgesystem werden die ungleichen Geschlechterverhältnisse sowie die damit verbundenen Bilder über eine vermeintlich naturgegebene weibliche Sorgefähigkeit fortgeschrieben: Das wurde in den Erfahrungsberichten von Betreuerinnen und Pflegekräften sichtbar, die ihrerseits davon überzeugt waren, dass Frauen aufgrund ihrer „natürlichen“ Veranlagung besser für den Pflegeberuf geeignet seien. In diesem Zusammenhang wurde das Liebesnarrativ weiblicher Sorgearbeit im Haushalt auf den Pflegeberuf übertragen, was ich als Narrativ der liebenden Betreuerin beschrieben habe.

Klassenverhältnisse, die gleichzeitig stark rassifiziert sind, sichern weiter das kommerzialisierte Sorgesystem ab, weil sie Armutslagen (re-)produzieren, wodurch ständig neue niedrig entlohnbare Arbeitskräfte verfügbar sind. Über das familiarisierende und privatisierende Sorge- und Pflegemodell wird auch die soziale Segregation aufrechterhalten. Strukturell setzen sich Ungleichheit und Armut vor allem über den ungleichen Zugang zu

öffentlichen (Care-)Institutionen in den Bereichen der Bildung und Gesundheit sowie weiteren öffentlichen Sorge- und Pflegeleistungen fort. Die individuelle Normalisierung einer ungleichen Gesellschaft sowie deren vermeintliche Unveränderbarkeit wirken hierbei legitimierend gegenüber feminisierter und rassifizierter Ungleichheit, den dahinterstehenden Ausbeutungsverhältnissen sowie den daraus entstehenden Armutslagen.

6.1.4 Neoliberale Subjektivierung und Individualisierung in der Gesellschaft

In der brasilianischen Gesellschaft wirken neoliberal geprägte Repräsentationen subjektivierend auf Care-Empfänger*innen sowie Care-Arbeiter*innen: Das zeigt sich insbesondere in einer individualisierenden Lösungssuche, verbunden mit einem „selbstständigen“ bzw. alleinigen Verantwortungsgefühl, das die Familie als prinzipielle Sorgestruktur sieht und festschreibt. Sichtbar ist diese Individualisierungslogik auch in der resignierten Haltung hinsichtlich kollektiver vergemeinschaftlicher politischer Lösungen, etwa eines Ausbaus öffentlicher Sorgeangebote. Gesellschaftlich verbreitete meritokratische Denkweisen positionieren Care-Empfänger*innen vor allem als Konsument*innen von Sorgeleistungen anstatt als rechtsbewusste Staatsbürger*innen mit rechtlichen Ansprüchen auf öffentliche Sorge und Versorgung. Eine weitere neoliberale subjektivierende Wirkung wird zudem im professionellen Selbstverständnis von Care-Arbeiter*innen deutlich, die ihre individuelle Durchsetzungsfähigkeit und Belastbarkeit innerhalb eines ausbeuterischen Pflegesystems betonen.

Die hegemoniale Neoliberalisierung der brasilianischen Gesellschaft, die sich auch in der Durchsetzung individualisierender und wettbewerbsorientierender Prinzipien widerspiegelt, spielt dabei anti-sozialstaatlichen Konzepten und Politiken zu. Die kapitalistischen und ausbeutenden Logiken im sozialen Gefüge werden so gerechtfertigt. Dies richtet sich gezielt gegen umverteilende, anti-rassistische und feministische Politikprojekte und entzieht ihnen den Handlungsspielraum.

6.1.5 Neue Klassifizierungen im zunehmend professionalisierten Pflegesystem

Im Zuge der zunehmenden kommerzialisierten und professionalisierten Organisation von Sorge und Pflege entstehen neue Abgrenzungen und Klassifizierungen zwischen infor-

mellen und formellen Care-Arbeitsarrangements. An dieser Stelle entstehen zudem (globale) Verschiebungen und neue Machtverhältnisse, wie es im internationalen Anwerben brasilianischer Pflegekräfte und in der Bildung von globalen Sorgketten sichtbar wird. Eingeschrieben sind die institutionellen Veränderungen im Pflegebereich auch in die Subjektivierungen der Pflegekräfte, die selbst teilweise rationalisierende und ökonomisierende Denkweisen vertreten. Diese sind durch einen wachsenden Wettbewerb zwischen den informellen und formellen Care-Arbeitsarrangements gekennzeichnet. Mitunter grenzen sich die formell ausgebildeten Pflegekräfte selbst massiv von den informellen (oftmals nicht ausgebildeten) Hausarbeiter*innen ab.

Im ansteigenden Professionalisierungsdenken werden berufliche Fähigkeiten seitens der Pflegekräfte auch mit weiblich konnotierten Skills (wie Liebe und Geduld) verbunden, die letztendlich Teil einer vermarktenden Strategie durch die Pflegekräfte selbst werden (können). Die Betreuer*innen und Pflegekräfte mit beruflicher Ausbildung werten ihre Arbeit außerdem dadurch auf, indem sie sich teilweise moralisierend zu denjenigen abgrenzen, die ihre Angehörigen nicht selber pflegen, sondern die Care-Arbeit an bezahlte Care-Arbeiter*innen auslagern. Damit werden ebenfalls die historisch tradierten klassenbezogenen Konflikte sichtbar, die die Lebens- und Arbeitsrealitäten sowie die Wahrnehmungen der Frauen unterscheiden.

6.1.6 Sexistische, rassistische und elitäre Rollenbilder

Auf der symbolischen Ebene bestimmen und vermitteln sexistische und heteronormative Rollenbilder den gesellschaftlich stark verwurzelten Sexismus. Besonders zeigt dieser seine Wirksamkeit in den biologisierten Bildern über Weiblichkeit, Mutterschaft und Generativität, in der vergeschlechtlichten Zuweisung der Frau und Mutter als natürlich Sorgende sowie des Mannes als natürlichem Haushaltsvorstand. Sehr deutlich wird die gesellschaftsbestimmende und hegemonialisierende Wirkung dieser Rollenbilder in den Erfahrungsberichten von Personen, die eine nicht hegemoniale Sorge- und Familienaufteilung leben: So drängen die stereotypischen Vorurteile und Zuschreibungen beispielsweise Sorgemodelle, in denen Väter Protagonisten sind, in die Schublade von als nicht normal wahrgenommenen Männlichkeiten. Eine oftmals sozialisierte Sorglosigkeit von Männern wird damit übersetzt zu einer Diskreditierung männlicher Sorgefähigkeit.

Im Gegenzug dazu wird Frauen, unabhängig davon, in welcher Familien- und Haushaltskonstellation sie leben, die vollständige Sorgeverantwortung nicht nur zugewiesen, sondern ihnen wird vielmehr eine scheinbar grenzenlose Belastbarkeit im Sorgebereich zugesprochen. Sich überschneidende sexistische und rassistische Rollenbilder verschärfen dabei das Zutrauen in die Belastbarkeit besonders gegenüber Schwarzen Frauen in der doppelten gesellschaftlichen Zuweisung als natürliche Sorgerinnen sowie als für sich allein Sorgende in der brasilianischen Gesellschaft. Das wurde in dieser Arbeit in der subjektiven Erfahrung der „Einsamkeit Schwarzer Frauen“ explizit als eine kollektive Erfahrung benannt, die über die sozialen Klassen hinweg von Schwarzen Frauen geteilt wird.

Menschen der (oberen) Mittelklasse grenzen sich selbst mit Betonung ihrer Erwerbsarbeit von Haus- und Reproduktionsarbeiten ab und externalisieren diese oft als alternativlos. In diesem Zusammenhang wurde bereits von einer vermeintlichen „Emanzipation auf Kosten anderer“ (Biroli 2018: 69) gesprochen. Allerdings wird in meiner empirischen Studie erneut deutlich, dass gerade in zweigeschlechtlichen Familienkonstellationen externalisierende Lösungen sich oftmals nur auf eine bloße Freistellung vor allem von Frauen zugunsten ihrer Erwerbsarbeit beschränken. Vielmehr steht die Auslagerung von Care-Arbeiten an meist andere Frauen einer geschlechtergerechteren Aufteilung und gemeinsamen Bewältigung von Haus-, Betreuungs- bzw. Pflegearbeit im Weg. Denn die kostengünstige Externalisierung von Care-Arbeit verhindert zwar möglicherweise kurzzeitig Konflikte, reduziert damit aber auch die Möglichkeiten der Veränderung hinsichtlich einer gerechteren Arbeitsteilung in der Familie und im Haushalt. Mit dem Wegfallen der Betreuungsinstitutionen sowie ohne externalisierende Lösungen werden Frauen wieder verstärkt als vermeintlich natürlich Sorgende subjektiviert. Das heißt: Sie schreiben sich die Verantwortung und Verpflichtung, Sorgelücken zu decken – negativ motiviert durch strukturelle Ungleichheiten wie dem *Gender Pay Gap* – letztendlich wieder selbst zu. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungsberichte eine gelebte männliche Sorgelosigkeit, die teilweise von Männern selbst hinterfragt wird. Es wurde deutlich, dass sich eine geschlechtergleiche(re) Arbeitsteilung im Haushalt „lohnt“, da Alltag sowie Krisenzeiten so besser zu bewältigen sind. Vor diesem Hintergrund stellt sich schließlich die Frage nach

individuellen Möglichkeiten und ob Sorgearbeit in einer erwerbszentrierten Gesellschaft überhaupt gerecht aufgeteilt werden zu kann.

6.1.7 Symbolische Gewalt

Symbolische Gewalt dient der Absicherung patriarchaler, rassistischer und klassistischer Herrschaftsverhältnisse und legitimiert – nicht zuletzt durch die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern und Klassen sowie zwischen weißen und afro-brasilianischen Personen – diese Verhältnisse als „natürlicher“ Zustand ab. Symbolische Gewalt kommt insbesondere in der subjektiven und kollektiven Verkennung der Herrschaftsverhältnisse zum Ausdruck, die die alltäglichen Care-Arbeiten bestimmen.

Die individuelle und kollektive Legitimierung von Ungleichheitsverhältnissen wurde durch die Regierung Bolsonaros – so meine Analyse – staatlich deutlich verstärkt, zum einen durch das bewusste politische Ignorieren von Geschlechterungleichheit sowie rassistisch motivierter Ungleichheit, zum anderen durch die staatliche Förderung meritokratischer, anti-sozialstaatlicher und armutsfeindlicher Politiken. So bricht die bolsonaristische Politik die Ungleichheit generierenden Dichotomien nicht auf, sondern verstärkt sie, indem sie Ungleichheiten leugnet. Die Folge sind fehlende Gleichstellungspolitiken gegen Geschlechterungleichheit und Rassismus sowie das Ausbleiben von intersektionalen Sichtweisen in Politiken, Gesetzen und Richtlinien, indem Variablen wie Geschlecht und *Race*, mit denen Ungleichheiten beschrieben werden, aus den politischen Regelwerken gestrichen werden. Sie wirkt aber auch bewusst antifeministisch und rassistisch durch das Verbreiten von Regierungsdiskursen, die Zweigeschlechtlichkeit sowie traditionelle (weiße) Familien- und Rollenbilder propagieren, gleichzeitig andere Beziehungs- und Lebensweisen als „unnatürlich“ oder „sozial gescheitert“ abwerten. Im Kontext starker politischer und struktureller Geschlechtergewalt an den Schnittstellen der Ungleichheitsachsen *Race* sowie Klasse wird Symbolische Gewalt vermutlich noch mehr verkannt. Sie begleitet und verstärkt geschlechterbezogene, nicht physische Gewalt, darunter strukturelle, politische, ökonomische und psychische Gewalt gegen Frauen, indem sie diese normalisiert und somit zur Legitimierung der Gewaltverhältnisse beiträgt.

6.1.8 Gegenhegemoniale Care-Praxen

In den subjektiven Care-Praxen lassen sich aber auch gegenhegemoniale gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse ablesen: So ist teilweise sichtbar, dass traditionelle Sorgearrangements im Haushalt aufgebrochen werden. Das zeigen die Erfahrungsberichte gleichgeschlechtlicher Familien und Haushalte sowie kollektiver Sorgeerfahrungen, die über die Kernfamilie hinausgehen. Zudem hinterfragen einige Mittelsstandsfamilien die externalisierenden Formen bezahlter Care-Arbeit im Haushalt zunehmend kritisch und versuchen, mehr Geschlechtergleichheit durch eine gerechtere Neuverteilung der Sorgearbeiten zu leben. Das Fehlen öffentlicher Alternativen sowie weitreichender Strukturen (wie Betreuungseinrichtungen, Arbeitsbedingungen der Erwerbsarbeit, urbane Mobilität, Reproduktionsrechte) behindert hierbei eine geschlechtergleichere sowie pluralistisch differenzierte Arbeits- und Lebensaufteilung.

6.1.9 Materielle und symbolische Kämpfe

Materielle und symbolische Kämpfe werden sowohl in der politisch umkämpften Formulierung und Umsetzung von Sozialprogrammen wie der „Bolsa Familia“/Auxilio Brasil als auch in gesetzlichen Regelungen um reproduktive Rechte ausgetragen: So stellt die Neuformulierung der Bolsa Familia, die heute (2023) Reproduktionsarbeit sowie die Anzahl der zu Versorgenden pro Haushalt in den Fokus der Sozialstaatlichkeit nimmt, ein politisches Gegenprogramm zu der betonten Sorgelosigkeit der vorherigen Regierung dar. Das Recht auf sozialstaatliche Leistungen für Nichterwerbstätige, aber Reproduktionsleistende, steht dabei im Kern des Sozialprogrammes, das vor allem auch diejenigen Frauen, die als alleiniges Familienoberhaupt leben und sorgen, erreicht.

Ebenso wird das öffentliche Bildungs- und Gesundheitssystem als politischer Austragungsort materieller und symbolischer Kämpfe sichtbar: So spiegeln die Aussagen der Care-Arbeiter*innen sowie Care-Empfänger*innen einerseits die gesellschaftlichen und politischen Forderungen nach mehr sozialer und politischer Inklusion sowie verbesserten Zugängen zu öffentlichen Leistungen wider. Andererseits wurde der massive sozialstaatliche Um- und Abbau der letzten fünf Jahre von einer weiteren Abwertung und Diskreditierung der öffentlichen Sorgesysteme begleitet. In diesem Prozess verschärften sich

die Diskrepanz (in Qualität und Zugang) zwischen den öffentlichen und den privaten Betreuungs- und Sorgesystemen sowie die Ungleichheit zwischen armen und reichen, gebildeten und nicht ausgebildeten, versorgten und nicht versorgten Bürger*innen.

Die verstärkte Inanspruchnahme privater Sorgeleistungen zeugt hierbei nicht zuletzt von einem mittelständischen Konsum- und Lebensstil, der durch einen gehobenen Klassenstatus gekennzeichnet und mit einer imperialen Lebensweise verbunden ist. Das wird unmittelbar sichtbar, wenn sich Personen aus der (oberen) Mittelschicht diskursiv von den öffentlichen Leistungen abgrenzen, diese sogar ablehnen. Dadurch werden private Sorgeleistungen als ein teures Geschäftsmodell gesellschaftlich aufgewertet. Gleichzeitig wird hierbei die gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit nach Zugängen zu öffentlicher Bildung und Sorge verkannt bzw. als dem individuellen Weiterkommen untergeordnet betrachtet. Staatliche Leistungen hingegen werden *per se* als soziale Zuwendungen minderer Qualität für arme Menschen definiert. So kommt es auch zu einer Entsolidarisierung privilegierter von nicht privilegierten Bürger*innen.

Der soziale Abbau öffentlicher Leistungen, von denen die Mehrheit der Bevölkerung abhängig ist, steigert gleichzeitig die gesellschaftliche Nachfrage nach öffentlichen Zuwendungen im Nachhinein. Bildung, Gesundheit und Stadtplanung erweisen sich somit als Orte, die sozial segregieren und segregiert sind, und über die Sorge und Pflege weiter ungleich zugeteilt werden.

Die neoliberale und diskriminierende Wirtschaftspolitik der ehemaligen Regierung war dementsprechend durch die Bejahung von Zweigeschlechtlichkeit, Elitismus sowie Rassismus gekennzeichnet. Darüber hinaus wurde sie von einer menschenverachtenden Verwertungslogik begleitet, die sich in Menschenrechtsverstößen, insbesondere im Sorge- und Versorgungsbereich, konkretisierte. Ein Beispiel dafür war die Unterversorgung mit Medizin und Nahrungsmitteln der indigenen Bevölkerung während der Covid-19-Pandemie. Als Folge starben allein im Zeitraum 2019 bis 2022 mindestens 177 Indigene der Ethnie Yanomami an Unterernährung, zeitgleich zum Anstieg der Waldrodung in derselben Region²² (vgl. BBC 03.02.2023). Das komplette Ignorieren von Sorgebedürfnis-

²² Die hohe Todeszahl unter den Yanomamis aufgrund der Vernachlässigung der Amazonasregion während der Regierung Bolsonaro wird momentan als Genozid benannt und aufgearbeitet.

sen, wie die von indigenen und Quilombo-Gemeinschaften²³ (die im Rahmen dieser Arbeit nicht explizit erforscht werden konnten, aber an dieser Stelle unbedingt erwähnt werden sollten), kam später ans mediale Tageslicht und wird aktuell aufgearbeitet.

Sorge wurde als gesellschaftlicher Bereich sichtbar, der insbesondere der Erwerbsarbeit und dem entlohnten Arbeitsalltag untergeordnet ist. Das schlägt sich in einer verstärkt erwerbszentrierten sowie meritokratisch ausgerichteten Schul- und Krippenpolitik nieder.

Die sozialpolitische Entleerung war von autoritären Straflogiken begleitet, die sozial verletzliche Gruppen kriminalisierten und sie als gesellschaftliche Gefahr konstruierten. Die Sozial- und Familienpolitik wurde in diesem Prozess diskursiv an das traditionelle Familienideal der zweigeschlechtlichen bürgerlichen Kernfamilie gekoppelt anstatt an die Individualität und Subjektivität pluralistischer Lebenslagen. Sie war außerdem durch eine staatliche Bevormundung anstatt durch (politische) Teilhabe gekennzeichnet: So mangelte es an präventiven staatlichen Förderungen mit Blick auf die Komplexität von Lebenswirklichkeiten an unterschiedlichen Orten. Opfer des essentialistischen staatlichen Blickes auf Sorge und Reproduktion waren vor allem alleinerziehende und rassifizierte Frauen mit niedriger Bildung und in informellen Arbeitsarrangements – oftmals diejenigen, die selbst den Sorgealltag von anderen gegen niedrige Bezahlung organisierten. Dadurch wurde ein universelles Recht auf Sorge und Versorgung in Frage gestellt. Dies zeigte sich auch in der Diskriminierung von weiteren marginalisierten Sorgebedürfnissen, etwa von der Straßenbevölkerung, obdachlosen Frauen mit Kindern, Transgender-Frauen und der prekarierten LGBTQI+-Bevölkerung.

Symbolische Kämpfe tragen sich weiterhin auch in den Bereichen der emanzipatorischen Gleichstellungspolitik und Bildung verschärft aus und polarisieren die Gesellschaft. Dies wirft die vor allem von sozialen Bewegungen und Kollektiven gestellten und berechtigten Zweifel auf, inwieweit der Staat mit diesen stark politisch polarisierten Kräfteverhältnissen überhaupt noch Protagonist eines Dekolonialisierungs- und Dekonstruktionsprozesses sein und werden kann. Es besteht die Gefahr, dass Sorgebedürfnisse weiterhin politisch gegeneinander ausgespielt sowie zugestandene Rechte wieder zurückgenommen werden. Davon zeugen beispielsweise die aktuelle Rücknahme politischer (Wahl-)Ver-

²³ Autonome Dörfer, die von früher versklavten Afrobrasilianer*innen gegründet wurden.

sprechen von mehr Rechten für Transgender-Menschen sowie von anfänglich angestrebten Frauenquoten bei der Besetzung von Ministerien und politischen Institutionen in der neuen Regierung.

Mit dem Regierungswechsel 2016 und den nachfolgenden Regierungen Temer und Bolsonaro hat sich eine konservative Wertekoalition politisch durchgesetzt, die die als universell propagierte Moralvorstellung rund um Geschlecht und Sexualität gegenüber einem zunehmend geforderten ethischen Pluralismus in der brasilianischen Gesellschaft (vgl. Vaggione 2020) restaurieren möchte. Der institutionalisierte politisch religiöse Fundamentalismus im Staat fungiert hierbei als Bindeglied zwischen rechten diskriminierenden Wertepolitiken und neoliberalen Wirtschaftspolitiken. Die Verschränkung einer neoliberalen Agenda mit konservativen Werten und Moralvorstellungen drückt sich insbesondere im konservativen Geschlechterverhältnis und der Familie als naturalisierte Grundeinheit aus (vgl. Biroli 2020; Cooper 2017; Brown 2018).

Traditionelle katholische Wertvorstellungen in der lateinamerikanischen Region treffen sich mit den von ständigem Zuwachs gekennzeichneten evangelikalen pentekostalen Kirchen mit weiterhin großen politischem Einfluss in der Regierung in ihrem Streben, konservative Familienwerte zu erhalten und diese der gesellschaftlichen Prekarisierung und einer vermeintlichen moralischen Dekadenz entgegenzusetzen. Gleichzeitig appellieren die von Prosperitätstheorien geprägten pentekostalen Kirchen an individuelle Leistung und ziehen diese den Idealen der Rechtsstaatlichkeit, universellen Zugängen sowie sozialstaatlicher Unterstützung vor. Der wachsende ethische Pluralismus in der Region, der die pluralen Lebens- sowie Sexual- und Reproduktionspraktiken repräsentiert, fordert hingegen die hegemoniale (politische) Machtposition der Kirche nicht nur moralisch heraus, sondern zeigt gleichzeitig auch die reale Überlappung von säkularem und religiösem Staat auf (vgl. Vaggione 2020).

Die kriminalisierenden Diskurse gegenüber Feminist*innen im Namen eines angeblichen „kultur-marxistischen“ Angriffspaktes auf die Familie und ihre ursprünglich katholisch geprägten Werte finden eine breite politische Koalition, auch mit nicht religiösen, kapitalistischen und unternehmerischen Interessensvertreter*innen. Die zunehmende gesellschaftliche Hinterfragung einer essentialistischen Komplementaritätstheorie zwischen

biologisierten Geschlechtern und der aus ihr folgenden naturalisierten Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern steht im Kern des Konfliktes. Hierbei stehen sich nämlich zwei politisch sehr gegensätzliche Überzeugungen gegenüber: eine, die den Staat als säkular sieht und pluralistische Lebensweisen sowie Glaubenssysteme anerkennt; eine andere, die den Staat als moralischen Wächter nationaler Kultur und in sie eingeschriebene naturalisierte Moralvorstellungen begreift, einschließlich der Definition von Familie, Zweigeschlechtlichkeit und Sexualität als Reproduktionsfunktion (Vaggione 2020: 48).

Care und Care-Praxen sind schließlich als ein durchaus umkämpftes Feld zu verstehen, auf dem symbolische sowie transversale Kämpfe ausgetragen werden und auf dem sich – das bestätigen die unterschiedlichen Erfahrungen in den subjektiven Care-Praxen – Geschlechterungleichheiten, Rassismen und Klassismen überschneiden.

Care betrifft schließlich alle, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise: Das liegt zum einem daran, dass jede*r irgendwann zu einem bestimmten Zeitpunkt im Leben auf Sorge oder Pflege angewiesen ist, zum anderen, dass die meisten voraussichtlich einmal vor die Herausforderung gestellt werden, sich um jemanden zu sorgen bzw. Sorge organisieren zu müssen. Die Care-Arbeit strukturierenden Ungleichheiten aufzubrechen, dies bedeutet, universalisierende und essentialisierende Denkstrukturen loszulassen und sowohl eine gezielte politische Umverteilung von Privilegien und Ressourcen als auch Veränderungen in den bisher gewohnten Konsum- und Lebensweisen in Gang zu setzen.

6.1.10 Politische Forderungen der Care-Arbeit(er*innen)

Materielle und symbolische Kämpfe sind ebenfalls in den Forderungen der Hausarbeiter*innen, Betreuer*innen und Pflegekräfte nach entsprechenden Arbeitsrechten und sozialen Absicherungen ihrer Berufe sichtbar. Diese sind direkt mit der Anerkennung und Aufwertung von Care-Arbeit als lebens- und gesellschaftserhaltende Arbeit verbunden.

Care-Arbeiter*innen haben heute selbst innerhalb sozialer (auch in anti-kapitalistischen) Bewegungen und gewerkschaftlicher Organisationen sowie innerhalb von Frauen- und feministischen Bewegungen eine Randposition inne (vgl. Díaz Lozano 2023). Das liegt nicht zuletzt an der Unsichtbarkeit ihrer Arbeit im Privathaushalt sowie an den heterogenen Ausübungsformen ihrer Arbeit, vor allem aber an den geringen Zeitressourcen für

politische Aktivitäten aufgrund von doppelten und dreifachen Schichten in variierenden bezahlten Care-Arbeiten und unbezahlten familiären Sorge- und Pflegearbeiten (ebd.).

Für die Formulierung von gerechten Care-Politiken ist es schließlich notwendig, die feministischen Kämpfe um die Neuverteilung von Hausarbeit mit der Perspektive der Care-Arbeiter*innen, samt ihrer Kämpfe um ihren Lebensunterhalt sowie um verbesserte soziale und arbeitsrechtliche Rechte, zusammenzudenken. Den konkreten politischen Forderungen der organisierten lateinamerikanischen feministischen Hausarbeiter*innen möchte ich mich am Ende dieses Kapitels und dieser Arbeit anschließen:

Um Care-Arbeit gerecht(er) verteilen zu können, müssen zunächst würdige(re) Arbeitsbedingungen geschaffen werden – sowohl für die bezahlten als auch die unbezahlten Care-Arbeiter*innen. Dazu zählt ebenso die notwendige Regulierung der Arbeit von migrantischen Care-Arbeiter*innen. Zweitens muss Care-Arbeit gesamtgesellschaftlich umverteilt bzw. neu verteilt werden. Hierzu bedarf es struktureller Veränderungen in der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung. Dies beinhaltet eine stärkere männliche sowie staatliche Verantwortungsübernahme für die die gesamte Gesellschaft unterhaltenden Care-Arbeiten. Diesbezüglich ist es zudem notwendig, als Gesellschaft insgesamt mehr Zeit bereitzustellen, um Care-Arbeiten neu organisieren und gesellschaftlich gerechter verteilt ausüben zu können. Drittens braucht es stärkere sozialisierende bzw. vergemeinschaftende Strukturen, was konkret beispielsweise der Aufbau eines öffentlichen Care-Systems in den Kommunen (Stichwort „Cuidado de los pueblos“) sein könnte. Die vierte Forderung richtet sich nach einer weiterreichenden gesellschaftlichen Politisierung von Care – symbolisiert durch den Slogan „Sorge ist kein biologisches Schicksal“ („Cuidar no es un destino biológico“) –, die für eine Entnaturalisierung und Entromantisierung von Sorgeverantwortung (aus „Liebe“) eintritt (vgl. *Trabajadoras del hogar feministas en la lucha* 2023).

6.2 Schlussreflexionen

Symbolische Kämpfe um Geschlecht, aber auch *Race* und Klasse haben das politische und gesellschaftliche Leben in Brasilien in den letzten fünf Jahren maßgeblich mitgeprägt, in den Diskurs gebracht, aber auch Wunden hinterlassen: Nahezu zeitgleich zur

feministischen Welle in Lateinamerika, die besonders stark im Kontext der Proteste „Ni una a menos“ gegen Femizit im Jahr 2016 in Brasilien gewesen war, fanden der einer Hexenjagd gleichende Impeachment-Prozess und der darauffolgende politische Putsch gegen die erste Präsidentin Brasiliens Dilma Rousseff statt. Die massive und entwürdigende politische Gewalt, der Frauen und anti-rassistische sowie Aktivist*innen der LGBTQI+ Community seither, aber besonders stark unter der Bolsonaro Regierung zwischen 2018 und 2022 ausgesetzt waren und sind, bräuchte eine weitere Forschungsarbeit. Für die vorliegende Arbeit und eine abschließende Schlussreflexion ist es jedoch sinnvoll, erneut das politische Szenario während des Forschungszeitraumes kurz Revue passieren zu lassen: Beginnend mit der gewaltvollen Amtsenthebung der Präsidentin wurde das Männlichkeitsprinzip des brasilianischen Staates auf maskulinistische Art und Weise re-installiert. Die Botschaft war klar und vergleichbar mit der Reaktion eines paternalistischen Staates, eingebettet in einer patriarchalen Gesellschaft, der aufmüpfige Töchter* zurückpfeift, um zu zeigen, wer das letzte Wort hat. So wurden doch gerade dem männlichen und rassistischen Staat von feministischer Seite die Schuld bzw. die Verantwortung gegeben für all die Gewalt, die sie alltäglich erfahren und die sich auch nach 30 Jahren Redemokratisierungsprozess in Brasilien nicht maßgeblich verändert hat. Im Gegenteil hat die Gewalt an Frauen sogar zugenommen: Das bezeugen der Anstieg von Vergewaltigungen, Kindesmissbrauch, Femiziden, das Verschwinden von Frauen sowie die hohe Mordrate an Travesties und transsexuellen Frauen. Die landesweiten Proteste „Mulheres contra Bolsonaro“ im Jahr 2018 mit dem Slogan „Ele não!“ („Der nicht!“) waren der letzte gescheiterte Versuch gewesen, den offen misogynen, rassistischen sowie homo- und transphoben Präsidentschaftskandidaten in parteiübergreifender und pluralistischer Frauen-Koalition zu verhindern. Nach der Wahl und während der neuen offen antifeministischen Regierung Bolsonaros wurde die feministische Anklage an den Staat von der feministischen Bewegung aus Chile sowie von global vernetzten feministischen Bewegungen auch in Brasilien vor den Präsidentenpalast getragen. Die weltweit geteilte feministische Anklage richtete sich dabei direkt an den Staat und seine Gewalten:

„Das Patriarchat ist ein Richter, der uns von Geburt an richtet, und unsere Strafe ist die Gewalt, die du hier siehst. Du bist der Vergewaltiger, die Milizen, die Richter, der Staat, die drei Gewalten, der Präsident. Der Staat ist ein Unterdrücker, ein Rassist, ein Vergewaltiger.“ (eigene Übersetzung; O estuprador é você, Brasília 2021)

Dass der Körper von Frauen sowie die Reproduktion Staatssache sind, wurde mit der Regierung Bolsonaros wieder deutlich, als diese durch Dekrete Geschlecht zum einen ganz aus der Regierungsrichtlinie strich und zum anderen die zweigeschlechtliche Kernfamilie zum privaten Schutzraum erklärte, der gleichzeitig für die Disziplinierung insbesondere seiner Töchter* verantwortlich sein sollte. Das Streichen des Sexualkundeunterrichtes an Schulen sowie die Propagierung von Enthaltsamkeitsprogrammen als Gegenprogramm zur von Feminist*innen geforderten Auflösung des Abtreibungsverbotes war nur eine der Schaurigkeiten, die von der ehemaligen evangelikalen Frauen- und Familienministerin Damares innerhalb einer „neuen frauenpolitischen Ära“ ausgearbeitet wurden. Womit aber wirklich niemand, auch nicht der bolsonaristische Staat gerechnet hatte, während er den größten sozialpolitischen Abbau der brasilianischen Geschichte betrieb, war die Covid-19-Pandemie, die plötzlich die leergesparten öffentlichen Sorgeinstitutionen überfiel.

Letztendlich – nach viel Leid und vielen Opfern (mehr als 600 000 Menschen starben in Brasilien während der Covid-19-Pandemie) – hat den bolsonaristischen Staat unter anderem die kapitalistische Sorglosigkeit selbst das Leben gekostet: Denn während der Pandemie wurden Sorgelücken plötzlich auch für Menschen sichtbar, die diese vorher schlichtweg ignorierten. So kamen Hausarbeiter*innen und Kinderbetreuer*innen nicht mehr an ihre Arbeitsplätze; Menschen mussten Sorge für Dinge übernehmen, um die sie sich bisher niemals gesorgt und die andere für sie übernommen hatten. Bei anderen brach die Sorgefabrik Haushalt gänzlich zusammen: Die Häuser blieben mit leeren Kühlschränken zurück und der in Brasilien als überwunden gegoltene Hunger brach erneut aus, weil viele keine Möglichkeit mehr hatten, andere zu versorgen, was vorher ihr tägliches Brot bedeutete. Das ganze auf Ungleichheit und Ausbeutung beruhende Sorgesystem brach schlicht (zumindest zeitweise) zusammen. Heute funktioniert es scheinbar für viele wieder recht gut, für andere bleibt es unverändert ungleich. Dass Geschlecht, *Race* und Klasse prekarisieren sowie Leben und Arbeit maßgeblich mitbestimmen, wurde zumindest wieder präsent und tauchte als Thema in der alltäglichen Medienlandschaft auf. Es ist also auch kein Zufall, dass sich der neue (oder besser: der zum dritten Mal in der Geschichte Brasiliens gewählte) Präsident Lula Ignacio da Silva der PT-Regie-

rungspartei heute als ein – seiner eigenen Aussage nach – „sich (wieder-)sorgender Präsident“ („um presidente que voltou a cuidar de seu povo“) präsentiert und dies zur Leitlinie seiner Regierung macht. Sich sorgen ist im aktuellen Kontext Brasiliens Bestandteil eines weitläufigeren (Rekonstruktions-)Prozesses, bei dem es zunächst um die lebensnotwendige Reparatur von Schäden geht: Das ist an erster Stelle die Hungerbekämpfung sowie die Bekämpfung der gravierendsten Ungleichheiten, die sich in der (extremen) Armut sowie im Bildungs- und Gesundheitssystem ausdrücken. Die Ungleichheitsvariablen Geschlecht, *Race* und Klasse gehören dabei bei der Ausarbeitung aller Politiken mit- und zusammengedacht. Das versucht die neue Regierung vor allem durch die (Wieder-)Annäherung der institutionellen Politik an zivilgesellschaftliche Akteure und soziale Bewegungen sowie durch die Schaffung neuer Ministerien, darunter das neue Ministerium für indigene Völker oder das neu zusammengestellte Komitee für Geschlecht, *Race* und Diversität.

Was aus feministischer und anti-rassistischer Sicht weiterhin Bauchschmerzen bereitet, ist die noch sehr zögerliche Hinterfragung bzw. Dekonstruktion und Dekolonialisierung eines unangefochtenen Sorge- und (Re-)Produktionsmodells, das sich in seiner kolonialen Institutionalisierung auf Rassismus und Zweigeschlechtlichkeit stützt und dies moralisch rechtfertigt. Dies gesellschaftlich und politisch aufzubrechen und zu verändern, wird die Herausforderung in näherer und fernerer Zukunft Brasiliens bleiben. Und es ist eben dieses Modell – das hat diese Arbeit auf mehreren Ebenen aufzuzeigen versucht –, das gerade die geschlechtliche Arbeitsteilung gesamtgesellschaftlich und ungleich prägt, strukturiert und institutionalisiert sowie Ausbeutungsstrukturen im Zuge der Care-Arbeit bestimmt und ermöglicht.

Weiters bleibt die hegemoniale Neoliberalisierung der brasilianischen Gesellschaft und des Staates einzementiert, sodass alternative und postkoloniale Ansätze im Unterschied zur neoliberalen Aufteilung von Leben und Arbeit diskursiv oftmals in den Bereich des Utopischen gerückt werden. Anti-sozialstaatliche Haltungen haben Mode und sind ein fester Bestandteil des (brasilianischen) Zeitgeistes geworden. Es wird angenommen, dass alternative Lebensweisen sowie solidarische Sorgepraxen sich schließlich nur Erste-Welt-Länder leisten können, während das Postulat der sozialen Gleichheit, als Grundvo-

raussetzung für Demokratie und Geschlechtergleichheit, wird auf die Zeit nach dem Wirtschaftswachstum verschoben. Soziale Umverteilung könne sich dann – das versprechen vor allem rechte und neoliberale Populist*innen und Faschist*innen wie der argentinische Präsident Milei heute den Jungwähler*innen – von alleine einpendeln und die Gesellschaft in ferner Zukunft als Ganzes bereichern.

Die politische Rechte weltweit, aber besonders im aktuellen Kontext Lateinamerikas, hat sich den Kampf um die „moralische“ Geschlechterordnung, die Erhaltung weißer Privilegien sowie den neoliberalen Umbau der Gesellschaft und des (Finanz-)Unternehmertums auf die Wahlkampfkarten geschrieben. Damit mobilisieren sie an konservativen Werten festhaltende Bürger*innen, frustrierte Jugendliche, aber auch offen rassistische und antifeministische Projekte. Anti-Sozialstaatlichkeit ist das Band, das das Erhalten von intersektionellen Ungleichheiten mit neoliberalen Politiken verbindet. Der angesagte Kampf gegen soziale Ungleichheit bei gleichzeitiger Beibehaltung neoliberaler Strukturen ist demnach widersprüchlich und kontraproduktiv. Stattdessen ist ein gradueller demokratischer Systemwechsel entlang der Überlegungen einer fürsorglichen Gesellschaft, die Care-Arbeit aufwertet, der einzige Weg und gerecht. Es ist daher ein Paradoxon, auf eine neoliberale Gesellschaftsordnung hinzuarbeiten, um danach mit sozialer Umverteilung das Ganze zu bereichern. Geschlechtergleichheit und Gleichheit in der Sorgearbeit sind keine Luxusprobleme und diese Projekte dürfen nicht warten, weil sie ein nachhaltiger Beitrag sind, um intersektionelle Ungleichheiten und Armutslagen in ihren Grundfesten abzubauen.

Eine mögliche Veränderung hinsichtlich einer gerechteren gesellschaftlichen Arbeitsteilung hängt schließlich auch an dem Transformationspotential der in Staat und Gesellschaft determinierenden Herrschaftsverhältnisse. Diese sind Ergebnisse alltäglicher materieller und symbolischer Kämpfe in Staat, Gesellschaft sowie den individuellen und kollektiven Care-Praxen.

Quellen - und Literaturverzeichnis

Academia Internacional de Cinema. „Sagradas“ (2020). In Youtube:

<https://www.youtube.com/watch?v=cUJWNdjLfmY>

Apeosp (2023) - Sindicato dos Professores do Ensino Oficial do Estado de São Paulo. Professores e alunos de SP pedem revogação do novo ensino médio, In: Agencia Brasil 27.06.2023.

AgênciaBrasil2018: <https://agenciabrasil.ebc.com.br/politica/noticia/2018-10/bolsonaro-diz-que-politicas-afirmativas-reforcam-coitadismo-no-pais> (15.08.2022)

Almeida, Silvio (2020): *Racismo Estrutural. Feminismus Plurais*, São Paulo, Sueli Carneiro, Editora Jandaíra.

Akotirene, Carla (2019): *Interseccionalidade. Feminismus Plurais*, São Paulo, Sueli Carneiro, Pólen.

Arpen Brasil (2023): Projeto de lei busca regulamentar registro civil de crianças geradas por inseminação caseira.

Aulenbacher, Brigitte (2015): Gelebte Sorglosigkeit? Kapitalismus, Sozialstaatlichkeit und soziale Reproduktion am Beispiel des österreichischen 'migrant-in-a-family-care' - Modells“. In: *Kurswechsell*, 2015, S. 6-14.

Aulenbacher, Brigitte; *Lutz*, Helma; *Schwiter*, Katrin (Hrsg.). *Gute Sorge ohne gute Arbeit? Live-in-Care in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Beltz Juventa.

Bachinger, Almut (2016): 24-Stunden-Betreuung in Österreich - die Nutzung migrantisierter Arbeitskraft: Vorzeigemodell oder Arbeitsausbeutung? In: *Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 25(1), S. 39-51. <https://nbnresolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-50957-2>

Barbour, Rosaline (2018): *Doing Focus Groups*. Sage (2.ed).

Bargetz, Brigitte (2020): Politik der Empathie. Eine feministische Kritik. In: *Emotionen. Politikum*. Heft 1/2020. S. 28-31.

Bassel, Leah; *Emejulu*, Akwugo (2017). *Minority Women and austerity. Survival and resistance in France and Britain*. Policy Press.

BBC (03.02. 2023): Fizemos várias alertas sobre os yanomamis ao governo, mas resposta foi insuficiente, diz representante da ONU: <https://www.bbc.com/portuguese/articles/ce95z449k74o> (letzter Zugriff: 10.12.2023)

Benevides, Bruna G. (2022): Dossiê. Assassinatos e violências contra travestis e transexuais brasileiras em 2021. Antra. Associação Nacional de Travestis e Transexuais.

Bilge, Sirma (2013): Intersectionality undone: Saving Intersectionality from Feminist Intersectionality Studies, *Du Bois Review*. In: *Social Science Research on Race*, 10(2), S. 405-424. Doi:10.1017/S1742058X13000283

Biroli, Flávia (2020): Gênero, „Valores Familiares“ e Democracia. In: *Gênero, neoconservadorismo e democracia. Disputas e retrocessos na América Latina*. São Paulo, Boitempo, S. 135-187.

Biroli, Flávia (2018): *Gênero e desigualdades. Limites da democracia no Brasil*. São Paulo, Boitempo.

- Bourdieu, Pierre* (1989): O poder simbólico, Editora Bertrand Brasil S.A.
- Bourdieu, Pierre; Wacquant, Loïc J. D.* (2006): Reflexive Anthropologie, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre* (2005): Die männliche Herrschaft. Suhrkamp Verlag.
- Brand, Ulrich* (2020): Auf dem Weg in einen Corona-Kapitalismus? Mögliche Lernprozesse und sozial-ökologische Initiativen, In: Schmidinger, Thomas; Weidenholzer, Josef (Hrsg.). In: Viren-regime. Wie sie Coronakrise unsere Welt verändert. Befunde, Analysen, Anregungen (1.Auflage). Wien, Bahoebooks, S. 26-36.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus* (2017). Die imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. Oekom Verlag München.
- Brah, Avtar* (2006): Difference, diversity, differentiation. In: Cadernos Pagu no.26 Campinas Jan./June 2006. Doi: <https://doi.org/10.1590/S0104-83332006000100014> (letzter Zugriff: 01.06.2020)
- Brasil de Fato (2022). Em quatro anos de Bolsonaro, área de saúde perdeu verba, qualidade e capilaridade. 29.12. 2022.
- Brasil de Fato (2023): Bolsa Família estimula a autonomia e pode ser base de ecossistema de superação de pobreza: <https://www.brasildefato.com.br/2023/09/13/bolsa-familia-estimula-a-autonomia-e-pode-ser-base-de-ecossistema-de-superacao-da-pobreza> (letzter Zugriff: 09.11.2023)
- Brown, Wendy* (2018): In the Ruins of Neoliberalism. The rise of antidemocratic politics in the west. Columbia University Press. New York.
- Brunner, Claudia* (2015): Das Konzept epistemische Gewalt als Element einer transdisziplinären Friedens- und Konflikttheorie. In: Wintersteiner, Werner; Wolf, Lisa (Hrsg.): Friedensforschung in Österreich : Bilanz und Perspektiven, Drava Verlag, Klagenfurt, S. 38-53. DOI: <https://doi.org/10.25595/146>.
- Butler, Judith* (2007). Gender Trouble: Feminism and the subversion of identity Routledge.
- Camera dos deputados (2021): <https://www.camara.leg.br/noticias/805417-cuidadores-reivindicam-regulamentacao-da-atividade/>
- Camera dos deputados (2021): <https://www.camara.leg.br/noticias/757326-pandemia-torna-mais-vulneraveis-trabalhadoras-domesticas-concluem-debatedores/>
- Casa Civil (2022). O Estatuto da Pessoa Idosa assegura direitos às pessoas com 60 anos ou mais.
- Carvalho, Elis* (2020): A solidão da mulher negra no amor, na maternidade e no mercado de trabalho. In: A Gazeta 22.11.2020.
- Castells, Manuel* (2000): A questão urbana. Rio de Janeiro, Paz e Terra.
- Charmaz, Kathy* (2014): The Logic of Grounded Theory Coding Practices and Initial Coding. In: Constructing Grounded Theory. London, Sage Publications. S. 109-137.
- Charmaz, Kathy* (2014): Focused Coding and Beyond. In: Constructing Grounded Theory. London, Sage Publications, S. 139-162.
- Chatzidakis, Andreas; Hakim, Jamie; Littler, Jo; Rottenberg, Catherine; Segal, Lynne* (2020): The Care Manifesto. The Politics of Interdependence. The Care Collective. New York, Verso.
- Clinica de Direitos Humanos Universidade de Minas Gerais (2021). A atuação do Conselho Tutelar diante da precarização das políticas sociais e da influência do modelo ideal de família.

Coyne, Imelda T. (1997): Sampling in qualitative research. Purposeful and theoretical sampling; merging or clear boundaries? In: JAN Leading Global Nursing Research, Volume 26, Issue 3, S. 623-630.

Collins, Patricia Hill (2017): On violence, intersectionality and transversal politics, *Ethnic and Racial Studies*, 40:9, S.1460-1473. DOI: 10.1080/01419870.2017.1317827

Collins, Patrícia Hill; Bilge, Sirma (2020): *Interseccionalidade*. São Paulo, Boitempo (2021).

Cooper, Melinda (2017). *Family Values: Between Neoliberalism and the New Social Conservatism*. Zone Books.

Corrêa, Sonia (2020): Interview. The Anti-Gender Offensive as State Policy. In: <https://www.conectas.org/en/news/interview-the-anti-gender-offensive-as-state-policy> (letzter Zugriff: 21.1.2021)

Crenshaw, Kimberlé (1991). Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence Against Women of Color. http://www.jstor.org/stable/1229039?seq=1&cid=pdf-reference#references_tab_contents

Davis, Angela. *Mulheres, Raça e Classe* (1981). Boitempo 2016.

Davies, Deirdre; Dodd, Jenny (2002). Qualitative Research and the question of Rigor, In: *Qualitative Health Research and the Question of Rigor*. *Qualitative Health Research*, 12, S. 279-289. Doi: <http://dx.doi.org/10.1177/104973230201200211>

Díaz Lozano, Juliana (2023). Por qué es clave desde los feminismos abordar el trabajo de hogar remunerado? Buenos Aires, Fundación Rosa Luxemburgo.

Diário de notícias (2018). Brasil/Eleições. Comunidade homossexual diz que Bolsonaro tirou a homofobia do armário. In: <https://www.dn.pt/lusa/brasileleicoes-comunidade-homossexual-diz-que-bolsonaro-tirou-a-homofobia-do-armario-9928086.html/>

DIEESE (2023). As dificuldades das mulheres chefes de família no mercado de trabalho. Boletim especial 8 de março dia da mulher 2023.

Dursun, Ayse; Kettner, Verena; Sauer, Birgit (2021). Corona, Care, and Political Masculinity: Gender-Critical Perspectives on Governing the COVID-19 Pandemic in Austria. *Historical Social Research*, 46(4), 50-71. DOI: <https://doi.org/10.12759/hsr.46.2021.4.50-71>

Chatzidakis, Andreas; Hakim, Jamie; Littler, Jo; Rotenberg, Katherine; Segal, Lynne (2020). *The Care Manifesto. The politics of interdependence*. The Care Collective. Verso.

Cleaver, Teodor; Julieta, Ana (2021). Cuidado nas políticas públicas: por uma ética política para a sustentabilidade da vida. In: *Nexo Políticas Públicas*. <https://pp.nexojornal.com.br/ponto-de-vista/2021/Cuidado-nas-políticas-públicas-por-uma-ética-política-para-a-sustentabilidade-da-vida> (letzter Zugriff: 20.06.2023)

CUT - Central Única dos Trabalhadores (2021). Pobreza e extrema pobreza atingem 70, 4 milhões de brasileiros em 2021.: <https://www.cut.org.br/noticias/pobreza-e-extrema-pobreza-atingem-70-4-milhoes-de-brasileiros-em-2021-fb90> (Zugriff: 01.09.2021).

Dowling, Emma (2021). *The Care Crises. What caused it and how can we end it?* Verso Verlag.
Ele Não Proteste São Paulo (2018). In Youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=c3EfWmmKWk4> (letzter Zugriff am 16.10.2023)

Equal Care Day (2023) <https://equalcareday.de/en/homepage/> (letzter Zugriff am 27.10.2023)

Freire, Paulo (2018). *Pedagogia do oprimido* (ed.66). Paz e terra. Rio de janeiro/Sao Paolo.

- Federici, Silvia* (1974). Wages for Housework.
- Federeci, Silvia* (2020): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution (3. Auflage). Münster Verlag.
- Federici, Silvia*(2021): O patriarcado do salário. Boitempo.
- Flick, Uwe; Kardorff von, Ernst; Steinke, Ines* (2017): Qualitative Forschung. In: ein Handbuch (12. Auflage.). Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Flick, Uwe* (2008). Triangulation. Eine Einführung. In: Bohnsack, Ralf; Flick, Uwe; Lüders, Christian; Reichertz, Jo (Hrsg.) Qualitative Sozialforschung. Band 12.
- FMCSV - Fundação Maria Cecília Souto Vidigal (2023):
<https://primeirainfanciaprimeiro.fmcsv.org.br/>
- Foucault, Michel* (1977): Überwachen und Strafen. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel* (2000): Die Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M., S. 41 - 67
- Fraser, Nancy* (2013): Fortunes of Feminism From State-Managed Capitalism to Neoliberal Crises. London, New York, Verso.
- Fraser, Nancy* (2016): Capitalism's Crises of Care. In: Dissent Magazine:
<https://www.dissentmagazine.org/article/nancy-fraser-interview-capitalism-crisis-of-care> (letzter Zugriff: 2020).
- Gago, Veronica* (2020). Feminist International. How to change everything. Verso
- Gago, Veronia* (2020). Luchas Feministas en América Latina: cruces y desafíos frente a la crisis. Elefante.
- Gago, Veronica; Cavallero, Luci* (2020). Dívida, moradia e trabalho. Uma agenda feminista para o pós pandemia: <https://elefanteeditora.com.br/divida-moradia-e-trabalho-uma-agenda-feminista-para-o-pos-pandemia/> (letzter Zugriff am: 05.11.2021)
- Gênero e Número und Sempreviva* (2020): Sem Parar. O trabalho e a vida das mulheres na pandemia.
- Gonzalez, Lélia* (1980): A questão negra do Brasil.
- Gonzalez, Lélia* (2020): Por um feminismo afro-latino-americano (1.Auflage). Rio de Janeiro, Zahar.
- Gonzalez, Lélia* (2020): Racismo e sexismo na cultura brasileira. In: Rios, Flavia; Lima, Márcia (Hrsg.). Por um feminismo afrolatinoamericano. Zahar, S. 75-93.
- Guimarães, Nadya Araujo* (2001): Os desafios da equidade. Reestruturação e desigualdades de gênero e de raça no Brasil. In: Cadernos Pagu ((17/18) 2001/02, S.237-266.
- Guimarães, Nadya Araujo* (2016): Casa mercado, amor e trabalho, natureza e profissão: controvérsias sobre o processo de mercantilização do trabalho de cuidado. In: Cadernos Pagu (46), janeiro-abril de 2016, S. 107-128.
- Helfferrich, Cornelia* (2014): Leitfaden-und Experteninterviews. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hrsg.). Handbuch der empirischen Sozialforschung. Springer Verlag, S. 559-579.
- Hirata, Helena; Guimarães, Nadya Araujo* (2012). Cuidado e Cuidadoras . As Várias Faces do Trabalho do Care. São Paulo, Editora Atlas S.A., S. 248.

Hirata, Helena; Debert, Guita Grin (2016). Apresentação. Dossiê Gênero e cuidado. In: Cadernos Pagu (46), janeiro-abril de 2016, S. 7-15.

Hirata, Helena (2014): Gênero, classe e raça. Interseccionalidade e consubstancialidade das relações sociais. São Paulo.

Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg, VSA-Verlag.

Hooks, Bell (1981): Ain't I a woman.

IBGE (2021) Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística. Pesquisa nacional por Amostra de Domicílios Contínua

Instituto Geledés (2020). O direito à educação de crianças e adolescentes em tempos de pandemia.

IPEA (2019): Os desafios do passado no trabalho doméstico do século XXI: reflexões para o caso brasileiro a partir dos dados da PNAD contínua. Brasília, novembro de 2019.

Itaborai, Reis Nathalie (2016): O pessoal é político: lacunas e horizontes da revolução de gênero. In: Até onde caminhou a recolução de gênero no Brasil? Associação brasileira de estudos populacionais, S. 213- 232.

Jornalistas Livres (2023). O péssimo exemplo de São Paulo para a educação e sua modernidade de atraso, In: <https://jornalistaslivres.org/o-pessimo-exemplo-de-sao-paulo-para-a-educacao-e-sua-modernidade-do-atraso/> (08.08.2023).

Kaur-Dhamoon, Rita (2011). Considerations on mainstreaming intersectionality, In: Political Research Quarterly University of Utah. 230-243. DOI: <https://doi.org/10.1177/1065912910379227>

Kessl, Fabian (2023). Im Schatten des Wohlfahrtsstaates. Die Wiederkehr der Armutslinderung in der neuen Mitleidsökonomie. Wochenschauverlag Frankfurt.

Klinger, Cornelia, Knapp, Gudrun-Axeli (2007): Achsen der Ungleichheiten- Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, „Rasse“/Ethnizität. In: Klinger, Cornelia, Knapp, Gudrun-Axeli, Sauer, Birgit (Hrsg.). Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität, Campus Verlag, S. 19-41.

Kreisky, Eva (2004): Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie. In: Rosenberger, Sieglinde K.; Sauer, Birgit (Hrsg.). Politikwissenschaft und Geschlecht: Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien, S. 23-43.

Lins, Consuelo (2010). Nannies. In Youtube: https://www.youtube.com/watch?v=JTIfgGr_Y3Q&t=68s

Lionço, Tatiana (2018): “Ideologia de gênero” como estratégia argumentativa que forja cientificidade para o fundamentalismo religioso.

Lionço, Tatiana (2020): „Ideologia de gênero“ como elemento da retórica conspiratória do „globalismo“. In: Direitos em disputa: LGBTQI+. Poder e diferença no Brasil contemporâneo.

Little, Jo (2018). Against Meritocracy. Culture, Power and Myths of Social Mobility. Routledge.

Little, Jo; McRobbie, Angela (2021). Beyond anti-welfarism and feminist social media mudslinging: Jo Little interviews Angela McRobbie. In: European Journal of Cultural Studies. S. 1-8.

Löffler, Marion (2017): Transformationen männlicher Herrschaft. Symbolische Gewalt, Geschlecht und Staatlichkeit bei Pierre Bourdieu. In: Hirsch, Michael; Voigt, Rüdiger (Hrsg.) Symbolische Gewalt Politik, Macht und Staat bei Pierre Bourdieu (1. Auflage).

- Ludwig, Gundula* (2015): Feministische Staatstheorie. Verlag Barbara Budrich.
- Ludwig, Gundula* (2016): Das liberale Trennungsdispositiv als staatstragendes Konstrukt. Eine queer-feministische hegemonietheoretische Perspektive auf Öffentlichkeit und Privatheit. In: Politische Vierteljahresschrift. Vol.57, No. 2, S.193-216.
- Lutz, Helma* (2018): Die Hinterbühne der Care-Arbeit. Transnationale Perspektiven auf Care-Migration im geteilten Europa. Weinheim Basel.
- Maldonado-Torres, Nelson* (2016): Outline of ten Theses on Coloniality and Decoloniality.
- Marcolino, Adriana* (2019): A nova rodada de reformas neoliberais e os impactos para as mulheres. In: Friedrich Ebert Stiftung Brasil, Análise n. 49.
- Marques, Camilla Fernandes* (2019). O que Significa o Desmonte? Desmonte Do que e Para Quem?. Psicol. cienc. prof, Brasília , v. 39, n. spe2, e225552.
- Marx, Karl*: Zur Kritik der politischen Ökonomie. S. 4f. Digitale Bibliothek Band 11: Marx/Engels, S. 2896f (vgl. MEW Bd. 13, S. 8f)
- Mbembe, Achille*: Necropolítica. In: Temáticas. Arte & Ensaios. Revista do ppgav/eba/ufrij, n. 32, dezembro 2016, S. 123-151.
- Mbembe, Achille* (2011). Nekropolitiken. In: Biopolitik in der Debatte. Verlag für Sozialwissenschaften. S. 63- 69.
- Moebius, Stephan; Wetterer, Angelika* (2011). Symbolische Gewalt. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Dezember 2011.(36) S. 1-10
- Mol, Annemarie; Moser, Ingunn; Pols Jeanette* (2015). Care: putting practice into theory. In: Care in Practice: On Tinkering in Clinics, Homes and Farms. Transcript Verlag.
- Nascimento, Leticia* (2021): Transfeminismo. In: Feminismos Plurais. Editora Jandaíra.
- Nascimento, Beatriz; Gonzalez Lélia, Carneiro, Sueli* (2019): Interseccionalidades: Pioneiras do do feminismo negro brasileiro. In: Hollanda Buarque de (Hrsg.) Pensamento feminista brasileiro. Formação e contexto. Bazar do tempo.
- Nassif-Pires, Luiza; Cardoso, Luisa; Oliveira, Ana Luíza Matos de* (2021): Gênero e raça em evidência durante a pandemia no Brasil: o impacto do Auxílio Emergencial na pobreza e extrema pobreza. (Nota de Política Econômica nº 010). MADE/USP.
- Novy, Andreas* (2001): Brasilien, die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes. Promedia.
- Novy, Andreas; Winckler, Carlos R* (2020): Die Unordnung der Peripherie - Covid-19 in Brasilien. In: Schmidinger Thomas, Weidenholzer, Josef (Hrsg.) Virenregime. Wie die Coronakrise unsere Welt verändert. Befunde, Analysen, Anregungen. Wien, 2020, S. 218-230.
- O estuprador é você Brasília (2021). In Youtube:
<https://www.youtube.com/watch?v=dsFW2IFKeKc> (Zugegriffen am 16.10.2023)
- O estuprador é você. Protesto de chilenas é replicado pelo mundo. In Youtube:
<https://www.youtube.com/watch?v=gD5CKuBOT3s> (Zugegriffen am 16.10.2023)
- Observatório Cidadão* (2018): <https://www.redesocialdecidades.org.br/br/SP/sao-paulo/regiao/+jaguara/idade-media-ao-morrer>.
- Padre Julio Lancelotti* (2023). Interview mit Padre Júlio 16/02/2023. Rede TV. In Youtube:
<https://www.youtube.com/watch?v=3tUICG59Xds>

Paradis, Clarice Goulart; *Sarmiento*, Rayza (2016). A “PEC das domésticas” e os enquadramentos midiáticos sobre o trabalho de mulheres, in: *Sociedade e Cultura*, vol. 19, núm. 2, pp. 83-94, 2016 Universidade Federal de Goiás

Phillips, Anne. (1995): *The Politics of Presence: the political representation of gender, ethnicity and race*. Oxford: Oxford University Press, 1995, S. 27-56 und S. 146-165.

Politize! (2023). Homeschooling. O que é, como funciona, no Brasil, é permitido?
<https://www.politize.com.br/homeschooling/>

Poulantzas, Nicos (2014). *State, Power, Socialism*. Verso.

Poulantzas, Nicos (2002). *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. VSA-Verlag, Hamburg.

Piscitelli, Ariadna (2008): Interseccionalidades, categorias de articulação e experiências de migrantes brasileiras. In: *Sociedade e Cultura*, v.11, n.2, jul/dez. 2008: S. 263-274.

Primeira Infância Primeiro (2023): https://primeirainfanciaprimeiro.fmcsv.org.br/sobre-projeto-primeira-infancia-primeiro/?gclid=Cj0KCQjwoK2mBhDzARIsADGbjoeOEok3bBvVaC-9Nt6K4L5-ZndpjibS1UHI0Lq8ZW_C3XuHVqWDe8aAmnnEALw_wcB

Quijano, Anibal. *Ennis*, Michael (2000). *Coloniality of Power, Eurocentrism, and Latin America*. In: *Nepantla: Views from South*, Volume 1, Issue3, 2000, S. 533-580 (Article). Duke University Press.

Rabelo de Pinho, Tassia (2020). Debaixo do Tapete: A violência Política de Gênero e o silêncio do Conselho de Ética da Câmara dos Deputados. In: *Revista Estudos Feministas* 28 (2) 2020. DOI: <https://doi.org/10.1590/1806-9584-2020v28n267271>

Ribeiro, Djamila (2017): Lugar de Fala. In: *Feminismos Plurais 2020*. Editora Jandaíra.

Ribeiro, Djamila (2021): Quem tem medo do feminismo negro? Companhia das Letras.

Richmond, Aaron Mathew; *Kopper*, Moisés (2020): Espaços periféricos. Política, violência e território nas bordas da cidade.

Rolnik, Raquel (2017): *Territórios em conflito*. São Paulo: espaço, história e política. Três estrelas.

Rolnik, Raquel (2022): São Paulo: o planejamento da desigualdade. Fósforo.

Rolnik, Raquel (2022): Cidade pela Vida. Entrevista. In: *Revista SESC São Paulo*.Ed. April 2022.

Samara, E. de Mezquita (2002): O Que Mudou na Família Brasileira?: da Colônia à Atualidade . *Psicologia USP*, 13(2), S. 27-48.

Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt/New York, CampusVerlag.

Sauer, Birgit (2012): Intersektionalität und Staat. Ein staats- und hegemonietheoretischer Zugang zu Intersektionalität. URL: www.portalintersektionalitaet.de [22.10.2021]

Sauer, Birgit (2009): Transformation von Staatlichkeit: Chancen für Geschlechterdemokratie? In: *Staat und Geschlecht*, S. 105-120.

Sauer, Birgit (2009): Staatlichkeit und Geschlechtergewalt. In: *Staat und Geschlecht* (1.Ausgabe), S. 61–74. Nomos.

Sauer, Birgit (2012): Intersektionalität und Staat. Ein staats- und hegemonietheoretischer Zugang zu Intersektionalität. URL: www.portalintersektionalitaet.de (letzter Zugriff am 06.03.2023)

Schenk, Martin (2023). Was arm zu sein wirklich bedeutet. <https://www.derstandard.at/story/2000144604111/was-arm-zu-sein-wirklich-bedeutet>

Schütze, Fritz (1983). Biographieforschung und narratives Interview. *Neue Praxis*, 13(3), S. 283-293.

Schmidt, Robert. Woltersdorff, Volker (Hrsg.)(2008). *Symbolische Gewalt. Herrschaftsanalyse nach Pierre Bourdieu*.

Segato, Rita (2021). Crítica da colonialidade em oito ensaios. E uma antropologia por demanda. *Bazar do tempo*.

Soares, Ângelo (2012). As emoções do care. In: Hirata, Araújo Guimarães (Org.). *Cuidado e cuidadoras. As várias faces do care*. São Paulo, Editora Atlas.

SINDOMÉSTICA (2023). Sindicato das Empregadas e Trabalhadores Domésticos da Grande São Paulo. www.sindomestica.com.br/noticias_mostra.php?id=1047

Soares de Aguiar, Bruna; Ribeiro Pereira, Matheus (2019): O antifeminismo como backlash nos discursos do governo Bolsonaro. In: *Agenda Política. Revista de Discentes de Ciência Política da Universidade Federal de São Carlos Volume 7, Número 3, São Carlos, 2019, S. 8-35*.

Sorj, Bila (2013): Arenas of Care at the intersections between gender and social class in Brazil. In: *Cadernos de Pesquisa*.vol.43 no.149 SãoPaulo maio/ago, S.479-491. DOI: doi.org/10.1590/S0100-15742013000200006

Steinke, Ines (1999): *Kriterien qualitativer Forschung: Ansätze zur Bewertung qualitativ-empirischer Sozialforschung*. Juventa-Verlag.

Strauss, Anselm L. (1994): *Analyse nach der Grounded Theory: Hauptelemente*. In: *Grundlagen qualitativer Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung*. Stuttgart: UTB. S. 50-71.

Tagesschau <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/brasilien-pflegekraefte-100.html> (5.6. 2023)

Cleaver, Teodor; Julieta, Ana (2021). Cuidado nas políticas públicas: por uma ética política para a sustentabilidade da vida. In: *Nexo Políticas Públicas*. <https://pp.nexojournal.com.br/ponto-de-vista/2021/Cuidado-nas-politicas-publicas-por-uma-etica-politica-para-a-sustentabilidade-da-vida> (letzter Zugriff: 20.06.2023)

Thelen, Tatjana (2015): Care as social organization: Creating, maintaining and dissolving significant relations. In: *Anthropological Theory*, S.1-19. DOI: 10.1177/1463499615600893

Todos pela educação (2023): Maioria das escolas com educação infantil não têm estruturas básicas, como biblioteca, parque e refeitório: https://todospelaeducacao.org.br/noticias/maioria-das-escolas-com-educacao-infantil-nao-tem-estruturas-basicas/?utm_source=ActiveCampaign... (letzter Zugriff am: 06.09.2023).

Trabajadoras del hogar feministas en la lucha (2023). Politizar los cuidados. Encuentro Latinoamericano Bariloche 2023.

Trindade, Natália Silvan; Sussai Maira (2019): Transgeracionalidade do papel de gênero e a condição feminina entre mãe e filha: reflexões sobre o trabalho doméstico não remunerado. In: *Plural, Revista do programa de Pós-Graduação de Sociologia da USP, São Paulo, v.26.1.2019, S.46-78*.

Tronto, Joan. C., Fisher, Bernice. (1990): Toward a Feminist Theory of Caring. In: E.Abel, & M. Nelson (Eds.). *Circles of Care*, 36-54. Suny Press.

Tronto, Joan. C. (2016). *Who Cares? How to reshape a democratic politics*. London, Cornell University Press.

UBES (2023) - União Brasileira de Estudantes Secundaristas. Professores e alunos de SP pedem revogação do novo ensino médio, In: Agencia Brasil (27.06. 2023).

UNA-SUS (2021) - Maior sistema pública de saúde no mundo, SUS completa 31 anos. In: <https://www.unasus.gov.br/noticia/maior-sistema-publico-de-saude-do-mundo-sus-completa-31-anos> (28.06.2023).

Vaggione, Juan Marco (2020). A restauração legal: o neoconservadorismo e o direito na América Latina. In: Flávia, Biroli; Maria dos dores Campos Machado; Joan Marco Vaggione (Hrsg). Gênero, neoconservadorismo e demoracia. Boitempo.

Vicente, Juliana (2010): Cores e Botas (Colors and boots). Pretaportefilmes.: <https://www.youtube.com/watch?v=Ll8EYEyU0o>

Viveros-Vigoya, Mara (2016): Masculinities in the continuum of violence in Latin America, In: Feminist Theory 2016, Vol. 17(2) 229–237, DOI: 10.1177/1464700116645879

Wacquant, Loic J. D. (2001): Für eine Analytik rassistischer Herrschaft. In: Anja Weiß, Anja; Kopetsch, Cornelia; Scharenberg, Albert; Schmidtke, Oliver (Hrsg..). Klasse und Klassifikation. Die symbolische Dimension sozialer Ungleichheit. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, S. 61-77.

Wichterich, Christa (2019): Care-Extractivism and the reconfiguration of social reproduction in post-fordist economies. Kassel, International Center for development ad decent work.

Winker, Gabriele; *Degele*, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld, Transcript Verlag.

Witzel, Andreas (1996): Auswertung problemzentrierter Interviews: Grundlagen und Erfahrungen. In: Wahre Geschichten? Zur Theorie und Praxis qualitativer Interviews. Baden-Baden, Nomos Verlag, S. 49-76.

Zelizer, Viviana (2012): A economia do Care. In: Hirata, Helena; Guimaraes Araujo Nadja (Hrsg.), Cuidado e Cuidadoras. As várias fases do trabalho do Care.

Zuckerhut, Patrícia (2010): Von der Gewaltdebatte in Anthropologie und Sozialwissenschaften hin zu einer feministischen Analyse geschlechtlich konnotierter Gewalt, In: Zeitschrift für Ethnologie 135 (2010), S. 275–304.

Anhang

Anhang 1: Struktureller Rassismus und die symbolische Verankerung und Tradiertheit in brasilianischen Privathaushalten



Abbildung 1: „Brasilianische Familie in Rio de Janeiro“

Gemälde von Jean Baptista Debret(1768-1848). Französische Nationalbibliothek

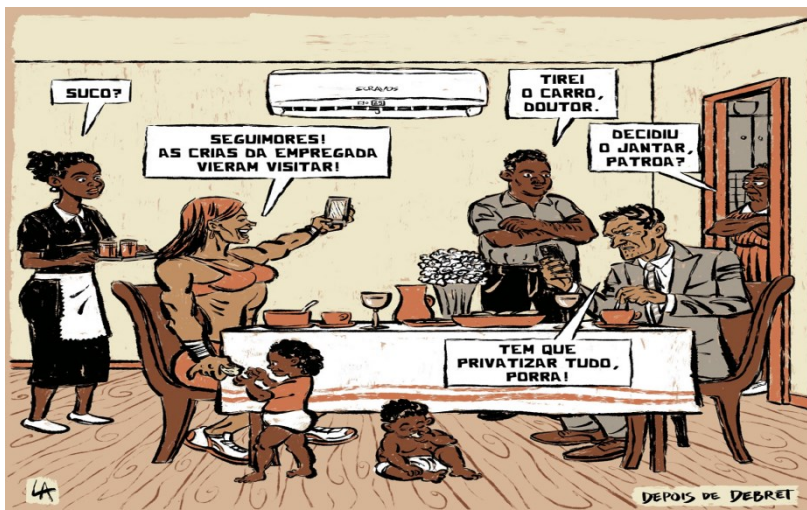


Abbildung 2: Karikatur zum Thema „Brasilianische Familie der Oberschicht“

Revista Piauí April 2021: https://piaui.folha.uol.com.br/wp-content/uploads/2021/03/175_cartuns1.jpg

Eigene Übersetzung der Sprechblasen

Frau links im Bild: „Saft?“

Frau zwei von links: „Follower! Die Kinder der Haushaltshilfe sind zu Besuch!“

Zweiter Mann von rechts: „Ich habe das Auto herausgefahren, Doktor.“

Erster Mann von rechts: „Man sollte alles privatisieren ***!“

Frau rechts: „Haben Sie sich für das Abendessen entschieden, Herrin?“

Anhang 2: Das Narrativ der liebenden Betreuerin in den brasilianischen Medien



Abbildung 3: Brasilianische Babás

Bild aus der Tageszeitung Journal Globo 05/2012:

<https://g1.globo.com/sao-paulo/noticia/2012/05/na-caca-babas-maes-de-sp-usam-psicologa-head-hunter-e-facebook.html>

Anhang 3: Care-Arbeiter*innen (Interviews und Gruppendiskussionen)

Tabelle 1: Interviewdaten zu den Interviewteilnehmer*innen aus dem Großraum São Paulo

Interview-Nr.	Interviewte Person	Datum des Interviews
I1	Vater, 2 Kinder, verheiratet, 40 Jahre, öffentlicher Dienst	14.11.2021
I2	Vater, 1 Kind, verheiratet, selbstständig	18.01.2022
I3	Vater, 2 Kinder, geschieden, Kultur Produzent	19.01.2022
I4	Vater, 2 Kinder, verheiratet, 44 Jahre, Autor	16.02.2022
I5	Vater, 2 Kinder, verheiratet, Anwalt	14.12.2021
I6	Vater, 1 Kind, verheiratet, selbstständig	23.03.2022
I7	ehemalige Krankenschwester (Home Care), Rentnerin, 69 Jahre	01.08.2021
I8	Kinderbetreuerin, Hausarbeiterin, 2 Kinder, verheiratet, 53 Jahre	17.12.2021
I9	Kinder- und Altenbetreuerin, Hausarbeiterin, 4 Kinder, 70 Jahre	04.08.2021
I10	Pflegerin (Home Care), 2 Kinder, verheiratet, 43 Jahre	17.02.2022
I11	Kinderbetreuerin, Hausarbeiterin, verheiratet	26.01.2022
I12	Altenbetreuerin, alleinstehend, 38 Jahre	12.01.2022
I13	Mutter, alleinstehend, 1 Kind, Produzentin	26.05.2022
I14	Mutter, 2 Kinder, verheiratet, Psychologin	23.03.2022
I15		
I16	Mutter, 2 Kinder, verheiratet, Physiotherapeutin	11.01.2022
I17	Mutter, 2 Kinder, verheiratet, Supermarktverkäuferin	23.03.2022
I18	Studentin, pflegt Mutter, 29 Jahre	08.02.2022
I19	Mutter, 2 Kinder, verheiratet, Beamtin	18.01.2022
I20	Mutter, 2 Kinder, verheiratet, Ärztin	15.02.2022
I21	Mutter, 2 Kinder, verheiratet, Anwältin	09.02.2022
I22	Aktivistin, Pastorin	02.09.2022

Tabelle 2: Interviewdaten zu den Gruppendiskussionen mit den Interviewteilnehmer*innen aus dem Großraum São Paulo

Gruppen-Nr.	Teilnehmer*innen (T)	Datum des Interviews
GD1	T1: Mutter, im Mutterschutz, verheiratet, 2 Kinder	14.05.2022
	T2: Studentin, pflegt ihre Mutter	
	T3: Vater, im öffentlichen Dienst, 2 Kinder	
GD2	T1: Deutschlehrerin, geschieden, 1 erwachsenes Kind	04.06.2022
	T2: Rentnerin (62 Jahre), verheiratet, ein jugendliches Kind, arbeitet ehrenamtlich in der Lutheranerkirche mit Kindern und Obdachlosen, 1 erwachsenes Kind	
	T3: Lehrerin und Pädagogin, arbeitslos aufgrund der Pandemie, macht Gelegenheitsjobs als Kinderbetreuerin und Schulanhilfe, 1 jugendliches Kind	
GD3	T1: Altenbetreuerin, 38 Jahre	01.08.2022
	T2: Kinderbetreuerin, 55 Jahre	
	T3: Kinder- und Altenbetreuerin, 65 Jahre	
GD4	T1: ausgebildete Krankenpflegerin und Pflegekraft Home Care	12.08.2022
	T2: Pflegekraft Home Care mit Grundausbildung	
	T3: Pflegekraft Home Care mit Grundausbildung	

Anhang 4: Zusammenfassung (Abstract)

Die Dissertation untersucht die Rolle des Staates bei der ungleichen Verteilung von Care und Care-Arbeit innerhalb der brasilianischen Gesellschaft sowie die Entstehung intersektioneller Ungleichheiten anhand der Erfahrungen brasilianischer Care-Arbeiter*innen in Privathaushalten in São Paulo. Der breitere Forschungskontext ist die anhaltende Privatisierung von Sorge und Sorge-Arbeit in den letzten drei Jahrzehnten in Brasilien, die historische soziale Ungleichheiten an der Schnittstelle von Geschlecht, Race und Klasse reproduziert. Die Forschung untersucht den Zeitraum 2018 bis 2022 der Regierung Bolsonaro, die durch zunehmende Sozialkürzungen Sorge-Ungerechtigkeiten verschärfte.

Ziel der Dissertation ist es, mit einem feministisch-materialistischen Staatsverständnis, erstens die staatlich produzierten Herrschaftsverhältnisse, die Care-Arbeit kennzeichnen, anhand der Erfahrungsberichte von Care-Arbeiter*innen mit Diskriminierungen zu analysieren. Zweitens untersucht sie wie Care-Leistende die ihnen zugewiesene Verantwortung für Sorge und Pflege subjektivieren sowie die Wirksamkeit von symbolischer Gewalt bei der Selbstzuschreibung von Sorge-Arbeit.

Die empirische Studie basiert auf 21 narrativen Interviews und vier Gruppendiskussionen (durchgeführt im Zeitraum August 2021 und Mai 2022) mit unbezahlten Care-Arbeiter*innen wie Eltern, anderen Familienmitgliedern und Community Leaders sowie bezahlten Care-Arbeiter*innen wie Pflegekräften, Haushaltshilfen und Betreuer*innen von Senior*innen und Kindern.

Die Dissertation analysiert die Reproduktion eines Sorge-Modells patriarchaler und kapitalistischer Staatlichkeit, das sich in seiner kolonialen Institutionalisierung, auf Rassismus sowie Zweigeschlechtlichkeit stützt und die geschlechtliche Arbeitsteilung gesamtgesellschaftlich ungleich prägt.

Abstract

The research work analyses the role of the state in the unequal distribution of care work within society and the shift in responsibility towards feminized and racialized people, based on the experiences of paid and unpaid Brazilian care workers in private households in São Paulo. The broader research context is the ongoing privatization of care work and welfare in Brazil in the last three decades, exacerbating historical social inequalities at the intersection of gender, race, and class. This research focuses on the government of Bolsonaro and the worsening of care injustices and increased social cuts in the period between 2018 and 2022.

Applying a feminist state theory and intersectional lens, I explore how the state assigns the responsibility of care work in Brazilian society through its norms and policies towards feminized and racialized individuals. Firstly, the dissertation aims to analyse the state-produced intersectional power relations, that characterize care work. Secondly, the research examines the subject experiences of care workers in Brazilian private households and the effectiveness of symbolic violence in the self-attribution of care work.

The empirical study is based on 21 interviews and four group discussions carried out with unpaid care workers such as parents, grandparents, other family members, and

community leaders, and paid care workers like domestic helpers, caregivers, and nannies in private households in São Paulo between August 2021 and May 2022.

The dissertation reveals on several levels an unchallenged care model of masculinist statehood, which, in its colonial institutionalization, is based on racism and binary genders, shaping the sexual division of labor unequally across society as a whole.